Mitteilungen für China-Deutsche:
Hauptorgan für die Interessen des
China-Deutschtums in Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband

Erschienen Berlin

Erscheinungsverlauf: 1.1919/20=Nr. 1-16
Forts. ---> Ostasiatische Rundschau

ZDB-ID: 527717-6

I. Jahrgang 1. Juni 1919 No. 1

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums
in Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Unsere Richtlinien.

In einer Zeit, wo der größte Teil der China-Deutschen in der Heimat weilt, treten die „Mitteilungen für China-Deutsche" zum ersten Mal in Erscheinung. Die kleine Zeitschrift hat eine Hauptaufgabe: die in ganz Deutschland zerstreut lebenden China-Deutschen bis zur Wiederanknüpfung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit China auf dem Laufenden zu halten, damit möglichst geschlossen wieder an den Wiederaufbau draußen gegangen werden kann. Bei dem Wiederaufbau wird man die Fehler zu vermeiden wissen, die früher unsere wirtschaftliche Entfaltung teilweise gehemmt haben, man wird neue Wege und Methoden einschlagen müssen, um schneller die Schäden wieder gut zu machen, die das China-Deutschtum in seiner Gesamtheit erlitten hat; deshalb sollen für die Erörterung der vielen Fragen, die sich aus dem Wiederaufbau ergeben, die „Mitteilungen" eine Stätte sein. Der Zweck kann nur erreicht werden, wenn sich die Leser, die ja allen Berufskreisen angehören und in den meisten Fällen auf eine jahrelange Erfahrung in China zurückblicken, an der Mitarbeit beteiligen. Jede Anregung, die im Stande ist, der Förderung unserer zukünftigen Arbeit draußen nützlich zu sein, auch wenn dadurch mit veralteten Anschauungen aufgeräumt werden muß, soll veröffentlicht und zur Erörterung gestellt werden, vorausgesetzt, daß sich Alles in sachlichen Grenzen bewegt. Nicht nur dem Ganzen wollen die „Mitteilungen" dienen, sondern auch dem Einzelnen, wie die Einrichtung des Briefkastens, des Adressennachweises und anderer Rubriken beweist, die wir der fleißigen Benutzung unserer Leser empfehlen. Erschöpfend alle China und den weiteren Osten betreffende Fragen zu behandeln, dazu reicht der Raum der „Mitteilungen" nicht aus, es sei daher auf das „Archiv des Fernen Ostens" verwiesen, das, vom Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben, monatlich eine reiche Fülle wissenswertes Material über den Osten bringt.

Als „unbeschriebene Blätter" flattern wir Ostasiaten nach vieljähriger Abwesenheit auf den Heimatboden. Es gilt nun inmitten der Umwälzungen, in denen sich das Vaterland befindet, nicht den Blick für unsere Aufgaben in China zu verlieren. Wenn wir auch vorläufig von den Stätten unserer Wirksamkeit vertrieben sind, so muß doch unser Sinnen mit dem Osten verwachsen bleiben, und wir müssen in Geduld den Tag erwarten, wo wir draußen die Arbeit wieder aufnehmen können. So gehen nun die „Mitteilungen für China-Deutsche" zum ersten Male in die Öffentlichkeit. Mögen sie überall eine freundliche Aufnahme und treue Mitarbeiter finden zum Nutz und Fromm der neuen deutschen Arbeit in China.

F. S.

Zur Frage der Rückkehr.

Im englischen Haus der Gemeinen fragte am 10. April Oberst Burns an, ob die notwendigen Schritte unternommen würden, jedem Deutschen die Rückkehr nach China für die Dauer eines Jahres zu untersagen. Darauf erwiderte der Regierungsvertreter Harmsworth, daß die Entscheidung in der Frage einer Rückkehr der Deutschen nach

China in den Händen der chinesischen Regierung ruhe, die sich aber zweifellos von den Richtlinien leiten lasse, die für die allgemeinen handelspolitischen Beziehungen zu den feindlichen Ländern in Versailles festgelegt würden.

China im Friedensvertrag.

Dem Versailler Friedensentwurf entnehmen wir folgende Bestimmungen über China und Schantung:

China.

Artikel 128: Deutschland verzichtet zugunsten Chinas auf alle Privilegien und Vorteile aus den Bestimmungen des am 7. September 1901 in Peking gezeichneten Schlußprotokolls sowie aus allen Zusätzen, Noten und ergänzenden Urkunden. Es verzichtet ebenso zugunsten Chinas auf jede Entschädigungsforderung auf Grund des genannten Protokolls für die Zeit nach dem 14. März 1917.

Artikel 129: Von dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an werden die hohen vertragschließenden Teile, jeder, soweit es ihn angeht, zur Anwendung bringen:

1. Das Abkommen vom 29. August 1902 betreffend die neuen chinesischen Zolltarife,
2. Das Abkommen vom 27. September 1905, betreffend Whang-Poo und das vorläufige Zusatzabkommen vom 4. April 1912.

China wird indessen nicht mehr verpflichtet sein, Deutschland die ihm in diesem Abkommen bewilligten Vorteile oder Privilegien zuzugestehen.

Artikel 130: Unter Vorbehalt der Bestimmungen des Abschnitts VIII dieses Teiles überträgt Deutschland an China alle Gebäude, Quais und Landungsbrücken, Kasernen, Forts, Waffen und Kriegsgerät, Schiffe jeder Art, Einrichtungen der drahtlosen Telegraphie und sonstiges, der deutschen Regierung gehörendes öffentliches Eigentum in den deutschen Konzessionen von Tientsin und Hankou oder irgendwo sonst in chinesischem Gebiet.

Indessen werden die als diplomatische oder konsularische Wohnungen oder Diensträume benutzten Gebäude in die obige Uebertragung nicht eingeschlossen; außerdem wird die chinesische Regierung keine Maßnahme ergreifen, um über das im sogenannten Gesandschaftsquartier in Peking gelegene öffentliche oder private deutsche Eigentum zu verfügen, ohne die Zustimmung der diplomatischen Vertreter derjenigen Mächte einzuholen, die zur Zeit des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages noch vertragschließende Teile des Schlußprotokolls vom 7. September 1901 sind.

Artikel 131: Deutschland verpflichtet sich, innerhalb einer Frist von 12 Monaten nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an China alle astronomischen Instrumente zurückzugeben, die seine Truppen 1900/1901 aus China weggeführt haben. Deutschland verpflichtet sich ferner alle Kosten zu bezahlen, die durch die Ausführung der Zurückgabe entstehen, einschließlich die Kosten der Abmontierung, der Einpackung, des Transports, der Versicherung und der Wiederaufstellung in Peking.

Artikel 132: Deutschland erklärt sich mit der Aufhebung der von der chinesischen Regierung zugestandenen Verträge einverstanden, auf denen die deutschen Konzessionen in Hankou und Tientsin gegenwärtig beruhen.

China, das damit die volle Ausübung seiner Hoheitsrechte über die genannten Gebiete wiedererlangt, erklärt, daß es beabsichtigt, sie der internationalen Niederlassung und dem Handel zu öffnen. Es erklärt weiter, daß die Aufhebung der Verträge, auf denen diese Konzessionen gegenwärtig beruhen, die Eigentumsrechte der Staatsangehörigen der verbündeten und assoziierten Mächte, die Grundstücke in diesen Konzessionen besitzen, nicht berührt.

Artikel 133: Deutschland verzichtet auf jede Reklamation gegenüber der chinesischen Regierung wegen der Internierung deutscher Staatsangehöriger in China und wegen ihrer Heimschaffung. Es verzichtet ferner auf jede Reklamation wegen der Beschlagnahme der deutschen Schiffe in China und wegen der Liquidation, Sequestration, Verfügung oder Beschlagnahme deutschen Eigentums, deutscher Rechte und Interessen in diesem Lande seit dem 14. August 1917. Diese Bestimmung darf indessen die Rechte der an dem Ergebnisse einer solchen Liquidation interessierten Parteien nicht berühren. Diese Rechte regeln sich nach den Bestimmungen des Teils X (wirtschaftliche Klauseln) des gegenwärtigen Vertrags."

Artikel 134: Deutschland verzichtet zugunsten der Regierung Ihrer britischen Majestät auf das deutsche staatliche Eigentum in der britischen Konzession von Shameen in Canton. Es verzichtet zugunsten der französischen und chinesischen Regierung zusammen auf das Eigentum an der deutschen Schule in der französischen Konzession von Schanghai.

Schantung.

Artikel 156: Deutschland verzichtet zugunsten Japans auf alle seine Rechte, Titel und Privilegien — insbesondere auf die, welche das Gebiet von Kiaochow, Eisenbahnen, Bergwerke und unterseeische Kabel betreffen —, welche es auf Grund des zwischen ihm und China am 6. März 1898 abgeschlossenen Vertrages, sowie aller anderen Vereinbarungen bezüglich der Provinz Schantung erworben hat.

Alle deutschen Rechte an der Tsingtao-Tsinanfu Eisenbahn, einschließlich deren Zweiglinien mit allem Zubehör jeder Art, Stationen, Speichern, stehendes und rollendes Material, Bergwerke, Anlagen und Gerät zur Ausbeutung der Bergwerke sind und bleiben von Japan erworben, zusammen mit allen dazu gehörigen Rechten und Privilegien.

In gleicher Weise werden die deutschen Staatskabel von Tsingtao nach Schanghai und von Tsingtao nach Chefoo mit allen dazu gehörigen Rechten, Privilegien und Eigentum von Japan erworben, gänzlich frei von allen Lasten.

Artikel 157: Das dem deutschen Staat gehörige bewegliche und unbewegliche Eigentum im Gebiet Kiaochow sowohl wie die Rechte, die Deutschland geltend machen könnte infolge von ausgeführten Arbeiten oder Verbesserungen oder der von ihm in bezug auf dies Gebiet direkt oder indirekt geleisteten Ausgaben, ist und bleibt von Japan erworben, gänzlich frei von allen Lasten.

Artikel 158: Innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird Deutschland an Japan die Archive, Register, Pläne, Titel und Dokumente jeder Art übergeben, die sich auf die Verwaltung, ob Zivil-, Militär-, Finanz-, Rechts- oder anderer Art, des Gebiets von Kiaochow beziehen.

Innerhalb der gleichen Frist wird Deutschland an Japan alle Verträge, Vereinbarungen oder Abmachungen mitteilen, die sich auf die in den beiden vorhergehenden Artikeln erwähnten Rechte, Titel oder Privilegien beziehen.

Ferner sind folgende Artikel von Wichtigkeit:

Artikel 264: Deutschland verpflichtet sich, daß Waren, Rohstoffe oder Fabrikate irgend eines der alliierten oder assoziierten Staaten, die in deutsches Gebiet eingeführt werden, ohne Rücksicht auf ihren Herkunftsort, keinen anderen oder höheren Zollsätzen oder Gebühren (einschließlich innerer Abgaben) unterworfen werden als solchen, denen dieselben Waren, Rohstoffe oder Fabrikate irgendeines andern der erwähnten Staaten oder eines anderen fremden Landes unterworfen sind.

Deutschland wird auf alle Waren, Rohstoffe oder Fabrikate aus Gebieten irgendeines der alliierten oder assoziierten Staaten, ohne Rücksicht auf ihren Herkunftsort, kein Verbot oder keine Einschränkung der Einfuhr in deutsches Gebiet aufrechterhalten oder erlassen, die nicht in gleicher Weise auf die Einfuhr derselben Waren, Rohstoffe oder Fabrikate von irgendeinem anderen dieser Staaten oder irgendeinem anderen fremden Lande gelegt sind.

Artikel 289: Von den allgemeinen Grundsätzen oder Sonderbestimmungen des vorliegenden Vertrages ausgehend, wird jede der alliierten und assoziierten Mächte Deutschland die gegenseitigen Vereinbarungen oder Verträge angeben, deren Wiederinkrafttreten gegenüber Deutschland die alliierten oder assoziierten Mächte fordern. Die alliierten und assoziierten Mächte verpflichten sich untereinander, keine Vereinbarungen oder Verträge mit Deutschland wieder in Kraft treten zu lassen, die nicht mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages in Einklang sind. Bei Meinungsverschiedenheiten wird die Entscheidung des Völkerbundes angerufen.

Die in diesem Artikel vorgesehene Notifizierung wird entweder unmittelbar oder durch die Vermittlung einer anderen Macht bewirkt werden. Deutschland hat den Empfang schriftlich zu bestätigen. Das Datum der Notifizierung ist das des wieder Inkrafttretens.

Die Notifizierung wird gegebenenfalls diejenigen Bestimmungen der betreffenden Vereinbarungen oder Verträge erwähnen, welche mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages nicht im Einklang stehen und daher als nicht wieder in Kraft tretend zu betrachten sind.

Den alliierten und assoziierten Mächten wird eine Frist von 6 Monaten vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an zur Notifizierung gegeben. Nur die gegenseitigen Verträge und Vereinbarungen, die Gegenstand einer solchen Notifizierung gewesen sind, treten zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland wieder in Kraft; alle anderen sind und bleiben gekündigt.

Die obigen Bestimmungen erstrecken sich auf alle gegenseitigen Verträge und Vereinbarungen, die zwischen den alliierten und assoziierten Mächten, die den vorliegenden Vertrag unterzeichnen, und Deutschland bestehen, selbst wenn die betreffenden alliierten und assoziierten Mächte sich nicht im Kriegszustand mit Deutschland befunden haben.

Nach neuerlichen Meldungen aus China, ist es vor den alliierten Gesandtschaften in Peking zu verbandsfeindlichen Kundgebungen gekommen, weil England Tsingtau und Schantung an Japan verschrieben hat. Es heißt auch, daß der chinesische Delegierte in Versailles, Lu-Dseng-hsiang, von seiner Regierung den Auftrag habe, den Vertrag nicht zu unterzeichnen.

Inzwischen bringt der „Radio"-Dienst eine Meldung aus holländischer Quelle, wonach der Ministerrat in Peking zurückgetreten ist. Ob bei diesem Rücktritt Gründe der auswärtigen oder inneren Politik maßgebend sind, läßt sich aus der kurzen Meldung nicht ersehen. An der Spitze des Ministerrats stand zuletzt der frühere Minister des Innern Tsien-Neng-hsün.

Postverbindung mit Amerika.

Die in Berlin erscheinende „Continental Times" gibt eine von der Hauptpostverwaltung in New York erhaltene Nachricht wieder, wonach der Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland und Österreich über Holland wieder erlaubt ist; es dürften jedoch nur Einschreibbriefe und Postkarten gesandt werden.

In der „Vossischen Zeitung" warnt ein Postfachmann vor dem wiedereröffneten Postverkehr mit dem feindlichen Ausland, da dieser noch Kriegsmaßnahmen unterliegt und auf diese Weise der wirtschaftlichen Spionage Vorschub leistet.

Vom Reichswanderungs-Amt.

Das Reichswanderungs-Amt sendet uns folgende Zuschrift: „Die Zuständigkeit der zur Regelung der Rückwanderung und Auswanderung von Reichsdeutschen und deutschstämmigen Ausländern durch Erlaß des Reichskanzlers vom 30. Mai 1918 errichteten Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsstelle) ist auf die Regelung der Einwanderung Reichsdeutscher, sowie von deutschstämmigen und deutschsprachlichen Ausländern unter Aenderung des Namens in Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungs-Amt) ausgedehnt. Damit ist dem Reichswanderungs-Amt auch die Regelung der allgemeinen Fürsorge für die

Herr K. Blickle teilt uns mit, daß in etwa zwei Monaten in Deutschland gedruckte Spielregeln für das „verdeutschte“ Ma-dja-pai erscheinen. — Vielleicht ist ein Leser in der Lage, die dritte Frage zu beantworten.

Bo. Berlin. Ich bitte um gefl. Mitteilung, in welchen Lokalen der größeren Städte Deutschlands Stammtische für Ostasiaten eingerichtet sind? — Soweit wir wissen, trifft sich in Hamburg ein Kreis von „Atreus-Leuten“ Dienstags und Freitags von 7 Uhr ab im Restaurant Gebhardt, Kleine Beckerstraße. Weitere Angaben über Stammtische sind erwünscht.

O. Berlin W. Über chinesische Stickereien befindet sich im Jahrbuch 1917-1918 des Vereins für chinesische Sprache und Landeskunde, Schanghai, ein fachmännischer, reich illustrierter Artikel von Albert Nathanson. Das Jahrbuch ist z. Zt. nur in wenigen Exemplaren in Deutschland; vielleicht fragen Sie im „Briefkasten“ an, ob es Ihnen ein Eigentümer leihweise überlassen will. Zu ihrem Thema finden Sie ferner in Bushell: „Chinese Art“ und in Münsterberg: „Chinesische Kunstgeschichte“ Material. — Wir machen Sie auf den in demselben Jahrbuch erschienenen Beitrag von Friedrich Jessel über: „Chinesische Malerei bis zur Ming-Zeit“ aufmerksam, der Sie vielleicht auch interessieren dürfte.

Geschädigter. Machen Sie über ihre Verluste eine Aufstellung und reichen Sie dieselbe beim „Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland“, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 38, ein. Der Kommissar ist für die Forderungen Privater zuständig, die ihnen infolge Rechtsverletzungen persönlich oder ihrem Vermögen in den feindlichen Staaten zugefügt worden sind.

Sch. Hamburg. Ein vorzügliches Buch zur systematischen Einführung in die moderne chinesische Schriftsprache ist: T. L. Bullock: „Progressive Exercises in the Chinese Written Langua[illegible]“, und zwar die Neuauflage 1912; in Schanghai kostet das Buch bei Kelly & Walsh, in dessen Verlage es erschienen ist, sechs Dollar. Gedruckt ist es von E. S. Brill, Leyden (Holland). Zu empfehlen ist auch das Buch von Herrn Friedrich Otte, früherem Chinesischen Sekretär im Generalinspektorat der Seezölle: „Modern Chinese“.

B. Friedersdorf. Wegen Ihrer Koffer und Kisten fragen Sie am besten bei Melchers & Co. in Bremen an. Betreffs der anderen Frage brauchen Sie sich keine Sorge zu machen.

Ungeduldiger, Frankfurt. Kaum sind Sie auf heimatlichem Boden gelandet, da wollen Sie auch schon Näheres über die Möglichkeit einer Rückkehr nach dem Osten wissen. Die „Mitteilungen“ werden Sie über die Entwicklung dieser Frage genau auf dem Laufenden halten.

F., Bremen. Lassen Sie sich vom Orientalischen Seminar das Vorlesungsverzeichnis kommen. In der Januar- und Februarnummer 1918 des „China-Archivs“ ist ein lesenswerter Artikel von Legationsrat Krebs über die Erlernung der chinesischen Sprache.

R., Berlin. Kann mir ein Leser Auskunft geben, wo ich Photographien von den Heimtransporten der „Nore“, „Novara“ und des „Atreus“ beschaffen kann? — Für den Dampfer „Atreus“ kommt E. Halben, Hamburg, Löwenstraße 40, in Frage. Wer auf den anderen beiden Schiffen Aufnahmen gemacht hat, überlassen wir dem Leserkreis zur Beantwortung.

W., Dusenik. Wer kann mir Auskunft über den Verbleib meines Sohnes Bruno Weber, Unteroffizier, Regt. 227, 1. Komp., geben? Er war in einem sibirischen Gefangenenlager und entfloh nach China mit zwei Kameraden. Die letzten Briefe (Juli und August 1918) kamen aus Hailun, Provinz Heilungkiang. Um Auskunft bittet Carl Weber, Dusenik, Kreis Samter in Posen.

Ostafrikaner. Weiß einer der Ostasiaten, ob sich Ingenieur Guido Kiltz, früher in Tabora (Deutsch-Ostafrika), zur Zeit in Deutschland aufhält? Briefe leitet die Schriftleitung weiter.

O. Z., Webindustrie. Welcher Leser kann mir einige empfehlenswerte Bücher über Ersatzstoffe in der Webindustrie mitteilen, und welche größeren Fabriken beschäftigen sich mit der Herstellung jener Stoffe?

Baumwollindustrie. Die Halbmonatsschrift „Deutsche Baumwollindustrie“ fordert einen der zurückgekehrten China-Deutschen auf, einen Aufsatz über: „Die Entwicklung der Baumwollindustrie in China als Absatzgebiet baumwollener Erzeugnisse“ zu schreiben. Herren, die diesen Aufsatz liefern wollen, setzen sich direkt mit der Redaktion jener Zeitschrift, Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 7, in Verbindung. Fernruf Nollendorf 1324.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

A. Hoettler teilt uns mit, daß seine Adresse nicht Iserlohn, sondern Hagen i. W., Eilpergstraße 72, ist.

Richard Neumann gibt seine Berliner Adresse wie folgt an: Hohenlohestr. 12 bei Marienfelde.

Hans Buchmann, früher Tsingtau und Tsinanfu, ist brieflich zu erreichen: Friedersdorf, Post Gersdorf, Ober-Lausitz.

Richard Kunze (Peking), früher Redakteur der „Deutschen Japan-Post“ und Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Tokio, wohnt nicht Dresden-Klotzsche, sondern Berlin N. 24, Artilleriestr. 13 III.

Günther R. Weber wohnt Wandsbek, Schloßstr. 29.

Friedrich Mehler, früher in Tientsin, teilt uns mit, daß seine ständige Adresse in Deutschland Erfurt, Zentral-Hotel, ist.

Kapitän John A. Haase gibt uns folgende Adresse an: Stolpmünde, Alter Kirchplatz, Pommern.

Folgende Herren werden gebeten, ihre genaue Adresse anzugeben: Otto Carl Friedrich Arend, Ludolf Arens, Herrmann Baalmann, Dr. Ernst Bessert, Alfons Brackenhöft, Wilhelm Daniels, Oskar Fritze, Werner Goethe, Bernhard Lüpke, Heinrich Oldenburg, Oskar Reiber, Fritz Rebnow, Ernst Rosenberger und Albert Schmidt.

Anfragen über Gepäck.

Wer kann mir über den Verbleib meines Koffers Auskunft geben? Es ist ein Kabinenkoffer aus gerilltem Blech mit zwei festen Handgriffen, Umriegelschloß und zwei Messingrampen. Gezeichnet H. S., verloren auf dem Transport von Wesel. H. Schubert, Blankenburg a. Harz.

Ein brauner Handkoffer, gezeichnet P. BIEHAYN auf dem Deckel, den ich auf dem Dampfer „Atreus“ in Luke 4 hatte, enthaltend Kleidungsstücke usw., ist in Wesel nicht angekommen. Angaben darüber bitte an P. Biehayn, Leisnig i. Sa. zu machen.

Paul Geldmacher, Bonn, Kronprinzenstr. 24, („Atreus“), fragt an, ob jemand über den Verbleib seines japanischen Reisekorbs (gezeichnet P. G.) Auskunft geben kann.

Verloren oder vertauscht ein Musterkoffer, gezeichnet M. Raddatz No. 1. Wer kann Auskunft geben?

Stellenvermittlung.

Deutscher, früher im Außendienst der chinesischen Seezollverwaltung tätig und jetzt mit dem „Atreus“ heimbefördert, sucht passende Anstellung. Briefe befördert unter „Zoll“ die Schriftleitung.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Sprachen-Austausch.

Dr. Linde, der Generalsekretär des Deutsch-Chinesischen Verbandes schreibt uns: „Einige Herren hatten den Wunsch geäußert, zwecks Aufrechterhaltung ihrer Kenntnisse der chinesischen Sprache mit den hier lebenden Chinesen in Verbindung zu treten.

Ich habe mich an den Vorsitzenden des Klubs China gewandt und ihn gebeten, mir eine Liste der Namen, Adressen und Dialekte derjenigen Herren zukommen zu lassen, die zu Sprach- und Konversationsstunden bereit sind. Es sind die Herren:

- C. Hsü, p. Adr. Club „China“, Charlottenburg, Kantstr. 122, (Nanking)
- F. Liau, Charlottenburg, Kantstraße 118, (Szetschuan)
- N. Mao, Charlottenburg, Gervinusstraße 3, (Nanking)
- Yi Ling, Charlottenburg, Waitzstr. 28, (Nanking auch Peking)
- Dr. Tsching, Südende, Bahnstr. 9 (Tel. Südring 3343) (Hankou auch Peking)
- P. Y. Yi, Friedenau, Hertelstr. 6, (Schanghai)
- D. D. Li, Charlottenburg, Pestalozzistr. 106, (Fukien)
- G. C. Yang, Charlottenburg, Küstrinerstr. 10, (Mukden)
- Y. C. Yang, Halensee, Joachim Friedrichstr. 23, (Mukden)
- F. Loh, Charlottenburg, Leibnizstraße 25 (Szetschuan)

Ich bitte die deutschen Herren, sich direkt oder durch meine Vermittlung mit den chinesischen Herren ins Benehmen zu setzen.“

Deutsch-Chinesische Abende.

Dem Wunsche vieler unserer Mitglieder und der in die Heimat zurückgekehrten China-Deutschen entsprechend, nehmen wir nunmehr die bereits vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und China eingerichteten deutsch-chinesischen Abende wieder auf. Sie werden gemäß den an uns gelangten Anregungen in den Sommermonaten als zwanglose Zusammenkünfte stattfinden, während wir in den Wintermonaten, wie früher, Vorträge veranstalten werden. Der nächste deutsch-chinesische Abend findet Donnerstag, den 5. Juni 1919, abends 8 Uhr im Muschelsaal des Restaurants „Rheingold“ (Eingang Potsdamerstrasse) statt. Wir laden alle unsere Mitglieder sowie Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbandes zu dieser Veranstaltung ein und bitten um rege Teilnahme.

Lesezimmer.

Der Deutsch-Chinesische Verband hat in seinen Büroräumen Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28, ein Lesezimmer eingerichtet, das vom 1. Juni 1919 an werktäglich von 11 bis 3 Uhr allen Mitgliedern und Freunden des Verbandes zur Benutzung zur Verfügung steht. Es liegen bis auf Weiteres folgende Zeitungen und Zeitschriften im Lesezimmer

aus: Berliner Zeitungen, Hamburger Nachrichten, Frankfurter Zeitung, Manchester Guardian, Die Grenzboten, Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, Wirtschaftsdienst, Technik und Wirtschaft, Der Welthandel, Nachrichten für Handel und Industrie, Württembergische Industrie, Schiffahrts-Zeitung, Weltwirtschaftliches Archiv, Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen, Mitteilungen des Vereins Auslandkunde, Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts, Der Neue Orient, Deutsche Kolonialzeitung, Asien, Ostasiatische Zeitschrift, Berliner Missionsberichte, Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft, London and China Telegraph, London and China Express, Eastern Engineering, Asiatic Review, The New East.

Kurze Nachrichten.

Mit dem vierten Transportdampfer „Antilochus", der von Schanghai am 15. Mai in Rotterdam eingetroffen ist, sind fast alle Dozenten der Deutschen Medizin- und Ingenieurschule abgeschoben worden. Wie verlautet, wird der Unterricht von Absolventen der Anstalt vorläufig weitergeführt. Eine Anstellung von japanischen od. angelsächsischen Dozenten hat bisher nicht stattgefunden.

Wie verlautet, ist ein fünfter Transportdampfer am 20. April von Schanghai abgegangen. Angeblich soll auch noch ein sechster Dampfer fahren.

Wie wir hören, haben am 25. Mai auf der Handelshochschule in Köln chinesische Sprachkurse begonnen.

Nach einer Aufstellung der „Täglichen Rundschau" betragen die Gesamtverluste der Marine, einschließlich des Marinekorps und Tsingtau, 71659 Mann, von denen 12039 interniert und gefangen waren. In Tsingtau fielen 10 Offiziere, 33 Portepeeunteroffiziere und 163 Mann.

Fünfter deutsch-chinesischer Abend.

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbands zum fünften deutsch-chinesischen Abend auf **Donnerstag, den 5. Juni 1919, abends 8 Uhr** in den Muschelsaal des Restaurants „Rheingold" (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen

Deutsch-Chinesischer Verband.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Kommandantenstr. 14.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.). Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang 15. Juni 1919 No. 2

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums
In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Deutschland verzichtet nicht.

Worte an die China-Deutschen. *)

Von Admiral a. D. von TRUPPEL, früherem Gouverneur des Kiautschou-Gebiets.

Wenn ich hier unter den Heimgekehrten so manchen erblicke, den ich draußen bei der Arbeit gesehen oder von dessen Arbeit und Erfolgen ich draußen gehört oder mit dem ich selbst lange Jahre zusammen gearbeitet habe, so kann ich zunächst — und wie mir, wird es vielen ergehen — ein Gefühl der Wehmut nicht unterdrücken, daß alles so kam, wie es gekommen, daß wir uns unter solchen Umständen wiedersehen. Von der Not der Heimat schweift unser Blick unwillkürlich zurück nach unserer zweiten Heimat, dem fernen Osten, dort, wo ja der beispiellose deutsche Aufstieg der letzten Jahrzehnte am deutlichsten erkennbar, weil hier gewissermaßen auf neutraler Arena die Völker des Westens und ihre Kulturen im friedlichen Kampfe mit einander wetteiferten. „Germans to the front" rief damals in höchster Kriegsnot ein Admiral jener Nation, die jetzt die Ausweisung der Deutschen aus China aus gehässigem Neid ins Werk gesetzt hat; „Germans to the front" war aber auch das Ergebnis oder doch die erkennbare Signatur des Wettkampfs auf allen anderen Gebieten, in Handel und Schiffahrt, in der materiellen oder geistigen Erschließung des Reichs der Mitte. Wir konnten also das Haupt stolz erheben in diesem friedlichen Wettbewerb, wir konnten besonders auch darauf stolz sein, daß wir das Vertrauen, die Achtung und Sympathie unserer Gastgeber, der Chinesen, im hohen Maße errungen hatten!

Und heute? Heiliger Zorn ist das zweite Gefühl, das uns angesichts der Wandlung übermannt. Heiliger Zorn über die unerhörte Vergewaltigung, die uns durch die völkerrechtswidrige Ausweisung der China-Deutschen noch nach dem Waffenstillstande widerfahren ist. Heiliger Zorn über die räuberischen Maßnahmen selbst gegen Privateigentum, Wohlfahrtsanstalten und Missionen und über die grausamen und gehässigen Maßnahmen gegen die deutschen Frauen, und Kinder, nur um uns das „Gesicht" bei den Chinesen zu rauben. — Aber Wehmut und Zorn sind nicht die rechte Stimmungsgrundlage, auf der wir heute das Wiedersehen und unser zwangloses Beisammensein genießen wollen. Wir wollen diese Gefühle unterdrücken und lieber lichtvollen Gedanken Raum geben, die uns trotz aller Niedergedrücktheit aufrichten und aufrecht halten sollen.

Da ist zunächst das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl, das Krieg und Niederlage neu belebt und erprobt haben. Es hat Sie, die China-Deutschen, draußen hochgehalten und zusammengeschmiedet, als die Zeit der Not kam und die schmählichen Anfeindungen sich häuften bis zur Unerträglichkeit; es hat Sie die unmenschlichen Quälereien bei der Ausweisung und unwürdigen Überführung ungebeugt und stolz überstehen lassen. Es löst in uns Heimatsdeutschen den Wunsch aus, Ihnen den Willkomm und das Leben in der alten Heimat so angenehm zu machen, wie es in den heutigen schweren Tagen überhaupt möglich ist.

*) Ansprache, gehalten am 5. Juni gelegentlich des fünften Deutsch-chinesischen Abends, veranstaltet im Muschelsaal des „Rheingold", Berlin, vom Deutsch-Chinesischen Verband.

Da ist ferner der feste Glaube, daß Recht und Gerechtigkeit nicht für immer aus der Welt verschwunden sein kann; daß das Lügengewebe, womit unsere Feinde ihre besten, ihre einzigen Erfolge gegen uns im Auslande errungen haben, doch bald einmal zerreißen und sie selbst verstricken muß. Gerade in Ostasien haben wir ja ein ungreifbares Kapital an deutscher Leistungsfähigkeit und ihrer Würdigung durch die Ostasiaten selbst und damit an deutschem Ansehn, das nicht verloren ist, trotz aller sonstigen feindlichen Beschlagnahmen und Sequestierungen und das uns von neuem Zinsen tragen wird beim Wiederaufbau.

Da ist endlich der zuversichtliche, zähe Wille, die hanseatische Tatkraft, mit der fast alle alten Ostasiaten wieder hinausgehen wollen, um von Neuem *aufzubauen*. *Es ist ja* eine wahre Freude zu sehen, wie sie alle den Kopf oben und Mut im Herzen *behalten* haben, wie sie bereits fröhlich sind, das Licht der Aufklärung über Deutschland hinauszutragen nach Ostasien mit der Losung: „lux in orientem“, wie ich es einer zeitgemäßen Umprägung des alten Worts ex oriente lux ausdrücken möchte, das vielleicht auch einmal wieder auf eine für uns günstige politische Schicksalswende anwendbar ist.

Und somit zum Schluß: Mit diabolischer Genialität haben die Verfasser des Versailler Friedensentwurfs es verstanden, Bestimmung auf Bestimmung zu häufen, wonach dem Deutschen im Auslande auf Jahrzehnte hinaus jede Betätigung unterbunden, er zu einem Paria unter den Völkern gemacht werden soll. Von den mehreren hundert Paragraphen dieses in der Weltgeschichte einzigartigen Machwerkes beginnen fast alle mit den Worten: „l'Allemagne renonce“ usw. Also ein Paragraph fehlt dennoch, ohne den alle anderen Verzichtparagraphen, soweit sie überhaupt stehen bleiben, doch nur Stückwerk an ephemerischen Worten sind. Das ist der Paragraph: „Deutschland verzichtet auf seine Tüchtigkeit, seinen Arbeitswillen, seinen Lebesmut“. Die kann uns niemand nehmen, und daran werden alle feindlichen Machenschaften zu Schanden werden, auch in Ostasien!

Die Steuerpflichten und Schadenersatzansprüche der China-Deutschen.

Von Rechtsanwalt KRIEGER.

Viele der aus China bei der Repatriierung heimgekehrten Deutschen werden über ihre Steuerpflichten, inbesondere über ihre Heranziehung zur bevorstehenden Vermögensabgabe und über das, was sie an Beihilfen vom Reich zu erwarten haben, zweifelhaft sein.

Zur Aufklärung, soweit ein solche schon jetzt möglich ist, sollen die folgenden Ausführungen dienen:

Die Pflicht der Heimgekehrten zur Zahlung der Einkommen- und Vermögenssteuer beginnt mit dem ersten Tage des auf ihre Heimkehr folgenden Monats. Sie werden auf Grund ihrer polizeilichen Anmeldung zur Selbstveranlagung unter Übersendung eines Formulars aufgefordert, das sie auszufüllen und der Steuerbehörde einzureichen haben. Dabei wird es sich empfehlen, diejenigen Werte, die sie in China zurücklassen mußten (Grundstücke, Wertpapiere oder sonst bewegliche Sachen), als Werte anzugeben, deren Realisierung außerordentlich zweifelhaft ist, die also deshalb vorläufig zur Steuer nicht herangezogen werden können.

Ob die China-Deutschen zur Aufstellung des Vermögensverzeichnisses, die bis zum 31. Mai erfolgen sollte, für die die Frist aber voraussichtlich verlängert werden wird, verpflichtet sind, ist noch nicht mit voller Sicherheit zu sagen, da das Gesetz, das Bestimmungen darüber enthält, welche Personen zur Vermögensabgabe heranzuziehen sind, noch

nicht erlassen ist. Da jedoch die Vermögensaufstellung den Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 angeben soll, und damals die im Ausland lebenden Deutschen nicht steuerpflichtig für die Kriegssteuern waren, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie für die Vermögensabgabe nicht in Betracht kommen, also auch zur Aufstellung des Verzeichnisses nicht verpflichtet sind.

Die Schäden, die die China-Deutschen an ihrem Leibe oder Eigentum durch Gewaltmaßnahmen feindlicher Staaten oder deren Angehöriger in Feindesland erlitten haben, können die Geschädigten bei dem „Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 38“ anmelden. Formulare für die Anmeldung sind in dem genannten Büro kostenlos erhältlich. Diese Behörde dient zwar vorläufig nur zur Feststellung der Schäden. Sie zahlt aber zuweilen auf die festgestellten Schäden in besonderen Fällen Vorschüsse und prüft schon jetzt alle Anmeldungen, so daß den Geschädigten, falls, wie zu erwarten ist, eine Entschädigungspflicht seitens des Reiches anerkannt werden sollte, die Geltendmachung der Ansprüche durch die vorzeitige Anmeldung erheblich erleichtert wird.

* * *

Inzwischen ist die in den Ausführungen des Rechtsanwalts Krieger erwähnte Fristverlängerung für die Vermögensaufstellung erfolgt. Wir lesen darüber in der „Vossischen Zeitung“:

Durch eine Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen kann die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse allgemein **bis zum 30. Juni** verlängert werden. Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10000 M. sollen, wie nunmehr amtlich festgelegt ist, zur Abgabe eines Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden. Bei den Wertpapieren wird auf die Einsetzung der Kurswerte und Gesamtwerte, also auf Ausfüllung der Spalten „Kurswert“ und „Gesamtwert“, in den Mustern für die Vermögensverzeichnisse verzichtet. Sind die Stücke der gleichen Wertpapiere verschieden groß, so genügt die Angabe „Diverse Stücke“. In der Spalte Nennwert ist keinesfalls der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Handels- und Industrienachrichten.

Die allgemeine Handelskammer in Schanghai.

Auf der vor kurzem in Schanghai abgehaltenen Generalversammlung der Allgemeinen Handelskammer (General Chamber of Commerce) führte der Vorsitzende J. Johnstone aus, es sei eine Narrheit, zu verleugnen, daß die nationale Scheidung, die in der Kammer während des Krieges erfolgt sei, die Lage der Körperschaft erheblich beeinträchtige. Es seien in Schanghai während des Krieges nationale Handelskammern entstanden, die sich zu starken und tatkräftigen Körperschaften entwickelt hätten, trotzdem bleibe aber die Beibehaltung einer internationalen Handelskammer eine Notwendigkeit. Das Klagelied des Herrn Johnstone ist gut zu verstehen. Früher ordneten sich die Vertreter der nichtbritischen Kaufmannschaft im Hinblick auf den internationalen Charakter Schanghais der britischen Führung unter und machten sich gelegentlich zum Schleppenträger britischer Interessen. Jetzt vertreten die amerikanischen und italienischen Kaufmannskreise ihre Interessen allein, ohne britische Bevormundung.

Die Sequestrierung in Schanghai.

Einem Zeitungsausschnitt der „China-Preß“ vom 23. März, der uns von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt wird, entnehmen wir: „Die Sequestrierung der feindlichen Geschäftshäuser des Zentraldistrikts wird am Dienstag beendet sein. Die chinesischen Behörden haben nur noch das Lagerverzeichnis der Firma Buchheister & Co. fertig zu stellen. Das Lager besteht aus Maschinen, die abmontiert und verpackt werden müssen. Gestern wurde die Inventararbeit bei Siemssen & Co. beendet. Aus den aufgestellten Lagerlisten geht hervor, daß bei der Schanghai Machine Company hundert Kisten

Druckereimaschinen beschlagnahmt wurden, bei Carlowitz & Co. 31 Nähmaschinen, 30 elektrische Fächer, Bücher und Büromaterial, bei Garrels, Börner & Co. die Geschäftseinrichtung und Bücher, bei Slevogt & Co. 18 Kisten Öfen, Geldschränke, Glas und Galanteriewaren und schließlich bei Siemssen & Co. über 2000 Kisten allgemeine Kaufmannsgüter."

Ein neues Finanzkonsortium für China.

Am 12. Mai ist in Paris ein neues Finanzkonsortium für China gegründet worden, dem französische, britische, amerikanische und japanische Bankinstitute angehören; eine Beteiligung der Belgier ist in Aussicht genommen. Das neue Konsortium, das mit Genehmigung der in Frage kommenden Regierungen gebildet ist, hat den Zweck, gemeinsam Anleihen für Verwaltungs- und Industriezwecke an China zu begeben.

Ein neues britisch-chinesisches Syndikat.

Nach einer Meldung der „Schen-pao" haben der frühere Präsident der Republik Li-Yuan-hung, der ehemalige Ministerpräsident Hsiung-Hsi-ling und die drei Militärgouverneure des Yangtsetals (Li-Dschun, Ni-Sze-dschung und Wang-Dschan-yüan?) mit dem Peking-Syndikat ein Uebereinkommen getroffen, um durch eine gemeinsame Gesellschaft Bergschätze auszubeuten. Chinesisches und britisches Kapital wird zu gleichen Teilen beteiligt.

Geschäftliche Flaute in der Nordmandschurei.

Nach Mitteilungen aus englischer Quelle, die auf Anfang Mai zurückgehen, ist der Rubel in der Nordmandschurei auf 165 zum Pfundsterling gefallen. Das Geschäft in Harbin liegt völlig still. Um vom Rubelkurs zu retten, was zu retten ist, hat die Omsker Regierung die Wareneinfuhr nach China untersagt, was die Lage noch mehr verwirrt hat. Die Chinesen, die über ungeheure Rubelvorräte verfügen, befinden sich im Hinblick auf die weitere Entwertung ihrer Noten in einem Stadium der Panik.

Eine britische Handelsmission.

Im englischen Haus der Gemeinen erklärte Mitte Mai der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Sir A. Steel Maitland, er hoffe, daß es möglich sei, unter Mitarbeit der Baumwollindustrie eine Handelsmission nach Ostasien zu senden mit der Aufgabe, den dortigen Markt zu studieren. Wie wir dem „Manchester Guardian" entnehmen, sollen 10,000 Pfundsterling für die Ausführung der Mission bereitgestellt werden. Einen Teil des Betrages sollen die Handelskörperschaften von Lancashire beisteuern. Es machen sich aber dagegen Stimmen laut, weil sonst der amtliche Charakter der Mission leide.

Amerikanischer Dampferverkehr mit Ostasien.

Die Pacific Mail Steamship Co. hat, nach einer Mitteilung der „North China Daily News" ihren Dienst durch Einstellung von drei großen Frachtdampfern erweitert. Zur Zeit sind elf Dampfer im Verkehr. Während des Krieges hatte die Pacific Mail, deren Schiffe in den Dienst der Europafahrt gestellt wurden, den japanischen Schiffsgesellschaften den Stillen Ozean kampflos überlassen. Inzwischen scheint der Wettbewerb, insbesondere im Frachtgeschäft, aufs Heftigste entbrannt zu sein.

Von der Sibirischen Bahn.

Nach einer Meldung des „London and China Express" ist zwischen den alliierten Regierungen und Amerika ein Vertrag unterzeichnet worden, wonach letzteres der alliierten Kommission, die zur Zeit die Sibirische Bahn verwaltet, zwanzig Millionen Golddollar zur Verfügung stellt.

Aktiengesellschaften.

Die Gewinn- und Verlustrechnung der New Amherst Rubber Estate, Ltd., schließt mit einem Nettoverlust von 4,904 Taels ab.

Der Shanghai Horse Bazaar and Motor Co., Ltd., verteilt eine Dividende von 10 v. H.

Die Shanghai Hotels, Ltd., gewähren 1,50 Dollar mex. auf die Aktie.

Die Shanghai Gas Co., Ltd., zahlt für 1918 2,50 Taels auf die Aktie, was einer Dividende von 5 v. H. entspricht.

Die Anglo-Java Estates zahlen 0,50 Taels auf die Aktie.

Die Honkong Fire Insurance Co. zahlt 27 Dollar auf die Aktie.

Die Green Island Cement Co., Ltd , verteilt 0,80 Dollar auf die Aktie; 126,139 Dollar wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Die New Engineering and Shipbuilding Works, Ltd , Schanghai, schütten eine Dividende von 20 v. H. und einen Bonus von 10 v. H. aus. Auf neue Rechnung werden 33,700 Taels vorgetragen. Ferner ist beabsichtigt, 30,000 neue Aktien auszugeben, die zuerst den Aktionären angeboten werden sollen.

Politische Nachrichten

Zum Rücktritt des chinesischen Ministerrats.

Aus einer Schanghaier Meldung vom 12. Mai an die „Morning Post" geht hervor, daß der Rücktritt des Kabinetts Tsien-Neng-hsün infolge des Fehlschlagens der Politik betreffs Schantungs und der damit verbundenen Kundgebungen und Ruhestörungen erfolgt ist. Es wird auf den Ministerpräsidenten eingewirkt, bis zum Abschluß der innerchinesischen Friedenskonferenz im Amt zu bleiben. Die Friedensverhandlungen in Schanghai sind abermals auf einen toten Punkt angelangt, weil sich beide Parteien in der Frage der Wiedereinberufung des Parlaments nicht einigen können.

Die Hinrichtung Hung-Schi-dsus.

Im Jahre 1913 machte die Ermordung des Ackerbauministers Sung-Djao-jen auf dem Bahnhof in Schanghei ein ungeheures Aufsehen. Sung, ein Mitglied der radikalen Partei Guo-min-dang, befand sich auf dem Wege nach Peking, wo er den Vorsitz im Ministerrat übernehmen sollte. Als Hintermann der Tat wurde Hung-Schi-dsu ausfindig gemacht, er konnte aber rechtzeitig fliehen. Gelegentlich eines Aufenthalts in Schanghai wurde Hung von dem vierzehnjährigen Sohn des Ermordeten erkannt und in Haft genommen. Den chinesischen Gerichten übergeben, wurde Hung zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Er legte beim Reichsgericht in Peking Berufung ein, das ihn zum Tode durch Enthauptung verurteilte. Die Todesstrafe wurde Anfang April vollzogen.

Boykott gegen Japan.

Nach Meldungen aus Schanghai, die bis Ende Mai zurückgehen, ist im Yangtsetal ein allgemeiner Boykott gegen japanische Waren im Gange. Gegen Japaner kam es vielfach zu Tätlichkeiten. Der Boykott ist ein Protest gegen die durch den Versailler Friedensvertrag Japan zugestandene Festsetzung in Tsingtau und Schantung.

Europareise des Barons Goto.

Wie verlautet, wird Baron Goto, einer der in Deuschland bekanntesten japanischen Staatsmänner (er war zuletzt Minister des Auswärtigen), in diesem Monat England besuchen, um politische, wirtschaftliche und soziale Fragen zu studieren.

Stimmen über Ostasien.

In der Halbmonatsschrift „Der Einzelne" befaßt sich Kontreadmiral a. D. Hollweg mit der Frage von Kiautschou. Er kommt dabei zu folgenden Schlüssen:

An der vollständigen Ausrottung des Deutschtums in China, dem bewußten angelsächsischen Ziel, hat Japan dagegen kein großes Interesse. Ob eine Art Internationalisierung Tsingtaus für uns nützlich wäre, ist zweifelhaft. Die furchtbare Behandlung, die den Deutschen in Schanghai im Kriege zuteil geworden ist, ist in diesem Sinne eine beachtliche Warnung. Deutsche wirtschaftliche Interessen würden in einer japanischen Kolonie wahrscheinlich besser aufgehoben sein, als in einer internationalisierten angelsächsischen. Japan hat — wenn überhaupt jemand — am ehesten ein Anrecht auf die Vormachtstellung in Ostasien. Die Chinesen haben in Protest gegen die Ueberlassung Kiautschous an Japan die Friedenskonferenz verlassen. Ob sie es nicht nur auf Grund englischer Einflüsterung taten, ist mindestens zweifelhaft. Die Einsprüche unserer Friedensdelegierten werden an dem Schicksal Tsingtaus nichts ändern.

Auf dem Boden des Wilsonschen Rechtsfriedens können wir aber verlangen, daß — ebenso wie Belgien entschädigt wird — China uns für die in seinem Interesse gemachten Aufwendungen entschädigt und sich in diesem Sinne an die Verletzer der Neutralität, Japan und England, hält.

Bei den Entschädigungsfragen muß zwischen staatlichen und privaten Rechten unterschieden werden. Deutschland hat rund 194 Millionen Mark aus Staatsmitteln für das Pachtgebiet aufgewendet. 64,5 Millionen Mark davon sind in Anlagen investiert, die jetzt Japan in Besitz hat. Wie hoch sich die privaten Ansprüche, im besonderen die der Schantung Bergbau- und Eisenbahn-Gesellschaft belaufen, wird genau festzustellen sein. Die „Tokio Asahi" hat schon kürzlich angedeutet, daß sich über diese Entschädigungsfragen ein direktes Einvernehmen zwischen Deutschland und Japan wird erzielen lassen. Unter den sonstigen privaten Ansprüchen kommt in erster Linie eine Forderung von 1,5 Millionen Dollar der Deutsch-Asiatischen Bank in Betracht. Dieser Betrag wurde von Japan widerrechtlich beschlagnahmt. Japanische Ansprüche auf die Grundstücke der Missionsgesellschaften werden abzuweisen sein. Der Wiederherstellung der deutschen Hochschule in der alten Form an einem anderen Platze in China wird die chinesische Regierung wahrscheinlich gern zustimmen, wenn Tsingtau, wie jetzt wohl feststeht, nicht rein chinesisch wird. Dasselbe gilt für die Missionsschulen und Hospitäler. Hinsichtlich des Rücktransportes der 4350 Gefangenen und Internierten sollte gefordert werden, daß sie auf deutschen Schiffen in die Heimat zurückbefördert werden und vorher Gelegenheit erhalten, ihre Privatangelegenheiten in Ostasien zu ordnen.

Unter voller Wahrung unseres Rechtsstandpunktes sollte es Ziel aller Bestrebungen der deutschen Friedensunterhändler sein, in Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse in Ostasien die Wiederanknüpfung der schlummernden freundschaftlichen Beziehungen zu China bei voller Schonung der berechtigten nationalen japanischen Ambitionen im Auge zu behalten.

In einem Artikel „Deutschland, Rußland, Japan?", den R. Kunze, Tokio, in der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht, heißt es:

Es ist anzunehmen, daß mit der auf die Präsidentschaft des Demokraten Wilson folgenden republikanischen Regierung, die nach den bisherigen Erfahrungen wieder schärfer politisch in Ostasien auftreten wird, sich die Gegensätze zwischen Japan und den Vereinigten Staaten in der Chinapolitik wieder verschärfen werden. Japan wird dann um so eher wieder Anlehnung an Rußland suchen, wenn bei ihm noch ein Kabinett der Flottenpartei am Ruder ist.

Aber Rußland allein in seinem geschwächten Zustand wäre dann nur ein unzureichender Bundesgenosse für Japan, und es entsteht die Frage, ob England als Dritter in diesen Bund eintreten würde. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß unter einer republikanischen Präsidentschaft die auswärtigen Beziehungen der beiden angelsächsischen Nebenbuhler um die See- und Geldherrschaft nicht ganz so glatt sein werden wie unter einem demokratischen Präsidenten. Es könnte also sein, daß England, schon um Japan zu einer festeren Haltung gegen Amerika zu ermutigen, an seine und Rußlands Seite tritt. Eine solche Haltung scheint bereits heute angebahnt zu sein, wo Japan und England, wie wir aus dem Versailler Friedensentwurf der Allierten wissen, u. a. in den Schantunger Fragen eng zusammengehen.

Möglich ist aber auch, daß als eine Folge des Weltkrieges im britischen Weltreich der Einfluß der japanfeindlichen Dominions den des Mutterlandes überwiegt und England zwingen könnte, fest neben den Vereinigten Staaten auszuhalten. Wenn sich Japan den beiden angelsächsischen Mächten gegenübersieht, bleibt ihm wohl nichts anderes übrig, als demütig zu Kreuze zu kriechen, falls es nicht mit China einig ist oder den Bund mit Rußland und Deutschland eingehen will.

In der „Deutschen Politik" vom 30. Mai schreibt Fritz Secker in einem Artikel „Wünsche der China-Deutschen" unter anderem über den Posten des Handelssachverständigen beim deutschen Generalkonsulat in Schanghai:

Ueber wirtschaftliche Vorgänge zu berichten, bleibt besonderen, dem Konsulardienst angegliederten Handelssachverständigen (2) überlassen. Das wichtigste Arbeitsgebiet der Handelssachverständigen ist Schanghai, wo alle wirtschaftlichen Fäden zusammenlaufen. Ob in Schanghai der rechte Mann am rechten Platze war, darüber sind die Meinungen geteilt. Eine langjährige Erfahrung im Platzgeschäft und ein statistischer Bienenfleiß waren dem Schanghaier Sachverständigen nicht abzusprechen. Es darf aber einem Handelssachverständigen nicht genügen, nur zu berichten, was der deutsche Kaufmann und seine Wettbewerber wirtschaftlich leisten, sondern er muß mit schöpferischen Gedanken auftreten und an Hand der aus allen Konsularbezirken eingehenden Informationen dem Kaufmann neue Bahnen zeigen; er muß selbst die Beschwerlichkeiten großer Ueberlandreisen auf sich nehmen, mit den eingeborenen Handelskreisen in steter Fühlung sein und muß — als Vorbedingung — die chinesische Sprache beherrschen. In dieser Hinsicht war der amerikanische Vertreter dem deutschen zweifellos überlegen. Der Amerikaner Julean Arnold wirkte, wo sich nur Gelegenheit bot in der Oeffentlichkeit. Heute hält er in der chinesischen Handelskammer einen Vortrag über die Ausdehnung der Handelsbeziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten, morgen liest man einen Artikel über amerikanisch-chinesische Wirtschaftsfragen in der Lokalpresse dann liest man in chinesischen Zeitungen, daß angesehene Kaufleute bei ihm zu Gaste waren, inzwischen macht er wieder eine Studienreise in ein wenig bekanntes Wirtschaftsgebiet, wo neues Material gesammelt wird, amerikanische Fachzeitschriften veröffentlichen seine aufklärenden Artikel usw. Man spürt, es wird gearbeitet, und die Arbeit drückt sich im Anschwellen der amerikanisch-chinesischen Handelsziffern aus.

In der „Deutschen Politik" vom 23. Mai schreibt Dr. W. Schrameier über „Der ferne Osten auf der Friedenskonferenz":

Armes China! Es hatte auf Unterstützung der Schwachen und Wiedergutmachung unsäglicher Vergewaltigung durch die Konferenz gerechnet; es hatte im begeisterten Überschwang des Glaubens an die hohen Ideale, die ihm stets aus amerikanischem Munde gepredigt waren, sogar gewagt, für sich selbst die Anerkennung seiner nationalen Würde, Befreiung von der schmachvollen Konsularjurisdiktion der Fremden, Zollautonomie, des Verfügungsrecht über seine eigenen Finanzen und anderes zu erhoffen. Wie sehr wurden seine Erwartungen getäuscht! Der Friedensvertragsentwurf, der Deutschland knebeln soll, sieht fast ebenso schlimme Kränkungen für China vor. Deutschland soll an Japan all seine Rechte aus dem seit dem 14. August 1917 von China annullierten Kiautschouvertrage abtreten und damit gewissermaßen den Einbruch Großbritanniens und Japans auf chinesisches neutrales Gebiet als zwingende militärische Notwendigkeit sanktionieren! Der Zustand des Bestehens eines ausländisch verwalteten, chinesischer Hoheit völlig entzogenen Gesandtschaftsviertels in Peking, die Besetzung der Bahnlinie nach Tientsin, die Stationierung von Gesandtschaftswachen in Peking usw. wird verewigt. Der bestehende Wertzoll, gegen den China ankämpft, wird dauernd festgelegt; Deutschland soll gehindert werden, andere Zollvorschläge zu machen, wenn es auch selbst von den Vorteilen dieses Tarifs ausgeschlossen werden kann. Die internationale Flußkommission wird bestätigt und Chinas Absicht, seine Flußregulierung allein durchzuführen, vereitelt. China ist entrüstet; aber es ist anzunehmen, daß man, wie schon so oft in Fällen schwerer Demütigungen, auch jetzt sich bald wieder beruhigen wird. Das einzige Mittel der Rettung für China, freundschaftliche Verständigung mit Japan, erscheint den Chinesen im Lichte englisch-amerikanischer Verhetzungspolitik noch als zu gewagt.

Japans Diplomatie hat in den letzten Wochen einen ungeheuren Sieg errungen. Im Gefühl ihrer Ohnmacht gegenüber dem geschickten Gegner haben die Alliierten nachgeben müssen. Daß sie es gern getan haben, läßt sich wohl bezweifeln. Jedenfalls birgt die Lösung, wie sie getroffen ist, neue, schwere Verwickelungen in sich.

Sprechsaal.

Der Schriftleitung sind Beiträge für diese Spalte stets willkommen. In Verbindung mit der Wiederanknüpfung unserer Beziehungen mit China und dem Wiederaufbau tauchen hunderterlei Fragen auf, die hier von den interessierten Kreisen in sachlicher Weise erörtert werden können. Vorbedingung zur Aufnahme ist, daß in den Zuschriften der sachliche Charakter gewahrt bleibt.

Personalnachrichten.

Erich Lindemann (Arnhold, Karberg & Co., Schanghai), ist im Reichsverwertungsamt, Berlin, angestellt.

Der in weiteren ostasiatischen Kreisen bekannte Professor Dr. Otto Koebner, ein Lehrer der Berliner Universität, feierte am 2. Juni seinen 50. Geburtstag. Wie die „Vossische Zeitung" aus diesem Anlaß mitteilt, folgte Koebner als junger Assessor im Jahre 1898 einer Berufung zur Bearbeitung der Angelegenheiten der Zivilverwaltung des Schutzgebiets Kiautschou in das Reichsmarineamt, wo er später zum Geheimen Admiralitätsrat ernannt wurde.

Diese Stellung gab ihm u. a. Gelegenheit, auf dem Gebiete des deutschen Auslandschulwesens, insbesondere durch einen wesentlichen Anteil an der Begründung der Deutsch-Chinesischen Hochschule in Tsingtau, sich zu betätigen. Dr. Koebner hat im Laufe der Jahre ausgedehnte Studienreisen unternommen, deren wichtigste ihn in den Jahren 1911/12 um die Erde führte. Nachdem er bereits Vorlesungen über Konsular- und Kolonialrecht am Seminar für orientalische Sprachen gehalten hatte, habilitierte er sich 1905 an der juristischen Fakultät der Universität Berlin, woselbst er 1908 als außerordentlicher Professor auf den ersten, in Deutschland begründeten Lehrstuhl für Kolonialrecht berufen und 1917 zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt wurde. Außerdem wirkt er als Dozent an der Handelshochschule und war vor dem Kriege an der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung" tätig, wo er im Winter 1913/14 einen vielbesuchten Vorlesungskursus über „Entwicklungstendenzen der Weltpolitik" hielt.

Dr.-ing. Otto Israel, der an der Stötznerschen Szetschuan-Expedition als Geograph teilnahm und während des Krieges an der Ingenieur-Schule in Wusung dozierte, ist mit dem Dampfer „Antilochus" angekommen und wieder als Assistent in die Dienste der Technischen Hochschule in Dresden getreten.

Briefkasten.

K. Hamburg. Eine Aufstellung über die japanischen Anleihen aus China, beginnend vom Jahre 1909, finden Sie in dem „Archiv für den Fernen Osten" vom 24. Februar d. J. Heft 1/2. Dieselbe Nummer enthält auch die Urkunden über den Dscheng-dja-tuner Zwischenfall.

W. Dessau. Ihre Anfragen betreffs Steuerpflichten finden Sie in dieser Nummer beantwortet; die Frage hat auch weiterhin unsere Aufmerksamkeit.

„Depot". In Ihrer Angelegenheit setzen Sie Sich mit der in Frage kommenden Stelle in Schanghai direkt in Verbindung, sobald der gesicherte Postverkehr wieder möglich ist. Wir werden Ihnen den Zeitpunkt an dieser Stelle mitteilen.

Geschädigter. Das Reichskommissariat zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland ist u. a. für folgende Anträge nicht zuständig:

1. Schäden auf Seeschiffen. Zuständig: Reichswirtschaftsamt, Berlin N W., Luisenstr. 33/34
2. Schäden in deutschen Schutzgebieten. Zuständig: Reichskolonialamt, Berlin W., Wilhelmstr. 62.
3. Schäden im Schutzgebiet Kiautschou. Zuständig: Reichsmarineamt, Berlin W., Königin Augustastraße 38/42

Kriegs- und Zivilgefangene. Auskunft über deutsche Kriegs- und Zivilgefangene erteilt die Zentral-Auskunftstelle für Auswanderer, Berlin W, Karlsbad 10.

O. Z. Webindustrie. Die Fachzeitschriften und Kataloge der Papierindustrie bringen bemusterte Proben von Cellulosepapieren für Spinnereien von Papierfäden. Die Leipziger Monatsschrift für Textilindustrie gibt über jede Neueinführung in der Weberei Auskunft.

K. Lüdenscheid. Bisher ist erschienen: „Die Heimfahrt der China-Deutschen" und „Erinnerungen eines China-Deutschen", beide in der „Täglichen Rundschau" vom 3. und 14. Mai (Abendausgabe). In der „Deutschen Politik" vom 30. Mai: „Wünsche der China-Deutschen". Im „Archiv für den Fernen Osten" vom 24. Mai: „Der Verein für chinesische Sprache und Landeskunde in Schanghai". Ferner von Richard Kunze in der „Deutschen Zeitung" eine fortlaufende Artikelreihe „Japans auswärtige Politik" (19. Mai, 20. Mai, 11. Juni); außerdem in demselben Blatte vom 4. Juni „Deutschland, Rußland, Japan?".

(Wir bitten unsere Leser, uns die Überschriften und Erscheinungsort von Aufsätzen, die sie selbst oder Bekannte an die Presse über China oder Ostasien geliefert haben, mitzuteilen.)

R. Kunze, Tokio. Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten: „Um falschen Auffassungen in ostasiatischen Kreisen vorzubeugen, stelle ich hiermit fest, daß ich mit dem in Berlin bekannten Redner und Schriftsteller Richard Kunze, dem Herausgeber des antisemitischen „Deutschen Wochenblattes", dessen Erscheinen seit dem 1. Mai mit meiner Ankunft aus Ostasien zeitlich zusammenfällt, nicht identisch bin und weder zu ihm noch zu seinem Blatt in irgendwelchen Beziehungen stehe. Zum Unterschied von ihm werde ich mich fortan in meinen Veröffentlichungen stets „R. Kunze, Tokio" nennen. R. Kunze."

C. L. Jena. Besten Dank für Ihre Anregungen, die Sie in dieser Nummer schon teilweise ausgeführt sehen. (K. Lüdenscheid). Wir werden stets alles Wichtige, das wir von draußen erfahren, berichten. Sollten Sie gelegentlich etwas erfahren, so wären wir für eine Mitteilung dankbar.

D. Tsinanfu-Lübeck. Im Buchhandel sind in deutscher Sprache im Laufe des vorigen Jahres von drei verschiedenen Herausgebern Spielregeln für das Ma-dja-pai erschienen, wovon das Heftchen von E. Schönwald und H. Dietrich wohl das bekannteste ist. Die erste Auflage war bereits Anfang Dezember 1918 vergriffen. Eine Neuauflage in Deutschland ist in Aussicht genommen.

Ostafrikaner. Die Adresse von Guido Kiltz, früher in Tabora (Ostafrika) lautet: Rosslau (Anhalt) Weststr. 48.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

F. W. Koeppe wohnt in Bremen, Bonnerstraße 5.

Die Adresse von A. Blomer, früher Arnhold, Karberg & Co., Schanghai, lautet: Karlsruhe, Kriegsstraße 122.

Joseph Brandt, Musikdirigent, ist brieflich zu erreichen: Langerwehe bei Düren.

A. Dimpker, Lübeck, wohnt Hohelandstraße 55, II.

Dr. M. Krieger (Peking) ist zu erreichen: Berlin W. 50, Augsburger Straße 48.

E. Knuth (Tsinanfu) wohnt Wandsbeck, Claudiusstraße 50.

Fräulein L. Kolb, früher Schanghai, wohnt Berlin S. 59, Fontanepromenade 3.

Dr. E. Foethke, Königsberg i/Pr., Hardenbergstraße 9, II.

E. Lichtenstein, Berlin-Hohenschönhausen, Berliner Straße 76, III.

E. Scheilhorn (Schuchardt & Schütte) weilt zur Zeit in Polzin in Pommern. Anschrift: Kurhaus.

E. Repnow wohnt Berlin N. 58, Danzigerstraße 95.

B. Lüpke, Barmen, Blumenstraße 20.

Oskar Reiber. Anschrift: M. Rüdenberg, Hannover-Limmen.

Architekt Hans E. Lieb, Wesel, Clevertor-Platz 8, II.

Dr. G. Blumenstock, München, Ludwigstr. 7, Pension Stella.

Fünfter deutsch-chinesischer Abend.

Nach rührigen Vorarbeiten des Generalsekretärs des Deutsch-Chinesischen Verbandes, Dr. Linde, gestaltete sich der am 5. d. Mts. abends 8 Uhr im Muschelsaal des Restaurant „Rheingold" veranstaltete Fünfte deutsch-chinesische Abend zu einem vollen Erfolg. Der große Saal war bis auf den letzten Platz von China-Deutschen und deren Freunden gefüllt. Man saß bei einem Glase Bier in zwangslosen Gruppen zusammen, tauschte alte und neue Erinnerungen aus, machte neue Bekanntschaften, was alles dazu angetan war, das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den zurückgekehrten Chinaleuten zu

stärken. In Abwesenheit des Ersten Vorsitzenden des Verbands Freiherrn von Mumm begrüßte der frühere Gouverneur des Kiautschou-Gebiets Admiral Truppel die Versammlung in wohldurchdachter Rede, die zukunftfreudig auf die neue deutsche Arbeit in Ostasien ausklang. Gegen elf Uhr nahm die in allen Teilen harmonisch verlaufene Veranstaltung ein Ende. Wie wir hören, findet der nächste Abend am Mittwoch, den 2. Juli, statt.

Bund für weltwirtschaftliches Veterinärwesen.

Auf der Hauptversammlung des „Bundes deutscher Schutzgebiets- und Auslandsveterinäre" wurde beschlossen, daß die Zwecke des Bundes erweitert werden; er heißt künftig: „Bund für weltwirtschaftliches Veterinärwesen". Sitz: Berlin W, Karlsbad 10, Afrikahaus.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Sprechstunden des Generalsekretärs.

Dr. Linde teilt uns mit: „Um den vielen Herren Verbandsmitgliedern und sonstigen Interessenten, die mich zu persönlicher Aussprache besuchen, Zeitverluste und unnütze Wege zu ersparen, teile ich ergebenst mit, daß ich am sichersten Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag Vormittag von 9—11½ Uhr im Verbandsbüro, Potsdamerstraße 28, zu sprechen bin. Da ich infolge von Sitzungen, Konferenzen, usw. häufig nicht im Büro anwesend sein kann, empfiehlt es sich, Besuche außerhalb der vorgenannten Tage und Stunden vorher telefonisch (Amt Nollendorf 2281) zu vereinbaren."

Keine weiteren Transportschiffe mit China-Deutschen unterwegs.

Wie wir aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren haben, ist ein fünfter Dampfer mit China-Deutschen, der angeblich am 20. April Schanghai verlassen haben sollte, einstweilen nicht zu erwarten.

Kurze Nachrichten.

Die am 13. April in Port Said auf dem Dampfer „Atreus" aufgegebene Heimatspost ist Ende Mai in Deutschland ausgeliefert worden.

Die Huangpu-Behörde in Schanghai wird, nach einer Mitteilung des London an „China Telegraph" eine umfassende Untersuchung der technischen Möglichkeiten anstellen, Schanghai zu einem erstklassigen Hafen zu entwickeln.

Im Viktoria Nursing Home ist der Geschäftsleiter des Savoy-Hotels in Schanghai Ch. A. Biddle gestorben.

Mit dem Dampfer „Hamo Maru" sind 29 chinesische Studenten von Schanghai nach Frankreich gereist; die französischen Behörden veranstalteten ein großes Abschiedsfest.

Die Bank of Canton errichtet eigene Geschäftshäuser in Hongkong und Canton mit einem Kostenaufwand von 450,000 Dollar. Die Bank wird ferner eine Zweigniederlassung in Bangkok eröffnen.

Auf der Jahresversammlung der Handelskammer in Hongkong gab der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß Japan dem Beispiel Chinas in der Heimschaffung der Deutschen bald folgen möge.

Der britische Konsul in Saigon weist in einem eingehenden Bericht auf die großen Möglichkeiten hin, die sich dem britischen Handel und der Industrie in Indo-China bieten. Für die Handelsausbreitung wird eine deutsche Firma (Speidel & Co.)? als Vorbild hingestellt.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Kommandantenstr. 14.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste

der aus China zurückgekehrten Herren, die bis zum **31. Mai 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

W. Arnold-Zedelius, Klein-Flottbeck, Elbchaussee 4a (Holstein)
Robert Bahlmann, Nordhausen a. H., Stolbergerstr. 25
K. Bargholz, Harburg a. E., Bergstr. 11
H. Brickner, Hamburg 19, Meißnerstr. 13
Emil Budich, Bensheim an der Bergstraße
Franz Jos. Cazin, Köln-Kalk, Taunusstr. 25
Geh. Justizrat Oberrichter Dr. **Crusen,** Berlin-Wilmersdorf, Aschaffenburgerstr. 4
Georg Cunow, Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W., Unter den Linden 31
G. G. Daniels, per Adresse Herrn L. Wolcke, Hamburg, Wandsbecker Chaussee 156
Theo Eckardt, bei Herrn Geheimrat Dr. H. Loos, Hamburg, Sierichstr. 20
G. Engel, per Adresse Herren W. Meyerink & Co., Hamburg, Ferdinandstr. 59
Helmuth Ferber, Berlin-Steglitz, Hohenzollernstr. 7
C. Fink, per Adresse Herrn Major Ziehm, Berlin-Friedenau, Ringstr. 50
Hans Fittkau, Berlin-Halensee, Bornstedterstr. 2
W. Führ, per Adresse Frau Major Schrott, Berlin W. 57, Pallasstr. 14
Ingenieur **C. Gilewitz,** Berlin-Pankow, Berlinerstr. 86, bei Kettler
G. de Grahl, Berlin-Schöneberg, Prinz Georgstr. 1
Dr. **Hans Günther,** Sande bei Bergedorf, Billwärderstr. 19
Hans Heinze, Saalfeld an der Saale, Markt 7
Franz Hellwich, Gaidszen, Post Szillen, Ostpreußen
J. M. P. Hermanns, Frankfurt a. Main, Cassella & Co., G. m. b. H., Feuerbachstr. 50
Walter Hermes, Berlin-Friedenau, Kranachstr. 51
Ernst Herzfeld, Berlin W., Kurfürstendamm 31, Pension Fischer
Dr. ing. **Otto Jsrael,** Dresden-Kaditz, Rankestr. 56
A. Kießling, Bad Elster, Deutsche Eiche
F. Kilian, Wernigerode a. H.
J. Klette, Kiel, Holtenauerstr. 97, I
Georg Klopp, Leer
Ottomar Knothe, bei Berg & Struckmeyer, Hamburg, Mönckebergstraße, Hansahaus
Hermann König, Ulm (Donau) Niederländerhofstr. 2
F. W. E. Köppe, Bremen, Bonnerstr. 5
Kurt Kraemer, per Adresse Herrn Max Kraemer, Berlin N.W. 21, Wilhelmshavenerstr. 28
Dr. **H. Krapf,** per Adresse Herrn Winkelmann, Frankfurt a. M., Leerbachstr. 113
Dr. **Krieger,** Berlin W. 50, Augsburgerstr. 48
C. Krüger, Halle a. d. Saale, Herderstr. 1
Ed. Kuschar, Essen-Borbeck, Gerichtstr. 47
Ottmar Kümmel, Lüdenscheid i. W.
C. Landgraf, Jena, Wörthstr. 10
R. Laurens, Berlin-Grunewald, Schwedlerstr. 8
C. Leopoldt, Hamburg 4, Vereinsstr. 16
F. Lieb, Stuttgart, Kepplerstr. 20
H. Ludwig, Stuttgart, Kanzleistr. 5
Hermann Lüders, bei Arnhold, Karberg & Co., Berlin, Unter den Linden 75
W. Lührs, Wismar in Mecklenburg, Bohrstr. 17
J. Martin, Berlin, Dresdenerstr. 105, I

Friedr. Mehler, Erfurt, Zentral-Hotel
E. Meyerhof, Berlin S. 42, Luisenufer 48/49
Alfred Mittag, Charlottenburg, Grolmanstr. 34/35
A. Nathan, Hamburg 37, Jungfrauenthal 15
A. Nathansohn, Berlin W., Sächsischestr. 74
Richard Neumann, bei Marienfeld, Berlin O., Hohenlohestr. 12
C. Nimz, Stolp in Pommern, Cassuberstr. 12
A. Nolte, Berlin-Lichterfelde, Albrechtstr. 15
K. Oldörp, Schönberg in Mecklenburg
F. W. K. Otte, Eisenach, Uferstr. 40
P. Paelz, per Adresse Herrn A. Stech, Niederschönhausen bei Berlin, Schloß-Allee 39
Otto Pegler, Berlin-Tempelhof, Ottokarstr. 12
Hugo Pieper, Duisburg a. Rhein, Friedrich-Wilhelmplatz 7
F. Pinnau, Bergedorf
Peter Pütz, Cöln, Mastrichterstr. 14
John Rabe, Siemens-Schuckertwerke Abteilung Übersee, Siemensstadt bei Berlin
R. Rohde, per Adresse Herren Schnabel, Gaumer & Co., Hamburg 11, Hopfenmarkt 2
Rud. Röhm, Barmen, Seifenstr. 5
Ernst Rudolph, Magdeburg, Karlstr. 3
W. Rüdenberg, per Adresse Herrn Alfred Wichert, Berlin-Westend, Württemberg-Allee 27
R. Sachse, Gera-Reuß, Zwötzenerstr. 5
Heinrich Sebes, Berlin W., Keithstr. 14, Pension Tscheuschner
F. Schaller, Braunschweig, Heinrichstr. 53
C. E. Schellhorn, bei Schuchardt & Schütte, Berlin C. 2, Spandauerstr. 28
M. Schindewolf, Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W., Unter den Linden 31
Hakon Schlüter, Charlottenburg, Friedbergstr. 31
Hermann Schmidt, Berlin, Klopstockstr. 10, Gartenhaus, bei Weber
Rudolf Schnabel, Ravensburg in Württemberg
Gustav Schnell, Stettin, Gabelsbergerstr. 10 bei Ebel
Franz Scholz, Staßfurt-Leopoldshall, Auguststr. 13
Hans Schönherr. Fried. Krupp A.-G., Essen, Hauptverwaltungsgebäude
Fritz Schott, Marburg, Kasernenstr. 27, I
W. Schröder, Bremen, Albersstr. 18
C. Schröter, Berlin-Grunewald, Hertastr. 11
W. Schulz, Herzberg am Harz, Flötebrink 568
Ulrich Streib, Tübingen, Ludwigstr. 7
Gustav Tiedt, Hamburg 24, Güntherstr. 78
H. Thomsen, Klein-Flottbeck bei Hamburg
W. Triebel, Altona (Elbe), Kleine Gärtnerstr. 70, parterre
M. A. Wagner, Spindlersfeld bei Berlin, Villa Spindler
Richard Wendt, Berlin-Pankow, Görschstr. 7
Dr. **Hugo Weigold,** Heidenau bei Pirna in Sachsen, Albertstr. 19
P. Westendorff, Lübeck, Kronsforder Allee 23
Johann Wiethoff, Berlin-Friedenau, Mainauerstr. 9
Arthur Wolf, Bernburg-Anhalt, Steinstr. 3 h
Carl Wolff, Görlitz, Deminianiplatz 7

Eine weitere Liste, enthaltend die Namen der im Juni dem Verbande beigetretenen Mitglieder, wird der am 15. Juli 1919 erscheinenden Nummer 4 der „Mitteilungen für China-Deutsche" beigelegt werden.

BERLIN, den 10. Juni 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. LINDE, Generalsekretär.

I. Jahrgang **1. Juli 1919** **No. 3**

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums
In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

China in Versailles.

Wir haben in der vorigen Nummer die Artikel des Versailler Friedensvertrages wiedergegeben, die sich auf China beziehen. Obwohl darin kein Wort von einem „China verzichtet", die Rede ist, liest man zwischen den Zeilen, daß China, das um der Ideale der Menschlichkeit und anderer hochtrabenden Phrasen willen sich von England und seinen Freunden zum Eintritt in den Krieg hat bewegen lassen, zu einem geographischen Gegenstand geworden ist, an dem sich die Alliierten durch Zugeständnisse untereinander schadlos halten wollen. Mit welchen Hoffnungen reiste Anfang dieses Jahres die chinesische Friedensdelegation unter Führung des Ministers des Auswärtigen Lu-Dseng-hsiang nach Versailles! Wie zukunftsfreudig klangen die Worte Liang-Dschi-dschaos vor seiner Abreise nach Europa. China soll als gleichberechtigt in den Rat der Mächte eintreten; alle vertraglichen Schranken, die überall die Hoheitsrechte des chinesischen Staates einengen, sollen aufgehoben werden. Daß Tsingtau und die deutschen Rechte in Schantung an China zurückgegeben, die Konsulargerichtsbarkeit aufgehoben und die Zurückziehung der fremden Garnisonen angeordnet würde, erschien den chinesischen Staatsmännern als selbstverständlich, hatte sich doch der britische Gesandte in Peking, Sir John Jordan, grundsätzlich auf diese Zugeständnisse festgelegt, um die Chinesen für die Teilnahme am Kriege zu ködern. Der Hauptköder aber, den Sir John der chinesischen Regierung hinwarf, war, England werde China auf der Versailler Konferenz vor Japan schützen. Dieses Versprechen hat England schmählich gebrochen; die Londoner „Times" gibt sogar offen zu, daß gerade Lloyd George, unterstützt von Clemenceau, im Viererrat Tsingtau und Schantung an Japan verschrieb. Ähnliche Wortbrüche sind auch bei den anderen, China in Aussicht gestellt gewesenen Zugeständnissen zu verzeichnen. Selbst die deutschen Niederlassungen, auf die Deutschland gemäß dem Versailler Friedensvertrag verzichten muß, werden nicht restlos den Chinesen überantwortet, sondern die Alliierten behalten sich vor, die Niederlassungen zu „internationalisieren".

Über den Friedensvertrag hinaus machen sich schon heute Anzeichen einer Politik geltend, die, wenn sie folgerichtig weitergeführt wird, zu einer Wiederbelebung der schon auf dem Aussterbeetat stehenden „Interessensphären" führen muß. Der Plan einer von vier Mächten (England, Frankreich, Amerika und Japan) ausgeübten Finanzkontrolle, die Beaufsichtigung des gesamten chinesischen Verkehrswesens durch einen internationalen Ausschuß, der kürzlich in der „Morning Post" gemachte Vorschlag, ausländische Ratgeber mit wirklichen Machtbefugnissen anzustellen, um die chinesische Zivilverwaltung umzubilden, das Alles deutet an, wie systematisch an der Ausbreitung des alliierten Einflusses in China gearbeitet wird, eine Politik, an der weder China, noch das benachbarte Japan ein Interesse haben können.

Vielleicht glauben heute die Alliierten in ihrem Siegestaumel, daß ihnen der politische Wind in China stets günstig wehen muß. Es fehlt aber schon jetzt nicht an Anzeichen, die auf einen Stimmungsumschwung hindeuten. Das Ministerium Dsien-Neng-hsün ist unter der Wucht der schweren diplomatischen Niederlage in Versailles niedergebrochen, die antibritische Stimmung ist — wie die „Times" zugeben muß — ständig im Wachsen; dazu kommen die offenen Kundgebungen, die sich teils gegen die Ententeländer, teils gegen Japan richten, sowie die von der „Times" erwähnte Tatsache, daß man die Deutschen jeder Zeit „mit Pauken und Trompeten" willkommen heißen wird, weil man offenbar eingesehen hat, daß sie die einzigen uneigennützigen Freunde Chinas gewesen sind. Hoffentlich tragen die Erfahrungen in Versailles zu einer völligen Neuorientierung der auswärtigen Politik Chinas bei.

F. S.

Die Lage der deutschen Gefangenen in Japan.

Es sind der deutschen Regierung Berichte zugegangen, daß die Zustände in einzelnen japanischen Gefangenenlagern Grund zu erheblichen Klagen geben.

Insbesondere sind die Lager Aonugahara, Kurume und Ninoschima genannt worden, in denen die Unterkunfts- und hygienischen Verhältnisse als unzureichend bezeichnet werden. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei nur darauf hingewiesen, das in Ninoschima den Kriegsgefangenen unter der Bezeichnung „Roeki" die Zwangsverpflichtung zur Ableistung gemeiner Kuliarbeit auferlegt wird. Sie müssen ohne Rücksicht auf frühere Verwundungen und große Hitze unter Zurücklegung sehr erheblicher Wegstrecken Erde durch die Stadt Hiroschima karren und erhalten dafür nur einen Tagelohn von 4 Sen. Im Vergleich zu der Bezahlung der Erdarbeiter, welche in Shizuoka 40 bis 60 Sen Tagelohn erhalten, ist die Bezahlung der deutschen Kriegsgefangenen so minimal, daß das „Roeki", wie es in Ninoschima ihnen gegenüber gehandhabt wird, als Vergewaltigung bezeichnet werden muß. Ferner wird allgemein über mangelhafte Verpflegung und unzureichende Bekleidung Beschwerde geführt. Der seit Beginn der Gefangennahme gleichbemessene Geldsatz für die Verpflegung eines Gefangenen reicht, nachdem die Lebensmittelpreise zum Teil um ein Mehrfaches gestiegen sind, in keiner Weise mehr aus. Es ist unbedingt erforderlich, daß statt eines Geldbetrages die zur ausreichenden Verpflegung nötigen Stoffe in natura nach bestimmtem Maß und Gewicht geliefert werden. Die Hilfsausschüsse der japanischen Gefangenenlager sind zum Teil in der Lage gewesen, aus Spenden den Ausfall zu decken, der sich bei der erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise aus dem Unverändertbleiben der Aufwendungen der japanischen Regierung für die Verpflegung der Kriegsgefangenen ergab. Die Hilfsausschüsse haben auch nach Kräften für die Ergänzung der Kleidung der Kriegsgefangenen gesorgt, jedoch reichen die vorhandenen Mittel infolge Verminderung der Spenden und Steigerung der Geldkurse für diese Zwecke nicht mehr aus. Wegen der schlechten Unterbringung, Verpflegung und Behandlung der in den japanischen Gefängnissen untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen ist seitens der deutschen Regierung wiederholt Protest erhoben und Abhilfe gefordert worden.

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, die Richtigkeit der zu ihrer Kenntnis gekommenen Klagen festzustellen, sie hat jedoch die Alliierten gebeten, bei der japanischen Regierung dahin zu wirken, daß diese die Verhältnisse in den Gefangenenlagern einer wohlwollenden Prüfung unterzieht und das harte Los der Kriegsgefangenen zu erleichtern sucht.

Die Stötznersche Setschuan-Expedition.

Wir lesen in der „Täglichen Rundschau":

Die Mitglieder der Stötznerschen Tibet-Expedition, der Ornithologe Dr. Hugo Weigold und der Topograph Dr. Otto Israel, Assistent an der Technischen Hochschule zu Dresden, sind am 29. Mai in Dresden, ihrer Heimat, wieder eingetroffen. Dr. Weigold berichtete unmittelbar nach seiner Ankunft in Dresden folgendes: Die Expedition bedeutet trotz der großen durch den Weltkrieg bedingten Schwierigkeiten einen vollen Erfolg, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß unsere Expedition, die wissenschaftlich am besten ausgerüstet gewesen ist, die jemals in jene Gebiete unternommen wurde. Fürs erste nur einige Zahlen, an denen sich auch die übrige Ausbeute der Forschungsreise ermessen läßt. Ich habe etwa 5500 Vögel und Hunderte von Säugetieren, darunter die größten und seltensten Innerasiens gesammelt. Der Entomologe Funke hat ein Insektenmaterial von noch nicht erreichtem Umfange zusammengetragen, von denen viele neue Ergebnisse zu erwarten sind. Aber nicht nur in unseren großen Sammlungen, die erfreulicherweise an einem der Entente unerreichbaren Ort in Sicherheit gebracht sind, besteht der Wert der Expedition, sondern auch darin, daß außerordentlich reiches Beobachtungsmaterial in topographischer und biologischer Hinsicht zusammengebracht worden ist. Da gleichzeitig mit uns der bekannte österreichische Botaniker Freiherr v. Handel-Mazzetti im südlichen Nachbargebiet von Tibet und Setschuan, in Nord-Jünnan forschte, so werden unsere vereinigten Ergebnisse die Wissenschaft um eine Fülle sehr bedeutenden Materials bereichern, das alles übertrumpfen wird, was bisher von den Forschern anderer Nationen in jenen Gebieten zutage gefördert worden ist. Die noch in diesem Jahre zu erhoffende Bekanntgabe unserer Forschungen wird es beweisen.

Obige Mitteilung, die ihren Weg durch alle größeren Blätter gefunden hat, ist geeignet, von der gesamten wissenschaftlichen Arbeit der Stötznerschen Setschuan-Expedition ein falsches Bild zu geben, indem die zoologischen Forschungen allzustark betont werden. Tatsächlich hat die Expedition nicht nur auf ornithologischem und entomologischem Gebiet dank der unermüdlichen Arbeit Dr. Hugo Weigolds und E. Funkes eine reiche Ausbeute erzielt, sondern auch die geographischen Forschungen Dr. ing. Israels und die ethnographische Sammelarbeit des Expeditionsleiters Stötzner stehen hinter den Ergebnissen auf den anderen Arbeitsgebieten kaum zurück. Während Stötzner und Israel nach kaum viermonatiger Arbeit im chinesisch-tibetischen Grenzgebiet infolge des Kriegsausbruches an die Küste zurückkehren mußten, wodurch auch die von mir übernommene Berichterstattung an die deutsche Presse aufgegeben werden mußte, konnten der Zoologe und Entomologe ihre begonnenen Arbeiten, ungestört durch den Weltkrieg fortsetzen. In der Mitteilung Dr. Hugo Weigolds fehlt der Hinweis, daß mit Ausnahme einer vom König von Sachsen gegebenen Unterstützung in Höhe von tausend Mark, W. Stötzner sämtliche Kosten der Expedition allein getragen hat.

F. S.

Ma Tsüo Pai, das chinesische Pokerspiel

von H. Dietrich.

Ma Tsüo Pai, dieses sehr abwechselungsreiche und unterhaltende chinesische Gesellschaftsspiel, daß auch vielfach chinesisches Dominospiel genannt wird, hat gerade während der Kriegszeit unter den Deutschen Ostasiens einen großen Kreis begeisterter Anhänger gefunden. In Schanghai, Mokanschan, Peking, Tientsin, Peitaiho, Tsinanfu, Hankou, Kuling, Nanking und besonders in den Gefangenenlagern Japans erfreute es sich großer Beliebtheit und Verbreitung; überall, wo Deutsche beisammen saßen, wurde fleißig Ma Tsüo Pai gespielt. Es half über manche trübe Stunde hinweg, und manche hartgesottene Skatratte wurde Dauer-Matsüopaitist..

Kein Wunder ist es, daß auch hier in Deutschland bei den zurückgekehrten China-Deutschen der Wunsch sich regt, die gemütlichen Spielabende im Familien- oder Freundeskreise wieder aufzunehmen, und daß neue Freunde des Spiels Umfrage nach einem Lehrbuch halten.

Im „Ostasiatischen Lloyd" (Schanghai) erschien im Jahre 1917 von Scheffler ein Aufsatz über das Ma Tsüo Pai, der auf die Schönheiten des Spiels hinwies, dasselbe aber nicht so ausführlich behandelte, um als Spielregeln benutzt zu werden. Die ersten deutschen

Aufzeichnungen solcher geschahen meines Wissens in Peitaiho und Schanghai im Herbst 1917 durch A. Jung; diese erschienen jedoch nicht im Druck und wurden von E. Lichtenstein für seine im Februar 1918 erschienene „Beschreibung und Spielregeln zum Ma chiao pai" verwandt, welche den Kriegsgefangenen in Japan gewidmet waren. Es handelte sich hierbei jedoch immer nur um die Wiedergabe der bekannten, Chinesen abgelauschten und mündlich überlieferten Beschreibung des Spiels ohne Benutzung chinesischer Lehrbücher. Eine ausführlichere Beschreibung und Spielanleitung mit Abbildungen, welche durch Übersetzung und Zusammenstellung mehrerer chinesischer Vorlagen entstand, und die von chinesischen Freunden und Spielsachverständigen durchgesehen war, wurde von E. Schönwald und H. Dietrich im Mai 1918 im Verlage von Max Nößler & Co., Schanghai herausgegeben; sie fand einen derartigen Anklang, daß die erste Auflage des Heftchens bereits Anfang Dezember vergriffen war. Eine zweite Auflage dieses Lehrbuches soll demnächst hier in Deutschland erscheinen. K. Blickle, Schanghai, veröffentlichte im Juni 1918 „Vorschläge zur Vereinheitlichung des Spieles und besonders zur einheitlichen Berechnung des Gewinns". Die Ansichten darüber sind aber ebenso verschieden wie beim Skat und beim Kegelspiel, so daß dieses Bestreben keinen Erfolg hatte. Maßgebend für die Berechnung sollten immer nur die chinesischen Quellen sein und da gibt es nur geringe Meinungsverschiedenheiten. Ebensowenig wird eine Verdeutschung des Ma Tsüo pai bei alten Ostasiaten Anklang finden; das Spiel ist nun einmal chinesischen Ursprungs, und da hieße es diesem „sein Gesicht" nehmen, wollte man ihm ein deutsches Gewand anziehen. Wozu auch?

Dagegen ist schon versucht worden, deutsche Fabrikanten für die Herstellung des Spiels zu interessieren. Näheres hierüber wird später in den „Mitteilungen" bekannt gegeben.

Stimmen über Ostasien.

Der „London and China Express" veröffentlicht einen Artikel über „Die Verantwortung Chinas". Das Blatt bezeichnet die Auslieferung der deutschen Rechte in Tsingtau und Schantung an Japan als eine große Ungerechtigkeit China gegenüber. Ferner fragt das Blatt, weshalb der chinesisch-japanische Vertrag vom Jahre 1915 (der Japan besondere Rechte in der Mandschurei zugestand) nicht aufgehoben worden sei. Letzten Endes trüge aber China an all den Niederlagen, die es sich in Fragen der auswärtigen Politik zuzieht, die Schuld. Die Zeitung schreibt:

„Wenn China im Jahre 1915 einig gewesen und seine Kräfte der Zentralregierung zur Verfügung gestellt hätte, würden wir wahrscheinlich niemals etwas von Japans 21 Forderungen gehört haben und selbst wenn sie gestellt worden wären, würde das Ergebnis der Verhandlungen ein anderes gewesen sein. Infolge seiner Schwäche war China gezwungen, einen Vertrag zu unterschreiben, der, wie die Ereignisse zeigen, die Vorteile neutralisiert hat, die China als kriegführender Staat hätte erwarten können."

Politische Nachrichten

Verwaltung der deutschen Missionen in China?

Im „London and China Telegraph" vom 10. Juni befindet sich ein Hinweis, daß die Verwaltung der deutschen Missionen in China einem chinesischen „Vertrauensausschuss" unterstellt werden soll. Das Blatt erblickt darin den ersten Schritt zur Bildung einer Chinesischen Christlichen Kirche.

Zur Volksstimmung in China.

Nach Meldungen, die bis Anfang Juni zurückgehen, hält die Erregung der chinesischen Bevölkerung gegen die Japaner wegen der Schantungfrage unvermindert an.

In Canton kam es zu großen Kundgebungen. Dort wurden die Läden, die japanische Waren führen, von der Volksmenge zerstört. Gegen Japaner kam es auf der Straße zu Tätlichkeiten. In Schanghai sind die Studenten in Streik getreten und haben Straßenumzüge veranstaltet, an denen tausende von Studentinnen teilnahmen; die Kundgebungen richteten sich gegen die Versailler Konferenz, Japaner blieben unbelästigt. Es besteht die Befürchtung, daß sich der Boykott gegen japanische Waren auch auf fremdländische Erzeugnisse überhaupt auzdehnt, weil sich die Handelsgilden weigern, fremde Einfuhrwaren abzunehmen, die auf japanischen Schiffen von Europa nach China gebracht werden. Die Regierung versucht durch Erlasse beruhigend auf die Volksstimmung zu wirken.

Unabhängigkeit der Philippinen.

In Washington weilt zur Zeit eine Mission angesehener Philippiner, die in einer Denkschrift an den Kongreß die sofortige Lösung der philippinischen Frage fordern. Es liege im Interesse Amerikas und der Philippinen, wenn die Unabhängigkeit der Inseln anerkannt werde.

Handel- und Industrienachrichten.

Deutsches Eigentum in Tientsin.

Auf Veranlassung des Liquidationsbüros der Deutsch-Asiatischen Bank in Tientsin wurde das Anwesen der Firma Walte & Co. in der Taku Road versteigert und von dem Engländer J. M. Dickinson für 40000 Taels erworben. Das Waltesche Anwesen in Peitaiho wurde von dem Chinesen Wang-Dschu-san für 12 500 Taels gekauft.

Rückgang des chinesisch-amerikanischen Handels.

Wie wir dem „Eastern Engineering" entnehmen, ist die über Schanghai gehende Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten im Jahre 1918 um nahezu $9^1/_2$ Millionen Dollar (9 328 414) zurückgegangen. Man hofft jedoch in amerikanischen Kreisen, den Ausfall während des Jahres 1919 mehr als wett zu machen. Verschiedene neue amerikanische Geschäftshäuser und Banken sind in Schanghai eröffnet worden. Zu der Asia Banking Corporation ist eine Zweigniederlassung der Philippine National Bank getreten, so daß jetzt vier amerikanische Banken in Schanghai ansässig sind.

Tungtsen in Südchina.

In einem amerikanischen Konsulatsbericht wird auf die Zukunft der Tungtsenvorkommen in Südchina hingewiesen. An der Grenze von Kuangtung und Kuangsi im Sai-Wah-Gebirge sind Vorkommen entdeckt worden, die im Jahre 1918 monatlich 1200 Tonnen ergeben haben. Die Erze werden auf dem Boot in fünf Tagen nach Schuidschou befördert und von dort mit der Bahn weiter verfrachtet. Im Jahre 1919 war die Ausfuhr infolge geringer Nachfrage nur unerheblich. Das geförderte Erz kostet ab Grube etwa 20 Dollar für den Pikul zu $133^1/_3$ englische Pfund.

Die Lage in Harbin.

Ein Mitarbeiter des „London and China Telegraph" schildert die Umwandlungen, die sich während des Kriegs in Harbin vollzogen haben. Die Stadt nebst dem chinesischen Viertel Fu-dja-tun ist ins Ungeheure gewachsen. Kleine Wohnungen, die vor dem Kriege 30 Rubel im Monat kosteten, werden jetzt mit 800 bis 1000 Rubel berechnet. Das liegt zum Teil in der Entwertung des Rubels begründet, aber immerhin sind die Mieten noch ungeheuer hoch. Das Land wird mit 24-, 400- und 1000-Rubelnoten geradezu überschwemmt. Niemand weiß, ob sich der Rubel jemals wieder erholen wird. — Aus anderer Quelle verlautet, daß ein neuer, plötzlicher Sturz des Rubelkurses einigen der größten Geschäftshäuser in Mukden und Dschang-dschun schwere Schläge versetzt hat.

Amerikanische Zigaretteneinfuhr nach Ostasien.

Nach einer Berechnung des „London and China Telegraph" betrug die Ausfuhr amerikanischer Zigaretten nach Ostasien während des mit Juni endenden Jahres über 8000 Millionen Stück; davon sind 7000 Millionen Stück nach China gegangen. Seit 1915 hat sich die Zigaretteneinfuhr nach China verzehnfacht. Der Einfuhrwert ist von drei Millionen Dollar 1915 auf sechszehn Millionen Dollar 1918 gestiegen.

Verstaatlichung der englischen Baumwollindustrie?

Auf der Jahresversammlung der „Amalgamated Association of Beamers, Twisters Drawers and Hand Machine Workers", die Anfang Juni in Bury abgehalten wurde, wurde von einer überwältigenden Mehrheit die Entschließung angenommen, die Baumwollindustrie zu verstaatlichen.

Aktiengesellschaften.

Die China Merchants Steam Navigation Co. veröffentlicht ihren Bericht über das 45. Geschäftsjahr. Die Gesamteinnahmen betrugen über 6 887 000 Taels, was im Vergleich zum Vorjahr eine Mehreinnahme von 1 490 000 Taels bedeutet. Die Ausgaben betrugen 3 506 000 Taels, mithin bleibt ein Reingewinn von etwa 1 793 000 Taels; davon wird auf die Schiffahrtsaktie eine Dividende von 14,25 und auf die Anwesenaktie eine solche von 3,50 Taels gezahlt.

Die Canton Insurance Office Ltd. verteilt für 1918 eine Schlußdividende von 12 Dollar, was 30 Dollar für das Geschäftsjahr ausmacht.

Die Anglo-French Land Co. verteilt eine Dividende von $6^1/_2$ v. H. Auf neue Rechnung wurden 3 748,40 Taels vorgetragen.

Die Chemoo United Rubber Co. verteilt keine Dividende, trägt aber 28 728 Taels auf neue Rechnung vor.

Die North China Insurance Co., Ltd., erklärt eine Dividende von 15 v. H.

Sprechsaal.

Der Schriftleitung sind Beiträge für diese Spalte stets willkommen. In Verbindung mit der Wiederanknüpfung unserer Beziehungen mit China und dem Wiederaufbau tauchen hunderterlei Fragen auf, die hier von den interessierten Kreisen in sachlicher Weise erörtert werden können. Vorbedingung zur Aufnahme ist, daß in den Zuschriften der sachliche Charakter gewahrt bleibt.

Personalnachrichten.

Ariyoshi. Der langjährige japanische Generalkonsul in Schanghai Ariyoshi ist zum Gesandten in Bern ernannt. Sein Nachfolger ist der bisherige Generalkonsul in London, Yamasaki.

Liang-Dschi-dschao. Der chinesische Politiker und Schriftsteller Liang-Dschi-dschao, der seit Anfang dieses Jahres in Paris weilte, um die Versailler Verhandlungen zu verfolgen, befindet sich in Begleitung des früheren Verkehrsministers Yeh-Gung-dscho in London. Sein Aufenthalt in England wird mit der Ausgestaltung des chinesischen Verkehrswesens in Verbindung gebracht.

Morrison. Dr. G. E. Morrison, der als Ratgeber für auswärtige Angelegenheiten der chinesischen Friedensdelegation in Versailles beigegeben ist, mußte krankheitshalber nach London zurückfahren, wo er sich einer schwierigen Operation zu unterziehen hatte.

Briefkasten.

H. D. Barmen. Wir verweisen Sie auf Nummer 1 und 2 der „Mitteilungen", wo Sie sich über Ihre Anfrage orientieren können. Wenden Sie sich an das Reichskommissariat zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 38, vorausgesetzt, daß die britische Wache auf dem „Atreus" ihre Sachen geraubt hat.

B. L. Barmen. Besten Dank für die Übermittelung Ihrer Adresse. Wir hatten sie inzwischen von anderer Seite erfahren und im „Adressennachweis" in Nummer 2 der „Mitteilungen" abgedruckt. Kosten entstehen Ihnen durch die Bekanntgabe Ihrer Adresse nicht.

G. E. Hamburg. Wir verweisen Sie auf die Briefkastennotiz unter „K. Lüdenscheid" in der vorigen Nummer der „Mitteilungen". Lassen Sie sich die betreffenden Nummern kommen.

Clément Kassel-W., Rosenallee 44 I, wünscht die Adresse von Ingenieur W. Wagner, früher an der Hankou-Setschuan-Bahn, zu wissen. Wer kann sie ihm angeben?

P. G. Bonn. Es ist zu empfehlen, die Schäden in Dollar oder Taels, und nicht in Mark umgerechnet, anzugeben. Die Festsetzung des Kurses sollte dem Reichskommissar überlassen bleiben. — Von längerer Steuerfreiheit, doppelten Rationen usw. ist uns nichts bekannt. Über die Steuerfrage schrieb in der vorigen Nummer Rechtsanwalt Krieger.

D. Tsinanfu-Lübeck. 1. Ich möchte mich als Mitleser an einer größeren chinesischen Zeitung (am liebsten „Schenbau", Schanghai, „I-schi-bau", oder „Bedjing-ji-bau", Peking) beteiligen. Hält ein Leser der „Mitteilungen" eine dieser Zeitungen?

2. Die von Ihnen gewünschte Adressenauskunftsstelle ist in der Rubrik: „Adressennachweis" der „Mitteilungen" enthalten. Stellen Sie nur Ihre Anfragen.

3. Die angeregte Kaufs- und Verkaufsspalte, die allerdings nur von privaten Lesern benutzt werden dürfte, wird gerne eingerichtet. Machen Sie den Anfang!

L. V. Hamburg. Es würde sich empfehlen, mit Professor Franke vom Kolonialinstitut in Hamburg wegen Ihrer Angelegenheit in Verbindung zu treten.

S. Leipzig. Der amerikanische Anteil an der Boxerentschädigung betrug 24,5 Millionen Golddollar. Im Jahre 1908 verzichtete die amerikanische Regierung auf 10,7 Millionen Golddollar zu Gunsten Chinas.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

Dr. H. Höfling, zur Zeit Düsseldorf, Wenrstenerstraße 67.

Karl Heitmann, Norden (Ostfriesland) — Landratsamt.

C. Bohl (Carlowitz & Co., Schanghai) zur Zeit Hohe Sonne, Eisenach i. Thüringen.

Kapitän von Pilgrim, per Adr.: Herr Schilde, Berlin W., Schwäbischestraße 30.

E. Lindemann, Reichsverwertungsamt, Berlin, Kurfürstendamm 51.

Ärztliche und rechtliche Hilfe für China-Deutsche.

Unserer in Nummer 1 der „Mitteilungen" gemachten Anregung, daß das Berliner Beispiel der kostenlosen Raterteilung in ärztlichen und rechtlichen Angelegenheiten für bedürftige China-Deutsche auch in anderen Städten Nachahmung finden möge, ist zunächst nun in Hamburg nachgekommen worden. Dort hat sich, wie uns mitgeteilt wird, Rechtsanwalt Dr. jur. Octavio Brackenhoeft, Hamburg 36, Groß-Bleichen 5 (Fernsprecher: Merkur 4340) bereit erklärt, denjenigen China-Deutschen, die wirklich bedürftig sind, unentgeltliche Rechtsauskünfte zu erteilen.

Anfragen über Gepäck.

Wer kann mir über den Verbleib meines Gepäckstückes Auskunft geben? Es handelt sich um eine große braune Holzkiste etwa einen Meter lang, $^3/_4$ Meter breit und $^3/_4$ Meter hoch. Mein Name stand mit grünem Etikett obenauf, auch kann man unter der braunen Farbe lesen: K Rieck, Customs. Die Kiste ist mit einem Innenschloß versehen. Etwaige Auskünfte bitte ich zu richten an meine Adresse: R. W. Rieck, Hamburg 4, Erichstraße 8. H. 3.

Kurze Nachrichten.

Wie das Stockholmer „Aftonblad" meldet, ist der japanische Theologe Dr. Anesaki, ein Professor von der Tokyoer Universität, von der Universität Upsala aufgefordert worden, Vorlesungen über Buddhismus zu halten. Dr. Anesaki wird im September in Schweden eintreffen.

Andersen, Meyer & Co. in Schanghai haben einen wertvollen Häuserblock, der zwischen der Hankou- und Futschou Road, gegenüber dem neuen Stadtverwaltungsgebäude liegt, für über 300 000 Taels angekauft. Mit dem Bau eines modernen Geschäftshauses soll in Kürze begonnen werden.

Über hundert China-Briten, die sich seinerzeit als Kriegsfreiwillige gemeldet hatten, warten in London vergeblich auf eine Rückfahrtgelegenheit nach China; ein großer Teil ist völlig mittellos.

In Peking soll ein Denkmal für die in Frankreich verstorbenen chinesischen Arbeiter errichtet werden.

Dschan-Dien-yu, in ausländischen Kreisen als Jeme Tien-yu und als Erbauer der Peking-Kalganer Bahn weit bekannt, ist in Hankou gestorben. Dschan war in Amerika ausgebildet.

Eine chinesisch-amerikanische Motoromnibus-Gesellschaft wird regelmäßige Fahrten zwischen Tientsin und Peking veranstalten. Das Fahrgeld beträgt 1,50 Dollar.

In Mukden besteht in der ausländischen Handelsgemeinde der Plan, eine Bank mit einem Kapital von fünf Millonen Yen zu gründeu.

Der frühere Zolldirektor in Antung I. W. Richardson ist als erster Sekretär ins Generalinspektorat nach Peking versetzt worden; er vertritt C. A. V. Bowra, der einen Heimatsurlaub angetreten hat.

Christensen Lynborg, der seit 1875 dem chinesischen Zolldienst angehörte, ist in Schanghai gestorben.

Erhebungen, die die chinesischen Behörden in Schanghai angestellt haben, ergeben, daß sich unter den dort ansässigen Russen nur friedliche Kaufleute und keine Bolschewisten befinden.

Okura & Co. planen in Antung die Errichtung einer Papiermühle mit einem Kapital von fünf Millionen Yen.

In Schanghai ist vom 12. April ab die „Tageslichtersparnis“ eingeführt worden; um Mitternacht wurde die Uhr auf dem Zollturm eine Stunde vorgestellt.

Dr. H. C. Patrick brachte auf der Generalversammlung der Steuerzahler in Schanghai den Antrag ein, daß sich der chinesische Ausschuß des Paulun-Hospitals als Gegenleistung für die eine städtische Unterstützung von 2000 Taels verpflichten müsse, keinen Deutschen in irgend einer Form am Hospital anzustellen. Der Antrag wurde genehmigt. Was der chinesische Ausschuß des Paulun-Hospitals dazu sagt, ist bisher nicht bekannt.

Seereisen von Deutschen.

Der „Täglichen Rundschau“ wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Laut Nachrichten aus Rotterdam sind die Bestimmungen über den Reiseverkehr nach überseeischen Ländern geändert worden. Reichsdeutsche können nun wieder mit neutralen Dampfern als Reisende nach neutralen Ländern reisen, soweit sie nicht in englischen Häfen landen. Der Paß muß von dem Konsul des Bestimmungslandes visiert werden. Eine Beschränkung hinsichtlich des Geschlechtes oder des Alters der Reisenden findet nicht mehr statt.

Trotz dieser Bestimmungen wird es für Deutsche tatsächlich noch kaum möglich sein, in allernächster Zeit zu reisen, da nach Mitteilung der niederländischen Schiffahrtslinien in Rotterdam für die nächsten Monate keine Plätze mehr zu haben sind.

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Brasilien ist die Reise für Reichsdeutsche noch nicht möglich.

Sechster Deutsch-Chinesischer Abend.

Der am 2. Juli im Restaurant „Rheingold“ veranstaltete sechste Deutsch-Chinesische Abend hatte trotz des allgemeinen Berliner Verkehrsstreiks einen über Erwarten lebhaften Besuch aufzuweisen. Der Abend nahm bei angeregter Unterhaltung aller Erschienenen seinen gewohnten guten Verlauf. Die nächste Zusammenkunft wird Anfang August stattfinden. Der Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben werden.

Reisemöglichkeit nach Niederländisch-Indien.

Nach einer Mitteilung aus jüngster Zeit dürfen Deutsche nach Niederländisch-Indien reisen. In Betracht kommen die Stoomvaart-My. (Dampfschiffahrtsgesellschaft) „Nederland“ in Amsterdam und die Stoomvaart-My. „Rotterdamsche Lloyd“ in Rotterdam. Beide Linien haben jedoch erklärt, daß für unbestimmte Zeit keine Plätze für Ausländer, also auch Deutsche, mehr zu haben sind, da nur Niederländern die Plätze vorbehalten bleiben müssen. Deutsche könnten befördert werden, wenn Plätze verfügbar sind; sie können sich also anmelden.

Chinesische Staatspapiere.

(Aus dem „London and China Telegraph“ vom 10. Juni 1919).

Chines.	5 v. H. 1912	80	bis 82
„	5 „ „ 1896	93 3/4	„ 94
„	4 1/2 v. H. 1898	83	„ 85
„	5 v. H. Tien.-Pukou	84 1/2	„ 85 1/4
„	5 „ „ (Zusatzanleihe)	82	„ 83
„	Schanghai-Kangtschou	84	„ 84 3/2
„	Canton-Koulun	82	„ 83
„	5 v. H. Hukuang	82	„ 84
„	Honan, 1905	83	„ 84
„	5 v. H. 1913	80	„ 82

Wegen des allgemeinen Berliner Verkehrsstreiks erscheint diese — Nummer mit Verspätung. —

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.

Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Kommandantenstr. 14. Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Veröffentlichungen des Deutsch-Chinesischen Verbandes

Nur für unsere Mitglieder.

Der Deutsch-Chinesische Verband hat außer dem „China-Archiv" (seit dem 1. Januar 1919 „Archiv für den Fernen Osten") folgende selbständige Schriften herausgegeben:

Heft 1

Kiautschou. Seine Entwicklung u. Bedeutung

von **Dr. W. Schrameier**

Heft 2

Deutschland und China nach dem Kriege

Deutschland und das chinesische Geistesleben

von **Dr. Paul Rohrbach**

Die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China

von **Wolf von Dewall**

Heft 3

Beiträge zur Neuesten Geschichte Chinas

von **Dr. Pyau Ling**

Heft 4

Aufenthalt u. Niederlassung Fremder in China

von **Dr. Wilhelm Wagner**

Wir sind bereit, so lange der Vorrat reicht, **unseren Mitgliedern** die uns noch zur Verfügung stehenden Jahrgänge des „China-Archivs" für 1916, 1917 u. 1918 zum Preise von je M. 15,— und die vorstehend aufgeführten Schriften des Verbandes zu einem Einheitspreise von M. 1,50 für das Heft zu überlassen.

Bestellungen bitten wir **an unsere Geschäftsstelle,**
Berlin W. 35, Potsdamer Straße 28,
zu richten.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. Linde
Generalsekretär.

Namenliste Nr. 2

der aus China zurückgekehrten Herren, die in der Zeit vom **1.** bis **15. Juni 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

C. Ahrendt, Altona (Elbe), Flottbecker Chaussee 166
C. Bädecker, Mahlow, Bezirk Potsdam
F. Bargmann, Frankfurt a. M., Feuerbachstr. 50 (Cassella)
F. W. Basel, Offenbach a. M., Moltkestr. 50
W. F. H. Berends, Hamburg 37, Brahmsallee 34
P. Biehayn, Leisnig i. S.
Karl Blickle, Schweinfurt a. M., Lange Zehntstr. 18
F. H. Boss, Berlin-Wilmersdorf, Bayerische Straße 5, III
Günther Brachmann, Bergedorf b. Hamburg
R. Brill, Bremen, Herderstr. 20
Edgar-Val. Clément, Kassel. Rasen-Allee 44
F. Czarnetzki, Kiel, Kronshagener Weg 61
W. Daniels, Wesel, Hotel zur Post
Hugo Dau, Barmen, Kohlgarten 12
Alfred Dimpker, Lübeck, Hohelandstr. 55, II
C. Eckhardt, Nonnenhorn a. Bodensee, Bayern
Rudolf Eiswaldt, München, Hiltenbergerstr. 30, III
P. Gehrmann, Groß-Klaussitten, Kreis Heilsberg i. Ostpreußen
W. M. Geim, Friedenau-Berlin, Maybachplatz 18
A. Giesel, Melsungen bei Kassel, Lindenlust
Windsor & Co., Hamburg, Alsterdamm 10-11
Oberzollinspektor **H. Goetze,** Bärenstein, Bezirk Chemnitz
Julius Gunst, Blankenese bei Hamburg, Caprivistr. 5
Bruno Hamann, Hamburg, Alardusstr. 15
Paul Haupt, Berlin W., Steglitzerstr. 12, III
Rudolf Herbertz, Hannover, Sextrostr. 15
H. Hildebrandt, Bernburg, Karlsplatz 35
Th. Hohn, Bremen, Hulsberg 27
P. Horion, Overath (Rheinland)
F. Hübbe, Hamburg, Maria-Luisenstr. 11
Walter Huch, Halberstadt, Abtshof 13
Josef Janner, Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W., Unter den Linden 31
Alfred Jung, Buer in Westfalen, Stadtverwaltung
Postdirektor **G. Keine,** Erfurt, Arnstädterstr. 6, II
C. Keucke, Hamburg, Baumkamp 22
R. Kunze, Berlin N. 24, Artilleriestr. 13, III
W. O. Lader, Zellerfeld am Harz
O. G. Langhammer, Meißen, An der Frauenkirche 11
Hans E. Lieb, Wesel, Clevertorplatz 8, II
G. H. Lindmeyer, Bremen, Reederstr. 4
Hans Lindmeyer, Städtischer Großmarkt für Obst und Gemüse, Hannover-Schlachthof
Paul Lübcke, Gernrode (Harz), Franzstr. 1
Eduard Lüders, Hannover, Hildesheimerstr. 27
E. Luer, Hamburg, An der Alster 65, Pension Brandt
H. J. H. Lüssen, Labes in Pommern

Eduard Malin, Mannheim, Seilerstr. 10
E. Maßmann, Bielefeld, Schildescherstr. 31
C. Matthiessen, Wesel, Rotes Kreuz
Dr. **Gerhard Menz,** Stettin, Bismarckstr. 8 b. Heinrich
Oskar Meusser, Spremberg N.-L.
H. Möller, Charlottenburg, Soorstr. 39 bei Volkers
Albert Mothes, Plauen i. Voigtl., Kaiserstr. 119
E. Munder, Cannstadt bei Stuttgart, Teckstr. 36
Franz Nebel, Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W., Unter den Linden 31
Dr. **Hans Neugebauer,** Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W., Unter den Linden 31
Dr. **Paul Ostwald,** Berlin-Schmargendorf, Saßnitzerstr. 5
Hermann Pfeiffer, Stuttgart, Augustusstr. 123, parterre
Georg Philipp, Soltau (Hannover) bei Carl Breiding & Sohn
von Pilgrim, per Adresse: Herrn Schilde, Berlin W. 30, Schwäbischestr. 30
August Rauber, Grevenbrück in Westfalen
Arno Rein, Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestr. 47
August Reiß, Deutsch-Asiatische Bank, Berlin, Unter den Linden 31
Otto Reitzig, Krummhübel (Riesengebirge)
R. Rode (Schnabel, Gaumer & Co.), Hamburg, Hopfenmarkt 2
G. Röhreke, Oschersleben (Bode)
E. Rottweiler, Deißlingen in Württemberg
Werner Rust, Berlin-Grunewald, Wangenheimstr. 41
Professor Dr. **von Schab,** München, Maria-Theresiastr. 19
Hans Schaffrath, Schliersee in Oberbayern, Karl Haiderstr. 1
H. Schell, Wilhelmshaven, Gökerstr. 16
A. Th. Schilde, Berlin W. 30, Schwäbischestr. 30
Direktor **K. Schmidt,** (Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft), Berlin W., Unter den Linden 31
Otto Selke, per Adresse: Max Nößler & Co., G. m. b. H., Leipzig, Querstr. 21/23
H. Späthe, Breslau I, Schuhbrücke 73
Fritz Staatsmann, Neckargemünd
R. Stalmann, Hannoversch-Münden, Werraweg 3
Karl Tochtermann, Hannover, Bischofsholer Damm 4
Konrad Tolkemitt, Dominium Schwalg bei Czychen (Ostpreußen)
W. H. Vogdt, Frankfurt am Main. Hermannstr. 26, II
Ludolf Voigt, Hochkamp bei Hamburg, Hindenburgstr. 27
Dr. **A. F. Vorwerk,** Hamburg 8, Gröningerstr. 10
M. Wagner, Breslau, Viktoriastr. 48
Hans Wallmüller, Windsheim
Rol. Walsemann, Farbenfabriken, vorm. Friedr. Bayer & Co., Elberfeld
Arthur Wendt-Sorms, Charlottenburg, Kaiserdamm 113 (C. v. d. Heyde)
Diplom-Ingenieur **Wiegrefe,** Nienburg (Weser), Albrechtstr. 2
P. Wimmel, Berlin S. 59, Freiligrathstr. 6
Alex Wohlgemuth, Charlottenburg, Hardenbergstr. 2, Palast-Pension

Die erste Namenliste ist in Nummer 2 der „Mitteilungen für China-Deutsche" vom 15. Juni veröffentlicht worden. Eine weitere Liste wird der nächsten Nummer der „Mitteilungen" beigelegt.

BERLIN, den 25. Juni 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

I. Jahrgang 15. Juli 1919 No. 4

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Die Lage in China.

Die chinesische Friedensabordnung in Versailles hat erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die Volksstimmung in China die Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht übernehmen könne. Soweit man sich aus den spärlichen von China kommenden Meldungen ein Bild machen kann, scheint dort eine große nationale Bewegung gegen die „Freunde" des Landes im Gange zu sein, die im August 1917 China zum Eintritt in den Weltkrieg überredet hatten. Die den Japanern vom Viererrat zugestandene Festsetzung in Schantung hat im ganzen Lande einen großzügig organisierten Boykott gegen japanische Waren zur Folge; zu gleicher Zeit werden aber auch tausende von Flugschriften verbreitet, die sich ausgesprochen gegen England richten. Nach einem Bericht der „Times" liegt die Gefahr nahe, daß sich aus der jetzigen erbitterten Volksstimmung leicht eine fremdenfeindliche Bewegung entwickeln kann. Von der Entrüstung, die über den Verrat in Versailles durch China geht, kann man sich einen Begriff machen, wenn man liest, daß sogar Eisenbahn-, Telegraphen- und Dockarbeiter in einen Proteststreik eingetreten waren. Die Pekinger Regierung ist nach Kräften bemüht, die Volksstimmung zu beruhigen.

Die Lage in Peking ist zur Zeit völlig unklar. Dort mußte das Ministerium Dsien-Neng-hsün infolge der Wucht der Versailler Ereignisse zurücktreten. Die Erschütterung ist so weitreichend, daß sich selbst Präsident Hsü-Schi-dschang mit Rücktrittsgedanken trägt. Wer augenblicklich, nach dem Rücktritt Dsiens, die Verantwortung für die Staatsgeschäfte trägt, ist bisher aus keiner Meldung ersichtlich. Die „Times" schildert die Lage in Peking als eine Komödie. Es scheint, daß trotz der in die Wege geleiteten Versöhnung mit dem Süden die Stellung der Militärpartei Duan-Dschi-juis und der ihm nahestehenden, parlamentarischen An-Fu-Partei unter Führung Wang-Yi-dangs sich erheblich gestärkt hat, was vielleicht auf den Wunsch zurückzuführen ist, von den Alliierten, die die unglückliche Lage Chinas auf dem Gewissen haben, abzurücken und eine Annäherung an Japan zu suchen.

F. S.

Auswärtiges Amt und Auslandsvertretung*).

Von Dr. W. SCHRAMEIER, Geh. Admiralitätsrat.

Unsere Zeit leidet an einer Ueberschätzung des formalen Wissens. Die Strömung ist unwiderstehlich, und wer weiß, wo sie innehalten wird. Wie man auf Handelsschulen jetzt erlernen soll, was zu einem guten Kaufmann gehört und wie ein

* Aus des Verfassers gleichnamiger Schrift, erschienen im Verlag Karl Curtius, Berlin W. 35.

guter Kaufmann entsteht, so soll auf Auslandshochschulen der junge Diplomat und Konsularbeamte die Welt verstehen lernen, die er doch erst erkennen soll, und die Schubfächer seines Gedächtnisses mit Rezepten vollstopfen, die er in den verschiedensten Lebenslagen herausnimmt und zu Rate zieht. Ja selbst, um mit Auslandsdeutschen und den Angehörigen fremder Nationen Fühlung zu nehmen, was der junge Kaufmann macht, indem er sich ohne weiteres zu fröhlichem Gelage und erfrischender Wanderfahrt ihnen gesellt, im Klub und im Geschäft ihnen nahe tritt, Freud und Leid mit ihnen menschlich teilt, soll der junge Konsularbeamte sich einem halbjährigen Kursus bei einem Wahlkonsul als Mentor unterziehen! Und der junge Mann, dem dieses zugemutet wird, ist ausgerechnet, wenn er alle Examina brav erledigt hat, zum mindesten $26^3/_4$ Jahre alt!

Was waren denn die Männer, die das große englische Imperium geschaffen haben und die heute noch, nicht nur als Konsuln und Gesandte, sondern in unzähligen anderen Berufen im Auslande für die Größe ihres Landes fern von der Heimat wirken? Welche Vorbildung besaß denn ein Clive, ein Hastings, ein Rhodes und all die Heroen, die Weltteile friedlich erobert und verwaltet haben? Man nehme doch die Biographie irgendeines dieser Großen, — ich greife aus der umfangreichen, unseren Auslandsbeamten nicht genug zu empfehlenden Literatur, an der wir leider so arm sind, einige Bücher heraus, die gerade mir zur Hand sind, — eines Meadows Taylor in Indien, eines Harry Parkes oder Robert Hart in China; gerade sie beweisen aufs schlagendste, wie wenig es auf die fachliche Vorbereitung, wie viel es auf den Menschen ankommt. Als Knabe noch kommt Taylor nach Indien; was ihm zum Leben an Kenntnissen nötig ist, erwirbt er auf dem Felde seiner Tätigkeit; bald spricht er die verschiedenen Sprachen des Festlandes wie ein Eingeborener, er tritt mit 18 Jahren als Richter in Straf- und bürgerlichen Sachen auf; organisiert die Polizei, baut Wege, gräbt Kanäle; wo immer es eines klaren Kopfes und einer sicheren Hand bedarf, tritt er ein, und obwohl Autodidakt in allem, wird er bald Meister in jedem Fache. Daneben findet er Zeit zu umfangreicher Lektüre, er schreibt angesehene Zeitungsartikel, Essays und historische Werke. Noch heute ist es Grundsatz in England, die Anwärter auf konsularische und diplomatische Posten nach einem einfachen Examen in möglichst jungen Jahren ins Ausland zu schicken, sie für ein bestimmtes Land sich vorbereiten zu lassen, durch häufige Versetzungen in diesem Land ihren Blick für dessen Eigenarten zu schärfen, sie mit allen Schichten der Bevölkerung zusammenzubringen, um sie schließlich zu befähigen, die Früchte ihrer Erfahrungen in der Ausbreitung englischer Größe zu sammeln. Alle, die im Auslande herumgekommen sind, haben diese Männer gekannt und geachtet, Männer von schlichtem Auftreten bei angeborener Würde, der Grenzen ihres Wissens sich bewußt und daher ohne eitle Ueberhebung gegen andere, die, in welchem Berufe auch immer, etwas leisteten; mit offenem Blick für die Bedürfnisse ihrer Landsleute und die Ehre ihres Volkes und vermöge ihrer eindringenden Kenntnis der Sprache und Sitten des Landes, in dem sie wirkten, von großem Einfluß bei Beamten und allen anderen Vertretern. Das wenigstens ist die Regel für den ganzen Orient.

Und wenn unsere Auslandsbeamten ihrer Aufgabe zu wenig gerecht wurden und sich zu wenig fähig für die wichtigsten Posten, die das Deutsche Reich zu vergeben hat, erwiesen, so lag es im allgemeinen nicht daran, daß sie zu wenig gelernt hatten und wußten, sondern daß ihre zu einseitige Vorbildung nicht auf die Stellung, die sie auszufüllen hatten, zugeschnitten war. Ein Assessor, der aus seinem formalen Denken nicht mehr herauskommt und für alles, das ihm neu aufstößt, den Paragraphen sucht, in dem er fremdes Leben und fremde Lebensäußerungen unterbringt, wird nur mit Not die Unbefangenheit wiedergewinnen, die ein Verständnis für das Ausland voraussetzt, und ebenso wird es allen gehen, die ihr Gehirn mit allem möglichen toten Wissen vollgeladen

haben, für das sie eine Anwendung suchen, statt daß sie aus der Erfahrung die Regeln und Gesetze ableiten. Wie viele sicherlich ganz hervorragende und tüchtige Beamte, die gewiß die besten Examina gemacht hatten, sind uns im Ausland entgegengetreten, die niemals das Gefühl der Unsicherheit verloren, das der Mangel an Anschmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit bei ihnen erzeugte!

Freilich, kein Mensch kann genug wissen, und mit Recht heben die Hamburger als Ursache des Fortschritts unseres Handels im Auslande die tüchtige Vorbildung unserer Kaufmannschaft hervor. Aber diese Vorbildung wird mit Ausnahme der allgemeinen Geistesschulung zum wesentlichsten Teile im Auslande erworben! Daß auch der Beamte, der die höchsten Interessen des Reiches, sei es als Konsul, sei es als Diplomat, zu vertreten hat, sich die vielseitigsten Kenntnisse erwerben und über ein reiches Maß von theoretischem Wissen verfügen muß, ist einfach selbstverständlich. Eine gute Auswahl gibt der hanseatische Zettel — auch das kann ohne weiteres zugestanden werden. Aber der Weg, wie die Kenntnisse angeeignet werden sollen, ist ganz gewiß nicht richtig; nach den bisher aufgestellten Vorschlägen liegt die Gefahr einer Uebersättigung, wenn nicht die schlimmere vor, daß der Kandidat, nachdem er das letzte Examen bestanden hat, mit dem Gefühle der Erleichterung sich dem frohen Bewußtsein hingibt, nun fertig für das Leben zu sein, und den Blick für die Notwendigkeit verliert, täglich neu lernen zu müssen. Als Ideologe und weltfremder Theoretiker tritt er ins Leben, ohne die Fähigkeiten, den realen Verhältnissen gerecht zu werden.

Was der junge Mann, ehe er ins Ausland geht, nötig hat, ist eine gründliche Universitätsbildung mit einer gewissen Kenntnis der Anfangsgründe der Sprachen des Landes, für das er seine Wahl trifft; also zum Beispiel Türkisch zusammen mit Französisch, Chinesisch mit Englisch, Spanisch mit Englisch für Südamerika usw. Das juristische Studium wird im allgemeinen vorgezogen werden, aber es ist durchaus nicht das allein geeignete. Warum sollen denn Geographen, Historiker, Nationalökonomen, Sprachforscher für die Laufbahn nicht taugen? Wo im Auslande täglich etwas Neues zu lernen ist, fällt es einem tüchtigen Menschen auch nicht schwer, sich in der juristischen Literatur bei gewissen Fällen zurechtzufinden. Der Studiengang der Heimat wäre mit dem Referendar-, Doktor- oder ähnlichem Examen und einer Diplomprüfung auf sprachlichem Gebiete abzuschließen. Dann aber stelle man den Anwärter sofort auf einen Auslandsposten, indem man ihn, natürlich unter Gewährung eines Gehalts, der Gesandtschaft oder einem Konsulat des von ihm gewählten Landes zur Hilfeleistung überweist. Im Auslande lernt er durch praktische Übung schneller und mehr für seinen Beruf als aus Büchern und Kontorarbeiten in der Heimat. Aber man schicke ihn mit 22, wenn nicht mit 21 Jahren, nicht dann erst, wenn er schon zu alt ist, etwas zu lernen, besonders Sprachen, die nicht früh genug angefangen werden können, oder wenn er sich einbildet, schon alles Wissen zu besitzen, und nicht mehr fähig ist zu verstehen, daß alles Gelernte nur dazu dient, entweder vergessen oder umgemünzt und umgesetzt zu werden. Im Umgang mit seinen Landsleuten und Vertretern anderer Nationen stößt er sich die Hörner ab und läßt bald die unleidlichen Eigenschaften fahren, die für das Ausland nicht passen. Über seine Fortschritte in der Landessprache hat er in regelmäßigen Prüfungen Rechenschaft abzulegen. Bewährt der junge Mann sich nicht — und ein tüchtiger Vorgesetzter sieht sehr bald, wes Geistes Kind er ist —, so wird er erbarmungslos entlassen; mag er eine andere Laufbahn einschlagen! In seinem späteren Berufe werden ihm die paar Auslandsjahre, die ihm, falls er Beamter bleibt, als pensionspflichtig angerechnet werden können, nicht schaden.

Bewährt sich der Anwärter im Auslande, so schicke man ihn nach etwa fünf Jahren in die Heimat und gebe ihm die Möglichkeit, während eines zwei- bis zwei-

einhalbjährigen Aufenthaltes in einem Reichsamte, auf einem industriellen Werke, in einem Kontor, auf der Universität oder wo immer es sei, sich weiterzubilden, je vielseitiger, desto besser. Dann weiß er, worauf es ankommt und was ihm fehlt, und er selbst wird bestrebt sein, die Lücken auszufüllen. Dann treibt er das Studium und die Arbeit als Liebhaberei mit Lust, nicht unter dem Drucke des Zwanges. Nur sei man da nicht engherzig und lasse ihm jede Möglichkeit der Weiterbildung, natürlich unter einer gewissen Aufsicht; vor allem hüte man sich zu egalisieren; dem einen liegt dieses, dem anderen jenes Gebiet. Und alles Wissen im Auslande ist willkommen.

Nach seiner Rückkehr wird der Beamte auf verantwortliche Posten bei der Gesandtschaft oder einem Konsulate gestellt. Unter Anhörung seiner eigenen Wünsche bestimme, soweit es möglich ist, das Auswärtige Amt möglichst früh das Thema der wissenschaftlichen Arbeit, die der Anwärter zur Ablegung der Schlußprüfung einzureichen hat und einen Gegenstand seines Gebiets behandelt. Zu dieser Schlußprüfung nach mindestens zehnjährigem Dienste wird nur derjenige zugelassen, der sich praktisch durchaus bewährt hat; sie ist schriftlich und mündlich, ähnlich der jetzigen Konsulatsprüfung; die mündliche kann sich über die von den Hamburgern gewünschten Gegenstände erstrecken, muß aber in der Heimat abgehalten werden. Zur Vorbereitung ließe sich unter Umständen abermals ein halbjähriger Aufenthalt in der Heimat bewilligen. Besteht der Examinand diese Prüfung nicht, so ist es mit seiner Laufbahn im Auslandsdienste zu Ende. Bei besonderer Befähigung und Neigung versieht er Posten als Dolmetscher, Kanzler, Sekretär im Auslande oder in der Zentrale, sonst scheidet er aus.

Will man wirklich die Auswahl der Allerbesten vornehmen, so ist eine große Sichtung nötig, und diese schließt gewisse Unkosten ein. Aber gerade der Kaufmann, der im Auslande seine Erfahrungen gemacht hat, wird zugeben, daß in der Auswahl nicht streng genug verfahren werden kann. Schließlich stellt es sich immer noch billiger als untaugliche Menschen mitzuschleppen. Diesen Grundsatz sollte das Auswärtige Amt als einzigen Leitstern anerkennen. Hält man den geschilderten Studiengang allgemein ein, so wird nicht nur eine zweckentsprechende Vorbildung gewährleistet und nur derjenige, der ins Ausland passt, Verwendung finden, sondern auch jeder Grund zur Klage über Bevorzugung des Adels oder anderer Kreise aus dem Wege geräumt. Gleiches Recht gilt bei gleichen Leistungen!

Stimmen über Ostasien.

In der „Deutschen Zeitung“ schreibt R. Kunze, Tokio, über die Zurückberufung des japanischen Botschafters in Washington:

Wenn sich jetzt die Meldung aus Washington bewahrheitet und Vicomte Ischii nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt, so ist anzunehmen, daß künftig in den japanisch-amerikanischen Beziehungen stärker als zuvor die politischen Auffassungen des Sseijuhkai-Kabinetts zum Ausdruck kommen werden. Die Sseijuhkai aber ist die sogenannte Flottenpartei, die im Innern zwar angelsächsischen kapitalistisch-parlamentaristischen Anschauungen huldigt, in ihrer auswärtigen Politik aber eine Ausbreitung Japans über den Stillen Ozean hin auf ihre Fahne geschrieben hat. Bisher ist noch kein Sseijuhkai-Kabinett von der amtlichen Bühne abgetreten, das nicht die Beziehungen Japans zu den Vereinigten Staaten in erheblich verschlechtertem Zustand zurückgelassen hat. Sämtliche Zusammenstöße der beiden Mächte aus Anlaß der kalifornischen und sonstigen Einwandererfragen haben zur Zeit der Amtsführung von Sseijuhkai-Kabinetten stattgefunden, und von der letzten Amtszeit eines Sseijuhkai-Kabinetts — des Kabinetts von Admiral Graf Jamamoto mit Baron Makino als auswärtigem Minister 1913-14 — her schweben nicht weniger als drei japanische Proteste gegen die Ausschließungsgesetze der amerikanischen Weststaaten. Es wird daher für die deutsche Öffentlichkeit wichtig sein, sorgsam im Auge zu behalten, welchen Verlauf die japanisch-amerikanischen Beziehungen nehmen werden zu einer Zeit, da in Japan eine schon von Natur zu Zusammenstößen mit Amerika neigende Regierung am Ruder ist, in den Vereinigten Staaten aber der demokratische Präsident Wilson willenlos am englischen Gängelbande geführt wird und die republikanische Mehrheit in Senat und Kongreß auf ein schärferes Vorgehen Amerikas in der China Politik hindrängt.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird Mitte Juni über die künftige Entwicklung in Ostasien aus dem Haag geschrieben:

Für die Politik des englischen Foreign Office hat der fünfjährige Weltkrieg, wie Bernard Shaw richtig sagt, lediglich die Geltung eines Zwischenfalls. Der Krieg ist gewonnen; England hat sein Ziel, die Niederschlagung seines gefährlichsten Wettbewerbers, erreicht; die englische Politik wendet sich wieder ihrer

Tagesordnung, nämlich dem immer weiteren und sicheren Ausbau der Weltherrschaft, zu. Aber schon scheint es, als müsse England sich auf einen neuen Gegner wappnen; dieser ist zunächst nicht Amerika, wie hie und da prophezeit wird; mit Amerika wird England vielmehr so lange zusammengehen, bis es jenen neuen Feind, der auch der Feind der Vereinigten Staaten ist, im Verein mit diesem besiegt haben wird: dieser dritte ist Japan.

So fern der äußerste Osten der Friedens-Konferenzstadt Paris liegt, so nahe sind von dorther schon Umstände und Verwicklungen gerückt, welche das mühsame Werk des Rats der Vier alsbald in Stücke schlagen können. Hierüber belehrt ein soeben in Holland erschienenes, englisch geschriebenes Buch, welches den Titel führt: „The Isolation of Japan, an Exposé of Japans Political Position after the War“ (bei C. L. van Langenhuysen, Amsterdam); der Verfasser des Werkes hält seinen Namen im Dunkeln verborgen. Das Buch ist in der gesamten holländischen Presse eingehender Besprechungen gewürdigt worden, und auch Deutschland hat alle Ursache, über die enger werdende Landesgrenze hinaus unentwegt den Blick auf alle Vorgänge in fernen Weltteilen zu richten.

Der Verfasser des genannten Buches, welcher ein vorzüglicher Kenner der erdkundlichen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Verhältnisse in China, Sibirien und Korea sowie Japan ist, legt dar, daß mit dem Ausgange des Krieges Japans sehr kluge Auslandspolitik, die es wie über Nacht zur Großmacht und zum Bundesgenossen Englands erhoben hat, in eine Krise ernstester Natur getreten ist, insofern als Japan infolge der Besiegung Rußlands und Deutschlands und der Unkraft Chinas sich vollkommen vereinsamt den beiden angelsächsischen Mächten Amerika und England gegenüber sieht. Hätte der Krieg lediglich mit der Niederlage der Mittelmächte bei sonst gleichbleibender Gesellschaftsordnung in Europa geendet, d. h. wäre zur Niederlage Deutschlands nicht die europäische Revolution getreten, die den Zerfall Rußland bewirkte, so hätte Japan seinen alten Wunsch erfüllen und im Verein mit Rußland, England und Frankreich das chinesische Reich der Mitte für immer aufteilen können. Daß diese Absichten bestanden, belegt der Verfasser unserer Schrift mit vielen Tatsachen und der Heranziehung einer geheimen Eingabe, welche die japanische Militärpartei als ihr Programm der kaiserlich-japanischen Regierung seinerzeit einreichte. Auch daß Amerika in den europäischen Krieg eingriff und daß es sein Eingreifen militärisch so nachdrücklich gestalten konnte, bildet für die japanische Politik eine von Grund auf bedenkliche Erfahrung. Schließlich sieht Japan sich auch aus innerstaatlichen Gründen isoliert, da das Verfassungsleben dieses Landes alles andere als demokratisch oder fortschrittlich zu nennen ist. Gegenüber dem Plane des Völkerbundes, der wesentlich aus weltdemokratischen Gesichtspunkten aufgerichtet werden soll, findet sich Japan infolgedessen in einer durchaus mißlichen Lage, und unser Verfasser berichtet von sehr heftigen Strömungen in Japan, die dahin zielen, daß Japan diesen ihm letzten günstigen Augenblick benutzen und mit Waffengewalt über China herfallen solle, um sich zu nehmen, wozu seine Ansprüche und seine Ruhmsucht und seine „Interessen“ es treiben.

Das vorliegende Buch tritt entschieden für die Lebensrechte sowohl Rußlands, wie Deutschlands ein und sieht voraus, daß die beiden von der Natur so zwingend auf einander angewiesenen Länder eines Tages sich enger zusammenschließen werden. Das Bestreben des Viererrats, zwischen Deutschland und Rußland dadurch eine künstliche Scheidungslinie aufzurichten, daß allenthalben neue Zwischenstaaten gegründet werden, die eine unmittelbare Berührung verhindern sollen, sei von Natur aus zur Erfolglosigkeit verdammt. Diplomatische Welteinrichtungsmethoden wie diese gehörten der Vergangenheit an. Desgleichen könne eine Völkerliga, die bloß zum Zwecke der Niederhaltung einzelner Völkergruppen errichtet sei, niemals von Dauer sein.

Das Merkwürdige an dieser englisch geschriebenen Veröffentlichung ist also, wie man aus dieser kurzen Inhaltsangabe sieht, daß hier jemand soweit in jene Zukunft sieht, wo Japan ein bündnisfähiges Rußland oder Deutschland, oder am liebsten beide zusammen, nötig haben wird, um die englische Flotte, die jetzt aus der Nordsee bis auf das letzte Schiff in den Indischen Ozean geleitet werden kann, von Japan wieder abzulenken. Das Buch läßt es als sicher erscheinen, daß vor dem im fernen Osten sich auftürmenden Unwetter nur der wahrhaft moralisch angelegte allgemeine Völkerbund der Menschheit Schutz gewähren kann.

Der „London and China Telegraph“ schreibt an leitender Stelle über Kiautschou:

„Kiautschou, samt dem dort angelegten Kapital, ist für Deutschland unwiederbringlich verloren. Ebenso wie die anderen Kolonien wurde es nicht für legitime Zwecke benutzt. (?) Die eingeborene Bevölkerung hatte schwere Leiden zu erdulden . . . Die preußische Taktik wurde angewandt und die Bevölkerung von Schantung wird das, was sie zu erdulden hatte, nie vergessen“ (?)

Diese, von jedem Chinesen leicht widerlegbare Auslassung des englischen Blattes, ist gewohnter, britischer „Cant“. Selbst einsichtige Engländer mussten vor dem Krieg die vorbildliche Organisation der Verwaltung des Schutzgebietes und vor allem die nachahmenswerte Art der Eingeborenenbehandlung zugeben. In dieser Beziehung stellte Tsingtau die „Musterniederlassung“ Schanghai bei Weitem in den Schatten. Wie verträgt sich schließlich die nachträgliche Hetze des „London and China Telegraph“ mit der Feststellung desselben Blattes, daß die ausländischen Handelsgemeinden in China Deutschland in Schantung doch Japan vorzögen?

Kriegsgefangene in der Mandschurei.

In der „Ostdeutschen Rundschau“ (Wien) veröffentlicht Georg Kapeller einen warmherzigen Artikel über die gute Behandlung, die die chinesischen Behörden den in der Mandschurei internierten deutschen, österreichischen und ungarischen Kriegsgefangenen angedeihen lassen. Es heißt da unter anderm:

Trotz der Isoliertheit der mandschurischen Lager und der Bahnschwierigkeiten, die durch die japanischen Truppenbeförderungen veranlaßt wurden, kamen im Winter 1918 und in diesem Frühjahr reichliche Liebesgaben, und zwar von Frau Margarete Schell in Tientsin Bücher und Zeitschriften, vom Deutschen Roten Kreuz-Vertreter in Mukden, Herrn F. Schaller, Arzneien, Lesestoff, Kleider, Schuhe, Fußlappen, Wäsche,

Eigelb, Zucker und Reis. Seit alle Deutschen und Österreicher-Ungarn, soweit es sich um Zivilpersonen handelt, aus China von den Engländern in die Heimat deportiert wurden (März d. J.), kommen wohl kaum mehr Liebesgaben in die chinesischen Lager — was aber dort glücklicherweise überflüssig ist, im Gegensatz zu den Lagern in anderen Staaten.

Als besonders wohltuend muß die Haltung der chinesischen Behörden, Offiziere und Soldaten gegenüber den Kriegsgefangenen erwähnt werden. Nichts läßt auf einen Gegensatz, oder gar auf „Feindschaft" schließen, weder das eine noch das andere ist vorhanden. Als die ersten Flüchtlinge aus Sibirien in Tsitsikar ankamen, ließ der Generalgouverneur an den Straßenecken eine Kundmachung anschlagen. In ihr forderte er die Bevölkerung auf, den deutschen und ungarischen Kriegern, die den Schutz der China-Republik suchen, als Gästen, nicht als Feinden entgegenzukommen. Und dies tat und tut die chinesische Bevölkerung. Sie tut es von Herzen, denn sie weiß, daß Deutsche keine Engländer oder Russen sind. Sie kennt, obwohl in den europäischen Dingen meist unwissend, sehr wohl die innerliche Größe des Deutschtums und seine Tüchtigkeit, und wenn sie überhaupt einem anderen Volke ehrliche Sympathie entgegenbringt, so ist es das deutsche.

Alles in allem: Jeder, der in China gefangen war (das Tsitsikarer Lager ist zugleich der Typus der anderen, kleine Unterschiede nicht gerechnet), wird mit Freude der Tage gedenken, in denen es ihm, dem Gefangenen, vergönnt war, den Schutz, die Pflege und die Freundschaft des chinesischen Volkes zu genießen. Mit Dankbarkeit wird er dieser Nation gedenken, die nicht vergessen hat, die Lehren seiner großen Weisen zu befolgen, jene Lehren, die sich in zwei Worten zusammenfassen lassen: Ehrfurcht vor dem göttlichen Geiste und Menschlichkeit.

Politische Nachrichten

Das Repatriierungsamt in Schanghai.

Nach Meldungen der chinesischen Presse ist das Repatriierungsamt in Schanghai aufgelöst worden. Die Archive sind im Yamen des Verteidigungskommissars in Lunghua untergebracht. General Lu hat angeordnet, daß die Befreiungszertifikate, die an alte, kranke und sonstige „feindliche Einwanderer" gegeben worden sind, gegen neue Zertifikate eingetauscht werden müssen. Die zurückgebliebenen Deutschen haben sich in regelmäßigen Zeitabständen in Nantao, Chapei oder im Fremdenamt zu melden. Das Amt für die Verwaltung feindlichen Eigentums ist aus Sparsamkeitsrücksichten in das Yamen des Taoyins verlegt worden. Betreffs der Verfügung über das in der französischen Niederlassung liegende deutsche Eigentum soll ein besonderer Ausschuß, dem als Vertreter der französischen Behörden der Richter Dufaure de la Prade und chinesischerseits S. K. Dschen angehören, zusammentreten.

Sprechsaal.

Der Schriftleitung sind Beiträge für diese Spalte stets willkommen. In Verbindung mit der Wiederanknüpfung unserer Beziehungen mit China und dem Wiederaufbau tauchen hunderterlei Fragen auf, die hier von den interessierten Kreisen in sachlicher Weise erörtert werden können. Vorbedingung zur Aufnahme ist, daß in den Zuschriften der sachliche Charakter gewahrt bleibt.

Die Steuerpflicht der China-Deutschen.

Zu den Ausführungen des Herrn Rechtsanwalt Krieger in Nr. 2 der Mitteilungen wird uns von befreundeter Seite geschrieben:

„Daß die Steuerpflicht der Heimgekehrten mit dem ersten Tage des auf ihre Heimkehr folgenden Monats beginnen soll, scheint mir nicht ohne Weiteres festzustehen. Soweit ich unterrichtet bin, wird zunächst die Frage zu entscheiden sein, ob der Heimgekehrte dauernd seinen Wohnsitz in Deutschland zu nehmen oder ins Ausland zurückzukehren beabsichtigt. Nach einer Notiz in der Tagespresse (leider vermag ich Ort und Datum nicht mehr anzugeben) soll den aus dem feindlichen Auslande ausgewiesenen Deutschen eine längere Frist noch über den Friedensschluß hinaus gestattet sein, während der sie als Auslandsdeutsche gelten. Ob die Dauer dieser Frist in den einzelnen Staaten Deutschlands verschieden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls dürfte jedem China-Deutschen zu empfehlen sein, einer Aufforderung seitens der Behörde zur Steuer-Einschätzung nicht ohne Weiteres Folge zu geben, sondern sich zunächst unter Darlegung seiner besonderen Verhältnisse Auskunft zu verschaffen.

Daß die Ausführungen des Herrn Rechtsanwalt Krieger zum Mindesten einer Ergänzung bedürfen, geht für mich schon daraus hervor, daß ich bei früherem vorübergehenden Aufenthalt, und zwar mehrmonatlicher Anwesenheit in Deutschland, auf meinen Antrag stets von der Steuerpflicht befreit geblieben bin, sofern ich meinen ständigen Wohnsitz und Beruf als in China, d. h. außerhalb Deutschlands befindlich nachweisen konnte. Dieser Grundsatz wird auf solche Deutsche, die hier sofort in einen neuen Beruf eintreten, wohl kaum Anwendung finden, dürfte aber auf alle diejenigen zutreffen, die vorläufig in Erwartung späterer Wiederaufnahme ihrer China-Tätigkeit in Deutschland ohne Berufsausübung leben.

Vielleicht nimmt Herr Rechtsanwalt Krieger erneut zu dieser Frage Stellung."

Handels- und Industrienachrichten.

Englische Luftfahrzeuge für China.

Die britische Handelskammer in Schanghai hat vor Kurzem an seine Mitglieder ein Rundschreiben betreffs des Absatzes britischer Luftfahrzeuge in China versandt. Eine britische Firma (wie verlautet, Jardine, Matheson & Co.), hat daraufhin fünf Aeroplane bestellt. Die chinesische Postverwaltung will den Plan der Einrichtung eines Luftreedereidienstes von Schanghai nach Canton, Hankou, Tientsin und Peking nähertreten.

Wie im „London and China Express" verlautet, hat die Handley-Page, Ltd., eine große Bestellung vom chinesischen Verkehrsministerium für Flugmaschinen erhalten.

Chinesische Handelskammer in Hongkong.

Wie die „China Mail" berichtet, hat die chinesische Handelskammer in Hongkong das „Zetland House" in der Queens Road für 250 000 Dollar angekauft.

Aktiengesellschaften.

Auf einer außerordentlichen Versammlung der Union Insurance Society of Canton, Ltd., wurde beschlossen, das Kapital der Gesellschaft von Silber in Gold umzuwandeln.

Die Interessen der Auslandsdeutschen.

Eine vom Rate der Auslandsdeutschen in Berlin gebildete Kommission, der auch der Generalsekretär des Deutsch-Chinesischen Verbandes, Dr. Max Linde, angehört, begibt sich in diesen Tagen nach Weimar, um dort bei dem Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Hermann Müller, dem Reichsfinanzminister, Herrn Erzberger, und bei einer Reihe führender Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien dahin vorstellig zu werden, daß die Interessen der Auslandsdeutschen, im Hinblick auf den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens, eine weit größere Berücksichtigung als bisher erfahren müssen. Es sollen, wie wir hören, insbesondere Steuer- und Entschädigungsfragen erörtert und grundsätzlich geklärt werden.

Personalnachrichten.

Liang-Dschi-dschao. Der chinesische Politiker und Schriftsteller Liang-Dschi-dschao, der zur Zeit in London weilt, hat am 19. Juni in der Orientalischen Studienanstalt einen Vortrag über die „Nationalen Eigentümlichkeiten der Chinesen" gehalten.

Yeh-Gung-dscho. C. C. Wang. Der frühere Vizeverkehrsminister Yeh-Gung-dscho und der Direktor der Peking-Hangkouer Bahn C. C. Wang sind am 17. Juni in London eingetroffen, um das englische Eisenbahn- und Industriesystem zu studieren.

Briefkasten.

Rohn. Wer kann mir die Adresse von Familie Rohn (früher Schanghai, Singapore Road) mitteilen? Dr. Karl Zimmermann, Göppingen in Württemberg, Gerberstr. 37.

Schell. Gewünscht wird die Adresse von Frau Margarete Schell (Tientsin).

Bo.-Berlin. Als weitere Stadt mit einem Stammtisch für Ostasiaten können wir Ihnen Kiel aufgeben. Dort treffen sich die China-Deutschen an jedem ersten und dritten Freitag im Monat, abends 8 Uhr, im Hofbräu am Dreieckplatz.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

J. Martin wohnt Berlin-Reinickendorf, Schillerpromenade 51, II.

Oskar Reiber, Linden-Hannover, Bethlehemsplatz 6, III.

W. Trautmann, Magdeburg, Annastr. 23 bei K. Nohme.

Otto Breitag, Warnemünde i. Mecklenburg, Wachtlerstr. 7/8.

Architekt F. W. Basel wohnt Offenbach a/Main, Frankfurterstr. 77.

Dr. Karl Zimmermann, Göppingen (Württb.), Gerberstr. 37,

F. Schaller (Mukden) wohnt Berlin-Wilmersdorf, Bayerischestr. 5 bei Boß.

H. Biermann, Hamburg, Rombergstr. 13, Erdgeschoß.

Georg Kapeller, Wien XVIII/1, Gersthoferstraße 109/113.

Prof. Hoffmann, Marine-Oberstabsarzt, früher Tsingtau, jetzt Wilhelmshaven, Sanitätsamt.

R. Rode, Schnabel, Gaumer & Co., wohnt bis auf Weiteres 7 in Weimar, Cranachstr. 35 bei Herrn W. Uhl.

Die Anschrift von Dr. Ernst Bessert lautet: Kommissar des Roten Kreuzes für Flüchtlings-Übernahmelager „Wesel", Clevertorkaserne.

F. Schnock wohnt in Kiel, Scharnhorststraße 12 III.

Die Adresse von Franz Marschner lautet vom 30. Juni ab: Fremdenheim „Mecklenburg", Berlin, Anhaltstr. 11 II. Seine Heimatadresse ist Memmingen in Bay., Rennweg 22.

Anfragen über Gepäck.

Mir fehlt ein japanischer Koffer, gezeichnet I. H. (Berth 919). Wer kann Auskunft geben? Joseph Hundt, Mühlhausen in Thüringen, Wahlstraße 41.

Kurze Nachrichten.

Der bekannte Kiangsuer Notable und Großindustrielle Dschang-Djen hat vorgeschlagen, in Amerika 45 Millionen Dollar für die Regulierung des Huai-Flußes (Kiangsu) aufzunehmen und 50 000 entlassene Soldaten als Arbeiter anzustellen. Die Arbeiten sollen sich über einen Zeitraum von neun Jahren erstrecken.

In den Yangtseschluchten wurde auf das britische Flußkanonenboot „Widgeon", das den Admiral Tudor an Bord hatte, vom Ufer gefeuert.

John Johnstone, bisher in Schanghai, hat die Leitung der Firma Jardine, Matheson & Co. in Honkong übernommen.

Das Wai-djao-bu (Auswärtiges Amt) in Peking, hat die Aufmerksamkeit der japanischen Gesandtschaft auf die Tatsache gelenkt, daß der japanische Generalkonsul in Mukden den Titel „Direktor des Fremdenamts der Kuantung-Verwaltung" führt; China betrachtet diese Bezeichnung als eine Verletzung seiner Hoheitsrechte.

In Hongkong soll ein Denkmal für den früheren Gouverneur Sir Henry May errichtet werden.

In London ist es wiederholt zu Ausschreitungen gegen Chinesen gekommen.

Mukden hat während des Krieges einen erheblichen Teil seines Pelzhandels verloren; dreiviertel der großen Pelzhändler mußten ihre Geschäfte schließen.

Von der Kolonialgesellschaft.

Eine akademische Gruppe der Kolonialgesellschaft, Abteilung Berlin, hat sich an der Friedrich Wilhelm-Universität Berlin gebildet. Gerade heute, beim Verlust der Kolonien, soll der Gedanke der unveräußerlichen kolonialen Rechte Deutschlands in seiner akademischen Jugend wachgerufen und gepflegt werden. Die künftigen geistigen Führer Deutschlands sollen durch Vorträge namhafter Kolonialpolitiker zur zielbewußten Arbeit am Wiederaufbau über See

angeregt werden. — Die Vortragsabende der Gruppe finden im Kolonialheim, Göthestraße 7, II (am Steinplatz) statt. Vorsitzender der Gruppe ist Stud. rer. pol. Mühlner, Berlin W. 30, Luitpoldstr. 4.

Über die Verbringung von Vermögen ins Ausland

bestehen nach Mitteilung der zuständigen amtlichen Stelle folgende Bestimmungen:

Neben dem Steuerfluchtgesetz vom 26. Juli 1918, welches die subjektive Steuerflucht regelt, sind hinsichtlich der Verbringung von Vermögen ins Ausland, die Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland vom 8. Februar 1917 (R. G. Bl. S. 105) und die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland vom 21. November 1918 (R. G. Bl. S. 1325) maßgebend. Erstere bestimmt, daß Zahlungsmittel (Geldsorten, Papiergeld, Banknoten, Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel) nur mit Einwilligung der Reichsbank ins Ausland versandt oder überbracht werden dürfen. Ohne Einwilligung der Reichsbank dürfen deutsche Geldsorten, Reichskassenscheine, Banknoten und Darlehnskassenscheine innerhalb eines Kalendertages nur im Gesamtbetrag von höchstens 50 Mk., jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamtbetrag von einhundert fünfzig Mark hinaus nach dem Ausland verbracht werden; ebenso dürfen zugunsten einer und derselben im Ausland ansässigen Person oder Firma auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel ohne Genehmigung nur bis zu den eben genannten Beträgen versandt werden. (Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland vom 18. 12. 1918 — R. G. Bl. S. 1440).

Wertpapiere dürfen nach der angezogenen Kapitalabwanderungsverordnung nur durch Vermittlung einer Bank nach dem Ausland versandt oder überbracht werden, wenn der Auftraggeber eine Erklärung der in der Verordnung bezeichneten Art abgibt. Der Betrag der auszuführenden Wertpapiere ist gesetzlich nicht beschränkt, abgesehen von zeitweiligen Verboten der Ausfuhr ausländischer Wertpapiere.

Vorträge über Ostasien.

In den städtischen Volksschulkursen in Bielefeld eröffnete Mitte Juni der dortige Leiter der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Direktor Wrba, einen Vortragszyklus über Ostasiatische Kunst.

Karl August Wittfogel veranstaltet in der Berliner Sezession sechs „Chinesische Abende" über chinesische Kunst- und Kulturfragen.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Einwirkungen des Berliner Streiks.

Der Streik der Postaushelfer und Aushelferinnen sowie namentlich der Berliner Verkehrsstreik, der zurzeit immer noch nicht beigelegt ist, hat zur Folge gehabt, daß uns Briefe, Postanweisungen und vor allem Überweisungen auf unser Postscheckkonto mit großen Verspätungen zugegangen sind. In mehreren Fällen haben Überweisungen auf unser Postscheckkonto 10 bis 12 Tage in Anspruch genommen. — Ganz außerordentlich beeinträchtigt hat insbesondere der Verkehrsstreik die Arbeit unserer Druckereien, sodaß es trotz aller Bemühungen unsererseits nicht möglich gewesen ist, unsere Veröffentlichungen früher, als geschehen, herauszubringen. Da die Zustände in dem heutigen Deutschland es nicht mehr gestatten, mit der Genauigkeit und Pünktlichkeit zu arbeiten, auf die wir früher stolz waren, und da wir selber alles tun, um allen gerechten Anforderungen zu entsprechen, so bitten wir unsere Mitglieder, etwa eingetretene und eintretende Verzögerungen nicht uns, sondern den Verhältnissen zur Last zu legen, gegen die wir machtlos sind. Außerdem bitten wir freundlichst zu berücksichtigen, daß in den letzten Wochen dem Deutsch-Chinesischen Verbande zu unserer großen Freude etwa 400 Mitglieder neu beigetreten sind. Daß bei der damit unserem Büro erwachsenden Arbeitshäufung (in Verbindung mit den allgemeinen Berliner Verhältnissen), der von Tag zu Tag anwachsenden Korrespondenz, den häufigen Veränderungen der Adressen usw., gelegentlich, allen Bemühungen zum Trotz, Versehen bei der Übermittlung von Drucksachen, deren Adressierung usw. unterlaufen, dürfte verständlich sein. Trotzdem bitten wir, uns alle Wünsche zu übermitteln. Wir werden, soweit es irgend in unseren Kräften steht, bemüht sein, jeden einzelnen zu erfüllen.

Archiv für den fernen Osten.

Dr. Linde schreibt uns: „Alle unsere Mitglieder werden in den Besitz des Heftes 5 (Mai) und des Heftes 6 (Juni) des „Archivs für den Fernen Osten" gelangt sein. Nur ein kleiner Teil hat bisher die Doppelhefte 1/2 (Januar und Februar) und 3/4 (März und April) erhalten, da die Auflagen dieser Nummern vollständig vergriffen sind. Den vielen Wünschen auf Nachlieferung der beiden Doppelhefte zur Vervollständigung des laufenden Jahrganges werden wir gern entsprechen. Wir haben bereits anastatische Neudrucke der beiden Hefte veranlaßt. Sobald sie fertiggestellt sind, werden sie unseren Mitgliedern, denen die Nummern fehlen, zur Verfügung gestellt werden. Wir werden an dieser Stelle auf die Fertigstellung hinweisen und bitten, alsdann die Hefte einzufordern."

Chinesische Staatspapiere.

(Aus dem „London and China Telegraph" vom 30. Juni 1919).

Chines.	5 v. H. 1912	77	bis	79
„	5 „ „ 1896	90	„	92
„	4½ v. H. 1898	80	„	82
„	5 v. H. Tien.-Pukou	84½	„	85
„	5 „ „ „ (Zusatzanleihe)	82	„	83
„	Schanghai Hangtschou	84	„	84½
„	Canton-Koulun	82	„	83
„	5 v. H. Hukuang	82½	„	83½
„	Honan, 1905	83	„	84
„	5 v. H. 1913	77	„	79

Siebenter Deutsch-Chinesischer Abend

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbandes zu einer **zwanglosen Zusammenkunft** (mit Damen) auf

Dienstag, den 5. August 1919, abends 8 Uhr,

in den Muschelsaal des Restaurants „RHEINGOLD" (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen.

DEUTSCH-CHINESISCHER VERBAND.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste Nr. 3

der aus China zurückgekehrten Herren, die in der Zeit vom **16. Juni** bis **5. Juli 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

Otto von Alemann, Dessau, Wilhelm Müllerstr. 12
Felix Baude, Lindenberg i. Allgäu
J. Beermann, Neustadt a. Rübenberge, Leinstr. 56
Professor **B. Berrens,** Köln a. Rh., Eintrachtstr. 112a
H. Biermann, Hamburg, Rombergstr. 13
Dr. Blumenstock, München, Ludwigstr. 7, Pension Stella
Carl Bohl (China), Eisenach, Karlstr. 32
G. Boolsen, Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg, Ferdinandstr.
Friedrich Bothe, Hannover, Rückertstr. 10, II
Adolf Böttcher, Ludwigsburg i. Württemberg, Stuttgarter Hof
Alfons Brackenhoeft, Hamburg, Raboisen 103
Jos. Brandt, Langerwehe b. Düren
W. Buße, per Adr.: Herrn A. Wilhelm, Hamburg 22, Wagnerstr. 22
H. Bußien, Köln a. Rh., Engelbertstr. 67, hpt.
H. W. Butte, Hamburg, Marienthalerstr. 65, III
Oskar Dello, Hamburg 1, Ferdinandstr. 17
W. Diehl, Bad Homburg v. d. H., Kaiser Friedrich-Promenade 76
H. Dierks, Altona-Othmarschen, Flottbecker Chaussee 163
Hugo Dietrich, Berlin NW. 6, Luisenstr. 67
Reg.-Baumstr. **H. Dorpmüller,** Charlottenburg, Sophienstr. 13
Ingenieur **F. Eberhard,** Wiesbaden, An der Ringkirche 1, p.
F. Ehrhardt, Coburg, Leopoldstr. 17, I
Friedrich Eilers, Oldenburg, Stedingerstr. 73
S. O. Eilts, Emden, Mühlenstr. 83, I
Carl Floeck, Köln, Kattenbug 13/17
Richard Franz, Berlin W 8, Unter den Linden 31, Deutsch-Asiat. Bank
Max Friedrichs, Elberfeld-Hahnerberg, Elberfelderstr. 81
R. Fries, per Adresse: Herrn Richard Litolf, Braunschweig, Wollmarkt 13
Richard Gehrmann, Groß-Klaussitten, Kreis Heilsberg, Ostpreußen.
G. Giese, Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg, Ferdinandstraße
Heinz Glaubitz, Jannowitz i. Riesengeb., Sanatorium
Alfred Göhring, Hildesheim, Zierenbergstr. 121
C. Grapow, Putzig (Westpr.)
Eduard Größer, per Adr.: Herrn H. Pickenpack, Hamburg 24, Schwanenwik 24 III.
Max Gutschke, Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank, z. Z. Berlin, Continental-Hotel
Fräulein **Thekla Hanstein,** Goslar a. Harz
R. W. Heidorn, Hamburg, Rödingsmarkt 30
Hans von Hellfeld, Wilmersdorf, Xantenerstr. 4
Fr. Henniger, Postrat, Bremen, Vor dem Steintor 124 II
Kurt Hering, Bühlau b. Dresden, König Albert-Allee 1
W. Herthel, Berlin W 8, Unter den Linden 31, Deutsch-Asiat. Bank
A. Hesse Osnabrück, Kaiserwall 17
A. Hoettler, Hagen i. Westf., Eilpertstr. 72
Robert Jänchen, Berlin-Treptow, Defreggerstr. 18
Georg Jüschke, Berlin, Grünauerstr. 25
Hans Eugen Kärker, Hamburg, Osterstr. 5

H. J. Kihn, Hamburg 22, Wagnerstr. 20, II
Fritz Klein, Neubrandenburg i. Meckl.
P. Kohlschmidt, Apolda, Bahnhofstr. 49
Ed. Krietsch, Kiel, Lornsenstr. 57
F. Külps, Warnemünde, Bismarckstr. 4
Wilhelm Kunze, Berlin NO 43, Georgenkirchstr. 70
Dr. W. Kusche, Altona-Bahrenfeld, Lutherstr. 38
Rudolph Laurenz, Berlin-Grunewald, Schwedlerstr. 8.
C. Lauröscb, Direktor der Deutsch-Asiat. Bank, Berlin W 8, Unter den Linden 31
Joseph Lemke, Dortmund, Huckarderstr. 76
O. Maréchal, Bremen, Contrescarpe 174
Konrad Mauerer, Elberfeld, Farbenfabrik, vorm. Friedr. Bayer & Co.
W. Mertzsch, Potsdam, Burgstr. 55
Ing. **Heinrich Mollitor,** Berlin NW. 52, Thomasiusstr. 24
Dr. ing. **Müller,** Berlin-Lankwitz, Charlottenstr. 45
G. Fr. Gg. Müller, per Adr.: Schnabel, Gaumer & Co., Hamburg, Hopfenmarkt 2
Robert Otte, Lübeck, Körnerstr. 27
P. Paffrath, Hagen i. Westf., Feldstr. 6
Hans Petersen, Altona-Ottensen, Große Brunnenstr. 18 II
Franz Prösch, Geestemünde, Borriesstr. 22
August Rauchholz, Mühlheim (Ruhr), Kirchplatz 2-3
Ludwig Rees, Ludwigsburg, Vordere Schloßstr. 13
Fritz Reiber, Barsinghausen a. D., Kaiser Wilhelmstr. 10
H. H. Richter, Düsseldorf, Schillerstr. 26
Georg Rieken, Lehe i. Hannover, Fritz Reuterstr. 40
Alexander Rose, Bernburg, Christianstr. 63
Bertram Rosenbaum, Celle, Südwall 19
Kapitän **C. Rosiefsky,** Bonn a. Rh., Münsterstr. 20
W. Schlottow, Kiel, Feldstr. 88 p.
Georg Schmidt, Charlottenburg, Kantstr. 25, bei Jacobza
Richard Schmidt, Altona, Bahrenfelderstr. 92 III
Walter Schmidt, Rissen b. Altona, Wedeler-Chaussee
F. Schnock, Kiel, Scharnhorststr. 12 III
Reg.-Baumeister **E. Schönwald,** Hermsdorf b. Berlin, Bahnhofstr. 13.
C. Schultz, per Adr.: Herrn Conrad Hinrich Donner, Hamburg, Neue Gröningerstr. 5
Fritz Stahlmann, Dortmund, Lortzingstr. 47
Walter Stötzner, Dresden-A., Comeniusstr. 95 I
Fräulein **Helene Thierfelder,** Berlin-Friedenau, Wilhelmshöher Str. 4, per Adresse: Herrn Prof. Amman
Dipl.-Ing. **H. P. Trumpp,** Crailsheim, Württemberg
W. B. Wagner, Breslau 5, Viktoriastr. 48, part.
Albert Werle, Berlin, Tempelhofer Ufer 29, I r., bei Roxin
Erwin Wilke, Berlin NW 21, Dreysestr. 18 II
Oberpfarrer **Winter,** Frankfurt a. M., Mittelweg 34
P. Wolfram, Erfurt, Theaterstr. 8

Die ersten Namenlisten sind in den Nummern 2 und 3 der „Mitteilungen für China-Deutsche" vom 15. Juni und 1. Juli veröffentlicht worden. Eine weitere Liste wird der Nummer 6 der „Mitteilungen" beigelegt.

BERLIN, den 12. Juli 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

I. Jahrgang 1. August 1919 No. 5

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Vermögensabgabe und Auslandsdeutsche.

Der Deutsch-Chinesische Verband hat im Mai dieses Jahres unter Bezugnahme auf die repatriierten China-Deutschen eine Eingabe an das Reichs-Finanzministerium gerichtet, in der er unter Hinweis auf die außerordentlichen finanziellen Verluste, die fast alle von ihnen während der letzten Jahre erlitten haben, darum bat, bei der zu erwartenden Vermögensabgabe die obwaltenden Verhältnisse zu berücksichtigen, damit die bereits bis ins Lebensmark getroffenen Auslandsdeutschen nicht noch weiter geschwächt würden. Der Verband gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich ein Modus finden lasse, um den Auslandsdeutschen wenigstens bis zur Regelung ihrer Angelegenheiten im Auslande eine Befreiung von einer zwangweisen Vermögensabgabe zu gewähren.

Auf diese Eingabe ist folgende Antwort beim Deutsch-Chinesischen Verbande eingegangen:

Der Reichsminister der Finanzen
III 6230

Berlin W. 66, 10. Juli 1919
Wilhelmplatz 1

Auf das Schreiben vom 20. Mai 1919.

Da nicht nur die Auslandsdeutschen, sondern auch zahlreiche andere Angehörige des Deutschen Reiches sehr erhebliche Vermögensverluste während des Krieges gehabt haben, erscheint es bedenklich, in dem Gesetzentwurf über die einmalige Vermögensabgabe eine Sonderstimmung zugunsten der Auslandsdeutschen aufzunehmen. Es ist aber in Erwägung gezogen, ob nicht Steuerpflichtigen mit einem mittleren Vermögen und einem Einkommen von gegen Mk. 6000,—, falls die Erhebung der Abgabe eine besondere Härte sein würde, Erleichterungen gewährt werden können.

Im Auftrage: (Unterschrift)

An den Deutsch-Chinesischen Verband
Eingetragener Verein in Berlin.

Ministerkrise in Japan?

Von R. Kunze, Tokio.

Der Londoner „Times" wird aus Tokio gedrahtet, daß infolge der beständigen Angriffe Vicomte Katohs gegen die Regierung des Ministerpräsidenten Hara ein Sturz des Sseijuhkai-Kabinetts wahrscheinlich sei. Es hätten bereits Besprechungen zwischen Feldmarschall Fürst Jamagata und Marquis Ohkuma stattgefunden und eine Zurückberufung des in Europa reisenden und gegenwärtig in Paris weilenden Baron Gotoh werde als bevorstehend angesehen.

Da japanische Zeitungen aus den letzten Monaten noch nicht vorliegen, läßt sich schwer ersehen, welcher Art die beständigen Angriffe Vicomte Katohs und der von ihm geführten konservativen Partei Kenßeikai im Unterhaus sind. Anzunehmen ist jedoch, daß, abgesehen von der China-Politik, wie im vorigen Sommer die Teuerung der Lebens-

mittel und die Knappheit der Reisvorräte zu heftigen Angriffen der Presse auf die Regierung und schließlich zum Sturz des Kabinetts Terautschi geführt haben, so auch wohl diesmal dieselben Gründe gegen die Regierung der Sseijuhkai ins Feld geführt werden. Ob freilich, wie der Gewährsmann der „Times" annimmt, tatsächlich eine Ministerkrise unmittelbar bevorsteht oder nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist, läßt sich von hier aus nicht ersehen. Auch das Kabinett Terautschi ist in englischen Zeitungen wiederholt totgesagt worden, lange ehe es endlich wirklich fiel. Nun scheinen allerdings die Besprechungen zwischen Fürst Jamagata und Marquis Ohkuma dafür zu sprechen, daß in der Tat etwas sehr Wichtiges vorgeht. Denn ohne Not verläßt der greise Feldmarschall Jamagata schwerlich seinen Landsitz bei Odawara, um in dem in Sommerglut brütenden Tokio mit Marquis Ohkuma Konferenzen abzuhalten. Fürst Jamagata ist der letzte Überlebende der älteren Staatsmänner und berät wohl mit Marquis Ohkuma als dem Obmann der konservativen Kenßeikai über die Bedingungen, unter denen er dem Kaiser einen Kandidaten der Kenßeikai als Nachfolger für den Ministerpräsidenten Hara empfehlen kann. Möglich wäre es, daß Ohkuma selbst dieser Kandidat wäre; er würde dann voraussichtlich den Vorsitzenden der Kenßeikai, Vicomte Katoh, zu seinem Minister des Äußern erwählen und es würde ein ähnliches Kabinett zustandekommen, wie das erste Kabinett Ohkuma, unter dessen Leitung Japan auf der Seite der Alliierten in den Weltkrieg eintrat. Möglich ist aber auch, daß Vicomte Katoh selbst als Ministerpräsident die Zügel der Regierung übernimmt. Dies würde sogar wahrscheinlicher sein, da anscheinend seit dem letzten Herbst in Japan das parlamentarische System gesiegt hat, demzufolge Hara als Vorsitzender der Mehrheitspartei Sseijuhkai im Abgeordnetenhaus die Regierung übernahm und nun sie wieder an Vicomte Katoh als den Führer der Oppositionspartei im Unterhaus abgibt. In diesem Fall könnte die etwaige Rückberufung von Baron Gotoh aus Europa bedeuten, daß dieser im Kabinett Katoh zum Minister des Äußern ersehen ist, welches Amt er ja schon im Kabinett Terautschi seit dem Rücktritt von Baron Motono verwaltet hat. Da aber Baron Gotoh nicht der Sseijuhkai, sondern dem Herrenhaus angehört, mit dem verbündet allein die Kenßeikai über die Regierung obsiegen könnte und ein Kabinett Katoh höchstwahrscheinlich dem Fürsten Jamagata wenig genehm sein würde, so ist schließlich denkbar, daß Baron Gotoh zum Ministerpräsidenten ausersehen sein könnte, in dessen Kabinett dann Vikomte Katoh das Ministerium des Äußern verwalten würde.

Jedenfalls würde, falls der Regierungswechsel eintritt, ein Kabinett Ohkuma oder Katoh oder Gotoh, dessen Minister hauptsächlich der Kenßeikai entnommen sind, anstelle des jetzigen Kabinetts der Flottenpartei in solches der Militärpartei darstellen, das heißt eine Regierung, die nach den bisherigen Erfahrungen Rückendeckung für ihre auswärtige Politik im Anschluß an England sucht.

Auslanddeutschtum und Friedensvertrag.

In der Julinummer der „Mitteilungen des Deutschen Ausland-Instituts" behandelt Dr. jur. Karl Hirschland-Berlin die Frage, inwieweit in der Antwort der deutschen Friedensdelegation auf die Friedensvorschläge der Entente die Interessen der Auslanddeutschen berücksichtigt worden sind. Dr. Hirschland schreibt:

Grundlegend ist die Note vom 22. Mai 1919, das Privateigentum betreffend. Dieselbe erklärt, daß die deutsche Friedensdelegation sich nicht mit dem Bestreben der Alliierten einverstanden erklären kann, das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Teilungsmasse zu behandeln, aus der in einem konkursähnlichen Verfahren sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen

als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsentschädigung befriedigt werden sollen. Vor allem erscheint der Friedensdelegation die vorgenommene Liquidation des deutschen Privateigentums nach Abschluß des Waffenstillstandes und die geplante Liquidation nach Friedensschluß als eine unannehmbare Bedingung.

Hervorzuheben ist dabei, daß die Entente den überschießenden Liquidationserlös deutschen Eigentums nicht an die deutsche Regierung abführen, sondern auf die Entschädigungsforderung in Anrechnung bringen will. Zwar erklärt die deutsche Friedensdelegation, daß sie sich dessen bewußt ist, daß der Druck, den die aus dem Friedensvertrag hervorgehenden Lasten in Zukunft auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausüben werden, es nicht gestattet, den deutschen Auslandbesitz in dem bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten.

Um seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, wird Deutschland seinen Auslandbesitz in weitem Maße opfern müssen; jedoch muß die Verfügung über den Auslandbesitz in einer Weise geregelt werden, die dem Gedanken eines Rechtsfriedens nach jeder Richtung hin Rechnung trägt. Meiner Auffassung nach haben die Auslanddeutschen keinen Grund, über diesen Punkt der Note der deutschen Friedensdelegation beunruhigt zu sein, weil sich hieraus nicht ergibt, daß die deutsche Regierung mit einem Eingriff in das Privateigentum einverstanden ist oder denselben selbst in weitgehender Weise vorzunehmen gedenkt. Die deutsche Friedensdelegation gibt vielmehr nur zu erkennen, daß die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands eine ausgedehnte Weltwirtschaft nicht mehr zuläßt und daß Deutschland einen großen Teil seiner im Ausland angelegten Kapitalien benötigt, um seine innere Wirtschaft zu stärken.

Außer der aufgeführten Note hat die deutsche Friedensdelegation neben einer Anzahl anderer Einzelnoten den Alliierten noch eine Sammelnote überreicht, welche folgenden Titel trägt:

„Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen
und Nachtrag besonderer Rechtsfragen."

Die deutsche Friedensdelegation hat sich bei Beantwortung der Bedingungen der Entente auf den Standpunkt der 14 Punkte Wilsons gestellt und ist vor allen Dingen davon ausgegangen, daß kein Gewalt-, sondern ein Rechtsfrieden geschlossen werden sollte.

Sie hat dann im einzelnen dargetan, wo gegen die Grundsätze des Rechtsfriedens verstoßen worden ist.

Dazu wird ausgeführt, daß, wenn es sich um einen Rechtsfrieden handelt, die feindlichen Regierungen das Privateigentum überhaupt nicht verletzen dürfen, daß es vor allen Dingen nach Friedensschluß keinen Kriegsmaßnahmen unterworfen sein darf. Es darf den Auslanddeutschen nicht die Möglichkeit genommen werden, die alten Verbindungen im Auslande fortzusetzen und Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft wieder zu sichern, indem ihr bisher eingezogener Besitz für die Wiedergutmachung verwandt wird, statt ihnen ersetzt zu werden.

Nach Artikel 118 der Friedensbedingungen der Entente soll Deutschland außerhalb seiner Grenze an Europa keinerlei Recht haben. Es soll sich von vornherein verpflichten, allen Maßnahmen zuzustimmen, mit denen von den Alliierten über diese Rechte verfügt wird.

Der deutsche Außenhandel soll von jeder Betätigung ausgeschlossen werden. Alle Vorrechte und Vorteile sowie alle Konzessionen, die Deutschland in China, Siam, Liberia, Marokko und Ägypten besessen hat, sollen beseitigt werden.

Die seit dem 1. August 1914 in Rußland erworbenen Konzessionen und Privilegien sollen hinfällig werden. Der Kommission zur Wiedergutmachung wird die Befugnis gegeben, deutschen Reichsangehörigen ihre Rechte und Interessen an allen öffentlichen Unternehmungen oder an allen Konzessionen in Rußland, China, Österreich, Ungarn,

Bulgarien, der Türkei, den Besitzungen und Nebenländern dieser Staaten oder in einem Gebiet, das früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehörte, wegzunehmen. (Artikel 266.) Die Alliierten dürfen alle „property rights and interests" deutscher Staatsangehöriger, soweit sie sich im feindlichen Auslande und in den Deutschland abzutretenden Gebieten seiner Bundesgenossen befinden, zurückbehalten und liquidieren.

Es wird auch der Deutsche in seinem persönlichen Aufenthalt in Überseeländern und selbst in den deutschen Kolonien unter eine unerträgliche Kontrolle und Ungewißheit gestellt.

Alle gegen die deutschen Rechte und Interessen im Ausland vorgesehenen Maßnahmen lassen sich, so führt die deutsche Friedensdelelegation aus, nach dem Gesichtspunkte der Wiedergutmachung nicht rechtfertigen, denn sie bringen wohl dem gegnerischen Kaufmann, der mit dem deutschen Kaufmann draußen im Wettbewerb stand, große Vorteile, heilen aber an den Schäden, die Deutschland zu ersetzen sich verpflichtet hat, nichts.

Die deutsche Delegation legt daher das entscheidende Gewicht darauf, daß die einseitige Benachteiligung des deutschen Außenhandels unterbleibt und ihm im Rahmen der von den Alliierten für ihren eigenen Handel aufgestellten Forderungen volle Gegenseitigkeit und Bewegungsfreiheit gewährt wird.

Es wird weiterhin dargestellt, daß Deutschland nur dann die von ihm übernommenen Lasten tragen kann, wenn ihm für die Zukunft eine annähernd gleiche Stellung gewährt wird, die die übrigen Nationen einnehmen, wenn ihm auf handelspolitischem Gebiet die Freiheit gewährt wird, die es vor dem Kriege hatte.

Die deutsche Friedensdelegation wehrt sich ferner dagegen, daß das deutsche Reich sich im voraus allen Verträgen und Verabredungen seiner Feinde mit denjenigen Staaten unterwerfen soll, die auf einem Teil des altrussischen Reiches errichtet sind oder errichtet werden.

In einem besonderen Abschnitt wird seitens der deutschen Friedensdelegation die Frage der Strafurteile gegen deutsche Zivilpersonen und Kriegsgefangene behandelt. In erster Linie wird eine weitgehende Amnestie verlangt. Des weiteren erscheint Wiederaufnahme der im Versäumniswege erlassenen Strafurteile erforderlich. Die deutsche Friedensdelegation wendet sich gegen das unzuverlässige Verfahren der Besatzungsbehörden, welche Personen strafrechtlich und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen haben, obwohl die beanstandeten Handlungen nach den maßgebenden deutschen Gesetzen pflichtgemäß waren. Es wird meines Erachtens dieser Grundsatz auch auf diejenigen Maßnahmen der gegnerischen Behörden gegen diejenigen deutschen Staatsangehörigen angewandt werden müssen, welche Gegenstände von deutschen Zwangsverwaltern und Liquidatoren in den besetzten Gebieten erworben haben.

Schließlich hat sich die deutsche Delegation mit der Frage der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten beschäftigt. Sie verlangt, daß vor allen Dingen den Heimkehrenden eine freie Willensbestimmung bezüglich des Ortes ihres künftigen Aufenthaltes gewährt wird.

Was die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten angeht, so hält die deutsche Friedensdelegation für eine selbstverständliche Folge des Friedensschlusses, daß sofort die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den feindlichen Staaten wieder aufgenommen werden. Sie verlangt auch in diesem Falle vollständige Gegenseitigkeit.

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, hat die deutsche Friedensdelegation sich in besonders warmherziger Weise der Interessen der Auslanddeutschen angenommen und es gebührt ihr vor allem in der Person ihres Chefs, des Grafen Brockdorff-Rantzau, der Dank der Auslanddeutschen.

Die Deutschfreundlichkeit der Chinesen.

Durch die deutsche Presse geht folgende Meldung:

Amsterdam, 13. Juli. Die „Times" meldet aus Peking: In ganz China herrscht eine verzweifelte Stimmung über die Lösung der Schantung-Frage im Friedensvertrage. Die Haltung der chinesischen Delegation, die sich weigerte, das verhängnisvolle Dokument zu unterzeichnen, findet allseitige Zustimmung. Die Aussichten auf einen Sonderfrieden zwischen den Chinesen und Deutschland erscheint keinem einzigen Chinesen als etwas Außergewöhnliches. China behandelte die Deutschen stets freundlich. Wenn es gegen sie eingeschritten ist, so hat es dies unter dem Druck der Alliierten getan. Mit Ausnahme der Deutsch-asiatischen Bank ist das meiste Eigentum der Deutschen unliquidiert geblieben und wartet auf die Rückkehr der Besitzer. Der Korrespondent der „Times" sieht den Grund für die Freundlichkeit der Chinesen gegenüber den Deutschen darin, daß die Deutschen seit der Chinaexpedition die Chinesen stets mit großer Mäßigung behandelten. Er schreibt: „Deutschland hat seine Stellung in Schantung nie zu einer Haltung ausgenutzt, welche die Chinesen für ihre Souveränität fürchten ließ, die Haltung Deutschlands weicht sehr von der Haltung der Entente ab. Ebenso war es Deutschland, welches die Initiative zur Erleichterung der chinesischen Anleihen für die Anlage von Bahnen nahm. China hält den Boykott gegen die Entente aufrecht. Im ganzen Lande halten chinesische Studenten japanfeindliche Ansprachen und fordern die chinesische Industrie auf, sich von Japan unabhängig zu machen."

Die Ausführungen der „Times" über die Deutschfreundlichkeit der Chinesen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wenn die „Times", die uns China-Deutsche während des Krieges im Verein mit der übrigen angelsächsischen Preßmeute in den Schmutz gezogen hat, nun plötzlich ein einlullendes Schmeichellied singt, soll man doppelt auf der Hut sein; auch hier heißt es: „Quid-quid id est timeo Danaos et dona ferentes." (Die Griechen fürcht' ich stets und doppelt, wenn sie schenken.)

Stimmen über Ostasien.

(Wir geben unter den „Stimmen über Ostasien" Urteile der Presse wieder, ohne daß wir damit stets den geäußerten Ansichten im Einzelnen zustimmten. Wir verfolgen nur den Zweck, den Leser über die Stimmung der öffentlichen Meinung betreffs ostasiatischer Fragen auf dem Laufenden zu halten.)

Über „Deutschland und Japan" schreibt die „Schönebecker Zeitung":

Noch während des Krieges versuchte Japan auf irgend eine Weise nach Abschluß des russisch-japanischen Vertrages im Jahre 1916 diplomatische Rückendeckung gegen den Amerikanismus zu finden, und es war nicht lediglich unverantwortliches Beginnen, daß führende Japaner, vor allem aber auch die hervorragendsten Vertreter des Genro, des „Rates der Alten", in öffentlichen Kundgebungen der Politik Amerikas gegenüber eine schroffe Haltung einnahmen. Festzustellen ist, daß vielleicht allein durch Bethmann-Hollwegs westliche Orientierung der große Kontinentalbund Japan-Rußland-Deutschland nicht verwirklicht wurde. Gautamo (?) und andere Japaner haben offen darauf hingewiesen, daß Österreich sich dem größeren Zwecke hätte unterwerfen müssen. Aber wir starrten auf Wien und auf London, verloren um Wien das freundnachbarliche Verhältnis zu Rußland und wurden von Englands Perfidie furchtbar betrogen. Inzwischen ist Oesterreich zerbrochen, Rußland wächst aus der bolschewistischen Zerrüttung langsam wieder empor, und es ist klar, daß selbst ein Koltschak die Politik treiben müßte, die im japanisch-russischen Bündnis festgelegt und deren Freund sogar der ehedem Anglophile Miljukow geworden war. Zudem ist die Umwälzung in Deutschland auch demokratischen Russen eher eine Förderung, als ein Steigen im Weg zur Bildung eines Gegengewichtes gegenüber dem anglo-amerikanischen Imperialismus. Italien selbst schwankt und dürfte eher östliche als westliche Orientierung suchen. Noch ist es nicht so weit, aber die japanische Diplomatie pflegt sehr fernsichtig zu sein, und in dem gewaltigen und zähen Ringen um die Oberherrschaft über den Stillen Ozean und China ist das Japanertum Sieger geblieben. China widersetzte sich zwar durch Nichtunterschrift des Friedens-Vertrages der Unterwerfung Schantungs, das das Herz Chinas ist. Aber die wirtschaftliche Überwältigung Chinas ist unabwendbar. Gleichzeitig schiebt Japan seine Vorposten aufs neue nach Mexiko, sogar nach Brasilien. Die Sandwich-Inseln zählen mehr Japaner als Amerikaner. Die gelbe Gefahr brennt stärker als damals auf den amerikanischen Nägeln. Die Konturen einer neuen Mächtekonstellation zeichnen sich immer deutlicher ab. Und im amerikanischen Senat stellt Senator Knox offiziell die Anfrage, ob Deutschland in Bündnisverhandlung mit Japan stünde.

Über die Haltung der chinesischen Friedensabordnung in Versailles schreibt der „London and China Express":

„Die chinesische Friedensabordnung hat durch ihre Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, das äußerste Mittel gewählt. Wir können eine solche Haltung nur als übelberaten und den besten Interessen Chinas entgegengesetzt bezeichnen. Die Abordnung hatte mit allen ihr möglichen Kräften Verwahrung eingelegt und eine mehr oder weniger große, sich über die ganze Welt erstreckende Sympathie für die Lage erzeugt, in die China gekommen war. Wir geben offen die Ungerechtigkeit der Entscheidung zu, die die Konferenz in der Schantungfrage getroffen hat, aber unseres Erachtens wäre es besser gewesen, wenn China sich unter die Fittiche der Alliierten begeben hätte, anstatt sich in elfter Stunde zu weigern, ein Teilhaber des Vertrages zu werden. Wir fürchten, daß sich China durch seinen Schritt nicht geringe Sympathien verscherzt hat, die man vorher für seine Lage hatte."

Wenn China in Versailles klanglos unterzeichnet hätte, so wäre die politische Öffentlichkeit über sein Geschick rasch zur Tagesordnung übergegangen. Seine stand-

hafte Weigerung stellt aber die Sache Chinas endlich einmal vor das Forum der Welt und vor die Schranken des Völkerbundes. Sollte es zur Verhandlung kommen, dann kann die chinesische Regierung mit genügend Belastungszeugen aufwarten; die Welt wird dann staunende Blicke in die Fächer der britischen Geheimdiplomatie werfen können.

Über eine politisch bedeutsame Verlobung in China schreibt die „Weser-Zeitung":

Große Aufregung herrscht in englischen Kreisen Chinas über ein Ereignis, das die amtliche „North China Daily News" (Schanghai) als den größten politischen Skandal bezeichnet, den China je erlebt hat. Wellington Koo, eines der wichtigsten Mitglieder der chinesischen Mission in der Pariser Friedenskonferenz, hat sich mit der Tochter Dsao-Ju-lins verlobt und ist offen zur pro-japanischen Gruppe der chinesischen Staatsmänner übergetreten. Wer ist Wellington Koo? Er war chinesischer Gesandter in Washington, Präsident Yüan-Schi-kais Berater und ein entschiedener Gegner Japans. Ihm in erster Linie war es zu danken, daß Präsident Yüan den bekannten 21 Forderungen Japans vom Januar 1915 (durch die Japan die Hegemonie in China an sich reißen wollte) Widerstand geleistet hat. Auch in Paris vertrat er eine radikal anti-japanische Richtung. Dsao-Ju-lin dagegen ist der Führer der pro-japanischen Partei in Peking. Übertritte chinesischer Politiker wie der Wellington Koo's sind an der Tagesordnung. Koo aber galt über jeden Zweifel in dieser Hinsicht erhaben. Uns könnte aber selbst die Fahnenflucht eines Mannes wie Koo nur wenig interessieren, hätte nicht durch diesen Übertritt die japanische Partei in China eine ebenso große Stärkung wie die angelsächsische (England—Amerika) eine Schwächung erfahren. Aus den letzten hier eingetroffenen Nachrichten der englischen Presse in China (vom Mai dieses Jahres) geht hervor, daß die Engländer im fernen Osten geradezu konsterniert sind. Versteigt sich doch die „North China Daily News" zu der Behauptung, Koo's Abfall werde „die europäischen Sympathien für China in ihr Gegenteil verkehren; europäische Hoffnungen auf Chinas Wiedererstarken brechen damit zusammen, es ist sogar möglich, daß Koo's Abfall jene europäischen Mächte, die kommerzielle Interessen in China haben, zu dem Entschluß bringt, jede Sentimentalität beiseite zu setzen und das unglückliche Land streng geschäftsmäßig zu behandeln. Der Völkerbund wird sich zunächst mit der Wiederherstellung der Ordnung in China zu befassen haben".

Wenn sich die Folgerungen der „North China Daily News" als richtig erweisen, so ist darin ein Zeichen zu erblicken, daß in Peking Kräfte am Werke sind, die auf eine Abkehr von der Entente und eine Verständigung mit Japan hinarbeiten. Die Stärkung der Stellung Duan-Dschi-juis und der Anfu-Partei gehören in dasselbe Kapitel.

Die Rückfahrt auf dem „Antilochus".

Die mit den ersten drei Transporten von China abgeschobenen Leser wird es interessieren zu hören, wie es unseren Ostasiaten erging, die die Heimfahrt auf dem „Antilochus" anzutreten hatten. Hans Lambertz plaudert darüber in der „Neuen Hamburger Zeitung":

Das war ein britischer Frachtdampfer von 5793 Tonnen und 168 Meter Länge. Von einem Promenadendeck, von irgendeinem auf Passagierdampfern üblichen Luxus keine Rede. Das Oberdeck war durch provisorische Aufbauten (Hospital, Küche, Bäckerei), durch Winden und Maschinen aller Art so in Anspruch genommen, daß man sich an den geteerten Wellen, Rollen und Zahnrädern nur mit Mühe vorbeiquetschen konnte. Wo war die 1. Klasse, die der chinesische Arzt uns verschrieben hatte? Nicht zu finden. Bei näherer Untersuchung stellte sich allerdings heraus, daß fast alle mit einem gleichen Attest ausgerüstet waren. Chinesisch! — Im Zwischendeck befand sich der „Speisesaal" mit rohgehobelten Tischen und Bänken à la Dorfschänke, daneben die Frauen-Schlafräume. Im untersten Deck, also schon unter dem Wasserspiegel, war der Schlafstall — Verzeihung: der Schlafsaal für einige dreihundert Männer, ein Laderaum ohne Luken, in dem die Luft bald eine derartige chemische Zusammensetzung aufwies, daß wir alle des Morgens mit Kopfschmerzen erwachten. Heiße Bäder gab's an Bord. Dagegen waren gewisse andere Einrichtungen derart primitiv, daß deutscher Humor den Antilochus in Anti-Locus umtaufte.

Deutsche Gründlichkeit, deutsche Organisation rief sofort einen „Vorstand" von 35 Herren ins Leben, dem es oblag, die Herde der Deportierten patriarchalisch-wohlwollend zu regieren. Ueberall prankten in kürzester Frist die „Verordnungen" und „Verbote": der erste Gruß aus der alten deutschen Heimat. Doch Scherz beiseite: Diese fünfunddreißig Männer haben in glühender Tropenhitze wacker das Ihrige getan, um den Deportierten besseres Essen, bequemere Einrichtungen, Ordnung, Behaglichkeit zu schaffen. Firmenchefs entpuppten sich plötzlich als vorzügliche Tischler und zimmerten uns Nottreppen für den Fall eines Unglücks; Millionäre schleppten, triefend von Schweiß, die Koffer in die Stauräume; der Unterricht der Kinder wurde in die Hand genommen; wissenschaftliche Vortragsabende wurden veranstaltet; heitere Vorträge, ja sogar Konzerte abgehalten. Täglich versammelte sich der „Hohe Rat" zu einer öffentlichen Beratung, und keiner der vierhundertfünfzig Deportierten wird mir widersprechen, wenn ich behaupte, daß wir den größten Dank dem Vorsitzenden unseres Ausschusses, dem Geheimrat Dr. Crusen, schulden; seinem diplomatischen Geschick, seinem Taktgefühl und seiner Energie verdankt ein halbes Tausend von Menschen, daß die Erinnerung an die Antilochusfahrt keine allzu bittere ist. — Es ist ganz merkwürdig, welche Fähigkeiten der Mensch im Augenblick der Not entwickelt. Damen, Ladies vom reinsten Wasser, die die Zumutung, in Schanghai ihre eigene Küche zu betreten, entrüstet zurückgewiesen hätten, standen plötzlich auf Deck am Waschtrog und wuschen die Wäsche für ihre Familie. Junge Mädchen, denen man in Schanghai nachsagte, wenn ihnen das Taschentuch zu Boden fällt, so müssen sie nach dem Diener rufen, es aufzuheben — siehe da! sie schleppten Wasser in großen Eimern herbei, schälten Kartoffeln und entwickelten eine Reihe von hausfraulichen Fähigkeiten, die kein Mensch bei einem „Schanghai-Girl" vermutet hätte.

Sprechsaal.

Der Schriftleitung sind Beiträge für diese Spalte stets willkommen. In Verbindung mit der Wiederanknüpfung unserer Beziehungen mit China und dem Wiederaufbau tauchen hunderterlei Fragen auf, die hier von den interessierten Kreisen in sachlicher Weise erörtert werden können, Vorbedingung zur Aufnahme ist, daß in den Zuschriften der sachliche Charakter gewahrt bleibt.

Steuerpflicht der China-Deutschen.

Rechtsanwalt Krieger nimmt zu dem in Nr. 4 der „Mitteilungen" erschienenen Sprechsaalartikel über die Steuerpflicht der China-Deutschen, wie folgt, Stellung:

„Bei meinen Ausführungen in Nummer 2 der „Mitteilung" hatte ich die endgiltig Heimgekehrten im Auge. Für diejenigen, die die Absicht haben, sobald die Verhältnisse dies zulassen, wieder nach China zurückzukehren, wird die Entscheidung von Fall zu Fall getroffen. Es empfiehlt sich für diese, wenn sie eine Aufforderung zur Steuerveranlagung bekommen, um eine Frist von einigen Monaten nachzusuchen mit Rücksicht darauf, daß sie beabsichtigen, wieder nach China zurückzukehren. Es besteht bei der Berliner Steuerbehörde die Übung, denjenigen, die offenbar nur auf die Möglichkeit der Rückkehr warten und dies glaubhaft machen, eine solche Frist zu gewähren, diejenigen aber, die hier eine Stellung angenommen haben oder sonst beruflich tätig sind, gleich zur Steuerpflicht heranzuziehen. Die Grenze zu ziehen, ist oft sehr schwer. Die Entscheidung liegt bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission. Insofern ist die Ihnen zugegangene Zuschrift durchaus zutreffend. Eine bestimmte durch Gesetz oder Verordnung vorgesehene Frist für die Heimgekehrten, während der sie als „Auslanddeutsche" gelten, ist weder mir noch der Berliner Steuerbehörde bekannt."

Politische Nachrichten

Zur Lage in China.

Meldungen des Reuterschen Büros lassen teilweise die inneren Gründe erkennen, die zu einem Sturz des Ministeriums Dsien-Neng-hsün und einer Erschütterung der Stellung des Präsidenten Hsü-Schi-dschang geführt haben. Die Anfu-Partei, die sich seit Jahresfrist unter der behutsamen Pflege Duan-Dschi-juis und ihres Führers Wang-Yi-dang zu einer maßgebenden Parlamentspartei entwickelt hat, war gegen eine Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Da die Partei im Abgeordnetenhaus über eine Mehrheit verfügt, mußte das Ministerium Dsien gehen. Gleichzeitig mußten auch der Verkehrsminister Dsao-Yu-lin und einige japanfreundliche Männer in verantwortungsvollen Staatsämtern zurücktreten. Der Sturz der Letzteren war ein Zugeständnis an die über die Lösung der Schantungfrage erbitterte Volksstimmung. Präsident Hsü-Schi-dschang ist amtsmüde. Die Anfu-Partei betreibt nun, im Falle eines Rücktritts von Hsü, die Wahl Duan-Dschi-juis zum Präsidenten der Republik. Falls Duan, der mit Ausnahme der Militär- und Anfu-Partei wenig politische Freunde hat, und dessen erbitterte Gegner im Lager der Radikalen sitzen, Präsident der Republik wird, befürchtet man eine neue Revolution. Die innere Lage Chinas scheint zur Zeit wieder einmal viel Konfliktsstoff zu bergen. An eine Überbrückung der Gegensätze zwischen Norden und Süden ist daher vorläufig kaum zu denken.

Straßenunruhen in Schanghai.

In Schanghai ist es Mitte Juni zu großen Straßenunruhen gekommen. Die lückenhafte Berichterstattung Reuters beweist, daß er Vieles zu verschweigen hat. In der vorigen Nummer konnten wir schon berichten, daß englandfeindliche Flugblätter in Tausenden von Exemplaren in China verbreitet sind. (Wenn die Deutschen in China geblieben wären, würde uns sicher nicht das sattsam gehörte: „German intriges" zugerufen worden

sein.) Die britenfeindliche Stimmung fand in den Schanghaier Straßenunruhen ihren Ausdruck. Dort wurde die „internationale" Polizei tätlich angegriffen und mit Dachziegeln beworfen. Mit Unterstützung des Freiwilligen Korps mußten die Straßen gesäubert werden. Hauptmann Barrett wurde bei den Unruhen leicht verwundet. Die Beamten der Schanghai-Nanking- und Schanghai-Hangtschou-Ningpoer Bahn traten in den Ausstand. Die Arbeiter in den Spinnereien, Kraftwagentreiber, „Boys" und Angestellte der Stadtverwaltung gingen ebenfalls zu den Streikenden über. Wenn man in letzter Stunde keine Gegenmaßnahmen getroffen hätte, wäre Schanghai ohne Licht und Wasser gewesen.

Furcht vor dem Bolschewismus in China.

Wie wir der „Politique de Pekin" entnehmen, ist das Ministerium des Innern angewiesen worden, eine gründliche Durchsuchung des Gepäcks der aus Rußland zurückkehrenden chinesischen Arbeiter zu veranlassen. Es besteht die Befürchtung, daß zahlreiche Arbeiter von bolschewistischen Gedanken erfüllt sind und Hetzliteratur mit sich führen.

Angelsächsische Preßhetze gegen Japan.

Es ist interessant zu beobachten, wie im angelsächsischen Lager eine großzügig organisierte Preßhetze gegen Japan beginnt, die fast mit denselben Mitteln arbeitet, die vor und während des Krieges gegen Deutschland angewandt wurden. Die angelsächsischen Blätter gehen gegen die japanische „Autokratie", Geheimdiplomatie, unlauteren Wirtschaftsbewerb usw. vor; sie berichten auch schon von japanischen Greueltaten. Dafür ein Beispiel, das wir der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" entnehmen:

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus New York: Die Erzählungen in amerikanischen Zeitungen über Greueltaten, die japanische Soldaten bei der Unterdrückung der Aufstände in Korea begangen haben sollten, nehmen immer schärfere Formen an. Jetzt veröffentlicht die presbyterianische Kirche einen Bericht, nach welchem koreanische Frauen von japanischen Soldaten vergewaltigt und ganze Dörfer niedergebrannt worden seien.

In Verbindung mit der angelsächsischen Hetze gegen Japan verdient die Tatsache Beachtung, daß sowohl England wie Amerika ihre ostasiatischen Geschwader erheblich verstärken Das Alles deutet darauf hin, daß von Seiten der angelsächsischen Länder eine Politik der Einschüchterung gegen Japan beginnt.

Handels- und Industrienachrichten.

Feindlicher Wirtschaftskrieg in China.

Nach einer Mitteilung des „London and China Telegraph" hat sich der chinesische Ministerrat auf Ersuchen der amerikanischen, britischen und französischen Gesandtschaft bereit erklärt, deutsche Interessen aus der Vierbanken-Gruppe fern zu halten. Ferner ist beschlossen worden, daß die deutsche Teilstrecke der Hankou-Setschuaner Staatsbahn in amerikanische, britische und französische Interessen aufgeteilt wird. Im Haus der Gemeinen erklärte der Regierungsvertreter Harmsworth auf Grund eines Telegramms des britischen Gesandten in Peking, daß die Liquidation der Deutsch-Asiatischen Bank und der Verkauf feindlichen Eigentums zwecks Deckung der Bankforderungen beträchtliche Fortschritte gemacht habe. Die Liquidation der Kosten sei fast beendet; der ausländische und chinesische Beamtenstab der Bank entlassen und das Anwesen verkauft.

Waffeneinfuhrverbot für China.

Das diplomatische Korps in Peking hat, wie die „Politique de Pekin" berichtet, den ihm unterstellten Staatsangehörigen die Einfuhr von Waffen nach China untersagt; von dem Verbot sollen auch abgeschlossene, aber noch nicht ausgeführte Kontrakte getroffen werden.

Anleihe für die chinesische Friedensdelegation.

Das Bankkonsortium der Entente hat mit der chinesischen Regierung eine Anleihe in Höhe von 300 000 Dollar abgeschlossen, die zur Deckung der Unkosten der chinesischen Friedensabordnung in Versailles dienen sollen. Als Sicherheit dienen die Einnahmen der Salzverwaltung.

Deutscher Handel mit Ostasien.

Ein Vertreter des „Mittagsblatts" (Frankfurt a. M.) hatte vor Kurzem eine Unterredung mit Herrn Ohta, dem Vertreter einer Tokioer Firma. Herr Ohta kam von Zürich und befand sich auf der Durchreise nach Hamburg.

Er äußerte sich in optimistischer Weise über Deutschlands künftigen Handel mit dem fernen Osten. Voraussetzung sei allerdings die Wiederherstellung völliger Ruhe und Ordnung in Deutschland selbst, in Rußland und die Wiederaufnahme des transsibirischen Verkehrs. Kann man erst mal wieder in 14 Tagen Sibirien durchqueren, so führte er aus, dann wird Deutschland das Japan am nächsten gelegene Land sein, um mit ihm in einen geregelten Handelsverkehr eintreten zu können. Es wird, wie ich augenblicklich in der Schweiz feststellen konnte, einen starken Zustrom japanischer Kaufleute nach Deutschland geben und die alten Beziehungen werden wieder erneuert werden. In Japan herrscht angenblicklich eine nicht zu unterschätzende Bewegung, junge Kaufleute mit deutschen Kenntnissen heranzubilden. Und die, die drüben Deutsch lernen, lernen kein Englisch. Und so haben wir viele Tausende, die selbst allein aus Bildungsgründen auf Deutschland angewiesen sind und das größte Interesse an der Wiederaufnahme des Geschäfts zwischen Japan und Deutschland haben. Die Erfahrungen und Kenntnisse sind in Deutschland die alten geblieben! In Japan hat man nie an Deutschland gezweifelt. — Was wir vor dem Krieg aus Deutschland bezogen haben, müssen wir auch jetzt wieder beziehen.

Briefkasten.

H. H. K., Düsseldorf. Ihre Anfrage läßt sich von hier aus nicht beantworten; es mag sein, daß Ihnen die Sachen wieder ausgeliefert werden, falls sie von der chinesischen Regierung nicht als beschlagnahmtes Eigentum angesehen werden. Die Frage wird sich wohl erst nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen klären lassen.

Steuerfrage. Wir verweisen Sie auf die Ausführungen des Präsidenten des Reichsfinanzhofs Dr. Georg Strutz in Nr. 7 der „Mitteilungen des Deutschen Auslands-Intuts".

K. Dessau. In Ihrer Sache ist zur Zeit nichts Positives zu erfahren.

H. Leu. Gewünscht wird die Adresse von Architekt Hugo Leu (Peking).

Stammtisch Hannover. Die Ostasiaten treffen sich dort an jedem Dienstag und Freitag von 8 Uhr abends im Georgs-Palast (gegenüber dem Schauspielhaus).

Ostasiaten-Stammtisch für das Rheinland. Carl Floeck, Cöln, Kattenburg 13/17 bittet alle Ostasiaten, die im Rheinland ihren Wohnsitz haben, sich zwecks Gründung eines Stammtischs mit ihm in Verbindung zu setzen und ihm ihre Anschriften aufzugeben.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

W. Busse, Wilhelmshaven, Reichsverwertungsamt.

H. E. Böhme, Berlin W. 38, Barbarossastraße 44 II, bei Baron von Lüdinghausen.

Max Nößler & Co., Leipzig, Täubchenweg 19/21.

Baurat Linow, Dortmund, Eisenbahnbetriebsamt I.

H. H. Richter, Düsseldorf, Schillerstr. 26.

Hans Scharmüller, Linz a/Donau, Lasingergasse 5.

H. Witte (früher Mukden), wohnt Charlottenburg, Pestalozzistraße 55.

J. Lenk, Wien II, Praterstraße 14.

Oskar Meusser, Berlin W. 35, Steglitzer Straße 72 III.

Baron von Wurmb, Sondershausen, Hotel Fürstenhof.

Heimschaffung von Australien.

Nach Meldungen deutscher Blätter ist ein Transport von Deutschen, die in Australien interniert waren, in der Heimat eingetroffen. Die Meldungen sind aber ziemlich unklar gehalten. Offenbar handelt es sich bei den „Soldaten aus Tsingtau" um eine Gruppe von Leuten, die nach der Einnahme von Tsingtau in den Lazaretten lagen und von dort (wenn wir uns nicht irren unter Führung von Oberleutnant Marcks (Hankou) nach Hongkong gebracht und dann mit den auf Stone Cutter's Island internierten Deutschen nach Australien geschafft wurden. Ferner waren in Australien Mannschaften S. M. S. Emden interniert.

Wiedereröffnung des Postverkehrs mit Amerika

Das Pressebüro Radio meldet aus New-York vom 22. Juli: Der Postverkehr mit

Deutschland hat heute mit der Verschiffung von 400 Postsäcken mit 350000 Briefen auf dem skandinavischen Dampfer „United States“ begonnen. Die Post wird in Kopenhagen gelandet und von dort nach Deutschland weitergeschickt werden. Man erwartet, daß bis zur Wiederaufnahme des direkten Dienstes nach Deutschland, die Brief- und Paketpost einmal wöchentlich befördert werden wird.

Rechtsauskünfte für China-Deutsche.

Ein seit 1910 in Hamburg ansässiger Rechtsanwalt, der früher (seit 1900) in China als Anwalt tätig gewesen ist, hat sich bereit erklärt, bedürftigen China-Deutschen unentgeltlich Rechtsauskünfte zu erteilen. Namen und Anschrift wird auf Anfrage von der Schriftleitung mitgeteilt.

Anfragen über Gepäck.

Vermißt wird ein Rohrplattenkoffer, dunkelbraun mit rundlichem Deckel, gemarkt E. L., in schwarzer Farbe. Beklebt mit Nummern des Gepäckscheines: Wesel 162, 163., außerdem viele alte Beklebungen von Hotels, Norddeutscher Lloyd etc. Etwaige Auskunft erbittet E. Luer, Hamburg 5, An der Alster Nr. 65.

Aus meiner Kiste, die in Rotterdam aufgebrochen gefunden worden ist, fehlen mir 7 große Alben mit Photographien, Geschäftspapieren auf Frau Schnell und A. Stolzer lautend, Bücher, eine Tasche mit Messer und Gabeln, einige Nippes, viele Lebensmittel wie Tee, Kaffee, Früchte, Sprotten, Hummern usw. Da sich in dieser Kiste Sachen befinden, die mir nicht gehören als ein gebrauchter Strohhut, Sweater, Putzzeug, Tinte und noch verschiedenes andere, nehme ich an, daß vielleicht ein anderer meine Sachen bekommen hat. Ich bitte um gefällige Nachricht. G. Schnell, Stettin, Gabelsbergerstraße 10 bei M. Ebel.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

„Archiv für den Fernen Osten.“

Von Herrn Geheimen Admiralitätsrat Dr. Schrameier, dem Leiter des Literarischen Büros des Deutsch-Chinesischen Verbandes, wird uns mitgeteilt, daß das nächste Heft des „Archivs für den Fernen Osten“ als Doppelheft in der zweiten Hälfte des August erscheint.

Chinesische Staatspapiere.

(Aus dem „London and China Telegraph“ vom 21. Juli 1919).

Chines.	5 v. H. 1912	77	bis	79
„	5 „ „ 1896	90	„	91
„	4½ v. H. 1898	80	„	81
„	5 v. H. Tien.-Pukou	84½	„	85
„	5 „ „ „ (Zusatzanleihe)	82	„	83
„	Schanghai Hangtschou	84	„	84½
„	Canton-Koulun	82	„	83
„	5 v. H. Hukuang	79½	„	80½
„	Honan, 1905	83	„	84
„	5 v. H. 1913	76	„	77

5% chinesische Tientsin-Pukow-Anleihe von 1908. Der „Hamburgische Korrespondent“ schreibt: „Nachdem die Reichsregierung die Einlieferung an das Reich der Stücke aus der deutschen Verlosung dieser Anleihe verfügt hat, bringt der Vorstand der hiesigen Wertpapierbörse zur Kenntnis, daß er sich dem Vorgehen der Börsenvorstände in Berlin und Frankfurt a. M. angeschlossen hat, wonach Geschäfte in dieser Anleihe, die auf Grund der von der Deutsch-Asiatischen Bank in Berlin veröffentlichten Ziehungsliste über die in Berlin am 29. Oktober 1918 stattgehabten Auslosung getätigt sind, für hinfällig erklärt werden.“

Kurze Nachrichten.

Kuba hat eine Gesandtschaft in Peking eingerichtet.

In Schanghai hat im Juni die erste Besichtigung des Freiwilligenkorps seit Ausbruch des Krieges stattgefunden.

Auf einer Versammlung der jüdischen Gemeinde in Schanghai wurde beschlossen, zum Gedenken an Frau Kadoorie 100 Hütten in Palästina bauen zu lassen. Die Ansiedlung soll „Laura Kadoorie-Kolonie“ heißen. Im ganzen sind bisher 10000 Pfund Sterling gesammelt.

Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in Schanghai haben ihre Posten niedergelegt, da sie in eine Berufswehr umgewandelt worden ist.

Am 19. Juni ist es in Singapore von Seiten der chinesischen Bevölkerung zu Ausschreitungen gekommen. Es wurde von den Aufrührern erheblicher Schaden angerichtet. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußten vom Kreuzer „Sydney“ Truppen gelandet werden.

Siebenter Deutsch-Chinesischer Abend

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbandes zu einer **zwanglosen Zusammenkunft** (mit Damen) auf

Dienstag, den 5. August 1919, abends 8 Uhr,

in den Muschelsaal des Restaurants „RHEINGOLD“ (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen.

DEUTSCH-CHINESISCHER VERBAND.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang 15. August 1919 No. 6

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Chinas Außenhandel im Jahre 1918.

Der Bericht der chinesischen Seezollverwaltung über den Außenhandel Chinas im Jahre 1918, verfaßt vom Statistischen Sekretär J. F. Oiesen, ist vor Kurzem vom Generalinspektorat der Seezölle veröffentlicht worden. Da wir bisher ein Exemplar des Berichtes noch nicht erhalten konnten, lehnen wir uns an eine Darstellung an, die der „London and China Expreß“ vom 17. Juli wiedergibt.

China hatte während des Krieges große Möglichkeiten, seinen Handel auszudehnen, hauptsächlich in der Ausfuhr. Der Bürgerkrieg im Innern, der Mangel an Schiffsraum und die hohen Frachten, sowie die Ein- und Ausfuhrverbote der kriegführenden Länder legten jedoch einer Ausdehnung Zügel an. Überschwemmungen, Dürre und andere elementare Ereignisse, die sich sonst als hemmende Belange geltend machten, fehlten im Berichtsjahr. Mit Ausnahme der Gegenden, in denen der Bürgerkrieg tobte, waren die Ernteergebnisse überall über dem Durchschnitt. Trotz aller Hemmungen stellt die Außenhandelsziffer eine Höchstleistung dar. Die erste Milliarde Haikuan-Taels wurde überschritten; der Gesamthandel betrug 1,040,776,113 Hk. Tls., was im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von über 28 Millionen Hk. Tls. bedeutet. „Obwohl dieses Ergebnis eine Folge einer allgemeinen Preissteigerung ist und obwohl die umgesetzten Warenmengen bedeutend kleiner gewesen sind“, meint Oiesen, „hat man doch wieder ein schlagendes Beispiel von der Kraft und Biegsamkeit des chinesischen Handels; zugleich eröffnet es einen Ausblick auf die Entwicklung nach der Einkehr friedlicher und normaler Verhältnisse in der Welt.“ Die Zolleinnahmen betrugen 36,3 Millionen Hk. Tls., im Vergleich zum Vorjahre ein Rückgang von 1,8 Millionen. Auf der Goldbasis zum Durchschnittskurs umgerechnet, ist jedoch ein Gewinn von 1,4 Millionen Pfund Sterling zu verzeichnen. Da der größte Teil der Zolleinnahmen zur Deckung des fremden Anleihedienstes dient, hat die chinesische Regierung tatsächlich trotz Verminderung der Einnahmen noch gewonnen.

Dem Einfuhrhandel waren die Verhältnisse, was Erzeugnisse der Baumwollindustrie anbetrifft, während des Berichtsjahres nicht günstig. Das Steigen des Kurses begünstigte zwar den Handel in Baumwollerzeugnissen; er hielt aber die zur Deckung der Einfuhr nötige Ausfuhr chinesischer Erzeugnisse in Schach. Die Verteuerung der Waren in Europa und Amerika (in manchen Fällen um das Fünffache), sowie die ungeheuren Frachtraten, trugen zu einer Verminderung der Einfuhr aus dem Westen nach China bei; auch die Einfuhren aus Japan zeigen infolge Mangels an Schiffsraum und der dortigen Steigerung der Herstellungskosten beträchtliche Rückgänge. Die Baumwollindustrie in China blickt auf ein blühendes Geschäft zurück. Neue Spinnereien werden eröffnet, sobald die im Ausland bestellten Maschinen eingetroffen sind. Die Ausfuhr chinesischer Baumwollerzeugnisse ist zurückgegangen, weil im Innern eine größere Nachfrage als in früheren Jahren herrschte. Oiesen stellt folgende Betrachtung an: „Ob China ein großer Lieferant

für Baumwollerzeugnisse werden kann, ist eine offene Frage. Es ist jedoch nicht allzugewagt, vorauszusagen, daß das chinesische Erzeugnis im Hinblick auf die Fülle von Rohbaumwolle und auf die billigen Arbeitskräfte schließlich den Ausländer vom Markte verdrängen wird." Die Seidenausfuhr ging sowohl in der Menge als im Wert zurück, obwohl eine starke Nachfrage aus Europa und Amerika vorhanden war. Mangelnder Schiffsraum und ungünstige Kursverhältnisse hemmten jedoch die Ausfuhr. Mit der finanziellen Unterstützung der Regierung werden zurzeit praktische Schritte zur Verbesserung der Seidenkultur unternommen.

Das Teegeschäft lag im Berichtsjahre fast völlig nieder. Infolge der wirren Zustände in Rußland war der Ausfuhr schwarzen Tees der Weg verschlossen. Für England beschränkte sich die Ausfuhr nur auf Regierungsaufkäufe und Amerika nahm nur ein Zehntel der sonstigen Jahresmenge ab, weil der Javatee ein erfolgreicher Wettbewerber war. Durch neue Methoden hofft man den Chinatee wettbewerbsfähiger zu machen.

Im Schiffsverkehr Chinas mit der Welt trat ein Rückgang von über $6\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen ein, davon entfallen auf England allein $3\frac{1}{2}$ Millionen. Japanische Tonnage nahm um 700000 Tonnen zu. Der Ausbau des Eisenbahnwesens kam infolge der leeren Kassen in Peking völlig zum Stillstand. Das Bahnwesen soll sich nach Oiesen augenblicklich in einem verwahrlosten Zustand befinden.

F. S.

Will Japan liquidieren?

Von R. Kunze, Tokio.

Nach Angaben der „Hohtschi Schimbun" hat sich der Chef der Handelsabteilung im Tokioer Auswärtigen Amt, Tanaka, über einen Plan der japanischen Regierung, deutsche Vermögenswerte in Japan zu liquidieren, folgendermaßen geäußert:

„Das in Japan angelegte Eigentum des Deutschen Reichs, die Gebäude der Botschaft und der Konsulate in Tokio, Yokohama, Kobe, Schimonoseki, Nagasaki, Seoul, Dairen und Tuatutia eingeschlossen, wird auf etwa 5 Millionen Yen geschätzt, das deutsche Privateigentum in Gestalt von Geschäftshäusern, Warenlagern, Wohnungen, Kirchen usw., auf rund 10 Millionen, zusammen also gegen 15 Millionen Yen. Dagegen hat die japanische Regierung an die deutsche Ansprüche aufzurechnen auf Wiedergutmachung von Schäden, die im Kriege von deutscher Seite dem amtlichen und privaten Japan zugefügt worden sind; solche Ansprüche erreichen aber nicht die Höhe von 15 Millionen Yen. Da Deutschland erklärt hat, es könne und wolle den Alliierten keinerlei Entschädigung zahlen, und dazu in der Tat nicht im Stande zu sein scheint, wird jetzt das Auswärtige Amt genaue Abschätzungen der in Japan angelegten deutschen Werte vornehmen lassen und dann auf Grund dieser Abschätzungen einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen Japans und den deutschen Werten herstellen In einigen Tagen wird eine wichtige Verordnung erlassen werden, die sich mit der Abschätzung und Liquidierung der deutschen Werte beschäftigt."

Zu diesen Angaben weiß die „Hohtschi" ferner hinzuzufügen, daß die Kunde von dem Bevorstehen der Verordnung große Bestürzung unter den deutschen Kaufleuten in Yokohama erregt habe. Sie seien bereits in aller Eile beschäftigt, ihr Eigentum zu Schleuderpreisen zu veräußern, um einer Enteignung zuvorzukommen.

Während die halbamtlich englische „North China Daily News" den Meldungen der „Hohtschi" unbedingt beipflichtet und kein Wort dagegen einzuwenden hat, bezweifelt der „Japan Chronicle" in Kobe die Richtigkeit der Meldung. Möglich sei in dieser Welt zwar Alles; aber die englischen und amerikanischen Auffassungen von der Heiligkeit des Privateigentums müßten doch eine zu starke Wandlung durchgemacht haben, wenn es wirklich zu solchen Liquidierungen käme. Wahrscheinlich handle es sich nur um ein Gerücht, das absichtlich von Mitbewerbern der deutschen Kaufleute zu dem Zweck in die Welt gesetzt werde, ihnen ihr Eigentum spottbillig abzujagen.

Der „Japan Chronicle" scheint sich trotz aller Erfahrungen des Krieges eine merkwürdige Auffassung hinsichtlich der englischen und amerikanischen Anschauungen von der „Heiligkeit" des Privateigentums bewahrt zu haben, zu deren Berichtigung ihm am Besten ein gründliches Studium der Versailler Friedensbedingungen empfohlen werden

kann. Japan würde, wenn es jetzt Liquidierungen vornähme, nur von einem Recht Gebrauch machen, das ihm vom deutschen Volk, freilich auf Grund von schamlosem Betrug und schärfster Erpressung zugestanden worden ist; Japan würde damit tun, was zu tun es den ganzen Krieg über vermieden hat, vermutlich nachdem es unter dem Druck der politischen Weltlage seinen Anschluß an England vollzogen hat und nunmehr dessen Auffassungen und Forderungen keinen Widerstand mehr leistet. Einstweilen freilich ist die Meldung der „Hohtschi" die allein über den Gegenstand vorliegende, und die „Hohtschi" genießt keineswegs einen so hohen Ruf der Zuverläsigkeit, daß ihr unbedingt Glauben geschenkt werden müßte. Jedenfalls sind ihre Angaben bisher durch keine Drahtmeldung von dem Erlaß der oben in Aussicht gestellten Verordnung bestätigt worden.

Stimmen über Ostasien.

(Wir geben unter den „Stimmen über Ostasien" Urteile der Presse wieder, ohne daß wir damit stets den geäußerten Ansichten im Einzelnen zustimmten. Wir verfolgen nur den Zweck, den Leser über die Stimmung der öffentlichen Meinung betreffs ostasiatischer Fragen auf dem Laufenden zu halten.)

Adolf Goetz-Hamburg behandelt in einem Artikel des „Hamburgischen Correspondenten" die Gegenwartsaufgaben der Politik und kommt dabei auf die Stellung Japans zu sprechen. Er schreibt u. a.:

Japan ist darauf angewiesen, mit Deutschland, auf dem Wege durch und über Rußland, wirtschaftliche Verbindungen zu suchen. Wenn man die Statistiken der deutsch-japanischen Wirtschaftsverbindungen bis zum Kriege sich vor Augen hält, so gewinnt man wiederum neue Hoffnungen für den Wiederaufbau dieser Beziehungen Wieder sind es die deutschen Maschinen, die sich in Japan den Markt eroberten. Also Waren, mit denen wir auch heute noch leistungsfähig geblieben sind. Japan hat uns nach wie vor als Lieferant und als Lehrmeister, gerade im Maschinenbaufach nötig, ohne daß wir befürchten müssen, in absehbarer Zeit uns im Osten selbst das Wasser abzugraben. . . . . Zwischen Japan und Amerika/England muß, keine Macht der Welt ist im Stande, das aufzuhalten, der Kampf um die Vorherrschaft zur Aufschließung und Durchdringung Chinas, einmal ausbrechen. Schon heute ist dieser Kampf im Gange. Und sobald Japan nur erst einmal lernt, darin nicht mehr den Franzosen gleichend, nicht als der kriegerisch Stärkere, in China sich festzusetzen, dann wird es gewonnenes Spiel haben: Als Freund und Stammesgenosse Chinas auftretend, geduldig und friedlich, — wird es China gewinnen. Die Kosten werden Amerika und England tragen müssen. Hier oben, im Osten, wird auch das endgültige Schicksal Indiens und damit auch der islamitischen Welt bestimmt werden. Darin wird Amerikas Sachwalterschaft in Konstantinopel gar nichts zu ändern vermögen. Große Politik, soweit man darunter das Mitsprechen und Mitwirken in aller Welt versteht, wird Deutschland in den nächsten Jahren wirklich nicht treiben können. Darauf kommt es in der Hauptsache auch gar nicht an. Aber die wahre Politik, die vorbereitende Arbeit für politische Triumphe, können wir jetzt schon leisten.

In einem Artikel „Japan und Amerika", der in der deutschen Presse große Beachtung gefunden hat, schreibt R. Kunze, Tokio:

. . . Hat Japan ein feindliches China im Rücken, dann muß es wohl oder übel Frieden halten. Deshalb muß also erst das Verhältnis Japans zu China in Ordnung gebracht, zugleich aber die chinesische Frage zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ausgenutzt werden. Denn nur in China (außer vielleicht noch in Sibirien und Mexiko) gibt es lebensgefährliche Gegensätze zwischen den beiden Mächten. In diesem Sinne wird von der englischen Politik jetzt die Frage des Kiautschou-Gebiets ausgespielt. Es handelt sich um den Streit zwischen Japan und China über die Frage, ob China die bisherigen deutschen Rechte in Schantung bedingungslos aus den Händen der Versailler Friedenskonferenz, oder aber aus den Händen Japans gegen Erfüllung der Bedingungen erhält, die es Japan im Vertrage vom Mai 1915 und in dem ergänzenden Geheimvertrag von 1918 zugesagt hat. Diese Frage hat während des Weltkrieges fortwährend dazu gedient, China gegen sein Wollen und Interesse dem Zweck Englands dienstbar zu machen. Als China, von Japans Ultimatum zu dem Vertrag vom Mai 1915 gedrängt, sein Leid klagte, beruhigte England es, auf der Friedenskonferenz werde sich alles finden. Deshalb suchte Japan zunächst mit allen Mitteln, China aus dem Krieg herauszuhalten und gab im Februar 1917 erst dann seinen Widerstand gegen Chinas Eintritt in den Krieg auf, als ihm der Geheimvertrag mit England die Nachfolge Deutschlands mit allen dessen Rechten in Kiautschou (und auf den nördlichen Südseeinseln) zugesichert hatte. Trotzdem England (und ebenso Frankreich, Italien und Rußland) in dieser Weise über Chinas Ansprüche in Schantung bereits verfügt hatten, diente die Aussicht, auf der Friedenskonferenz seine Klagen gegen Japan vorzubringen, der englischen Politik beständig als Lockmittel, mit dem China zum Abbruch der Beziehungen und dann zur Kriegserklärung an Deutschland und schließlich zur widerrechtlichen Internierung und Heimschaffung der Deutschen verleitet wurde. Auf der Friedenskonferenz enthüllte dann Japan zur Ueberraschung Chinas wie Amerikas die Geheimverträge vom Februar und März 1917 und besiegte den amerikanischen Widerstand gegen seine Auffassung, indem es durch die Drohung, den Frieden nicht zu unterzeichnen und damit dem Völkerbund den Todesstoß zu versetzen, Wilson gegen die übrigen amerikanischen Delegierten ausspielte. Diese legten ihr Amt nieder und führten den Kampf bei Gelegenheit der Ratifizierung des Friedensvertrages im Washingtoner Senat fort, die chinesichen Delegierten aber weigerten sich, den Frieden zu unterzeichnen und so brach gleichzeitig in Amerika eine gewaltige Preßhetze gegen Japan, in ganz China aber eine so starke nationale Bewegung gegen Japan aus, wie sie vielleicht in ganz China noch niemals zu verzeichnen gewesen ist. Für die deutschen Interessen ist es natürlich wenig nützlich, wenn die amerikanische Flotte aus dem Atlantischen in den Stillen Ozean versetzt wird und dort die Kräfte Japans und Amerikas gegen einander festgebannt werden, statt ein klein wenig unsere völlig ungeschützten Grenzen zu entlasten. Noch schädlicher wäre es natürlich, wenn

die in verschiedenen englischen Telegrammen gemachten Versuche, die deutschen Sympathien für China gegen Japan auszuspielen, Erfolg haben würden. Das deutsche Interesse fordert, dies kann gar nicht laut genug betont werden, ein festes Zusammenhalten von Japan und China, ohne das beide gegen die englische Raubpolitik wehrlos sind. Und die zwischen Japan und Amerika vielleicht bestehenden Gegensätze würden sich ohne jede Mühe in freundschaftlichem Sinne ausgleichen lassen, wenn nicht die englische Politik, dieser ewige Störenfried der Menschheit, ein Interesse daran hätte, daß zwischen Japan und China wie zwischen Japan und Amerika niemals Friede und Freundschaft herrscht.

Über „China und seine Anleihen“ schreibt der „Japan Chronicle“:

„Der Fall China ist tatsächlich eine Angelegenheit des Völkerbundes. Die verschiedenen ausstehenden Anleihen sollten, genau so wie die ägyptischen, zurückgezahlt werden; sie sollten aber in Händen einer wohltätigen und unparteiischen Körperschaft liegen. Das bedeutet jedoch nicht „Internationalisierung“, die von China mit Recht beargwöhnt wird. Man kann fast sagen, daß China der Prüfstein dafür ist, ob sich der Völkerbundgedanke verwirklichen läßt. In der Schantungfrage hat der Gedanke Schiffbruch erlitten; es braucht aber nicht bei der Lösung größerer Probleme der Fall zu sein.“

Über „Japan und Amerika“ lesen wir in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“:

Ein starkes Geschwader von Kriegsschiffen der Vereinigten Staaten ist auf der Fahrt durch den Panamakanal unterwegs nach dem Stillen Ozean. Das Geschwader besteht aus 6 Schlachtschiffen größter Bauart und dreißig Zerstörern und bildet nur die Vorhut der „neuen pazifischen Flotte.“ Vor ein paar Tagen fragte Senator Williams in Washington, nachdem er ausgeführt hatte, daß Japan die Halbinsel Schantung nicht wieder freigeben würde: „sind wir bereit, unsere Flotte und unsere Truppen nach dem Stillen Ozean zu senden?“ Williams ist ein eifriger Parteifreund Wilsons, der große Stücke auf ihn hält; Wilson aber hat in Versailles den Friedensvertrag unterzeichnet, in dem die Artikel 156 bis 158 dahin lauten, das alle deutschen Rechte in Kiautschou und auf der ganzen Halbinsel Schantung an Japan übergehen sollen. Die Artikel sind ihrem Inhalt, wenn auch nicht ihrer Form nach, gleichbedeutend mit einer Abtretung der ganzen Provinz Schantung an Japan. Deshalb hatten sich die Vertreter Chinas in Versailles ursprünglich geweigert, den Friedensvertrag zu unterzeichen und sich erst dazu bereit gefunden, als man einen unsanften Druck auf sie ausübte und nachdem die Vertreter Japans versprochen hatten, Japan würde die Halbinsel nicht besetzen, sondern nur die Eisenbahnen übernehmen. Schantung ist der Vorhof zu China, ja es ist die wichtigste Provinz des Riesenreiches, jedem Chinesen auch noch besonders teuer als Heimat der Konfutse. Die Macht, die Schantung in der Hand hat, beherrscht auch das gelbe Meer und Tientsin, den Einganghafen für Peking, und es ist ohne weiteres klar, daß für die offene Tür im fernen Osten die letzte Stunde bald schlagen würde, wenn die Japaner die Gunst der Zeit ausnützen würden und Schantung vollständig in ihre Gewalt bringen. Das aber war wohl der tiefere Sinn ihrer ganzen Politik während des Weltkrieges. Die Schritte Japans zur wirtschaflichen Eroberung Ostasiens zu hemmen ist heute keine europäische Macht imstande, am allerwenigsten England, das außerdem mit Japan durch den Vertrag von 1902 in engstem Bundesverhältnis steht. Die Vereinigten Staaten von Amerika aber haben seit Beginn des Jahrhunderts, von der Zeit der Boxeraufstände an immer schützend die Hand über dem Reich der Mitte gehalten und den Grundsatz der offenen Tür verteidigt. Heute, nach Abschluß des Weltkrieges, gilt ihnen dieser Grünsatz besonders viel, weil das chinesische Reich mit seinen größtenteils noch unerschlossenen Bodenschätzen und seiner dichten Bevölkerung ein gewaltiges Betätigungsfeld für die amerikanische Unternehmungslust in Handel und Industrie darstellt und vor allem auch, weil die Amerikaner gerade jetzt in der Lage sind, mit ihren mobilen See- und Landstreitkräften ein entscheidendes Wort über die Zukunft ganz Ostasiens zu sprechen. Viele, und zwar die einflußreichsten großindustriellen amerikanischen Kreise, die besonders im Senat vertreten sind, stehen überdies auf dem Standpunkt, daß es früher oder später wegen der Vorherrschaft im ganzen Stillen Ozean zu einer entscheidenden Abrechnung mit Japan kommen muß.

Die Reden, die einzelne Senatoren in Washington, insbesondere Williams und Borah gehalten haben, waren ganz auf diesen Ton gestimmt, es ist aber aus mannigfachen Gründen nicht eben warscheinlich, daß es zum Äußersten kommen wird. Ein Krieg zwischen Amerika und Japan, nachdem eben erst der größte aller Kriege sein Ende gefunden hat, und nachdem Präsident Wilson sich mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit für den allgemeinen Völkerfrieden eingesetzt hat, wäre eine solche Ungeheuerlichkeit, daß das amerikanische Volk dafür nicht zu haben wäre. Ohne die Zustimmung des ganzen Volkes aber dürften auch die Imperialisten im Senat ihr Stück nicht durchsetzen können. Andererseits wird wohl auch die immer schlauberechnende Politik der Regierung von Tokio Mittel und Wege finden, um der äußersten Notwendigkeit auszuweichen.

Über Japan in der Adria läßt sich die „Deutsche Orientkorrespondenz“, wie folgt, aus:

Es ist ja bereits vor kurzer Zeit schon über die schweren Beunruhigungen berichtet, die sich der italienischen Industrie infolge des japanischen Wettbewerbs im Levantehandel bemächtigt haben. Damals hatten italienische Exportfirmen sich gezwungen gesehen, ihre Ausfuhrwaren, die in den Häfen Kleinasiens zum Verkauf gelangen sollten, wieder nach Hause zu schaffen, weil gegen die japanische Konkurrenz infolge ihrer außerordentlich niedrigen Verkaufspreise überhaupt nicht aufzukommen war. Jetzt kommen wieder neue Klagen über einen zunehmenden Wettbewerb in der Adria. Eine japanische Schiffahrtsgesellschaft ist bei der Hafenverwaltung in Triest zurzeit wegen Errichtung einer direkten Dampferlinie Triest—Kobe—Yokohama nunmehr vorstellig geworden. Was eine solche Schiffahrtslinie für Italien bedeutet, bedarf keiner weiteren Erörterung. Japan hat während des vierjährigen Krieges seinen Schiffsbau in einem Umfange ausgedehnt, der auch bereits seit 1917 in England zu lebhaften Besorgnissen Anlaß gab. Hand in Hand mit der Vermehrung der Handelsflotte ging der Ausbau der Fxportindustrie. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo Japan die Früchte dieser rapiden wirtschaftlichen Entfaltung ernten will. Bekanntlich hat kein Land der Erde eine derartige Steigerung seiner Ausfuhr durch den Krieg erreicht wie gerade Japan. Die Vereinigten Staaten brachten es auf einen Zuwachs von 150 Prozent. Japan dagegen hat mit 300 Prozent den Rekord erreicht. Dabei hat kein anderes Land zurzeit verhältnismäßig so wenig unter den sozialen Wirkungen des Weltkrieges zu leiden wie ebenfalls Japan. Die Lohnsteigerungen und die verkürzte Arbeitszeit haben sich dort in mäßigen Grenzen bewegt. Und darin liegt nun jetzt die Hauptursache seiner Erfolge bei der Eroberung fremder Märkte. Japanische Waren werden augenblicklich im Orient zu billigeren Preisen angeboten als amerikanische. Italienische, englische und französische Erzeugnisse sind daher von vornherein sogar vom Absatz ausgeschlossen, wo die japanische Konkurrenz auf dem Platze erscheint. Italien wird also danach schwere Enttäuschungen gerade in den Gebieten erleben, wo der Zusammenbruch der österreichischen Industrie seiner Ausfuhr ganz besonders günstige Aussichten zu eröffnen schien.

Sprechsaal.

Chinesisches Domino.

Herr E. Lichtenstein schreibt uns: „Der in Heft No. 3 der „Mitteilungen“ erschienene Artikel von H. Dietrich über das chinesische Dominospiel gibt mir Anlaß, zu einigen darin enthaltenen Feststellungen Stellung zu nehmen.

Herrn Dietrichs Behauptung, daß ich Herrn Jungs Aufzeichnungen zu meiner „Beschreibung und Spielregeln zum Ma-chiao-pai“ verwandt hätte, muß ich entschieden zurückweisen. Zu jener Zeit spielte ich dieses Spiel schon seit mehreren Jahren, und zwar ausschließlich in chinesischen Kreisen, und hatte den Vorzug, Herrn Jung auf einige chinesische Spielgebräuche im Hause eines gemeinsamen Bekannten aufmerksam machen zu können, wobei aber mein Heftchen schon in Bearbeitung war. Hätte ich Herrn Jungs Aufzeichnungen verwandt, so hätte ich dies auch erwähnt.

Weiter muß bemerkt werden, daß das Spiel überhaupt nur ein mündlich überliefertes ist, und wirkliche Lehrbücher oder festgelegte Regeln im chinesischen Text nicht existieren. (Soweit wir wissen, doch. Die Schriftleitung.) Das Spiel wird in seinen Grundzügen überall gleichmäßig gespielt und nur in der Abrechnung gibt es Unterschiede, die aber stets durch vorherige Abmachung beseitigt werden.

Meine „Beschreibung und Spielregeln“ sind nicht zum Verkauf herausgegeben worden, sondern wurden, mit den Domino-Spielen zusammen, kostenlos an die Gefangenen in Japan von deren Freunden versandt und nur dann verkauft, wenn ein engerer Bekanntenkreis in Schanghai es ausdrücklich verlangte. Das Buch der Herren Schönwald und Dietrich ist somit das einzige, welches im offenen Verlage erschienen ist.

Herrn Blickles „Vorschläge zur einheitlichen Verrechnung“ fanden nach meiner Erfahrung bedeutenden Anklang und wurden in weiten Kreisen befolgt.

Obgleich ich mich Herrn Dietrichs Meinung anschließe, wonach die meisten Ostasiaten das rein chinesische Spiel stets bevorzugen werden, so wäre eine Verdeutschung doch sehr erwünscht, denn in Deutschland würden die chinesischen Schriftzeichen die meisten abschrecken (tun sie es doch schon in China in vielen Fällen) während alle, welche das Spiel in seiner Verdeutschung liebgewinnen, sicher von selber darnach streben werden, es in seiner Originalform spielen zu lernen.

Politische Nachrichten

Deutschland und China.

Nach einer Meldung aus Peking über den Haag vom 5. August hat die chinesische Kammer (Abgeordnetenhaus?) eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der Friedenszustand zwischen Deutschland und China wiederhergestellt wird. Irgendwelche Schlüsse aus dieser Meldung zu ziehen ist verfrüht, solange ihre Richtigkeit nicht einwandfrei festliegt.

Einstellung der Repatriierung aus China.

Laut Bericht des Niederländischen Gesandten in Peking vom 27. Juni hat die chinesische Regierung für den Augenblick darauf verzichtet, den bereits durchgeführten Heimschaffungstransporten deutscher Reichsangehöriger aus China weitere solche Transporte folgen zu lassen.

Der Status der „Feinde“ in China.

Auf einer am 26. April abgehaltenen Sitzung des Ministerrats in Peking wurde beschlossen, den Präsidenten zur Veröffentlichung eines Erlasses zu veranlassen, der die „feindlichen Untertanen“ sowie die Untertanen neugegründeter Staaten der chinesischen Gerichtsbarkeit unterstellt.

Zur Lage in China.

Nachrichten, die bis Mitte Juli zurückliegen, lassen erkennen, daß die innerpolitische Lage in Peking unverändert ist. Ein neuer Ministerrat scheint immer noch nicht gebildet zu sein; angeblich wegen der Schwierigkeiten, die die militaristischen Elemente (Peiyang-Partei und Anfu-Klub) machen, die einen ausschlaggebenden Einfluß im neuen Ministerium beanspruchen. — Das Verhältnis zwischen dem Tudschün von Kirin, Meng-En-yuan, und dem Tudschün von Fengtien, Dschang-Tso-lin, soll sehr gespannt sein; es wird sogar von einer beiderseitigen Kriegsbereitschaft gesprochen. — Im Süden machen die Militaristen Lu-Yung-ding, Mo-Yung-hsün und Tan-Hao-min nachdrücklich gegen eine Ernennung des alten Wu-Ding-fang zum Gouverneur von Kuangtung Front; im Volk würde man aber seine Ernennung begrüßen. — Die Schantung-Frage steht noch immer im Vordergrund des politischen Interesses. Die Boykottstimmung gegen Japan ist erheblich abgeflaut; es finden aber noch zahlreiche Protestkundgebungen statt. — Die Pekinger Regierung entfaltet eine lebhafte Tätigkeit, um die äußere Mongolei, die sich vor dem Krieg auf russischen Druck unabhängig erklärt hatte, dem Reichsverbande wieder anzuschließen. In Kalgan finden große Ansammlungen von Truppen, Motorlastzügen und Luftfahrzeugen statt für den Fall, daß in die Mongolei einmarschiert wird.

Aufrührerische Studenten in Peking.

Der „North China Herald" vom 10. Mai enthält einige Telegramme über aufrührerische Vorgänge, die sich in Peking abgespielt haben. Dreitausend Studenten zogen nach Abhalten einer Versammlung, auf der gegen das Abtreten Tsingtaus an Japan feierlich Verwahrung eingelegt wurde, durch das Gesandtschaftsviertel zur Wohnung des Finanzministers Dsao-Yu-lin und zündeten sie an. Der chinesische Gesandte in Tokio, Dschang-Dsung-hsiang, der bei Dsao zu Gast war, wurde derartig mißhandelt, daß er später an den Folgen starb. Dsao-Yu-lin konnte mit seiner Familie flüchten. Der Zwischenfall hat zu einem ungeheuren Skandal in der Pekinger Universität geführt; sie ist vorläufig aufgelöst worden. Die Aufnahme von Studenten soll in Zukunft unter erschwerenden Bedingungen erfolgen.

Angelsächsische Kulturbestrebungen in China.

Wie die „Canton Times" mitteilt, will die amerikanische Regierung auf den ihr noch zustehenden Anteil der Boxerentschädigung im Betrage von 34,6 Millionen Golddollars verzichten. Das Gleiche wird von den anderen Mächten erwartet. Mit den Geldern soll eine „Technische Versuchsgesellschaft" gegründet, eine Erweiterung der Pekinger Universität vorgenommen und neue Universitäten in Nanking, Setschuan und Kuangtung errichtet werden.

Ende Mai ist in Hongkong die der dortigen Universität angegliederte Medizinschule eröffnet worden. Die Anstalt enthält Abteilungen für Anatomie, Physiologie, Pathologie und Tropenmedizin. Die Chinesen Ho-Fook und Dschan-Hai-ming haben für die Schule je fünfzigtausend Dollar gestiftet.

Britische Machenschaften in Ost-Tibet.

Der Grenzkommissar Dscheng-Hsia-ling wirft den Briten in einem Telegramm an den Gouverneur von Setschuan vor, daß sie im vergangenen Jahre die Tibeter zum Aufstand gegen China gereizt hätten. Es ist damals im tibetischen Grenzgebiet zu schweren Kämpfen gekommen.

Zur Stimmung in Japan.

Über eine ganz merkwürdige Stimmung in Japan wird über Luzern berichtet:

Nachrichten aus Tokio berichten über eine fabelhafte Tätigkeit in den Kriegshäfen, Arsenalen, Munitionsfabriken und Militärlagern Japans. Die Bevölkerung ist in absoluter Kriegsstimmung. Das Auslaufen der pazifischen Flotte der Vereinigten Staaten wird als unerhörte Provokation aufgefaßt. Brandreden gegen Amerika werden im ganzen Reiche verteilt. Wilson und die Vereinigten Staaten werden beschuldigt,

China und Korea gegen Japan aufzuhetzen. Fürst Yamagata, der an der Spitze der kriegerischen Bewegung steht, wurde vom Kaiser empfangen. Hand in Hand mit der Bewegung geht die einer allgemeinen Fremdenverfolgung. Große Demonstrationszüge ziehen durch die Hauptstadt. Hochrufe auf Deutschland erschallen. Man hält Deutschland allgemein für den neuen Bundesgenossen. Es ist sehr fraglich, sagte Marquis Okuma, ob wir nicht vor einem neuen Weltkrieg stehen.

Und im amerikanischen Kongreß bezeichnete der Senator Whelan die Japaner in öffentlicher Rede als die „Hunnen des Ostens."

Ein Geheimabkommen über Asien?

Der amerikanische Journalist Th. Millard, früher Herausgeber der „China Press" in Schanghai und Begründer von „Millards Reviev", hielt vor Kurzem in New-York eine aufsehenerregende Rede über das Bestehen eines geheimen Abkommens zwischen England, Frankreich und Japan über Asien. Danach erhält England freie Hand in Tibet, Setschuan, dem Westteil von Kuangtung und im Yangtsetal, Frankreich in Kuangsi und Yünnan und Japan in Ostsibirien und Nordchina.

Handels- und Industrienachrichten.

Ausländische Schadenersatzansprüche in China.

Das diplomatische Korps in Peking hat, nach dem „Peking Leader" von der chinesischen Regierung eine Entschädigung für die unmittelbaren und mittelbaren Verluste verlangt, die die ausländischen Kaufleute infolge des Bürgerkriegs in den letzten Jahren gehabt haben. Die chinesische Regierung ist grundsätzlich bereit, die Schadenersatzansprüche zu erwägen.

Neue Banken in China.

Unter dem Namen „South China Bank" ist von japanischen Kreisen in Canton ein Bankinstitut ins Leben gerufen worden. Zweigstellen des Unternehmens sind in Taiwan und Singapore.

In Hankou ist eine Zweigstelle der Industrial and Commersial Bank eröffnet worden. Das Unternehmen ist rein chinesisch und hat seinen Sitz in Honkong.

Vom Hankouer Teemarkt.

Jardine Matheson & Co. und andere britische Firmen haben in letzter Zeit große Mengen „roten Tee" von Hankou nach England verschifft; es handelt sich um Räumung der Lager, die sich während des Kriegs infolge Mangels an Schiffraum angehäuft hatten. Die Nachfrage nach „Perltee" (grüner Tee) ist beträchtlich. Infolge des erlittenen Wettbewerbs unter den Käufern, hauptsächlich Briten, ist sein Preis um vier Taels vorgeschritten.

Deutsche Waren in Harbin.

Auf dem Markt in Harbin sind die ersten deutschen Waren, Toilettartikel und Nadeln, aufgetaucht. Der „Japan Chronicle" bemerkt hierzu: „Es handelt sich entweder um Lager, die schon vor dem Krieg bestanden hatten oder die Gegenstände wurden in Osaka hergestellt." In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß vor kurzem in Australien „deutsche Waren" aufgetaucht sind. Feststellungen ergaben aber, daß die Artikel nicht deutschen, sondern japanischen Ursprungs waren.

Chinesische Abneigung gegen britisches Kapital.

Aus einer Meldung der „North China Daily News" geht hervor, daß die chinesische Handelskammer in Hankou gegen eine britische Anleihe für den Wiederaufbau der in der Revolution 1911 zerstörten Chinesenstadt Verwahrung eingelegt hat. (Die Anleihe beträgt 10 Millionen Pfund Sterling und wurde durch Samuel und Co. abgeschlossen.)

Neue Baumwollspinnerei bei Schanghai.

Wie in der chinesischen Presse verlautet, wird bei Schanghai eine neue Baumwollspinnerei erbaut, die „Woocheng Cotton Spinning and Weaving Co. Ltd." Das Kapital

beträgt 1,6 Millionen Taels und besteht aus 16 000 Aktien zu 100 Taels. Das Werk wird 40 000 Spindeln haben. Die amerikanische Firma Andersen, Meyer & Co. hat die Lieferung für Maschinen erhalten; die Lieferzeit beträgt sechs Monate.

Chemische Industrie in der Mandschurei.

Wir entnehmen dem „Neuen Orient“: „Durch japanische Initiative sind im Pachtgebiet Kuantung mehrere Fabriken zur Herstellung von Schwefelsäure, kaustischer Soda, Kreosot, Stearin, Glyzerin und Seife errichtet worden. Die Rohstoffe für diese Fabrikate stammen aus der Mandschurei; da nun Untersuchungen ergeben haben, daß man solche auch in anderen Teilen Chinas antrifft, so ist damit die Möglichkeit gegeben, die chemische Industrie im ganzen Lande weiter zu entwickeln. Öle verschiedener Art zur Bereitung von Salben und Seifen sind überall zu finden, Schafwolle für die Herstellung von Lanolin, Baumwolle zur Verfertigung von Verbandstoffen, Seegras zur Erzeugung von Jod fehlen nirgends; für Kalomel, Koffëin, Teer werden die Rohstoffe in genügenden Mengen angetroffen; das gleiche gilt von Alkohol, Ammoniak, verschiedenen Säuren usw. Versuche zur Heranziehung von Kapitalien, sowie von einheimischen und fremden Fachleuten, Ärzten und Apothekern sind bereits eingeleitet worden.“

Japanischer Handel mit Indien.

Im englischen Haus der Gemeinen machte der Staatssekretär für Indien, Montagu, einige Angaben über das gewaltige Anwachsen der japanischen Einfuhr nach Indien. Danach ist die japanische Einfuhr von 3,1 Millionen Pfund Sterling im Rechnungsjahre 1913—14 auf 22,4 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1918—19 gestiegen. Nur ein kleiner Teil waren Rohstoffe.

Steigerung des japanisch-amerikanischen Handels.

In der „New-York Tribune“ veröffentlichten Ziffern des Gesamthandels zwischen Japan und Amerika weisen während der Kriegsjahre eine gewaltige Zunahme auf. Es betrug in Millionen Dollar die amerikanische

	Einfuhr aus Japan	Ausfuhr nach Japan
1913	97	63
1914	107	43
1915	110	48
1916	182	108
1917	255	183
1918	305	275

Japanischer Wettbewerb in der Südsee.

Deutschland in der Südsee war für England und Australien kein gefährlicher Handelswettbewerber. Seitdem Japan dort die Rolle Deutschlands übernommen hat, ändert sich das Bild. Die Londoner „Times“ schreibt: „Vor fünf Jahren waren die Japaner und ihre Waren auf den Marschall-Inseln unbekannt; man kann ruhig hinzufügen auch auf den Hauptinseln des Stillen Ozeans. Trotz der deutschen Herrschaft war der australische Handel führend. Heute ist der Handel auf den Marschall-Inseln völlig in japanischen Händen, das bedeutet für den britischen und australischen Handel ein Jahresverlust von 200 000 Pfund Sterling. In diesem Jahr wird der australische Handel nach 25jährigem treuen Dienst zu Grabe getragen.“

Geheimnisse der deutschen Farbstoffindustrie.

Der „London and China Expreß“ gibt eine Rede Dr. Herbert Levinsteins, des Direktors der Britisch Dyestuffs Corporation wieder, in der die bemerkenswerte Feststellung gemacht wird, daß „bisher nicht alle deutschen Herstellungsverfahren entdeckt oder ersetzt worden seien.“ Mit dem Wettbewerb der deutschen Farbstoffindustrie sei nach wie vor zu rechnen.

Aktiengesellschaften.

Lane, Crawford & Co., Ltd., schütten eine Dividende von 10 v. H. aus. Auf neue Rechnung werden 10,491 Dollar vorgetragen.

Die China Mutual Lite Susurance Co., zahlt keine Dividende.

Die Shanghai Mutual Telephone Co. zahlt vier Taels auf die Aktie und einen Bonus von 1,5 Taels. Der Betrag von 29,925 Dollar wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Weeks & Co., Ltd., zahlen 5 v. H. Dividende.

Die Sua Manggis Rubber Co. gibt bekannt, daß folgende Aktien annulliert sind und daß den Inhabern neue Zertifikate ausgestellt sind:

A. Schliewiensky . . . . 200 Aktien
G. Siemssen . . . . 100 „
H. Wintzer . . . . 100 „

Eine gleiche Bekanntmachung erläßt die Samagaga Rubber Co. und führt folgende Namen auf:

H. M. Hey . . . . 500 Aktien
J. G. Komor . . . . 50 „
L. M. Paulsen . . . . 100 „

Briefkasten.

Hatamen. Der Zufall will es, daß uns dieser Tage von befreundeter Seite der Auszug eines Privatbriefs vom 29. Mai aus Peking zur Verfügung gestellt ist. Als Pekingmann werden Sie die Stelle verstehen, die also lautet: „Koffermaxe und Frau sind wieder in Hsi-Yu-Hsu eingesperrt. Der Mohammedanerpriester soll auch noch hingebracht werden. Burggraf Fips hat ein schweres „Zahngeschwür,“ sodaß seine Abreise in die Berge verschoben ist. Sonst geht es uns in Peking gut. Wir werden in keiner Weise belästigt und gehen wieder ganz ohne „Schatten“.

E. G. Hamburg. 1. Sind die echten Satsumaporzellane mit einem Fabrikations- oder Dynastiestempel versehen oder erscheint überhaupt kein Abzeichen? 2. Wer kann mir den Namen des Cantonesen aufgeben, der unter „China Monay Joss“ in China bekannt ist?

Zu 1 erteilt vielleicht ein Leser freundlichst Auskunft.

Wenn wir nicht irren, ist unter „China Money Joss“ der Cantonese Liang-Schi-yi zu verstehen, der in der chinesischen Presse häufig der „Gott des Reichtums“ genannt wird. Liang ist der Führer der alten Verkehrspartei (Djao-dung-pai) und hatte seine Glanzzeit unter Yüan-Schi-Kai.

Alte Ostasiaten. Die Schriftleitung ist für die Übersendung von Anschriften alter Ostasiaten, die schon vor dem Krieg in die Heimat zurückgekehrt sind, zwecks Veröffentlichung im „Adressennachweis“ dankbar.

Personalnachrichten.

Yang-Dscheng. In den Märztagen verlautete in der chinesischen Presse, daß an Stelle des Fremdenkommissar in Schanghai Dschen-Yi-fan (Jvan Chen) der frühere Fremdenkommissar Yang-Dscheng treten werde. Die damaligen Gerüchte haben sich jetzt bestätigt. Yang-Dscheng, der sich in chinesischen Handels- und Industriekreisen einer großen Beliebtheit erfreut, ist nun zum zweiten Male in sein Yamen an der Bubbling Well Road eingezogen.

Timothy Richard. Der auch in deutschen Kreisen bekannte britische Missionar Timothy Richard, zuletzt Leiter der einflußreichen Christian Literature Society in Schanghai ist gestorben. Richard kam 1877 nach China.

Marquis Saionji. Der Führer der japanischen Friedensdelegation Marquis Saionji ist am 20. Juli von Marseille nach Japan gereist.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

Die Adresse von O. Breitag lautet: A. Bienwald in Bramfeld bei Hamburg.

Ed. Krietsch, Wilhelmshaven, Viktoriastraße 23 III.

Konrad Mauerer, Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. Export A, Leverkusen b. Köln.

A. Rauchholz, Mülheim (Ruhr). Bachstr. 2-4.

Max Gutschke Deutsch-Asiatische Bank Berlin W, Unter den Linden 31.

Gustav Favorke, per Adresse Frau Hauptmann A. Goeden Berlin W., Königin Augustastraße 8, I r.

Wilhelm Lindemann, Hannover, Lessingstr. 3.

E. C. Kretzschmar (früher Tsingtau), Berlin W 9, Potsdamerstraße 141 (Potsdamer Platz).

F. E. Luber, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 198 I.

Die Anschrift von G. Haase (früher „Kofa“, Schanghai) lautet bis Mitte September: Skogsby - Oestra Stenby via Norköping (Schweden). Später: Berlin-Lichtenberg, Möllenstraße 49.

Dr. Blumenstocks Anschrift bis zum 10. September: Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg, Schonenburgerstr. 34.

Hugo Leu, Peking, Anschrift Hans Bahlke, Peking, Hatamenstraße.

Thekla Hanstein, Hannover, Oberstr. 9 I.

Gewünscht wird die Anschrift von Fräulein Annetta Reichenbach, früher Tientsin.

H. Lehmann (früher bei Karberg & Co. in Tsingtau, Hongkong und Canton) ist mit dem australischen Transport „Hursh“ in die Heimat zurückgekehrt. Seine Anschrift lautet: Berlin S. 59, Grimmstraße 17. Fernsprecher Moritzplatz 5363.

M. Liebl, Freijung-Passau (Bayern).

E. Wollheim, Lokstedt bei Hamburg, Wilhelmstraße 7.

Die Anschrift von Werner Küchenberg lautet bis auf Weiteres: Hannover, Ferdinand Wallbrechtstr. 82.

Aufsätze über Ostasien.

„Englands Chinapolitik während des Weltkriegs“ von Fritz Secker; erschienen in der „Deutschen Politik“ vom 4. Juli (Heft 27).

Derselbe in der „Deutschen Zeitung“: „Warum unterzeichnet China nicht in Versailles (7. Juli No. 309)

„Die östliche Orientierung“.

„Richtlinien einer deutschen Auswanderungspolitik„ (5. Aug. No. 364)

„Die Aufteilung Asiens?“ (8 August No. 369).

Derselbe: „Aus China abgeschoben“ in den „Mitteilungen des Deutschen Auslandsinstituts“ (Augustnummer).

„Erlebnisse einer China-Deutschen“ von Elisabeth Frickhöfer (Bremen), in der „Weser-zeitung“ vom 10., 11., 13. und 14. Juli.

„Die Heimfahrt der ausgewiesenen „China-Deutschen“ in Nummer 44 der „Mitteilungen der Waffenstillstandskommission“ vom 19. Juli.

In der „Ostdeutschen Rundschau“ (Wien) von Georg Kapeller:

8. Juni „Aus China ausgewiesen“.

24. Juni „Das Schlaraffenland der Kriegsgefangenen“.

22. u. 23. Juni „Das Reich der Mitte und wir“.

Von demselben in der „Reichspost“ (Wien):

13. Juli „Vom Amur bis zur Donau“.

H. Goetze in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 17. Juli (Nr. 183): „Haben wir Deutschen noch Aussichten in China?“

Geldbeträge an deutsche Kriegsgefangene in Japan

können von Bern ab telegraphisch übermittelt werden. Die Beträge sind als Kriegsgefangenensendung mit Postanweisung an die Oberpostkontrolle in Bern zu senden; das Verlangen der telegraphischen Übermittlung nach Japan ist auf dem Postanweisungsabschnitt deutlich anzugeben. Von dem nach Bern überwiesenen Betrage wird die Gebühr für das Telegramm aus der Schweiz nach Japan (4 Franken 90 Centimen für das Wort) und die schweizerische Postanweisungsgebühr abgezogen.

Siebenter Deutsch-Chinesischer Abend.

Zum dritten Mal seit ihrer Heimschaffung aus dem Osten trafen sich am 5. August die in Berlin weilenden China-Deutschen im Muschelsaal des Rheingolds zu einem gemütlichen Beisammensein. Als Vertreter des Vorstands des Deutsch-Chinesischen Verbands war Geh. Kommerzienrat v. Borsig anwesend. Wie seine Vorgänger, so war auch dieser Abend ein wertvoller Belang für die Vertiefung des Zusammengehörigkeitsgefühls der China-Deutschen, das beim Wiederaufbau draußen seine Früchte tragen wird. Der nächste Deutsch-Chinesische Abend findet am 3. September statt.

„Rückwanderer-Hilfe“.

Zu Gunsten der aus dem Ausland vertriebenen Deutschen, die wurzel- und mittellos in der Heimat stehen, wird im Herbst dieses Jahres eine große Nationalspende veranstaltet, deren Organisation in den Händen der „Rückwanderer-Hilfe“ E. V. liegt. Die Rückwanderer-Hilfe überzieht zur Zeit Deutschland mit einem Netz von Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen und unterhält für größere Freistaaten und Provinzen eigene Vertreter, worunter sich auch einige bekannte China-Deutsche befinden. Um die Nationalspende zu einem Erfolg zu gestalten, bedarf die „Rückwanderer-Hilfe“ noch zahlreicher freiwilliger Hilfskräfte. Wir richten daher an unsere Leser die Bitte, ihre Dienste freiwillig in den Dienst der guten Sache zu stellen und ihre Anschriften der „Rückwanderer-Hilfe“, Berlin W. 50, Tauentzienstraße 6 III mitzuteilen, von wo sie über alles Nähere unterrichtet werden.

Postverkehr mit dem Ausland.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, werden fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art geschäftlichen und privaten Inhalts nach

allen Ländern mit Ausnahme von Rußland, den Balkanstaaten und der asiatischen Türkei auf Gefahr des Absenders zur Beförderung angenommen. Demnach kann auch der Briefverkehr mit China und Japan in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Auf Anordnung des Reichsfinanzministers sind die Postüberwachungsstellen angewiesen worden, die gewöhnliche Briefpost künftig nur noch stichprobenweise zu führen. Gewöhnliche Briefe nach dem Auslande können deshalb von jetzt ab verschlossen aufgegeben werden. Eingeschriebene Briefe, Wertbriefe und Postanweisungen, sowie die Paketsendungen unterliegen dagegen nach wie vor der Prüfung. Es sind indes besondere Maßnahmen getroffen worden, um auch für diese Sendungen jede unnötige Verzögerung zu vermeiden. Die Telegrammüberwachungsstellen sind angewiesen worden, künftig Telegramme ohne Prüfung zu befördern.

Erwerbslosenfürsorge für Auslandsdeutsche.

Nach einem Erlaß des Ministers des Innern ist Deutschen, die früher im Auslande gewohnt haben und infolge des Krieges gezwungen oder freiwillig nach Deutschland zurückgekehrt sind, bei Erwerbslosigkeit die Erwerbslosenfürsorge nach gleichen Grundsätzen zu gewähren wie Inlanddeutschen. Die Unterstützung darf den Auslanddeutschen nicht mit der Begründung versagt werden, daß die Hilfsbedürftigkeit eine Folge der Flucht und nicht durch Erwerbslosigkeit hervorgerufen sei. Auslanddeutsche sind nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, wenn sie einen inländischen Wohnsitz nicht haben, von der Gemeinde zu unterstützen, in der sie sich bei Eintritt der Erwerbslosigkeit aufhalten. Wenn sie dagegen einen Wohnort im Inlande haben, sind sie von der Wohnortgemeinde zu unterstützen. Die Rückkehr in den früheren Wohnort im Auslande kann nicht verlangt werden; es ist deshalb auch nicht zulässig, solchen Personen lediglich wegen Verweigerung der Rückkehr in das Ausland die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen.

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht.

Die Vorlage über die neuen Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung mit den Anlagen ist der Nationalversammlung zugegangen

Nach dieser Vorlage dürfen auf Reichs- oder ausländische Währung lautende Zahlungsmittel nur durch Vermittlung von Banken nach dem Auslande vesandt oder überbracht werden. Zahlungsmittel sind außer Geldsorten, Papiergeld, Banknoten usw. auch Anweisungen, Schecks und Wechsel. Als Banken im Sinne des Gesetzes gelten auch Sparkassen, sowie auch Personen und Unternehmungen, die geschäftsmäßig Bank- oder Bankiergeschäfte betreiben. Banken dürfen Aufträge, wonach Zahlungsmittel nach dem Auslande versandt oder überbracht oder für einen Ausländer in Verwahrung genommen werden sollen, nur ausführen, wenn der Auftraggeber eine Erklärung nach einem vorgeschriebenen Muster in dreifacher Ausfertigung einreicht. Die Banken haben eine Ausfertigung dieser Erklärung binnen einer Woche an das für ihre Niederlassung zuständige Besitzsteueramt weiter zu geben. Auf den Postanweisungs-, Postscheck-, Postnachnahme- und Postauftragverkehr finden die Vorschriften keine Anwendung. Der Reichsfinanzminister kann weitere Ausnahmen zulassen.

Verbindlichkeiten in Reichs- oder ausländischer Währung zum Zwecke des Erwerbes von Wertpapieren dürfen gegenüber einem Ausländer nur mit Einwilligung der Reichsbank eingegangen werden. Einem Ausländer darf ein auf Reichswährung lautender Kredit nur mit Einwilligung der Reichsbank eingeräumt werden. Der Einwilligung unterliegt nicht die Verlängerung der bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingeräumten Kredite.

Die alte Kraft!

Aus Stockholm wird gemeldet: „Im internationalen Wettbewerb für den Bau der großen Eisenbahnbrücke über das Hafengebiet der Westbahn wurde der erste und dritte Preis deutschen Firmen zugesprochen. Den ersten Preis 15000 Kronen erhielt die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Gustavburg bei Mainz und in Bieberich; den zweiten Preis die Firma Krupp in Essen und Mannheim. Das Preisgericht bezeichnet die deutschen Entwürfe als ganz besonders geglückt“.

Anfragen über Gepäck.

Brauner Koffer, Tientsin No. 220, in Schanghai nicht angekommen, gemarkt: Robert Otte, c/o Melchers & Co., Bremen. Auskunft über Weiterverladung und Verbleib des Koffers erbeten an R. Otte, Lübeck, Körnerstr. 27.

Unbestellbare Briefe.

In der Schriftleitung lagern folgende unbestellbare Briefe: Frl. Schillermeit, Gustav Krebs, Frl Friederika Möller, Frl. Olly Krause, Friedrich Mende, Kapt. H. Rohde, Frl. Malva Ellies, Frl Else Raschke, Frau R. Biswang, Hans Hertel, Frau Buhrmann, Familie Wiegner, E. Preuss, Pietro Pavazza A. M. May.

Chinesische Staatspapiere.

(Aus dem „London and China Telegraph“ vom 28. Juli 1919).

Chines.	5 v. H. 1912	77½ bis 78½
„	5 „ „ 1896	90½ „ 91½
„	4½ v. H. 1898	80 „ 80½
„	5 v. H. Tien.-Pukou	84½ „ 85
„	5 „ „ „ (Zusatzanleihe)	82 „ 83
„	Schanghai Hangtschou	84 „ 84½
„	Canton-Koulun	82 „ 83
„	5 v. H. Hukuang	79½ „ 80½
„	Honan, 1905	83 „ 84
„	5 v. H. 1913	76½ „ 77½

Der Dollar- und Taelkurs errechnete sich am 12. August über Holland, wie folgt:

1 Tael = M. 20,50
1 Dollar = „ 14,75

Kurze Nachrichten.

In Singapore kostet die Tonne Kohle 45 Dollar; in Batavia werden Bunkerkohlen mit 135 Schilling die Tonne verkauft.

Der amerikanische Senator Whelan hat in einer Rede vor dem Kongreß die Japaner als die „Hunnen des Ostens" bezeichnet.

Die „North China Daily News" vom 3. Juni enthält eine Anzeige, in der der Verkauf der Union-Brauerei in Schanghai ausgeschrieben wird. Kaufangebote sind bis zum 12. Juni entgegengenommen worden.

Die Asia Banking Corporation hat ein Büro in Peking eröffnet.

Der Stadtrat in Schanghai hat mit einer großen Mehrheit die Zusatzbestimmungen für die Ausgabe von Gewerbescheinen an Drucker, chinesischer und fremder Staatsangehörigkeit, angenommen. Der amerikanische Gesandte in Peking hat den amerikanischen Generalkonsul in Schanghai ermächtigt, die Ratifizierung der neuen Bestimmungen zu verweigern; es wird angenommen, daß sich das gesamte Konsularkorps der Weigerung anschließt. (Es handelt sich hier offenbar um einen Versuch des „internationalen" (britischen) Stadtrats, Machtmittel in die Hand zu bekommen, um eine freie Meinungsäußerung durch die Presse zu erschweren und, wo es ihm notwendig dünkt, sie völlig zu unterdrücken.)

In Wusung bei Schanghai ist ein chinesisches Marinehospital eröffnet worden.

Der Rechtsanwalt John Hays ist in Schanghai gestorben.

In Hongkong herrscht große Wohnungsnot. Neue Ankömmlinge müssen in chinesische Hotels Wohnung nehmen, ja sogar nach Canton reisen, um Unterkunft zu finden.

Der Dampfer „Empress of Russia" hatte auf einer seiner letzten Fahrten von Schanghai nach Vancouver eine „Rekord"-Ladung von Seide an Bord. Die Ladung bestand aus 3612 Ballen im Werte von 2 Millionen Taels. Im Dezember 1915 verschiffte die „Empress of Japan" als Höchstleistung 2576 Ballen nach Amerika.

Der neue Fremdenkommissar in Schanghai, Yang-Dscheng, weilte Ende Juli in Peking, um sich über Fragen betreffs der Übernahme des Gemischten Gerichts und einer Erweiterung der Niederlassung zu verhandeln.

Bei der Frühlingsregatta in Henli (bei Schanghai) siegte im internationalen Rennen Dänemark leicht gegen England. Auch im Rudern England gegen die Welt unterlag England.

Im Lagerhof der China Import and Export Lumber Co. in Yangtsepu (Schanghai) brach ein Feuer aus, dem die Wehr nach fünf Stunden Herr wurde.

Gabriele d' Annunzio wird in Kürze einen Flug von Rom nach Tokio unternehmen; er will in 14 Tagen sein Ziel erreichen. Die Fahrt soll über Kleinasien, Indien und China gehen.

Nach einer Zählung sind eine halbe Million Chinesen in Rußland ansässig.

Wie der „Osaka Mainidschi" aus Peking berichtet wird, soll der Prinz von Wales demnächst eine Reise durch Asien unternehmen; im Reiseweg soll China eingeschlossen werden.

Der chinesische Schauspieler Mei-Lan-sang unternahm eine erfolgreiche Gastspielreise durch Japan. Es heißt, daß er beabsichtigt, ein chinesisches Theater in Kobe zu errichten.

Eine von der amerikanischen Presbyterianischen Mission in Tsingtau unterhaltene Mittelschule ist nach der „Jiji" wegen Umtrieben von den japanischen Behörden geschlossen worden.

Aus japanischer Quelle verlautet, daß in China der Verkauf von Land an Ausländer gegen Todesstrafe verboten worden ist.

Bei den Straßenunruhen in Schanghai, über die wir in der vorigen Nummer berichteten, sind mehrere Polizeibeamte, darunter die Geheimschutzleute Armstrong und Cruickshank, durch Steinwürfe verletzt worden. A. W. Burkill wurde in der Futschou Road von der Menge übel zugerichtet; er konnte nur mit Mühe durch einen Bajonettangriff herausgehauen werden.

Der britische Generalkonsul in Schanghai Sir Everard Fraser, hat sich mit der „Empress of China" nach England begeben.

Die Polizei in Hongkong mußte durch Militär erheblich verstärkt werden, da sich die Straßenräubereien in letzter Zeit gehäuft haben.

Der Präsident der chinesischen Republik Hsü-Schi-dschang hat der französischen Akademie ein Gemälde geschenkt, daß ihn in Zivil darstellt.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.

Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste Nr. 4

der aus China Zurückgekehrten, die in der Zeit vom **6. Juli** bis **6. August 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

Dipl. Ingenieur **R. Beiderlinden,** Rüdesheim a. Rh.
Albert Benz, Esslingen a. N., Haus am Eisberg
L. Bielfeld, per Adr.: Frau M. Kladt, Bückeburg, Feldstr. 1
L. Biereye, Berlin, Am Zirkus 2 bei Scholz
L. Block, Domäne Taarninghof b. Christiansfeld (Schleswig)
H. E. Boehme, per Adr.: Herrn Dr. Baron v. Lüdinghausen, Berlin, Barbarossastr. 44 II
K. Böhm, Dresden N., Platanenstr. 10 pt.
Frau **Margarete Borkowsky,** Biebrich a. Rh., Rheingaustr. 6
Friedr. Fr. Bowitz, Finsterwalde N./L., Am Markt 27 bei Lungwitz
Marine Garnison Verwaltungs-Direktor **Friedr. Brand,** Starkow b. Velgast, Pommern
Josef Breier, Frankfurt a. M., Heidestr. 129
Gustav Breuer, Landeshut i. Schles., Trautenauerstr. 15 b
Hermann Corinth, Lichtenrade b. Berlin
Hans Czapski, Jena, Forstweg 23
A. Dabelstein, Kloster Wennigsen b. Hannover
Hans Dalldorf, Knauthain b. Leipzig
Gustav Dohr, Mettlach-Saar
Jul. Dorpmüller, Stettin, Königsplatz 5
Dr. **Hans Drexler,** Zaabach b. Fischbach a. d. Nahe, Rheinland
Erwin Eichelberg, Wehlen a. d. Elbe
Heinrich Eilemann, Bremerhafen, Grünestr. 39
A. Emanuel, Berlin-Wilmersdorf, Xantenerstr. 6
Ludwig Engelter, Ludwigshafen a. Rh., Pfaustr. 17
E. Faber, per Adr.: Seeverkehr G. m. b. H., Charlottenburg, Uhlandstr. 18-19
Gustav Favorke, per Adr.: Frau Hauptmann A. Goeden, Berlin W., Königin Augustastr. 8 I r.
B. von Fischerz, Aachen-B., Sebastianstr. 21
W. von Froreich. Berlin W. 30, Starnbergerstr. 8 I
Horst Funke, Groß-Postwitz b. Bauzen
Kanzler Gätjen, Waldsassen i. Oberpfalz
E. Gerz, Hamburg-Eimsbüttel, Schäferkamps-Allee 68
Konrad Glatzer, Carolath, Bez. Liegnitz
H. Griesing, Hamburg 22, Finkenau 23
P. Arno Groß, Taupadel b. Bürgel (Thüringen)
L. Haesloop, per Adr.: Nederlandsche Handel-Maatschappy, Rotterdam
O. Halben, Hamburg 30, Löwenstr. 40
Architekt **Julius Hammer,** Hamburg 19, Eppendorfer Weg 118
Carl Heitmann, Hamburg, Mühlendamm 68 I
G. Hemeling, Göttingen, Planckstr. 16 I
J. Hildebrandt, Hamburg-Schiffbeck, Rahlstedter Weg 11
J. Hildebrandt, Goslar a. H., Klubgartenstr. 12
Gustav Hülsemann, Lübeck, Hansastr. 90 I
Rudolf Jandl, Thomasdorf b. Freiwaldau, Österr. Schles.
Carl Jecke, Insbruck, Deutsches Konsulat
Hermann Kaelble, per Adr.: Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen b. Köln
Hermann Köhler, Kolberg, Linden-Allee 20 I
H. W. Korten, Godesberg a. Rh., Hohestr. 22
Emil Kretzschmar, Berlin W. 9, Potsdamerstr. 141
W. Krone, Obernkirchen b. Stadthagen
Fritz Kronenberg, Landwehr bei Solingen
Rud. Kühne, Charlottenburg, Witzleben-Platz 6
Proffessor Dr. **E. Kurz,** Münster i. W., Junkerstr. 17
Curt Lange, Berlin-Schöneberg, Goltzstr. 3 I.
Joh. Lenk, Wien II, Praterstr. 14
Frau **Fränzel Leu,** Berlin-Schöneberg, Begasstr. 9
E. Lichtenstein, Berlin-Hohenschönhausen, Berlinerstr. 76 III
Otto K. Liebert, Ingenieur, Bonn a. Rh., Wilhelmstr. 27
W. Lindemann, Hannover, Lessingstr. 3
Baurat **W. Linow,** Dortmuud, Eisenbahn-Betriebs-Amt I
K. H. C. Loose, Flensburg, Großestr. 39-41
Charles Marcus, Oldenburg i. O., Achternstr. 56-57
Franz Xaver Mauerer, Dresden, Blumenstr. 3 III, 1
Peter Müller, Engelskirchen, Hauptstr.
Wilhelm Neitzert, Erkenschwik b. Recklingshausen, Hamburgerstr. 348
Ingenieur **Ernst Otte,** Weinberg b. Prag
Enno Pannenborg, Göttingen, Hainholzweg 11
Ludwig Peter, Deutsch-Österr., Generalkonsulat, München, Schackstr. 3
Pastor **Fr. v. Probst,** Bütow i. Pommern
A. Quoika, Klosterneuburg b. Wien, Leopoldstr. 8
Rud. Ritter, Krankenhaus Bethanien, Berlin SO., Mariannenplatz 2
Frh. v. Ruffin, Berlin SW. 47, Lichterfelderstr. 29 III
Arthur Simon, Beue a. Rh., Kronprinzstr. 5
Fritz Sommer i. Fa. Telge & Schroeter, Hamburg
C. W. Schmidt, Bremen, Mozartstr. 11
P. Schmidt, Leipzig-Marienhöhe, Naunhoferstr. 21
A. Schmidt, Meißen a. d. Elbe, Hotel Alberthof
Franz Schmitt, Hardt b. Engelskirchen
F. Schreck, Roda i. Sachsen-Altenb., Gustav Hermannstr.
H. Schröder, Neumünster, Wilhelmstr. 6
August Sproesser, Ludwigsburg, Württembg., An der Kathol. Kirche 1
Theodor Sproesser, " " " " " " 1
Otto Struckmeyer i. Fa. Siemssen & Co., Hamburg, Mönckebergstr. 11
Walter Strzoda, Berlin-Wilmersdorf, Landhausstr. 6, Gartenh.
Johannes Thun, Klein-Flottbeck (Holstein), Schulstr. 17
Bruno Tielcke, Hamburg 19, Bismarckstr. 26
E. Trusch, Königsberg i. Pr., Roggenstr. 35 II
Heinr. Wiemers, Marten-Dortmund, Mühlenstr. 8
Hugo Witte, Konsulats-Sekretär z. D., Auswärtiges Amt, Berlin W., Wilhelmstr. 75-76
Edgar Worch, Berlin, Unter den Linden 31
Georg Zang, Spandau, Kaiserstr. 33
Dr. **K. Zimmermann,** Göppingen, Gerberstr. 37

Die ersten Namenlisten sind in den Nummern 2, 3 und 4 der „Mitteilungen für China-Deutsche" veröffentlicht worden. Eine weitere Liste wird der Nummer 8 der „Mitteilungen" beigelegt.

BERLIN, den 10. August 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

I. Jahrgang 1. September 1919 No. 7

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Ostasiaten-Woche.

Der Deutsch-Chinesische Verband beabsichtigt, in der Zeit vom 29. September bis 4. Oktober 1919 in Berlin eine „Ostasiaten-Woche“ stattfinden zu lassen. Es ist in Aussicht genommen, für die aus dem Fernen Osten einstweilen hierher zurückgekehrten Kaufleute, Ingenieure und alle sonstigen Interessenten eine Reihe von Führungen durch große industrielle Unternehmungen, kommunale Einrichtungen usw. zu veranstalten; ferner sind Vorträge und zwanglose Zusammenkünfte vorgesehen.

Das Programm der Veranstaltung, aus dem alle Einzelheiten zu entnehmen sind, wird in der am 15. September erscheinenden Nummer der „Mitteilungen für China-Deutsche“ veröffentlicht werden.

Neues von der japanischen Schiffahrt.

Von R. Kunze, Tokio.

Das außerordentliche Anwachsen der ganzen japanischen Wirtschaft während des Krieges zeigt sich auch besonders in der Zunahme der japanischen Schiffahrt. Noch um 1870 war von einer Seeschiffahrt überhaupt nicht die Rede. Erst als 1885 die Nippon-Juhßen-Kaischa aus einer Verschmelzung der Mitsubischi-Postdampfschiffs-Gesellschaft mit einer Konkurrenzlinie entstand und ihre Fahrten nach Bombay, Melbourne, Seattle und London begann, kann zum ersten Mal von einer japanischen Hochseeschiffahrt gesprochen werden. Um 1900 gingen gleich ihr die zwei anderen großen Schiffahrtsgesellschaften Japans, die Ohßaka-Schohßen-Kaischa und die Tohjoh-Kißen-Kaischa, zur Hochseeschiffahrt über. Die Tonnenzahl wuchs rasch: 1880: rund 100000, 1890: rund 200000, 1900: schon fast 800000 Bruttotonnen; 1906 wurde die erste Million Tonnen überschritten und beim Kriegsausbruch 1914 war beinahe die zweite Million erreicht. Während des Krieges aber ging das Wachstum noch viel schneller vor sich, da durch ihn zuerst die deutschen und österreichischen, später auch die amerikanischen und fast alle englischen Schiffe aus dem Stillen Ozean vertrieben wurden und zuletzt neben den japanischen nur noch die wenig bedeutenden holländischen und chinesischen Linien übrigblieben. Der Krieg hat die japanische Handelsflagge nach allen Gegenden Ost- und Südasiens, nach Amerika, Australien und Südafrika geführt; er hatte eine starke Zunahme der Dampferlinien und eine noch schnellere Zunahme der Schiffsbauten zur Folge. Ende 1918 zählte die japanische Handelsflotte im Ganzen 2641 Dampfer mit zusammen 2310959 Bruttotonnen und 2431 Segelschiffe mit zusammen 850536 Bruttotonnen. Dazu kommen noch Schiffe mit zusammen 200000 Bruttotonnen, die nicht im eigentlichen Japan, sondern in Dairen registriert sind. Ein besonderes Kennzeichen des Krieges ist das Aufkommen einer großen Zahl

mittlerer und kleiner Reedereien, denen Ende 1918 zusammen 212 Dampfer mit 495315 Bruttotonnen gehörten, die meist verschartert waren oder in wilder Fahrt liefen. Da der Schiffsbau keiner Ermunterung mehr bedurfte, wurde das Gesetz zur Förderung des Schiffsbaus Ende September 1918 außer Kraft gesetzt. Trotzdem haben die massenhaften japanischen Schiffsbauten auch nach dem Waffenstillstand, wenn auch etwas verlangsamt, fortgedauert. Man rechnet in Japan damit, daß die englischen und amerikanischen Schiffe erst nach geraumer Zeit wieder in den Stillen Ozean zurückkehren werden, daß Japan aber auch danach seine neuen Linien nach Holländisch-, Hinter- und Vorderindien, den Philippinen und Südsee-Inseln und nach Südafrika wird weiter aufrechterhalten können. Schwerlich aber wird das Bauprogramm für 1919 in Höhe von 1189285 Tonnen, von dem japanische Blätter sprachen, durchgeführt werden können. Im Frühling und Sommer dieses Jahres sollte Japan auch von Amerika die 21 Schiffe mit rund 150000 Bruttotonnen zurückerhalten, die es vor einem Jahr gegen Versorgung mit amerikanischem Stahl abgegeben hatte. Das Bestreben der japanischen Reedereien ist jetzt, möglichst alle Dampfer, die irgend für die Seeschiffahrt tauglich sind, aus der Küstenfahrt herauszuziehen und dort durch Holzschiffe, die in Antung gebaut werden, zu ersetzen. Die freiwerdenden Schiffe sollen großenteils verkauft oder verschartert werden. Es wird aber auch eine große Zahl neuer Linien eingerichtet werden. So zwischen New-York und Wladiwostock, zwischen Yokohama und Odessa und zwischen London und Colombo. Die Nippon-Juhßen-Kaischa und Ohßaka-Schohßen-Kaischa sowie einige kleinere Gesellschaften sollen auch neue Fahrten nach skandinavischen und Ostseehäfen planen. Die Tohjoh-Kißen-Kaischa beabsichtigt wieder zwei neue Riesendampfer von je 33000 Tonnen zu bauen, die mit der Canadian Pacific Line in Wettbewerb treten sollen. Bei der Einrichtung neuer Fahrten handelt es sich zum großen Teil darum, mit dem Vorrat fertiggewordener oder erst im Bau begriffener neuer Schiffe etwas anzufangen. Deshalb sind auch zum Teil die Schiffsbaugesellschaften selbst unter die Reeder gegangen. So ist die größte neue Gründung der japanischen Handelsflotte, die Kokußai-Kißen-Kaischa, eine Dampfschiffahrts-Gesellschaft, deren Kapital zum größeren Teil von Schiffsbauern, zum kleineren von Reedern stammt. Der Name „Kokußai" (das heißt: Internationale) -Kißen-Kaischa (Dampfschiffs-Gesellschaft) ist irreführend, denn die ursprüngliche Absicht, zur Hälfte amerikanisches Kapital aufzunehmen, ist wieder aufgegeben worden, um ein Anrecht auf Subvention zu behalten. So ist das Kapital in Höhe von 100 Millionen Yen rein japanisch, 25 Millionen Yen davon sind eingezahlt, die 2 Millionen Aktien befinden sich sämtlich in den Händen der Gründergesellschaften, denen die Regierung bei der halbstaatlichen Industriebank einen Kredit bis zur Höhe von 25 Millionen Yen gewährt. Über die Hälfte aller Aktien gehören der Schiffsbaugesellschaft von Kawaßaki in Kobe. Die meisten Schiffe liegen noch auf Stapel oder befinden sich in der Ausrüstung. Die einzelnen Gründergesellschaften sind, wie folgt, an den Schiffen und Aktien beteiligt:

Gesellschaft	Tonnen		Aktien	
Kawaßaki-Schiffsbau-Gesellschaft, Kobe	275 100	Tonnen,	1 100 400	Aktien
Ssusuki-Schohten, Kobe	84 400	„	337 600	„
Aßano-Schiffsbau-Gesellschaft, Tsurumi bei Yokohama	52 500	„	210 000	„
Haschimoto-Dampfschiffs-Gesellschaft, Kobe	25 400	„	101 600	„
Jamaschta-Dampfschiffs-Gesellschaft, Kobe	22 500	„	90 000	„
Utschida-Dampfschiffs-Gesellschaft, Kobe	17 800	„	71 200	„
Nippon-Dampfschiffs-Gesellschaft, Kobe	17 300	„	69 200	„
Ischikawadschima-Schiffsbau-Gesellschaft, Tokio	5 000	„	20 000	„
zusammen	500 000	Tonnen,	2 000 000	Aktien

Die Kokußai-Kißen-Kaischa will eine Reihe neuer Fahrten im Stillen Ozean ins Leben rufen, und ihr Unternehmen wird in Fachkreisen als sehr aussichtsvoll betrachtet.

Sprechsaal.

Entschädigung der China-Deutschen.

Aus dem Kreise unserer Leser erhalten wir folgende Zuschrift, zu der wir uns eine Stellungnahme vorbehalten:

„Wiederholt haben die „Mitteilungen für China-Deutsche" über die Frage der Entschädigung der aus China ausgewiesenen Deutschen, die dort ihr Eigentum haben zurücklassen oder unter dem Zwang der Verhältnisse zu Spottpreisen haben losschlagen müssen, kurze Bemerkungen gebracht. In weiteren Kreisen der China-Deutschen dürfte es nicht bekannt sein, daß zur Zeit Verhandlungen über eine Entschädigung dieser China-Deutschen geführt werden. Es ist daher durchaus erklärlich, daß sich der China-Deutschen eine gewisse Unruhe bemächtigt, ob Alles geschieht, was nötig ist, um ihre Interessen nachdrücklich wahrzunehmen. Man hätte erwarten dürfen, daß die China-Deutschen sich auf irgend eine Art und Weise zusammengeschlossen hätten, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten und Vertrauensleute aus den verschiedensten Berufsständen zu wählen, die mit den zuständigen Behörden die Angelegenheit zu besprechen und die Wünsche der Geschädigten nachdrücklich zu vertreten die Aufgabe hätten. Es verlautet, daß der Deutsch-Chinesische Verband sowie der Ostasiatische Verein in Hamburg sich in dieser Hinsicht bemühen; es ist aber in hohem Grade fraglich, ob diese beiden Korporationen über alle Einzelheiten so unterrichtet sind, daß wirklich eine Vertretung aller in Frage kommenden Interessen gegeben ist. Die großen Schwierigkeiten, die sich der Erledigung der Entschädigungsfragen entgegenstellen, sollen in keiner Weise verkannt werden. Um nur eins zu erwähnen: Die wenigsten aus China ausgewiesenen Deutschen werden, soweit es sich nicht um rein buchhalterisch nachzuweisende Ansprüche der kaufmännischen Firmen handelt, in Besitz der Unterlagen sein, die von den Behörden verlangt werden mögen, um die geltend gemachten Ansprüche zu vertreten. Welche Ansprüche sind überhaupt vertretbar? Die Chinesen haben sich geweigert, die bewegliche Habe der Deutschen in Aufbewahrung zu nehmen; wollten nun die Deutschen nicht Alles, was sie noch besaßen, einfach stehen und liegen lassen, wo es war, so mußten sie sich entschließen, ihre Habe, soweit sie nicht in der Lage waren, sie mitzunehmen, meistbietend oder freihändig zu verkaufen. Was dabei herausgekommen ist, wissen alle China-Deutschen ganz genau; das Verbot des Handels mit dem Feind machte es den meisten Angehörigen der feindlichen Mächte unmöglich, sich an dem Ankauf der angebotenen Gegenstände zu beteiligen, ganz abgesehen davon, daß die meisten sich von den Verkäufen grundsätzlich fernhielten Die Folge war, daß der Kreis der in Betracht kommenden Käufer sehr klein war und die Preise, die angeboten und bezahlt wurden, dem entsprechend lächerlich gering waren. Angesichts der außerordentlichen Verteuerung aller Waren in Deutschland kann eine große Anzahl von ausgewiesenen Deutschen nicht daran denken, mit dem Erlöß ihrer Habe in China eine Wohnung in der Heimat auch nur annähernd mit dem Nötigsten auszustatten. Sollen diese Deutschen, die als Pioniere an der Front gestanden und dem Deutschtum draußen lange Jahre ihres Schaffens und Wirkens gegen sehr mäßige Belohnung — ich denke hier viel weniger an die deutschen Kaufleute in leitender Stellung als an die sogenannten „kleinen Leute", wie Lehrer, Maschinisten, Seezollbeamten, Lotsen, Handwerker, kleinere Ladeninhaber usw. — gestellt haben, nun ganz ohne Entschädigung ausgehen? Wie wird es ferner mit der Verrechnung der Summen, für die das Reich zweifellos einzutreten die Pflicht hat, dem Ersatz für solche Werte, die die feindlichen Mächte beschlagnahmt haben? Wiederholt ist in der letzten Zeit verlautet, daß das Reich sich nur verpflichtet hält, diese Beträge zum Vorkriegskurs, also mehr oder weniger, Dollar 1,— mex. gleich M. 2,—, auszuzahlen. Es liegt auf der Hand, daß damit den Deutschen, die in

China mehr oder weniger Alles verloren haben, vom Reich ein weiteres großes Opfer zugemutet wird. Auf der anderen Seite würde die Zugrundelegung des heutigen Kurses, der etwa siebenmal so hoch ist, als der Vorkriegskurs, dem Reich ein Opfer zumuten, auf das es nicht gerechnet hatte. Ob dieses Opfer zu bringen ist, läßt sich nicht ohne Weiteres beantworten. Jedenfalls liegt es nicht im Interesse des Reichs, daß die China-Deutschen wirtschaftlich so geschwächt werden, daß sie sich überhaupt nicht wieder erholen können. Der Leiter einer der größten Berliner Ausfuhrfirmen schrieb kürzlich in einem Aufsatz in der „Vossischen Zeitung", wenn das Reich bei den Entschädigungen der China-Deutschen den Vorfriedenskurs zugrunde lege (der wohl durchschnittlich mit Dollar 1,- gleich M. 4,— zu bemessen wäre), würde eine Wiederaufnahme des deutschen Geschäfts mit China kaum denkbar sein. Von dieser Seite wird also die Zugrundelegung jedenfalls eines höheren Kurses als des Vorfriedenskurses verlangt. Wer vertritt nun in dieser Hinsicht die Interessen der nicht am Handel beteiligten China-Deutschen, die jedenfalls genau denselben Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Verluste haben, wie die Kaufmannschaft? Eine Klarstellung aller dieser Fragen scheint dringend geboten. Mit ihrem Anschneiden an dieser Stelle soll nur die Anregung gegeben werden etwas zu tun, ehe es zu spät ist und Tatsachen geschaffen sind, die abzuändern später nicht ganz leicht sein würde".

Politische Nachrichten

Zur Lage in Japan.

Nach einer Meldung der Londoner „Times" vom 1. August aus Tokio haben, zum ersten Mal in der Geschichte der japanischen Presse, die Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen, weil der Verband der Zeitungsbesitzer die Lohnforderungen der Setzer nicht bewilligte. Durch ganz Japan geht die Welle einer sozialen Unzufriedenheit. Die Arbeiter verlangen höhere Löhne, kürzere Arbeitsstunden und Beurlaubungen. Es werden Versuche gemacht, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken. Da die japanischen Arbeiter dieselben Vorrechte wie ihre Kollegen im Westen verlangen, rechnet man mit einer großen Krisis. Große Unzufriedenheit herrscht über die hohen Preise und das Schiebertum

Die Lage in China.

Nachrichten, die bis Anfang August zurückgehen, lassen erkennen, daß in Peking noch immer kein neuer Ministerrat zu Stande gekommen ist. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß in dem kommenden Kabinett der Einfluß des Anfu-Clubs (Partei Duan-Dschi-juis und Mehrheitspartei im Parlament) ausschlaggebend sein wird. Die Lage des Präsidenten der Republik Hsü-Schi-dschang gilt als gefährdet, wenn ein Anfu-Kabinett zur Tat wird.

Handels- und Industrienachrichten.

Bevorstehender Boykott gegen englische Waren in China?

Englische Meldungen aus China lesen sich zur Zeit sehr merkwürdig. Es wird darin mittelbar angedeutet, daß eine Boykottbewegung gegen den britischen Handel in China im Gange ist. Aus Schanghai wird gemeldet, daß dort in chinesischen Kreisen gegen England wegen seiner Forderung betreffs Tibets starke Stimmung gemacht wird. Aus Tientsin kommt die Nachricht, daß infolge der Gleichgültigkeit, die England in der Schantungfrage zur Schau trage, in einflußreichen chinesischen Kreisen große Mißstimmung herrsche, die „den britischen Handel ungünstig beeinflussen könnte".

Versteigerung deutscher Waren in Schanghai.

Die „Shanghai Gazette" veröffentlicht unterm 17. Juni eine im Auftrage des Justizministeriums in Peking erfolgte Bekanntmachung des Schanghaier Distrikt-Gerichts (Shanghai District Court), wonach die in Putung lagernden Güter der Firma Giesel & Co. (933 Kisten Eigelb) zur Versteigerung ausgeboten werden. Die gleiche Behörde stellt 1, 300 Tonnen Sesamsaat (gelb und weiß) der Firma Melchers Co. zur Versteigerung.

Liquidation der Deutsch-Asiatischen Bank.

Die „Shanghaier Gazette" enthält eine Bekanntmachung des Lipuidators der Deutsch-Asiatischen Bank in Schanghai, wonach alle alliierten und neutrale Staatsangehörige, die Ansprüche in Goldwährung gegen die Deutsch-Asiatische Bank, Schanghai haben, gebeten wurden, dieselben bis zum 30. Juni 1919 geltend zu machen.

Aktiengesellschaften.

Die Banque Industrielle de Chine hat für 1918 einen Reingewinn von 6 027 012 Francs gegen 2,4 Millionen Francs im Vorjahr zu verzeichnen. Die Dividende beträgt 10 v. H. (wie im Vorjahr.)

Briefkasten.

Käferlein. Wer erteilt Auskunft über den Verbleib von Kapt. Käferlein, früher D. „Matupi", Rabaul. Neuguinea. Zuschriften bitte zu richten an W. Lührss, Wismar, Rohrstr. 17.

? Hamburg. Schreiben vom 22. August. Wir können mit dem besten Willen Ihre Unterschrift nicht entziffern, vermissen auch jede Anschrift. Wir sind sehr gern bereit, Ihnen brieflich Auskunft zu geben, wenn Sie uns Ihre Anschrift mitteilen.

A. D. Am besten ist es, wenn sie sich in der Taelangelegenheit an R. W. Heidorn, Hamburg, Rödingsmarkt 30, wenden.

A. S. Anträge wie der Ihrige laufen fortgesetzt bei der Schriftleitung ein; am praktischten ist es, wenn Sie sich die betreffenden Nummern direkt kommen lassen. Das erspart für beide Teile unnötige Schreibereien und Verrechnungen.

Adressennachweis.

Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

H. Pfeiffer, Dresden A 16, Gneisenaustraße 9 IV.

H. Wintruff, per Adresse: Frau Sadewasser, Wilhelmshaven, Schulstr. 82.

Fritz Klein, Reichsverwertungsamt, Wilhelmshaven, Wallstr. 21.

Moritz Neumann, Würzburg, Sophienstr. 13.

Carl Riedel (Kirin), Hannover, Prinzenstr. 13.

Eduard Spielmann, früher Tsingtau, während des Krieges Hilfsaktion Tientsin, ist beim Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Hannover, angestellt. Seine Anschrift lautet: Hannover, Große Pfahlstr. 21 b.

Mothes, Lichtenrade bei Berlin, Haus Fichteneck, bei Gericke.

B. Rosenbaum, Celle, Triftstr. 38.

E. Herzfeld, per Adresse: Herrn Otto Neuhaus, Berlin S., Alexandrinenstr. 95/96.

Georg Philipp, Reichsverwertungsamt, Schwerin in Mecklenburg.

F. Ehrhardt, Siemens-Schuckert-Werke, Abtl. Übersee-Siemensstadt bei Berlin.

Dr. Hugo Weigold, Preußische Biologische Anstalt, Abtlg. Vogelwarte, Helgoland.

Haakon Schlüter, Amicisvej 1, Kopenhagen V.

G. Breuer, Neukölln, Fontanestr. 31 II

Personalnachrichten.

Lu-Dscheng-hsiang. Der chinesische Minister des Auswärtigen Lu-Dscheng-hsiang ist am 5. August, von Paris kommend, in London eingetroffen. Inzwischen ist er vom König Georg in Audienz empfangen worden.

Baron Goto. Der frühere Minister des Auswärtigen, Baron Goto, der studienhalber in England weilt, hat Manchester besucht. wo ihm zu Ehren von der Handelskammer ein Festessen veranstaltet wurde.

Aufsätze über Ostasien.

K. F. Dressler: „Im Fernen Osten", „Hamburger Fremdenblatt" vom 18. August, No. 418.

R. Kunze, Tokio:
„Die Heimschaffung der Deutschen" in der „Deutschen Zeitung" v. 12. Mai. I-VIII.
„Japans auswärtige Politik" in der „Deutschen Zeitung", Nr. 231, 232, 268, 288, 321, 352, 363, 386.
„Deutschland, Rußland, Japan?", „Düsseldorfer Nachrichten" Nr. 248.
„Rückberufung des japanischen Botschafters in Washington", „Schlesische Zeitung" Nr. 282.
„Menschen, die noch an uns glauben", in der „Deutschen Zeitung" Nr. 273.
„Japanische Erfolge in Mexiko", in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" Nr. 190.
„Der Krieg und die japanische Schiffahrt" in der „Deutschen Zeitung" vom 21. Juli.
„Japanische Regierungskrise?", in der „Weser-Zeitung" Nr. 483.
„Die Ente vom deutsch-japanischen Geheimvertrag", in der „Deutschen Zeitung" Nr. 336.
„Japan und Amerika", in der „Weser-Zeitung" Nr. 500.
„Japans Außenhandel wird wieder passiv", in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 667.
„Liquidierung japanischer Werte?", in der „Pommerschen Tagespost" Nr. 217.
„Der reichsdeutsch-russische Neutralitätsvertrag von 1887", in der „Deutschen Zeitung" Nr. 376.

„Archiv für den fernen Osten."

Die anastatischen Neudrucke der Doppelhefte 1/2 (Januar/Februar) und 3/4 (März/April) des laufenden Jahrganges des „Archivs für den Fernen Osten" sind erschienen. Wir bitten alle unsere in den letzten Monaten dem Deutsch-Chinesischen Verbande neu beigetretenen Mitglieder, denen wir die Doppelhefte bisher nicht zustellen konnten, sie durch Postkarte von unserer Geschäftsstelle Berlin W 35, Potsdamerstr. 28 einzufordern.

Internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. Main.

Vom 1. bis 15. Oktober wird in der Festhalle zu Frankfurt a. M. eine internationale Einfuhrmesse abgehalten werden. Alle Anfragen sind zu richten an die Messeleitung Frankfurt a. Main, Festhalle.

Die Akademie d. Buchsachverständigen eröffnet am 2. September ds. Js. ihre Vorlesungen im Organisations- und Steuer-Seminar. Näheres durch die Kanzlei: Berlin W. 50, Rankestraße 29 ptr.

Deutsch-Niederländische Telegraphengesellschaft Akt.-Ges. in Köln.

Nach dem Friedensvertrag verzichtet Deutschland für sich und im Namen seiner Staatsangehörigen zugunsten der Hauptmächte der Alliierten auf alle Rechte, die es an Kabeln besitzt. Dazu gehören u. a. auch die der Deutsch-Niederländischen Telegraphengesellschaft gehörigen Kabel Yap-Schanghai, Yam-Guam und Yap-Menado. In Holland hat sich nun ein Komitee gebildet zum Schutze der Interessen der holländischen Besitzer von Aktien und Obligationen der Gesellschaft. An der Spitze stehen die Herren F. S. van Nierop, Abram Müller, S. P. van Eeghen, G. H. Hintzen, Dr. H. R. R. Hubrecht und Jonkher G. C. Quarles van Ufford. Diese fordern jetzt die Besitzer von Stücken auf, sie in Amsterdam bei der Niederländischen Handelsgesellschaft oder bei der Amsterdamschen Bank oder in Rotterdam bei R. Mees & Zoonen gegen Quittung einzureichen.

Kurze Nachrichten.

Ende Juli haben in der in Hongkong, Gaumati, Hongkoh und Hunghom Reisunruhen stattgefunden, wobei die Menge gegen die Polizei tätlich wurde. Die Hongkonger Regierung kaufte sofort 27,000 Tonnen Reis auf, worauf die Ruhe wieder hergestellt wurde.

In Omsk, Heiko; Chita und Poli werden chinesische Konsulate errichtet.

In der Umgebung von Canton entstanden große Überschwemmungen die beträchtliche Menschenverluste verursachten.

In Siam werden im September gelegentlich der Rückkehr siamesischer Truppen von Europa große Siegesfeiern veranstaltet.

Die Asia Tobacco Co. ist in Tokio mit einem Kapital von 10 Millionen Yen gegründet worden. Es handelt sich offenbar

um ein japanisches Kampfunternehmen gegen die British-American Tobacco Co. in China.

Die chinesische Bevölkerung in Sidney boykottiert wegen der Schantungfrage japanische Waren.

Der „London and China Telegraph" vom 5. August enthält folgende Mitteilung, die offenbar ein Witz sein soll:" So viele aktive und Reserveoffiziere in Deutschland haben um Wiedereinstellung im Heer nachgesucht, daß für Infanterie, Kavallerie, Maschinengewehr-, Tank- und Arbeiterkompagnien nur noch solche angestellt werden können, die — chinesisch sprechen.

Die China Association in London wird ihr jährliches Liebesmahl wieder aufnehmen.

Das russische Sovjetorgan „Isvestia" verlangt ein Bündnis zwischen Rußland und China; Rußland sei bereit, die Ostchinesische Bahn an China zurückzugeben, sowie alle Verträge zu revidieren, die China mit Gewalt abgetrotzt worden seien.

Die japanische Regierung hat Friedensbriefmarken ausgegeben, sie sind von den Künstlern Okada und Yaki entworfen. Die Werte sind $1\frac{1}{2}$ Sen (braun), 3 Sen (grün), 4 Sen (karminrot) und 10 Sen (blau).

Chinesische Staatspapiere.

(Aus dem „London and China Telegraph" vom 28. Juli 1919).

Chines.	5 v. H. 1912	$76\frac{1}{2}$ bis	78
„	5 „ „ 1896	$89\frac{1}{2}$ „	$90\frac{1}{2}$
„	$4\frac{1}{2}$ v. H. 1898	80 „	$82\frac{1}{2}$
„	5 v. H. Tien.-Pukou	$80\frac{1}{2}$ „	82
„	5 „ „ „ (Zusatzanleihe)	82 „	83
„	Schanghai-Hangtschou	81 „	$83\frac{1}{2}$
„	Canton-Koulun	$74\frac{1}{2}$ „	75
„	5 v. H. Hukuang	79 „	80
„	Honan, 1905	83 „	84
„	5 v. H. 1913	76 „	77

Zollamtliche Bekanntmachung Nr. 917.

(Aus der „Shanghai Gazette".)

Handelsmarken-Gebühren für vorläufige Eintragung.

Der Öffentlichkeit wird hiermit bekanntgegeben, daß gemäß den vom Generalinspekteur der Seezollverwaltung eingegangenen Anweisungen vom 1. August 1919 ab eine Gebühr von 5 Taels für jede Handelsmarke oder jedes Patent zu entrichten ist, die in der in diesem Zollamt gelegenen Zweigstelle für Handelsmarken-Eintragung (Branch Office of the Trade Marks Registration Bureau) eingetragen werden. Wenn die Gebühren von Personen, die in fremden Ländern wohnen, eingesandt werden, gelten 7,50 Dollar mex. als 5,— Taels.

Diese Gebühren sind solange zahlbar, bis die Bestimmungen für die Eintragung von Handelsmarken und Patente in Kraft kommen; sie werden dann Änderungen unterworfen sein, die von jenen Bestimmungen vorgeschrieben werden.

L. A. Lyall
Zolldirektor.

Zollamt Schanghai, den 24. Juni 1919.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang 15. September 1919 No. 8

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums
In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Entschädigung der China-Deutschen.

Von Generalsekretär Dr. Max Linde.

Auf den das obige Thema behandelnden Artikel in Nr. 7 der „Mitteilungen" gestatte ich mir folgendes zu erwidern:

Die Entschädigungsfrage ist für alle Auslandsdeutschen eine der brennendsten Angelegenheiten, denn von ihrer Lösung wird es zum großen Teile abhängen, ob, wann und wie rasch sie in der Lage sein werden, ihre mehr oder weniger vernichteten Existenzen wieder aufzubauen. Schon lange bevor die China-Deutschen repatriiert wurden, hatten sich die in Deutschland lebenden Vertriebenen aus anderen Ländern (England, Frankreich, Rußland, Belgien usw.) zu Flüchtlingsausschüssen zusammengeschlossen, aus deren Vertretern später der „Rat der Auslandsdeutschen" gebildet wurde, an dessen Spitze Konsul Peter aus England, der jetzige Vorsitzende des „Bundes der Auslanddeutschen", stand. Der Rat der Auslandsdeutschen hat von allem Anfange an der Entschädigungsfrage das lebhafteste Interesse entgegengebracht, und wenn heute bei Regierung und Parlament die außerordentliche Bedeutung dieser Angelegenheit, nicht nur für den einzelnen Auslandsdeutschen, sondern für den Wiederaufbau des deutschen Außenhandels überhaupt, anerkannt wird, so ist das zu einem hervorragenden Teile das Verdienst des „Rates der Auslandsdeutschen". In ungezählten Eingaben, sowie Besprechungen mit amtlichen Vertretern und Vertretern aller Parteien hat der R. d. A. sich unausgesetzt dafür eingesetzt, daß die Entschädigungsfrage eine Lösung erfährt, auf die die Auslandsdeutschen angesichts der trostlosen Lage, in der sich Viele von ihnen befinden, einen gerechten Anspruch haben.

Bevor im Mai und Juni die China-Deutschen nach hier zurückkehrten, wurden in Hamburg, Bremen und Berlin in Verbindung mit dem Ostasiatischen Verein bezw. dem Deutsch-Chinesischen Verbande Hilfsausschüsse gebildet, die untereinander in engstem Einvernehmen stehen.

Soweit der in Berlin gebildete Hilfsausschuß, dem ich angehöre, in Frage kommt, hat er sich zwei Aufgaben gestellt:

a) in Verbindung mit dem Hilfsausschuß des Ostasiatischen Vereins in Hamburg aus dem gesammelten „Hilfsfonds" und in Verbindung mit der „Allgemeinen Darlehnskasse für aus Feindesland vertriebene Reichsdeutsche" finanziell zu helfen, wo es notwendig ist;

b) die Interessen der China-Deutschen in Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verbande in allen übrigen Beziehungen wahrzunehmen.

Was die finanzielle Tätigkeit anlangt, so sind im Laufe der letzten Monate viele tausend Mark als Unterstützungen aus dem eigenen „Hilfsfonds", und namentlich in der Form von Darlehen seitens der „Allgemeinen Darlehnskasse" an China-Deutsche gezahlt worden. In jedem Einzelfalle sind die Anträge, die an das Berliner Hilfskomitee, den Deutsch-Chinesischen

Verband, an mich persönlich oder an welche Stelle sonst gerichtet worden sind, geprüft und, soweit es die Verhältnisse gestatteten, zustimmend entschieden worden. Und es drängt mich, hier insbesondere auf die außerordentlich segensreiche Tätigkeit der „Allgemeinen Darlehnskasse für aus Feindesland vertriebene Reichsdeutsche" hinzuweisen, die jederzeit in der entgegenkommendsten Weise alle Anträge, die wir ihr aus dem Kreise der China-Deutschen vorgelegt haben, behandelt hat. Naturgemäß hat ihre Tätigkeit Grenzen. Sie ist nicht dazu da, im einzelnen Falle einem Antragsteller M. 10000,—, 20000,— oder mehr, was nicht selten beantragt wurde, zu zahlen. Sie kann nur Darlehen kleineren Umfanges gewähren, deren Zweck ist, den Zurückgekehrten den finanziellen Rückhalt zu bieten, den sie gebrauchen, um hier ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, die notwendigsten Garderobenstücke anzuschaffen usw. Innerhalb dieses Rahmens aber erfüllt die Allgemeine Darlehnskasse ihre Aufgabe durchaus, was mir eine große Zahl von Dankesbriefen aus den Kreisen der China-Deutschen bezeugen. Soviel über die finanzielle Frage.

Was die zweite Angelegenheit, insbesondere die Entschädigungsfrage angeht, so möchte ich darauf folgendes sagen.

Nach Rückkehr der China-Deutschen hat Herr Konsul Peter mich als Mitglied des Berliner Hilfskomitees aufgefordert, dem „Rat der Auslandsdeutschen" beizutreten. Ich habe dem Ersuchen, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Hilfskomitees, Herrn N i c l a s s e n, entsprochen, um Gelegenheit zu haben, gerade auch die Interessen der sogenannten „kleinen Leute, wie Lehrer, Maschinisten, Seezollbeamten, Lotsen, Handwerker, kleiner Ladeninhaber", wie es in dem Artikel in Nummer 7 der „Mitteilungen" heißt, wahrnehmen und mich über den Stand der für die Auslandsdeutschen brennenden Fragen unterrichten zu können. Unter diesen brennenden Fragen hat, solange ich aus eigener Erfahrung im R. d. A. sprechen kann, die Entschädigungsfrage den ersten Platz eingenommen, und wie er in dieser Hinsicht gearbeitet hat, vermag nur der zu beurteilen, der seinen Verhandlungen beiwohnen konnte.

Daß es trotz dieser Arbeit an Klagen darüber nicht gefehlt hat, daß „nichts erreicht werde", ist angesichts der Notlage vieler Auslandsdeutscher nur verständlich. Tatsache ist auch, daß nur sehr zögernd und schrittweise etwas erreicht wurde. Aber das lag nicht am „Rat der Auslandsdeutschen", sondern das lag u. a. daran,

1. daß die ganze Entschädigungsfrage mit ihren Vorkriegs- und Nachkriegswerten, Vorkriegs- und Nachkriegskursen usw., wie jeder weiß, der sich mit ihr beschäftigt hat, recht verwickelt und kompliziert ist;

2. daß das Interesse für die Lage der Auslandsdeutschen und die Notwendigkeit ihrer Entschädigung teilweise erst geweckt werden mußte;

3. daß die Finanzen des Reiches sich in traurigster Verfassung befinden, ein Umstand, der angesichts der Milliarden, die für die Entschädigungen notwendig sind, gewiß nicht aus dem Auge verloren werden darf;

4. daß die Friedensverhandlungen und vielfachen Schwierigkeiten innerhalb des Deutschen Reiches das Interesse der amtlichen Kreise absorbierten usw.

Endlich ist es diesen und anderen Umständen zum Trotz in der allerletzten Zeit gelungen, die Entschädigungsfrage zwar noch nicht endgiltig zu lösen, aber ihrer Lösung näherzubringen, sodaß die Auslandsdeutschen, und mit ihnen auch die China-Deutschen, in Bälde etwas klarer als bisher in die Zukunft sehen können. Wie ist die Situation im Augenblick?

Das Wichtigste und Wesentliche ist die grundsätzliche Bereitwilligkeit des Reiches, zu entschädigen. Die Nationalversammlung hat, bevor sie Weimar verließ, noch als eine ihrer letzten Taten den Betrag von 30 Milliarden für Entschädigungen und Enteignungen

bewilligt. Von diesen 30 Milliarden soll zunächst eine Milliarde zur Gewährung einer Vorentschädigung an die Auslandsdeutschen verwendet werden.

Über die Art der Verwendung dieser Milliarden finden zurzeit noch Verhandlungen statt. Es sind „Richtlinien" im Entwurf ausgearbeitet worden, die den Kreis der Entschädigungsberechtigten umgrenzen, die Anmeldung der Ansprüche regeln, die Organe für die Prüfung der Anmeldungen bestimmen, den zu zahlenden Prozentsatz der als berechtigt anerkannten Ansprüche feststellen usw. usw. Diese für die Auszahlung der Vorentschädigung zugrunde zu legenden „Richtlinien" liegen zurzeit dem Reichskabinett zur Stellungnahme und Beschlußfassung vor. Sobald eine Entscheidung über sie getroffen ist, werden sie veröffentlicht werden. Daraufhin wird die für die Anmeldung und Prüfung der Ansprüche erforderliche Organisation zu schaffen sein. Es ist in Aussicht genommen, diese Organe in engster Verbindung mit den Auslandsdeutschen selber zu schaffen. Nachdem vor kurzem der „Rat der Auslandsdeutschen" mit dem früher neben ihm bestehenden „Reichsverband der Auslandsdeutschen" zu dem „Bunde der Auslandsdeutschen" zusammengeschlossen worden ist, soll dieser, als die Zentralstelle sämtlicher Auslandsdeutschen, in hervorragender Weise an der weiteren praktischen Durchführung der Entschädigungsfrage beteiligt werden.

Dieses alles ist im Werden, und da jedermann, der sich mit diesen Dingen beschäftigt hat, weiß, daß größte Beschleunigung dringend notwendig ist, so werden die Vorbereitungen mit der gebotenen Eile betrieben. Es kann daher damit gerechnet werden, daß in etwa 4 Monaten mit der Auszahlung der ersten Entschädigungen begonnen werden kann.

Es sei betont, daß es sich bei den auf Grund der bewilligten Milliarde zu zahlenden Entschädigungen lediglich um eine Vorentschädigung, eine Art Vorschuß, in Höhe eines gewissen Prozentsatzes auf die angemeldeten und anerkannten Ansprüche handelt, dagegen noch nicht um die eigentliche und entgültige Entschädigung. In d i e s e r Hinsicht wird unablässig weiter zu arbeiten sein, um die mannigfachen, noch zu erledigenden Fragen zufriedenstellend zu lösen, als da sind: zugrunde zu legende Werte, Valuta, Kurse, Ausdehnung der Entschädigung auf Personenkategorien, die keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung haben, sondern nur Billigkeitsgründe geltend machen können usw.

Sobald die „Richtlinien" eine endgültige Fassung erhalten haben, werden wir sie in den „Mitteilungen für China-Deutsche" veröffentlichen.

Bisher handelte es sich darum, die ganze Angelegenheit in prinzipiellem Sinne zu erörtern und zu behandeln; es handelte sich um die Auslandsdeutschen und ihre Entschädigung schlechthin. In Zukunft handelt es sich um die Entschädigung e i n z e l n e r Auslandsdeutscher b e s t i m m t e r Länder. Nachdem die „Richtlinien" vorliegen, werden daher auch soweit die China-Deutschen in Frage kommen, die für die praktische Durchführung der Entschädigungsansprüche notwendige Vorkehrungen geschaffen werden müssen. Auch in dieser Hinsicht wird nicht verfehlt werden, das Erforderliche rechtzeitig zu veranlassen. Einstweilen werde ich, wie bisher im „Rate der Auslandsdeutschen", nunmehr im Vorstande des „Bundes der Auslandsdeutschen" und als Mitglied seines Entschädigungsausschusses weiterhin mitarbeiten, um die Interessen der China-Deutschen wahrzunehmen.

Ich möchte zur Vermeidung von Mißverständnissen noch hinzufügen, daß die vorstehenden Ausführungen nicht die Frage der Entschädigung der liquidierten deutschen Firmen in China betreffen. Diese Seite der Entschädigungsfrage steht auf einem ganz anderen Blatte. Aber wenn ich den Herrn Einsender des Artikels in No. 7 der „Mitteilungen" recht verstanden habe, war ihm an einer Erörterung der Frage, soweit es sich n i c h t um Firmen handelt, gelegen.

Die Lage in China.

Nachdem vor einigen Wochen die Friedensverhandlungen zwischen Nord und Süd in Schanghai abgebrochen werden mußten, weil keine Partei zu Vergleichen bereit war, wird nun von Neuem eine Verständigung versucht. An Stelle des Führers der nordchinesischen Abordnung Dschu-Dschi-djen ist Wang-Yi-dang getreten. Wang ist Führer der Anfu-Partei, der es seit seiner vor Jahresfrist erfolgten Gründung gelungen ist, sich zu einer ausschlaggebenden Parlamentspartei zu entwickeln. In Duan-Dschi-jui und seinem Anhang hat der Anfu-Club eine starke Stütze. Wang-Yi-dang ist von der Pekinger Regierung mit besonderen Vollmachten ausgestattet worden.

Seit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Dsien-Neng-hsün ist ein Provisorium geschaffen worden, indem der Finanzminister Kung-Hsin-dschang mit dem Vorsitz im Ministerrat beauftragt wurde. Kung hatte sich bereit erklärt, die Vertretung für zehn Tage zu übernehmen. Bis Mitte August war jedoch ein neuer Ministerpräsident noch nicht ernannt. Neben dem derzeitigen Ackerbauminister Dien-Wen-lieh hat Dschou-Schu-mu die meiste Aussicht, Ministerpräsident zu werden. Dschou ist ein Vertrauensmann des Präsidenten Hsi-Schi-dschang; als dieser Generalgouverneur der Mandschurei war, gehörte Dschou seinem Stabe als Ratgeber an; später wurde er Gouverneur einer der „drei östlichen Provinzen". Ein Ministerium Dschou-Schu-mu würde ein Übergangskabinett sein. Der Anfu-Klub hält offenbar die Zeit noch nicht für gekommen, seine Männer in führende Stellen der Verwaltung zu schicken, da er japanfreundliche Tendenzen verfolgt und ein Anfu-Kabinett im Hinblick auf die wegen der Schantungfrage erregte Volksstimmung einen schweren Stand haben würde. Duan-Dschi-jui, den man wohl als den kommenden Mann in China anzusehen haben wird, hält sich aus demselben Grunde zurück; auch er will sich nicht verbrauchen, solange die Volksstimmung gegen Japan anhält und die Gegensätze zwischen Nord und Süd noch nicht überbrückt sind. Duan hat im Süden keine großen Sympathien und ist hauptsächlich für die Radikalen ein rotes Tuch, denn sie erblicken in ihm einen Vertreter des „Militarismus." Duan ist aber einer der wenigen Männer in China, die eine gewisse staatsmännische Gewandtheit haben, die Interesssen des Staates nach innen und außen wahrzunehmen. Er erblickt in Yuan-Schi-kai sein staatsmännisches Vorbild und er versuchte als Ministerpräsident in dessen Rahmen zu wandeln. In der auswärtigen Politik sucht er zweifellos eine Verständigung mit Japan. Duan-Dschi-jui bekleidet zur Zeit kein öffentliches Amt. Er ist ein leidenschaftlicher Schachspieler und maß sich vor Jahresfrist mit einem japanischen Lasker. Unauffällig verschiebt er seine Figuren auf dem großen Schachbrett der Politik und eines Tages wird er die innerpolitische Lage derart umgemodelt haben, dass er als Ministerpräsident ins Kabinett und später als Staatschef in den Präsidialpalast einziehen kann.

F. S.

Stimmen über Ostasien.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt W. v. Knorr über die chinesische Frage:

Der ständige Bürgerkrieg, der die junge Republik seit dem Sturze der Mandschu-Dynastie ununterbrochen zerfleischt, hat allerdings die Regierungskassen so erschöpft, daß ohne auswärtige Anleihen die Wiederherstellung der Ordnung im Innern fast unmöglich erscheint. Deshalb wird sich das Land vorläufig nur schwer den Finanzfesseln Englands und Amerikas, denen es immer neue Staatseinnahmen verpfänden muß, entziehen können.

Bei der chaotischen inneren Entwicklung, die China in den Kriegsjahren — und nicht zum wenigsten um der Frage der Kriegserklärung an Deutschland willen — genommen hat, mag es überhaupt fraglich erscheinen, ob die Reichseinheit noch Dauer haben kann. Die an der Schaffung von Interessensphären in China interessierten Mächte dürften jedenfalls nur noch bedingten Wert auf sie legen. So ist China heute fast ein Spiegelbild unserer eignen, an Selbstmord grenzenden Verhältnisse.

Unter dem Zwang der schlechten Finanzlage ist auch hauptsächlich die Schadenersatzforderung zu verstehen, die China angeblich noch an Deutschland richten wird. Sie soll etwa 400 Millionen mexikan. Dollar betragen und sieht selbst Entschädigung für die an der Westfront usw. und infolge Schiffsversenkungen umgekommenen, von der Entente angeworbenen Arbeiter mit dem Einheitssatz von 1000 Dollar pro Kopf vor.

Interessant ist, daß die chinesische Regierung neuerdings die Energie aufbringen will, einen Teil der Regierungstruppen im „Grenzschutz Nord", d. h. in der Mongolei zu verwenden. Teils, um angeblichen russisch-japanischen Festsetzungsbestrebungen dort zu begegnen, teils um die fortgesetzten Rekrutierungen der russischen Bolschiwisten-Armee aus diesen Grenzländern zu unterbinden — was immerhin noch eine ganz verdienstvolle Aufgabe wäre in Anbetracht des Umstandes, daß wir möglicherweise sonst noch das zweifelhafte Vergnügen haben könnten, im Laufe der politischen Entwicklung bei uns diese Gesellen auch noch eines Tages auf deutschen Fluren zu begrüßen.

Alles in allem erwecken die Nachrichten aus China das Gefühl, daß auch dort die Einführung der republikanischen Staatsform nur der schnelleren Staatsauflösung dient; daß die Republik an sich noch keinen Segen bedeutet.

Über die Schantung-Frage schreibt der „Berliner Börsen-Courier":

Japan beruft sich bei seinen Ansprüchen auf den mit China im Jahre 1915 abgeschlossenen Vertrage, der ihm ja tatsächlich, ebenso wie der Vertrag vom Jahre 1918, ausdrücklich alle bisher in deutschem Besitz gewesenen Rechte zusichert. Die chinesische Regierung behauptet nun demgegenüber, daß dieser Vertrag von Seiten Japans nur durch ein Ultimatum erzwungen sei und daß daher die Friedenskonferenz aus diesen Verträgen also keinerlei Rechte für Japan hätte herleiten dürfen. Die Friedenskonferenz war aber tatsächlich nicht in der Lage, die Ansprüche Japans auf die deutschen Rechte in Kiautschou abzulehnen. England und Frankreich hatten sich sogar Japan gegenüber verpflichtet, diese Ansprüche beim Friedensschlusse zu vertreten, wogegen Japan sich bereit erklärte, seine Einwilligung zu Chinas Eintritt in den Weltkrieg zu geben. Denn ohne diese ausdrückliche Zustimmung hätte die Regierung in Peking dem Drängen der Alliierten zur Kriegserklärung an Deutschland nicht nachgeben können. Lediglich nur von seiten Amerikas hätte also China auf eine Unterstützung in seinem Verlangen, nach Rückgabe des deutschen Pachtgebietes, rechnen können. Wollte Wilson seinen für den Friedensvertrag aufgestellten Grundsätzen treu bleiben, dann mußte er Chinas Standpunkt als berechtigt anerkennen. Aber Japan hatte es damals verstanden, Wilsons Zugeständnis in der Schantungfrage durch ein Kompromiß in der Rassenfrage zu erreichen. Die von Amerika, mit Unterstützung Englands, verweigerte Anerkennung der Gleichberechtigung im Völkerbund führte, wie erinnerlich, zu einem Konflikt auf der Friedenskonferenz, bei dem Japan mit der Verweigerung seiner Unterschrift unter den Friedensvertrag drohte. Wilson stimmte, um Japans Austritt aus der Friedenskonferenz zu verhindern, daher der Übertragung der deutschen Rechte in der Provinz Schantung an Japan zu, wofür dieses auf die Gleichberechtigung im Völkerbund verzichtete.

Damit war Chinas Schicksal entschieden. Die Regierung in Peking steht mithin vollkommen allein den verbündeten Großmächten gegenüber Ob sie nun den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet oder nicht, wird somit auf die Entscheidung in der Schantungfrage ohne jeden Einfluß bleiben. Japan wird verhandeln, wie es der Botschafter in London angekündigt hat. Es kann sich dabei aber auf die ihm durch den Friedensvertrag ohne jeden Vorbehalt übertragenen Rechte an das deutsche Pachtgebiet berufen. Das Verhandeln wird infolgedessen wohl lediglich nur darin bestehen, daß es alsdann China seinen Willen diktiert.

Handels- und Industrienachrichten.

Neue Unternehmungen in China.

In Schanghai ist die Sung-Fuh-Yüe Schiffsbau-Gesellschaft gegründet worden; es sind 15 Morgen Land angekauft worden, auf denen die Werft errichtet werden soll. Es heißt, daß japanisches Kapital hinter dem Unternehmen steht.

Die Shanghai Tramway Co. hat die Errichtung einer eigenen Wagenbauanstalt beschlossen.

Drahtlose Telegraphie in China.

Nach einer Meldung der „North China Daily News" wurde am 24. Mai zwischen der chinesischen Regierung und der Marconi-Gesellschaft ein Vertrag unterzeichnet, der die Gründung einer „national-chinesischen" Gesellschaft für drahtlose Telegraphie vorsieht. Das Aktienkapital beträgt 700 000 Pfund Sterling. Es ist geplant, in Schanghai eine Fabrik zur Herstellung funkentelegraphischer Apparate einzurichten. In Tientsin oder Peking soll eine Ausbesserungswerkstätte errichtet werden.

Aktiengesellschaften.

Moutrie & Co. Ltd., Schanghai, verteilen eine Dividende von 10 v. H. und einen besonderen Bonus in Höhe von 1,— Dollar auf die Aktie. Auf neue Rechnung wurden 15 767 Dollar vorgetragen.

Honkong und der deutsche Handel.

Ein Reutertelegramm meldet unterm 9. August aus Hongkong: „Auf Anweisung des Staatssekretärs für die Kolonien gewährt die Honkonger Regierung bedingungsweise Licenzen für den Handel mit Deutschland und Deutsch-Österreich."

China als Absatzgebiet für Strickmaschinen.

In einem amerikanischen Konsulatsbericht wird auf die Aussichten hingewiesen, die sich dem Absatz von Strickmaschinen in China eröffnen. Eine chinesische Arbeiterin strickt mit Maschinen achtzehn Paar Strümpfe täglich gegen einen Tagelohn von 30 Cents.

Amerikanische Schiffahrt im Stillen Ozean.

Die Robert Dollar Company plant den Bau von zehn Schiffen mit je 12 000 Tonnen Raumgehalt. Die Dampfer sollen dem Passagier- und Frachtverkehr zwischen San Franzisko, Hongkong, Manila, Singapore und Java dienen.

Kongreß der Ingenieure in Java.

Im Mai 1920 wird in Batavia ein allgemeiner Ingenieurkongreß abgehalten. Die Verhandlungen werden in holländischer und englischer Sprache geführt.

Bekämpfung des Tabakgenusses in China.

Die chinesische Regierung tritt dem Überhandnehmen des Tabakgenusses nachdrücklich entgegen. Es wurde eine Verordnung erlassen, wonach Jünglingen oder Mädchen unter 18 Jahren das Rauchen verboten ist; ferner darf im Heer und in der Marine, sowie auf Schulen und Hochschulen nicht geraucht werden. (In China wurden in einem Jahre 7000 Millionen Stück Zigaretten abgesetzt. Seit 1915 hat sich die Zigaretteneinfuhr nach China verzehnfacht.)

Der Rubel in Harbin.

Ein Mitarbeiter der „North China Daily News" entwirft ein trauriges Bild von den Geldverhältnissen auf dem Harbiner Markt, wo eine Panik die andere ablöst. Die chinesischen und japanischen Händler weigern sich, Kerenski-Noten anzuerkennen. Die chinesischen Geldwechsler wechseln jedoch die Noten ein; sie zahlen dreizehn bis vierzehn Rubel für eine 20 Rubel-Kerenski-Note.

Farbstoffindustrie in Japan.

Nach einer amtlichen japanischen Feststellung sind in der japanischen Farbstoffindustrie insgesamt 6,4 Millionen Yen Kapital angelegt. Vor dem Kriege wurden für 9 Millionen Yen Farbstoffe eingeführt, darunter für 1,5 Millionen Yen künstlicher Indigo. Sechzig vom Hundert der früheren Farbstoffeinfuhr kann jetzt durch die japanische Erzeugung gedeckt werden.

Vom ostasiatischen Frachtgeschäft.

Nach einem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Yokohama sind am 1. Juli ds. Js. neue Frachtraten im pazifischen Verkehr in Kraft getreten. Die Fracht für allgemeine Ladung beträgt 9 Golddollar die Tonne. Für Getreide ist die Rate von 5 auf 7, und für Öle von 5 auf 7,50 Golddollar erhöht worden. Die Taio Kaiun Kaihscha verschifft allgemeine Ladung nach Australien für 5 Yen die Tonne. Im Japan-Javaverkehr beträgt die Rate 14 Yen. Im Chartermarkt werden 12,50 bis 14,50 für die Tonne bezahlt.

Die chinesische Ausfuhr im Jahre 1918.

Der Jahresbericht der chinesischen Seezollverwaltung gibt von dem Ausfuhrhandel 1918 folgendes Bild. Die in Klammern angegebenen Wertbeträge sind die Zahlen für das Vorjahr:

	Piculs (Mill.)	Haikuan Taels (Mill.)	
Bohnenkuchen	16,4	29,9	(23,8)
Bohnen (gelbe)	6,4	14,3	(15,3)
Rohbaumwolle	1,3	37,9	(20,0)
Zinn	0,15	11,0	(12,2)
Bohnenöl	2,3	25,0	(18,2)
Seide	0,4	106,3	(106,2)
Tee	0,4	14,1	(29,1)
Schafwolle	0,3	10,3	(10,5)
Felle und Häute	0,4	13,5	(17,4)
Antimon	0,3	2,3	(6,3)
Kupfer	0,04	0,8	(10,0)

Silber.

Der in London erscheinende „London and China Telegraph" schreibt in seiner Ausgabe vom 18. August über den Silberpreis:

„Man muß etwa 45 Jahre zurückgehen, um den Barpreis des Silbers auf einen so hohen Stand zu finden, den er augenblicklich inne hat. Der Grund für diesen hohen Stand, der auf dem Geldmarkt des Fernen Ostens eine große Aufregung und Verwirrung hervorruft, ist durchaus einleuchtend, jedoch eine Abhilfe nicht so leicht zu finden. Der Wohlstand Indiens und anderer Staaten des Fernen Ostens, ein Ergebnis des Krieges, hat ein bedeutendes Wachsen des im Umlauf befindlichen Geldes hervorgebracht, das in der Hauptsache, auf Silber beruht. Zu gleicher Zeit, zum größten Teil als ein Ergebnis der mexikanischen Revolution, ist die Welterzeugung von Silber in einem außerordentlichem Umfange gefallen. Gleichzeitig ist auch die Silbererzeugung der Vereinigten Staaten bedeutend gesunken. Die letzten Nachrichten aus China deuten auf weitere Aufkäufe von Silber auf diesem Markt hin und wenn der Preis auch in der nächsten Zeit etwas hin- und herschwanken sollte, so glauben maßgebende Kreise doch an eine Silberknappheit für eine lange Zeit.

Neue Baumwollspinnerei bei Hankou.

Wie wir dem „Eastern Engineering" entnehmen, soll in Wutschang (gegenüber von Hankou) eine Baumwollspinnerei errichtet werden, die eine der größten in China sein wird. Die Maschinen werden englischen und amerikanischen Ursprungs sein. Es sind über 1000 Webstühle und 40 000 Spindeln vorgesehen. Die Bauausführung wird unter europäischer Aufsicht erfolgen.

Der Aufschwung Dairens.

Der „London and China Telegraph" macht die Feststellung, daß Dairen, was seinen direkten Außenhandel anlangt, an zweiter Stelle der Vertragshäfen steht; Dairen kommt in dieser Beziehung gleich nach Shanghai. Im Gesamthandel steht Dairen an vierter Stelle.

Sprechsaal.

Zur Entschädigung der China-Deutschen.

Herr K. Blickle schreibt uns:

„Die Veröffentlichung „Entschädigung der China-Deutschen" in der letzten Nummer der „Mitteilungen für China-Deutsche" sowie die Anzahl der bei mir einlaufenden Briefe und Anfragen veranlassen mich zu folgender Erklärung:

Aus all' diesen Schriftsachen geht hervor, daß wieder mal zu viel geplaudert und kein Erfolg erzielt wird, wie dies ja im jetzigen Deutschland leider, leider überall der Fall ist. Man will ohne Zweifel allenthalben das beste, nämlich zur Klärung der verworrenen Verhältnisse beitragen, doch kann dies durch die größten Anstrengungen einzelner, gerade wegen der Zersplitterung nicht erreicht werden. Mir scheint, daß es nur einen Weg gibt, einen Fortschritt zu erzielen und zwar den, daß sich die China-Deutschen, d. h. nur diejenigen, welche den Mut behielten, von neuem wieder Pioniere für Deutschlands zukünftige Größe zu sein, zu einem Bunde zusammen schließen, der unserer unbeholfenen, allerdings auch mit ungeheuren Schwierigkeiten kämpfenden Regierung mit Vorarbeiten und Rat und Tat zur Zeite stehen soll. Es gibt, wie wiederholt gezeigt wurde

unter uns China-Deutschen wahrhaftig Leute genug, die etwas Positives schaffen werden, wenn man ihnen Gelegenheit dazu geben würde.

In diesem Bunde sollen hauptsächlich erfahrene, mit den chinesischen Verhältnissen eingehend vertraute Kaufleute, Ingenieure, die Deutsche Medizin- und Ingenieurschule, aber auch die früheren chinesischen Zollbeamten und der kleinere Bürgerstand vertreten sein.

Der Bund sollte durch den Deutsch-Chinesischen Verband ins Leben gerufen werden, der auch das Deutsche Ausland Institut, Stuttgart, sowie die Hansa-Handelskammern zur Mitarbeit auffordern sollte. Dem „Deutsch-Chinesischen Verband" habe ich diese Idee bereits unterbreitet."

Dazu schreibt uns Generalsekretär Dr. Max Linde:

Die von Herrn K. Blickle in vorstehenden Ausführungen gegebene Anregung ist beim Deutsch-Chinesischen Verbande eingegangen. Ich gestatte mir folgendes darauf zu erwidern:

1. Die Annahme von Herrn Blickle, daß kein Erfolg erreicht sei, trifft, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, nicht zu. Es steht heute eine Milliarde zur Verfügung, mit deren Auszahlung in wenigen Monaten begonnen wird.

2. Wenn ich oben auch nur von der Unterstützungs- und Entschädigungsfrage gesprochen habe, so versteht es sich doch von selbst, daß auch alle übrigen, die China-Deutschen betreffenden Angelegenheiten (zum Beispiel Rückkehr nach China, Rückbeförderung des Gepäcks nach Deutschland usw.) den Deutsch-Chinesischen Verband beschäftigen. Ich halte es nur nicht für zweckmäßig, über diese Dinge dauernd Veröffentlichungen zu bringen, solange irgendwelche endgiltigen Entscheidungen nicht getroffen sind.

3. Die Anregung des Herrn Blickle wegen des Zusammenschlusses der nach China rückkehrenden Deutschen trifft sich mit bereits eingeleiteten Vorarbeiten. Veranlaßt durch die mir in ihrem Entwurfe bekannten „Richtlinien" und die kürzlich erfolgte Gründung des „Bundes der Auslandsdeutschen" habe ich bereits Vorschläge in der von Herrn Blickle gewünschten Richtung ausgearbeitet. Diese Vorschläge werde ich dem Vorstande des Deutsch-Chinesischen Verbandes in seiner alsbald nach der „Ostasiaten-Woche" stattfindenden Sitzung unterbreiten, der darüber zu entscheiden haben wird. Die erforderlichen Maßnahmen werden alsdann ungesäumt in die Wege geleitet werden.

Ma Tsüo Pai.

Herr H. Dietrich schreibt uns:

Der Sprechsaal-Artikel des Herrn E. Lichtenstein in Nr. 6 der „Mitteilungen" zwingt mich zu folgender Entgegnung:

1. Herr A. Jung erklärte mir s. Zt. in Gegenwart des Herrn E. Schönwald, daß er seine Aufzeichnungen dem Herrn Lichtenstein für dessen beabsichtigte Herausgabe der „Beschreibung und Spielregeln zum Ma chiao pai" überlassen habe. Ich gab also nur das wieder, was ich von Herrn Jung selbst wußte.

2. Wenn Herrn Lichtenstein chinesische Lehrbücher des Spiels nicht bekannt sind, so ist das noch kein Beweis, daß solche — und zwar sehr ausführliche — tatsächlich existieren und im Buchhandel Chinas zu haben sind. Ich bin noch jetzt im Besitze zweier verschiedener Ausgaben, nach deren Übersetzung das von mir gemeinsam mit Herrn E. Schönwald verfaßte Lehrheftchen bearbeitet wurde.

3. Daß die Ausgabe des Herrn E. Lichtenstein den deutschen Kriegsgefangenen in Japan gewidmet war, habe ich in meinem Artikel in Nr. 3 dieses Blattes bereits erwähnt. Die Druckkosten dieser Ausgabe haben einige bekannte Schanghaier Spender übernommen.

4. Unser Buch war nicht das einzige, welches im Buchhandel erschienen ist; auch die „Vorschläge zur einheitlichen Verrechnung" des Herrn Blickle waren bei Max Nößler & Co., Schanghai käuflich."

(Mit obigem Artikel schließen wir die Erörterung über das Dominospiel. Die Schriftleitung.)

Personalnachrichten.

Cunow. Wie uns Herr Georg Cunow (Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W, mitteilt, wird er sich als Mitglied einer Kommission nach Wladiwostok begeben, die den Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien leitet.

Schidehara. Der japanische Vizeminister des Auswärtigen Schidehara ist zum Botschafter in Washington ernannt worden.

Figge. Dem Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank in Schanghai H. Figge ist das Eiserne Kreuz am schwarzweißen Bande verliehen worden.

Adressennachweis.

Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

Hauptmann Schulz i./Fa. Carlowitz & Co. Tientsin. Donaueschingen Schwarzwald, Max Egonstraße oder Rostock i./Mecklenburg per Adresse: Landgerichtspräsident Schult.

Alfred Ecke, Zugführer, IV. Compagnie Durchgangslager Münster (Lager), Hannover.

F. Kamm, Görlitz, Sechsstädteplatz 5.

F. H. Boss, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 46 I.

H. H. Richter, Reichsverwertungsamt Düsseldorf.

C. Fink und Familie, Berlin W, 50 Passauerstr. 17, Fernsprecher: Steinplatz 8271.

Gewünscht werden die Anschriften von Frau Major Dinkelmann, Frau Pabst und Frau Ingenieur Hartmann. Gefl. Zuschriften zu richten an Dr. med Höfling, Halle a. S. Prinzenstr. 11.

Aufsätze über Ostasien.

„Deutschlands Stellung auf dem chinesischen Markt" von Fritz Secker in der „Deutschen Zeitung" vom 5. September, No. 409.

R. Kunze, Tokio: „Die gelbe Gefahr", „Alldeutsche Blätter", 30. August.

Dr Albrecht Wirth: „Warum Japan Mexiko umwirbt", „Leipziger Neueste Nachrichten", 27. August, Nr. 224.

„Von der japanischen Seidenindustrie", „Der Konfektionär", 28. August, Nr. 19.

Achter Deutsch-Chinesischer Abend.

Der am 3. September im Muschelsaal des Restaurants Rheingold in Berlin veranstaltete achte Deutsch-Chinesische Abend war wiederum ein voller Erfolg. Der 250 Personen fassende Saal war auf den letzten Platz besetzt. Der Generalsekretär des Verbands, Dr. Linde, machte einige Angaben über die auf Anregung von Geheimrat Conrad v. Borsig geplante Ostasiaten-Woche und berichtete im Anschluß daran über den Stand der Entschädigungsfrage. Für den Zusammenhalt und den Optimismus des China-Deutschtums war der harmonische Verlauf des Abends wiederum ein Beweis.

Heimkehr aus Australien.

Über die Ankunft des australischen Transports „Kursk" entnehmen wir den „Mitteilungen des Deutschen Ausland-Instituts":

Unter den in Hamburg angekommenen Deutschen befanden sich 80 Mann vom ehemaligen Kreuzer „Emden" und achtzig Tsingtau-Deutsche. Auf dem recht verschmutzten Dampfer „Kursk", auf dem sie befördert wurden, wütete die Influenza und die Lungenpest. 380 Kranke, darunter 100 Frauen, lagen darnieder, die Besatzung war unfähig, Abhilfe zu schaffen. Da bewährte sich das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl und deutsche Selbsthilfe. Trotzdem starben 19 Mann. Keine Flagge auf Halbmast kündete ihren Tod, kein Geistlicher sprach ein Wort, der Kapitän ließ nicht einmal, wie das sonst üblich, das Schiff stoppen. 26 Schwerkranke mußten in Durban ausgeschifft werden, über deren Schicksal nichts mehr zu erfahren war. Die Beköstigung an Bord war herzlich schlecht, Fischkonserven und Keks waren nur für teures Geld zu haben. Selbst für das Einpacken der Leichen in grobes Sacktuch-Material mußten je 15 Schilling bezahlt werden.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise, die am 1. Oktober im Fernverkehr in Kraft treten, bedeuten eine außerordentlich hohe Neubelastung des Wirtschaftslebens. Die neuen Fahrpreise zwischen Berlin und einer Reihe der wichtigsten Städte Deutschlands betragen dann: Berlin—Aachen 77,60 (2 Klasse), 46,80 (3.), Basel 106,40 (2.), 64,20 (3.), Köln 69,20 (2.), 41,90 (3.), Frankfurt a. M. 73,40 (2.), 44,40 (3.), Hamburg 35,— (2.), 21,20 (3.), Hannover 31,20 (2.), 18,50 (3.), Königsberg 68,40 (2.), 43,20 (3.), Leipzig 20,— (2.), 12,20 (3.), München 58,30 (2.), 47,30 (3.), Stettin 16,20 (2.), 9,80 (3.). Diese Fahrpreise gelten für Personenzüge. Für Schnellzüge treten zu diesen Fahrpreisen noch die üblichen Schnellzugszuschläge, die gleichfalls erhöht worden sind. Die neuen erhöhten Schnellzugszuschläge betragen für Entfernungen bis zu 75 Kilometer (1. Zone) 3,— Mark in 1. und 2. Klasse, 1,50 Mark in 3. Klasse; für Enfernungen bis 150 Kilometer (2. Zone) 6,— Mark in 1. und 2. Klasse, 3,— Mark in 3. Klasse und endlich für Entfernungen über 150 Kilometer (3. Zone) 9,— Mark in 1. und 2. Klasse, und 4,50 Mark in 3. Klasse. Besonders zu beachten sind die neuen Mindestschnellzugsfahrpreise die in der 1. Klasse auf 25,50 Mark, in der 2. Klasse auf 15,— Mark und in der 3. Klasse auf 7,50 Mark festgesetzt worden sind.

Keine Pässe durch das Auswärtige Amt.

Die Paßstelle des Auswärtigen Amts macht darauf aufmerksam, daß Anträge von Privatpersonen auf Ausstellung eines Passes grundsätzlich an die zur Ausstellung von Pässen befugten inneren Behörden (Polizeipräsidium, Polizeiverwaltung, Landratsamt) zu richten sind, und daß sich die Antragssteller in ihrem eigensten Interesse um Verzögerung zu vermeiden, unmittelbar an diese Stelle und nicht an das Auswärtige Amt zu wenden haben. Was die Möglichkeit der Reise nach neutralen und feindlichen Ländern anlangt, so wird darauf hingewiesen, daß außer dem deutschen Paß und Sichtvermerk noch Sichtvermerk des Ziellandes und der etwaigen Durchgangsländer erforderlich ist, und daß nach den gegenwärtigen Verhältnissen die Einreiseerlaubnis in bisher feindliche Länder der Regel nach nicht erteilt wird.

Kurze Nachrichten.

Generalmajor Walter Barnadiston, der Oberbefehlshaber der britischen Truppen bei der Belagetung von Tsingtau, ist in England an den Folgen einer Operation im Alter von 61 Jahren gestorben.

Der amerikanische Ingenieur Brodie, der zur Zeit im Dienst der Siems Carey Co. Vermessungen am Kaiserkanal ausführt, hat festgestellt, daß Kai feng-fu, die Hauptstadt der Provinz Honan, 28 Fuß unter dem Wasserspiegel des Gelben Flusses und 62,332 Fuß über dem Meeresspiegel liegt. Der Hoangho fließt sechs Kilometer von Kaifeng vorüber.

W. Frederick, der den Neumannschen Betrieb in Schanghai gesteigert hatte, mußte auf eine Klage der Shanghai Land Investment Co. hin das Anwesen aufgeben, weil er vor dem Gemischten Gericht nicht einwandfrei nachweisen konnte. daß er amerikanischer Bürger sei.

In Schanghai sind drei neue chinesische Zeitungen wegen sozialistischer und bolschiwistischer Tendenzen geschlossen worden.

Am 26. Juni nahmen japanische Beamte ein genaues Inventarverzeichnis in der deutschen Botschaft in Tokio auf.

Sieben ehemalige deutsche Unterseeboote sind am 18. Juni in Jokosuka eingetroffen.

In Mukden ist eine Choleraepidemie ausgebrochen; sie fordert täglich 150 Opfer.

In der Nacht auf den 2. Juli brach im Kiangnan-Arsenal bei Schanghai ein Feuer aus. Verschiedene Explosionen fanden statt. Das Feuer wütete bis zum nächsten Morgen. Über den Umfang des Schadens liegen keine Einzelheiten vor.

Das Jansensche Anwesen in der Jessfield Road (Schanghai) soll in einen chinesischen Club umgewandelt werden.

Verschiedene deutsche Familien sonnen sich wieder in Peitaiho.

Reverend C. E. Darwent, zwanzig Jahre Pfarrer der Union-Kirche in Schanghai siedelt nach Tientsin über.

Aus zurückgekehrten, britischen Offizieren und Mannschaften soll in Schanghai eine besondere „Verteidungskompagnie" gebildet werden, die der Internationalen Polizei angegliedert wird.

Die Elektrizitätsgesellschaft in Hongkong mußte Maschinen aus Amerika einführen, weil die Verschiffungsmöglichkeiten von England zu ungünstig sind.

Der Internationale Stadtrat in Schanghai schreibt eine Anleihe von 3,4 Millionen Taels aus; die Ausgabe erfolgt zu 95, Zinsen 7 v. H., rückzahlbar 1929.

G. Passeri, eine aus den Tagen der Liquidierung der Deutsch-Asiatischen Bank in Schanghai bekannte Persönlichkeit, hat eine Geschäftsreise nach Kanada angetreten.

Die Hongkong and Shanghai Banking Corporation hat am 22. Juni ihre vorläufigen Amtsräume in das dortige Gebäude der Deutsch-Asiatischen Bank verlegt.

Chinesische Staatspapiere.

(Aus dem „London and China Telegraph" vom 18. August 1919).

Chines.	5 v. H. 1912	76	bis 78
„	5 „ „ 1896	89½	„ 90½
„	4½ v. H. 1898	80	„ 82
„	5 v. H. Tien.-Pukou	80	„ 82
„	5 „ „ „ (Zusatzanleihe)	82	„ 83
„	Schanghai Hangtschou	81	„ 83
„	Canton-Koulun	74½	„ 75
„	5 v. H. Hukuang	79	„ 80
„	Honan, 1905	80	„ 82
„	5 v. H. 1913	76	„ 77

Wir bitten die Abonnenten unserer Zeitschrift (Nichtmitglieder des Deutsch-Chinesischen Verbands) den neuen Vierteljahres-Beitrag in Höhe von 6,— Mk. einzusenden und sich beiliegender Zahlkarte zu bedienen.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste Nr. 5

der aus China Zurückgekehrten, die in der Zeit vom **7. August** bis **5. September 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

Max von Arend, z. Zt. Rittergut „Kloschenen", Post Friedland (Ostpreußen)
H. Behaghel, Arlesheim, Mattweg 337 (Baselland, Schweiz)
Max Eißner, Klosterbuch bei Leisnig in Sachsen
Dr. **Foethke,** Ostseebad Georgenswald (Ostpreußen), Villa Johanna
Hugo Friedel, Halberstadt, Spiegelstraße 59 I
C. Fuchs, Hittfeld bei Harburg, per Adresse: Dr. E. Hallier
J. Grodtmann, in Firma China Export & Import Bank Co., Hamburg, Glockengießerwall 15
Fritz Hellige, Freiburg i. Breisgau, Albertstraße 20
E. Knuth, Berlin, Wilhelmstraße 49 bei Fritzsche
G. Korndörfer, Halle a. d. Saale, Lindenstraße 70
M. Krebs, Dietesheim a. Main
Karl Kühn, per Adresse: Agfa, Berlin S.O. 36
H. Lehmann, Berlin S 59, Grimmstr. 17
Gervit Liebach, Oberleutnant a. D., Berlin-Wilmersdorf, Xantenerstraße 6 bei Beßling
M. Liebl, Frejung-Passau, Bayern
Lothar Marcks, Elberfeld, Varresbeckerstraße 135
O. Mattiat, Cöln/Lindenthal, Lindenthal-Gürtel 50
L. Müller, Leipzig, Kochstraße 23 parterre
H. Nellner, Westerhanderfehn (Ostfriesland)
C. Newel, Graach bei Berncastel, Bezirk Trier
Karl Nietsch, Berlin S.O. 33, Pfuelstraße 2 IV
Konsul Dr. **A. Nord,** Berlin S.W., Königgrätzerstraße 110 III
A. Günther Otho, Dresden-A., Münchenerstraße 5
Fritz Pankratz, Velbert/Rheinland, Poststraße 10
F. Parge, per Adresse: Herrn Spediteur Wille, Lüneburg, Am Werder 25
Hermann Pasche, Neukölln, Knesebeckstraße 80 I
Conrad Radunski, Wilhelmshaven, Roonstraße 128
M. Rathke, Memel, Litauerstraße 7 I
H. Reinhold, Freiberg i/Breisgau, Güntherthalstr. 80
Carl Riedel, Hannover, Prinzenstraße 13
Hans C. Rosatzin, Hamburg, Hofweg 29
Ernst Runge, Hamburg, Schmilinskystraße 39 I bei Flügge
Hermann Solf, Cöln-Dellbrück
F. A. Otto Schulz, Berlin W. 30, Eisenacherstraße 22
Hellmuth Schuhmacher, Hannover, Rambergstraße 41 I
Wilhelm A. Schüchner, Bremen, Am Dobben
E. Spielmann, Hannover, Große Pfahlstraße 21 b
Kapitän **Otto Stampe,** Warnemünde, Durchgangslager
M. Th. Strewe, Berlin N. 65, Utrechterstraße 20
R. Tiefermann, Bremen, Wulwesterstraße 2
E. Wollheim, Lokstedt bei Hamburg, Wilhelmstraße 7
A. Wölcken, Göttingen, Walkeweg 10

Die ersten Namenlisten sind in den Nummern 2, 3, 4 und 6 der „Mitteilungen für China-Deutsche" veröffentlicht worden. Eine weitere Liste wird der Nummer 9 der „Mitteilungen" beigelegt.

BERLIN, den 10. August 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

Sonder-Nummer

I. Jahrgang — 1. Oktober 1919 — No. 9

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Die Zukunft deutschen Einflusses in China.

Die Gestaltungsart Deutschlands in der Zukunft steht noch nicht klar vor Augen. Der deutsche Staatenföderalismus scheint überwunden zu sein. Die demokratische Verfassung der neuen Staatsglieder schafft eine neue Grundlage für das staatliche Innenleben. Ganz unklar stehen wir noch den Bedingungen unseres außenstaatlichen Lebens gegenüber. Die — scheinbare — Verworrenheit der uns Repatriierte erschütternden geschichtlichen Ereignisse der Gegenwart, deren Wirkungen wir nicht übersehen können, hat bei vielen China-Deutschen Mutlosigkeit betreffs ihrer Zukunft im fernen Osten ausgelöst. Das ist verständlich. Aber wir wollen in China wieder zu dem Einfluß gelangen, wie wir ihn vor dem Weltkrieg erfolgreich ausgeübt haben und wir müssen es tun aus Gründen, die heute für jeden Auslandsdeutschen Gemeinplätze sind. Neue Kräfte müssen auf neuer Grundlage draußen aufbauen. Einstweilen — bis die Staatsingenieure Deutschlands und

Aus dem Inhalt:

Sonder-Nummer

I. Jahrgang 1. Oktober 1919 No. 9

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von Fritz Secker

Die Zukunft deutschen Einflusses in China.

Die Gestaltungsart Deutschlands in der Zukunft steht noch nicht klar vor Augen. Der deutsche Staatenföderalismus scheint überwunden zu sein. Die demokratische Verfassung der neuen Staatsglieder schafft eine neue Grundlage für das staatliche Innenleben. Ganz unklar stehen wir noch den Bedingungen unseres außenstaatlichen Lebens gegenüber. Die — scheinbare — Verworrenheit der uns Repatriierte erschütternden geschichtlichen Ereignisse der Gegenwart, deren Wirkungen wir nicht übersehen können, hat bei vielen China-Deutschen Mutlosigkeit betreffs ihrer Zukunft im fernen Osten ausgelöst. Das ist verständlich. Aber wir wollen in China wieder zu dem Einfluß gelangen, wie wir ihn vor dem Weltkrieg erfolgreich ausgeübt haben und wir müssen es tun aus Gründen, die heute für jeden Auslandsdeutschen Gemeinplätze sind. Neue Kräfte müssen auf neuer Grundlage draußen aufbauen. Einstweilen — bis die Staatsingenieure Deutschlands und Chinas die rechtlichen Grundlagen völkischer Zusammenarbeit neu geschaffen haben — kann und muß jeder Einzelne von uns, denen China und die Chinesen am Herzen liegen, den Neubau vorbereiten durch die Pflege persönlicher Beziehungen zu den Chinesen, denen er während seines Aufenthaltes in China nahegestanden hat. Soll die Pflege solcher Beziehungen erfolgreich werden, muß man sich vorerst der schmerzhaften Prüfung des eigenen Ichs unterziehen. Eitelkeit, Rassedünkel, Stolz, Mißtrauen, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Selbstbeherrschung, Wohlwollen sind z. B. einige solcher Begriffe, hinsichtlich deren wir uns bis auf die Nieren prüfen sollen. Vor Viele tritt nun der Chinese in neuer Gewandung hin. In dem letzten Jahrzehnt sind sich Ost und West näher gerückt. Man hat einsehen gelernt, daß die Gegensätze zwischen den Westlichen und Östlichen mehr konstruiert als wirklich vorhanden waren, daß China nicht der Koloß auf tönernen Füßen ist, wie oft erzählt wurde, im Gegenteil man hat erkannt, daß der uralte Volksriese, den der Westen in einem totbringenden Erstarrungsprozeß vermutete, noch intensive Lebensäußerungen zeigt und, daß die chinesische Kultur für uns Westliche eine große Fundgrube tiefster Gedanken und erziehlicher Anregungen ist.

Reinigen wir uns endlich von den Schlacken menschlichen Mißtrauens und westlicher Dünkelhaftigkeit und erkennen wir an, was uns die Chinesen treu an Diensten in der schweren Kriegszeit geleistet haben — nicht aus händlerischem Eigennutz sondern aus Wertschätzung deutscher Wesenheit haben sie uns geholfen und daß diese Hilfe in mancher Richtung nicht zum Erfolg geführt hat, war die Folge der Ohnmacht der Regierung in

ihrer inneren und äußeren Politik. Beim Einzelnen war der gute Wille zu helfen vorhanden und daß muß uns genügen. Das Gewissen des Chinesen ist seit Confuzius sozusagen einheitlich geformt; die ethischen Lebensmaximen werden jedem Volksschüler seit 2500 Jahren eingehämmert, wogegen wir erst seit ungefähr 1000 Jahren unter dem Einfluß der Ethik des Jesus von Nazareth stehen. Des Chinesen Sinn für Recht und Unrecht, für Brauch und Sitte, sein Verständnis für das Menschliche Allzumenschliche ist ein sehr feines. Manche haben die Chinesen als ein Volk nur der Form gekennzeichnet; tatsächlich ist das chinesische Leben von dem Formellen beherrscht. Aber hinter dieser Form verbirgt sich ein erzieherischer Wille, Reichtum an Gedankentiefe und Geist. Der Weg zum chinesischen Herzen liegt in der Form, die ja zunächst die Brücke von Mensch zu Mensch bildet. Verbindet sich mit der Form noch der sittliche Inhalt, müssen wir Sieger auf dem Wege zum chinesischen Herzen werden. Aber der Weg muß bald beschritten werden; das Pflänzlein Treue und Freundschaft will gepflegt werden. Darum sollen wir Alle, die wir beruflich in China tätig waren, baldigst wieder zurückkehren nach dem Land, wo wir frei und froh geschaffen haben. Wir dürfen uns nicht mißmutig abwenden von der uns bevorstehenden Arbeit. Jahrzehntelang haben wir Deutsche die Früchte eines uns Segen bringenden Friedens froh genossen, unwürdig wäre es, wenn wir jetzt, wo unsere Heimat im Zeichen des ihr von Feinden aufgezwungenen Niederganges steht, nicht unsere ganze Kraft in ihren Dienst stellen wollten zum Wiederaufstieg! Und der Aufstieg kommt wieder; die Leipziger Herbstmesse ist die erste Kraftprobe deutscher Tüchtigkeit.

Jetzt ist in China Deutschland Trumpf. Im Sommer 1918 hat die von der Entente arg bedrängte chinesische Regierung den Mut gehabt, in der Zentrale Peking vor den Augen der feindlichen Gesandten eine deutsche Mittelschule zu gründen, deren Lehrer zunächst auf drei Jahre angestellt worden sind. Man kann einwenden: solche Hoffnung auf Deutschlands Wiederaufstieg ist die Ausgeburt eines phantastischen Optimismus. Aber die Geschichte der Menschheit beweist, daß Optimismus und Enthusiasmus die größten Energien auslösen. Ohne Überschwenglichkeit, sagt Goethe, ist nie etwas Großes geleistet worden; wir sahen es im Kriege, es gilt aber nicht minder von den gewaltigen Aufgaben der kommenden Friedenszeit. Die Mäßigkeitsapostel sind Vaterlandsmörder, sagt H. St. Chamberlain. China wird alle zurückkehrenden Deutschen mit offenen Armen empfangen. Waren die Chinesen während der Kriegszeit für Viele von uns ratende Freunde, jetzt werden sie schaffende Freunde werden.

Die chinesische Kultur ist eine Kultur des Geistes. Auf geistigem Gebiete müssen wir uns in erster Linie China wieder nähern. Daß dieser Weg, den westliche Nationen vor 80 Jahren durch Gründung von Missionsschulen betreten haben, der richtige war, beweist der reiche Zustrom der nach geistiger Nahrung hungernden chinesischen Jugend zu diesen Schulen. Erst spät haben die Deutschen, ihrer Natur nach sparsam und vorsichtig, diesen Weg betreten. Das Ansehen der deutschen Schulen in China war trotz ihres nur kurzen Bestehens ein hohes. In dieser Richtung, Gründung und Neubelebung von Schulen, muß baldmöglichst gearbeitet werden — aber nicht ängstlich rechnend, sondern weitherzig und großzügig. Geben wir wiederum wie früher von unseren Besten nach China Lehrer und Erzieher, suchen wir nicht das deutsche Wesen, an dem die Welt programmäßig hat genesen sollen, zu monopolisieren, sondern arbeiten wir froh mit an der Erziehung junger Chinesen zu guten Staatsbürgern, dann tun wir deutschem und chinesischem Wesen einen Dienst. Nicht Wettbewerb, sondern Mitarbeit in dem Erreichen der großen Ziele der Menschheit muß unsere Parole sein. Mut hat immer im deutschen Herzen gewohnt. Der Krieg gegen eine Welt von Feinden hat es wieder bewiesen. Und darum mutig hinaus zur Friedensarbeit nach dem fernen Osten!

v. S.

Die Konsulargerichtsbarkeit in China.

Von Rechtsanwalt Dr. A. F. Vorwerk, Hamburg.

Die deutsche Konsulargerichtsbarkeit in China hat mit der Kriegserklärung Chinas an Deutschland aufgehört, die die Bestimmungen der Staatsverträge über Konsulargerichtsbarkeit aufhob. Ob sie wieder eingeführt werden wird, hängt nach dem Friedensvertrag von China ab. Artikel 289 bestimmt nämlich, daß jede der alliierten und assoziierten Mächte Deutschland die Verträge mitteilen wird, deren Wiederaufleben sie verlangt, und daß für diese Mitteilung den alliierten und assoziierten Mächten eine Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages gewährt werden wird. Nur diejenigen Verträge, heißt es weiter, die den Gegenstand einer solchen Mitteilung bilden, leben zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland wieder auf; alle anderen sind und bleiben aufgehoben.

Es muß als unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß China die Wiedereinführung der deutschen Konsulargerichtsbarkeit wünscht. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts wurden Stimmen in China laut für die Abschaffung der fremden Konsulargerichtsbarkeiten, die als Eingriff in die Souveränität empfunden wurden. Und seitdem hat die chinesische Regierung immer eifrig sich bemüht, dieses Ziel zu erreichen. Sie wird deswegen dafür sein, dem Ziel ein Stück näher zu kommen dadurch, daß zunächst einmal ein Staat endgiltig ausscheidet aus der Reihe derjenigen, denen die Ausübung der Konsulargerichtsbarkeit zustand.

Es fragt sich aber, ob die anderen feindlichen Staaten mit dem endgiltigen Aufhören der deutschen Konsulargerichtsbarkeit in China einverstanden sein werden. Der Friedensvertrag läßt die Vermutung aufkommen, daß dies nicht der Fall ist. Denn sein Artikel 135 lautet:

„Deutschland erkennt all seine mit Siam geschlossenen Verträge, Übereinkommen und Vereinbarungen samt den daraus etwa entspringenden Rechten, Ansprüchen und Vorrechten sowie sein Recht auf Konsulargerichtsbarkeit in Siam als seit dem 22. Juli 1917 unwirksam an."

Liest man diese Bestimmung, so fragt man sich unwillkürlich: warum wurde nicht, was über die Konsulargerichtsbarkeit für Siam festgesetzt wurde, auch für China angeordnet? Liegen für die alliierten und assoziierten Mächte (außer China) Gründe dafür vor, daß die Deutschen in China wieder das Recht der Exterritorialität genießen, wie sie es vor dem Kriege taten?

Ein solcher Grund ist tatsächlich auf rechtlichem Gebiete vorhanden. Denn, wenn in Zukunft die Deutschen in China nicht exterritorial sind, so würde auch ein Engländer oder Amerikaner oder ein Angehöriger eines anderen nichtchinesischen Staates als Kläger in bürgerlichen Rechtsfragen gegen einen Deutschen sich an den chinesischen Richter wenden müssen. Und dies wird wahrscheinlich als nicht wünschenswert erschienen sein und erscheinen solange sich nicht das Recht und die Richter in China den Anforderungen genähert haben, die in Europa und Amerika an Recht und Richter gestellt werden und denen zu entsprechen, Siam sich seit längerer Zeit bemüht.

Möglich ist aber, daß England einen ganz anderen Beweggrund hat, der es ihm wünschenswert erscheinen läßt, daß die deutsche Konsulargerichtsbarkeit zunächst wieder in China eingeführt wird. England pflegt mit der englischen Konsulargerichtsbarkeit Geschäfte zu machen. Es hat dies beispielsweise getan, als es als erster Staat Japan gegenüber auf die Ausübung der Konsulargerichtsbarkeit verzichtete. Es hat auch schon China gegenüber einen derartigen Verzicht in Aussicht gestellt. Wenn aber in China jetzt die Konsulargerichtsbarkeit eines anderen Staates, nämlich Deutschlands, endgültig

aufhören würde, so würde dadurch der englische Tauschgegenstand entwertet; denn die chinesische Regierung würde den englischen Forderungen entgegen halten können, daß ein Staat die ihm früher zustehende Gerichtsbarkeit schon nicht mehr ausübe und China an dessen Stelle getreten sei, daß es sich also bei Englands Verzicht auf seine Konsulargerichtsbarkeit nicht um ein völlig neues Zugeständnis handelt, sondern nur um die Erweiterung eines früheren Zugeständnisses, und zwar auch von England gemachten Zugeständnisses, da England den Friedensvertrag mit unterzeichnet habe.

Bei diesem Sachverhalt kann die deutsche Regierung nach Inkrafttreten des Friedensvertrages drei Wege einschlagen: entweder sie wartet ohne zu handeln, die sechsmonatliche Frist ab, um zu erfahren, ob China, — sei es aus freien Stücken, sei es auf den von einem anderen Staate ausgeübten Druck hin — sich für das Wiederaufleben der Vertragsbestimmungen über die Konsulargerichtsbarkeit entscheidet; oder die deutsche Regierung dagegen versucht, durch Verhandlungen China zur Wiedereinführung der Konsulargerichtsbarkeit zu veranlassen; oder die deutsche Regierung bemüht sich mit China einen Vertrag abzuschließen, der an die Stelle der Konsulargerichtsbarkeit eine andere Gerichtsbarkeit setzt.

Diesen letzteren Weg einzuschlagen, erscheint das Richtige. Bevor die Gründe dafür angegeben werden, muß in Umrissen angedeutet werden, wie die zu schaffende Gerichtsbarkeit zu gestalten wäre.

Bei der Entscheidung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten, in denen beide Parteien Deutsche sind, mitzuwirken, daran kann den chinesischen Behörden nicht gelegen sein; diese Rechtsstreitigkeiten sollen deswegen wie früher von den deutschen Konsuln oder den deutschen Konsulargerichten entschieden werden. Die Chinesen werden hiergegen Bedenken nicht erheben, sobald ihnen gezeigt wird, daß der weitaus größte Teil dieser Rechtsstreitigkeiten — eine Ausnahme bilden z. B. Ehescheidungsprozesse — der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen werden kann durch eine Einigung der Parteien auf ein Schiedsgericht, daß also in allen diesen Fällen einer solchen Einigung die Macht fehlt, die Sachen zur Entscheidung vor ein chinesisches Gericht zu bringen.

Dasselbe muß aber für diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gelten, in denen ein Deutscher verklagt wird von einem anderen Ausländer (Nichtchinesen).

Es bleiben demnach von den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nur diejenigen, in denen ein Chinese einen Deutschen verklagt. Für derartige Rechtsstreitigkeiten würden „gemischte Gerichtshöfe" zu bilden sein. Und vor diesen Gerichtshöfen würden auch diejenigen Strafsachen gegen Deutsche abzuurteilen sein, in denen nachweislich ein chinesisches Interesse verletzt ist, während die sonstigen Strafsachen gegen Deutsche zu entscheiden sein würden gemäß den Bestimmungen des Konsulargerichtsbarkeitgesetzes.

Bei der Einrichtung der hier vorgeschlagenen „gemischten Gerichtshöfe" würden diejenigen Mißstände zu vermeiden sein, die sich in der Besetzung, dem Verfahren und der Rechtsprechung des gemischten Gerichtshofes in Schanghai gezeigt haben; sie aufzuzählen, würde hier zu weit führen; auch sind sie größtenteils den China-Deutschen bekannt. Gerade weil man weiß, was geändert werden muß, würde es nicht so schwer sein, etwas Gutes zu schaffen.

In dieser Richtung, also bei der Schaffung der neuen „gemischten Gerichtshöfe" Hand in Hand mit der chinesischen Regierung zu arbeiten, die aus den schon alten und häufig wiederholten Beschwerden über den gemischten Gerichtshof in Schanghai weiß, daß er den Anforderungen der fremden Mächte in vielen Punkten nicht entspricht, das müßte das Bestreben der deutschen Regierung sein. Dann würde es China hoch anerkennen, daß ein fremder Staat auf einen Teil seiner Konsulargerichtsbarkeit verzichtet, und diese Anerkennung würde es auch nicht deshalb, weil der betreffende Staat sich in einer Zwangslage befindet, versagen, da China ein so sehr großes Gewicht auf das Aufhören

der Konsulargerichtsbarkeiten legte. Und wenn die „gemischten Gerichtshöfe" so gut arbeiten würden, daß auch andere Staaten sich dem deutschen Vorgehen anschließen würden, oder wenn der Hinweis auf diese Gerichtshöfe als Beweis für Chinas Fähigkeit zu einer allen Anforderungen genügenden Rechtsprechung mit dazu führen würde, daß allgemein mit auf die Ausübung der Konsulargerichtsbarkeiten verzichtet würde, dann würde es China nicht vergessen, daß Deutschland dadurch, daß es den Übergang geschaffen hat, den Anfang gemacht hat. Das Vertrauen Chinas aber würde Deutschland erworben haben, schon durch die gemeinschaftliche Tätigkeit bei der Einrichtung und dem Ausbau der gemischten Gerichtshöfe, durch die Unterstützung, die dadurch Deutschland der chinesischen Regierung in Rechtsprechung und Verwaltung leisten würde.

Und deswegen empfiehlt es sich, den letzten von den drei für die deutsche Regierung möglichen Weg einzuschlagen der Deutschland sehr bald wieder eine hervorragende Stellung in China schafft.

Hamburg und der Japanhandel.*)

Von Carl Jllies.

Der große Aufschwung des Japanhandels, in der Richtung auf eine Industrialisierung des Landes hin, beginnt in den 90er Jahren, nachdem das Selbstbewußtsein der Nation durch den Sieg über China bedeutend gesteigert worden war. Die stark anwachsende Bevölkerung machte eine Änderung im Wirtschaftsleben zur dringendsten Notwendigkeit, da das Land aus eigenen Mitteln sich bald nicht mehr ernähren konnte; während beispielsweise in den 90er Jahren, noch größere Quantitäten Reis exportiert wurden, belief sich dieser Export 1912 auf nur circa 4 Millionen Yen, welche für spezielle Zwecke (Stärkefabrikation) vom Ausland zu hohen Preisen gekauft wurden. Japan importierte dagegen in steigenden Mengen indischen Reis und amerikanischen und mandschurischen Weizen. Der Import von Zucker belief sich in den 90er Jahren auf über 20 Millionen Yen im Jahr. Durch die Entwickelung einer eigenen Zuckerindustrie in Formosa vermochte man den einheimischen Bedarf ganz zu decken, und 1912 z. B. sogar für 10 Millionen Yen Zucker auszuführen. Den größten Aufschwung nahm die Baumwollindustrie; während in den 90er Jahren Japan noch große Mengen von Manchester kaufte, ist es in den letzten 10 Jahren ein ernster Konkurrent der englischen Industrie auf chinesischen und indischen Märkten geworden.

Augenblicklich richtet Japan sein Hauptaugenmerk auf die Entwicklung des Eisenhüttenwesens und der chemischen Industrie, zumal der Weltkrieg gezeigt hat, daß die Schicksale der Nationen nicht nur von ihrer Tapferkeit und von der Ausbildung ihrer Soldaten abhängen, sondern in immer stärkerem Maße auch von ihrer industriellen Leistungsfähigkeit, welche die ungeheure Materialverschwendung der modernen Kriege bewältigen muß. Wenn also auch der Einfuhr von deutschen Fertigfabrikaten durch diese Politik Japans allmählich der Weg erschwert wird, so hatte Deutschland doch in den letzten 10 Jahren und wird auch noch in der Zukunft dort ein besonderes Absatzgebiet bei der Industrialisierung des Landes finden.

Der deutsche Export nach Japan in den Jahren 1909 bis 1912 zeigt folgende Zahlen:

1909	77,6	Millionen Mark
1910	99,3	" "
1911	112,6	" "
1912	110,6	" "

*) Mit Erlaubnis der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts dem Sonderheft: „Hamburg und die Deutsche Wirtschaft" vom 14. Juni 1918 entnommen. Die Schriftleitung.

Den größten Anteil hatten daran im Jahre 1912 folgende Waren (in Millionen Mark):

Ware	Mill. Mark	Ware	Mill. Mark
Maschinen	16,0	Kabel	4.3
Kammgarn aus Wolle	10,4	Wollene Kleiderstoffe	3,6
Stangeneisen	8,5	Dynamomaschinen	3,0
Teerfarbstoff	8,3	Eisenbahnmaschinen	2,9
Eisendraht	5,6	Eisenblech	2,2
Indigo	4,6		

Der von dem Gesamtexport Deutschlands auf den Hafen von Hamburg entfallende Teil ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Jahr	Millionen Mark
1908	56,9
1910	59,7
1911	77,6
1912	79,6
1913	80,6

Den Anteil der Hamburger Handelsschiffahrt am Japanhandel hat fast ausschließlich die Hamburg-Amerika-Linie getragen, welche schon seit 1898 einen regelmäßigen Dienst nach Japan unterhält und in den letzten Jahren alljährlich 40 bis 50 große Dampfer hinaussandte, welche auch an dem Küstenverkehr von Indien ab bis China und Japan großen Anteil hatten. Außerdem unterhielt bekanntlich der Bremer Norddeutsche Lloyd einen vierzehntägigen, subventionierten Postdampferdienst bis nach Japan.

Der Krieg und die durch diesen hervorgerufene außerordentliche Prosperität des japanischen Wirtschaftslebens hat die industrielle Entwickelung des Landes einschließlich des Schiffbaues in hohem Maße beschleunigt; was Japan aber fehlt, sind die Rohmaterialien, darunter hauptsächlich Eisen, für das es auf China angewiesen ist. Der Ehrgeiz Japans geht ersichtlich darauf aus, die ostasiatischen Absatzgebiete für sich allein zu erobern. Für die nächsten Jahre nach Friedensschluß dürfte es infolge der hohen Frachtraten seinen Vorsprung auch noch behalten. Da aber die ersten Friedensjahre in allen Ländern eine ungeheure Ausdehnung des Schiffbaues bringen, und dadurch vermutlich ein baldiges Fallen der Frachtraten auf ein normales, vielleicht sogar sehr niedriges Niveau herbeiführen werden, so ist zu hoffen, daß der deutsche Handel doch bald auch für Massenfabrikate wieder im Osten leistungsfähig sein wird. Der zunehmende Wohlstand in Japan wird voraussichtlich die Nachfrage nach mancherlei europäischen Erzeugnissen steigern. Bei der eigenen kräftigen Kultur wird man allerdings nie ganz die europäischen Lebensgewohnheiten annehmen, doch wird man Interesse für die modernen Errungenschaften des häuslichen Komforts haben, für Fabrikate der Luxusindustrie und für hochwertige Massenartikel der feinmechanischen und verwandten Branchen.

Die deutsche Einfuhr aus Japan hat bislang keine großen Ziffern erreicht, da Deutschland für die hauptsächlichen Exportwaren Japans wie: Seide, Tee, billige Baumwollwaren und Zündhölzer kein Absatzgebiet ist. Die beiden ersten gehen hauptsächlich nach Nord-Amerika, die letzteren nach China und Indien. Die japanische Ausfuhrstatistik von 1912 zeigt für Rohseide folgende Zahlen:

	Millionen Yen
nach Frankreich	18,0
„ Italien	14,2
„ Rußland	2,4
„ Verein. Staaten	114,9
„ Übrige	0,8
	150,3

Es erhellt daraus, wie abhängig Japan vom amerikanischen Markt ist, und es wäre aus mehr als einem Grunde zu begrüßen, wenn Deutschland einen größeren Teil der japanischen Produktion direkt kaufen würde, welchen es jetzt wahrscheinlich über Italien und Frankreich bezieht.

Die Gesamtzahlen der deutschen Einfuhr aus Japan in den Jahren 1909—1912 sind wie folgt (in Millionen Mark):

Jahr	Mill. Mark
1909	29,2
191	36,8
1911	37,[illegible]
1912	43,1

Davon entfallen auf Hamburg:

Jahr	Mill. Mark
1909	22,0
1910	9,1
1911	9,9
1912	33,9

Die wichtigsten Einfuhrwaren im Jahre 1912 waren (Wert in Millionen Mark):

Ware	Mill. Mark
Rohseide	6,4
Habutaiseide	4,7
Kampfer	4,7
Kupfer	3,0
Kampferöl	2,5
Menthol	2,5
Bohnenöl	2,0

Die Kupferproduktion Japans hat sich seit Beginn dieses Jahrhunderts bedeutend gehoben, da das Land reich an guten Erzen ist. Während 1901 die Gesamtproduktion noch etwa 30000 t betrug, war sie bis 1910 auf etwa 50000 t gewachsen, bis 1916 aber auf etwa 100000 t. Zweifellos haben zu dieser Steigerung die während des Krieges herrschenden hohen Preise beigetragen, und manche der kleineren Minen, die man jetzt während der Zeit der Hochkonjunktur mit primitiven Mitteln bearbeitet, wird bei niedergehenden Preisen wieder still gelegt werden müssen. Immerhin wird Japan für Deutschland als Kupferlieferant in Betracht kommen, zumal seit Errichtung der Hamburger Metallbörse im Jahre 1909 der direkte Bezug von Kupfer aus Japan einen erfreulichen Aufschwung zu nehmen anfing.

Einen nicht unwichtigen Anteil am Wiederaufbau der deutschen Handelsbeziehungen zu Japan werden die in Japan etablierten Hamburger Häuser nehmen. Den ersten Tag, wo das Handelsverbot aufgehoben ist, werden sie mit ihren japanischen Geschäftsfreunden wieder ihre freundschaftlichen Beziehungen aufnehmen und sofort alle Informationen erhalten, an welcher Stelle das Geschäft wieder einsetzen kann. Wenn auch der Japaner auf die errungene Selbständigkeit stolz sein mag, so ist bei den japanischen Gepflogenheiten doch zu erwarten, daß er die deutschen Kaufleute in Japan für die Verluste, welche diese durch den Krieg erlitten haben, durch neue Geschäfte zu entschädigen suchen wird, um dadurch gleichzeitig eine Anknüpfung an das deutsche Wirtschaftsleben zu erreichen, welches für die Japaner noch immer vorbildlich gewesen ist. Auch nach dem Kriege wird also der Hamburger Kaufmann in Japan seine Rolle als Repräsentant des Deutschtums weiterspielen, und es ist zu hoffen, das ihn darin die deutsche Industrie möglichst unterstützt.

Länder von so verschiedengearteter Kultur wie Deutschland und Japan können sich durch Propagandamittel allein nicht genügend kennen lernen, und ebenso wenig ist eine geschäftliche Bearbeitung ausschließlich durch gelegentliche Reisen das Richtige. Der wichtigste Repräsentant für den deutschen Handel und die deutsche Industrie bleibt immer das deutsche Handelshaus in Japan, das zu den Käufern persönliche Beziehungen unterhält, und dessen Mitglieder durch langjährigen Aufenthalt im Lande selbst sich die Kenntnis der japanischen Gewohnheiten und Umgangsformen erworben haben. Je leistungsfähiger das deutsche Handelshaus in Japan sein wird, desto größer wird sein Ansehen und sein Einfluß sein, und desto günstiger die Rückwirkung auf die allgemeinen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Japan.

Chinas Forderungen in Versailles.

Mit welchen Hoffnungen sich die chinesischen Delegierten an den Konferenztisch in Versailles gesetzt haben, zeigt eine Denkschrift der chinesischen Regierung, die von dem „North China Herald“ vom 5. Juli auszugsweise veröffentlicht wird. China wollte die 14 Punkte des Wilsonschen Programms auf sich angewendet wissen; es erblickte in Versailles eine Gelegenheit, seine Sache vor das Forum der Welt zu stellen. Wie wir früher hier schon sagten, sind die Chinesen schwer enttäuscht worden. Weder England,

noch die Vereinigten Staaten hatten (wie sie China versprachen) in Versailles den Mut gefunden, eine Lanze für China zu brechen.

Die erwähnte Denkschrift spricht zunächst von der **Aufhebung der Einflußsphären und Sondervorrechten**. Sie verlangt von den Mächten, daß sie in Zukunft auf alle Einflußsphären verzichten und daß sie in Verhandlungen mit China eintreten, zwecks einer vollständigen Revision aller diesbezüglichen Abmachungen. Dazu wird auch die Aufhebung der Artikel VII und IX des Friedensprotokolls vom 7. September 1901 gezählt und die **Zurückziehung der fremden Garnisonen**, einschließlich der Gesandtschaftswachen verlangt. Zu den abzuschaffenden Sondervorrechten gehört auch die Forderung, die fremden Postämter und die fremden Telegraphenverwaltungen bis zum 1. Januar 1921 zu schließen.

Die Frage der **Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit** nimmt einen breiten Raum ein. China verspricht vor dem Ende des Jahres 1924 fünf Gesetze (Straf- Zivil- und Handelsrecht nebst Ausführungsbestimmungen) in Kraft zu setzen, und neue Gerichtshöfe zu errichten; als Gegenleistung sollen die Vertragsmächte Konsulargerichtsbarkeit und Sondergerichtshöfe aufgeben. Bis 1924 sollen folgende Bestimmuugen gelten;

a) Jeder gemischte Gerichtsfall, in dem der Kläger oder Beklagte ein Chinese ist, wird vom chinesischen Magistrat gehört; einem fremden Vertreter ist keine Einmischung in den Fall oder ein Einfluß auf das Urteil gestattet.

b) Die von chinesischen Magistraten gefällten Urteile können in irgendeiner Fremdenniederlassung oder in irgend einem, einem Ausländer gehörigen Gebäude ohne vorherige Prüfung durch irdend einen fremden Beamten vollstreckt werden.

In der Denkschrift wird ferner die **Rückgabe der Pachtgebiete** (Port Arthur, Weihaiwei, Kiautschou und Kuang-dschou-wan) gefordert; die chinesische Regierung verpflichtet sich, alle Maßnahmen zum Schutz der fremden Grund- und Hauseigentümer zu treffen und eine geordnete Verwaltung auszuüben. Betreffs der **fremden Niederlassungen** verlangt China deren völlige Wiederherstellung bis zum Ende des Jahres 1924, dem Zeitpunkt der Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit; bis zum Übergang der Niederlassungen in chinesische Hände soll der einheimischen Bevölkerung gleiches Wahlrecht zur Vertretung ihrer Interessen in den betreffenden Stadträten gewährt werden.

Schließlich verlangt China für sich das Recht, seinen **eigenen Zolltarif** festzusetzen und mit den verschiedenen Mächten Zollübereinkommen einzugehen. Unterschiede sollen in den neuen Tarifen zwischen Luxuswaren und Artikeln des täglichen Bedarfs gemacht werden; auf letztere Artikel ist eine Mindestgebühr von 12 v. Hundert des Wertes vorgesehen. Bis zum Abschluß der neuen Tarifverhandlungen soll der bestehende Tarif bis Ende 1921 durch den allgemeinen Tarif ersetzt werden, der zwischen China und den Nichtvertragsmächten in Kraft ist. China verpflichtet sich, den Likin abzuschaffen, sobald die neuen Zollabkommen geschlossen sind.

Der chinesische Einfuhrhandel 1918.

Der „London and China Express" bespricht die von der chinesischen Seezollverwaltung herausgegebene Einfuhrstatistik für das Jahr 1918. Trotz der gewaltigen inneren und äußeren Hemmungen ist die Einfuhr im Vergleich zu 1913, nur um 15 Millionen Haikuan-Taels zurückgegangen. Der größte Rückgang war 1915 mit 100 Millionen Hk.-Tls. Japan und Amerika haben während des Krieges die bedeutendsten Fortschritte gemacht. Am besten schneidet Japan ab, dessen Einfuhr nach China sich seit 1915 fast verdreifacht hat. Von 1917 bis 1918 hat sich die japanische Einfuhr um weitere 17 Millionen Hk.-Tls. vermehrt, was im Vergleich der Jahre 1916/1917 ein Mehr von 16 Millionen Hk.-Tls. bedeutet. Japans Gesamteinfuhr 1918 nach China betrug 238,8 Millionen Haikuan-Taels. Hierzu bemerkt das Londoner Blatt:

„Es ist klar, daß der Wettbewerb Japans auf dem chinesichen Markt gefährlich werden wird; britische Händler tun gut, der Lage entgegenzutreten und nichts zu unterlassen, ihren Anteil zu behaupten."

Die amerikanische Einfuhr betrug im Jahre 1915 rund 37 Millionen Haikuan-Taels, 1916 bereits 54 Millionen Hk.-Tls., ein Jahr später hatte sie 60 Millionen erreicht. Im Berichtsjahr ist ein Rückgang von 2 Millionen Taels zu verzeichnen. Der britische Einfuhrhandel nach China hat, obwohl der deutsche Wettbewerb völlig ausgeschaltet war, einen erheblichen Rückschlag erlitten; er ist von 71,5 Haikuan-Taels auf 50 Millionen gefallen. Dagegen haben die Einfuhren nach Hongkong und von Singapore beträchtlich zugenommen. Von 1916 auf 1918 hat sich die Hongkonger Einfuhr von 153,3 Millionen Haikuan-Taels auf 162,1 Millionen erhöht; die Einfuhr von den Straits-Settlements ist in demselben Zeitraum von 4,6 auf 10,3 Millionen Haikuan-Taels gestiegen. Dagegen ist die Einfuhr von Indien ganz erheblich zurückgegangen (26,9 auf 8 Millionen). Die Einfuhr von Kanada hat sich seit 1916 verfünffacht (10 Millionen) während der Einfuhrhandel von den Philippinen nach China sich fast verzehnfacht hat (10 Millionen).

Der „London and China Express" fordert die britischen Kaufleute auf, den japanischen und amerikanischen Wettbewerbern auf dem chinesischen Markt mit aller Kraft zu begegnen.

Die Entwicklung des chinesischen Postwesens.

Das moderne chinesische Postwesen wurde am 20. März 1896 durch einen kaiserlichen Erlaß geschaffen. Sein Hauptaufschwung setzte aber erst nach dem Jahre 1905 ein. Der jetzt vorliegende Bericht für 1918 ist ein weiterer Beweis für die gewaltige Ausdehnung, die das Postwesen von Jahr zu Jahr nimmt und für die Zukunftsmöglichkeiten, die sich dem Dienst eröffnen, wenn einmal die Verkehrswege ausgebaut sind. Eine Gegenüberstellung der Zahlen für 1905 und 1919 gibt folgendes Bild:

	1905	1918
Postanstalten	1 626	6 367
Beförderte Briefe u. Drucksachen	23 Millionen	302 Millionen
Pakete	314 000	2,7 Millionen
Wert der Postpakete	8,5 Mill. Dollar	40 Mill. Dollar
Kurierlinien	121 000 Li	449 000 Li
Postanweisungen	1,2 Mill. Dollar	35 Mill. Dollar

Im Vergleich zum Jahre 1917 hat die Beförderung von Briefen und Drucksachen um 24 Millionen Stück zugenommen; der Betrag der Geldsendungen ist innerhalb desselben Zeitraumes um 64 vom Hundert gestiegen. Die Benutzung von Wertpaketen bürgert sich immer mehr ein; ihr Wert hat sich von 86 000 auf 134 000 Dollar erhöht. Die Seidenhändler in Hangtschou (Provinz Dschekiang) bedienen sich mit besonderer Vorliebe des Wertpaketverkehrs, um ihre Erzeugnisse zu versenden. Interessant sind die Zahlen, die der Bericht über die Geldüberweisungen angibt, die die chinesischen Kulis in Europa durch die Post in ihrer Heimat gemacht haben; durch das britische Auswanderungsamt sind 3,5 Millionen und durch die französischen Behörden 332 400 Dollars überwiesen worden.

Wie groß die öffentliche Unsicherheit im Berichtsjahr im Innern des Landes war, beweisen die zahlreichen Überfälle, die auf Postboten und Kuriere gemacht worden sind. In der Provinz Hunan sind 77 Plünderungen in Postämtern vorgekommen. In Kuangtung wurden 107 Kuriere überfallen und 58 Raubzüge gegen Postämter und Agenturen unternommen.

In der Provinz Kuangsi fanden 53 Raubanfälle auf Kurriere statt. Die Arbeit, die die Postkuriere leisten, ist erstaunlich; besonders in den Grenzgebieteu im Westen, haben sie die größten Strapazen zu erdulden, um nach ihrem Ziel zu gelangen. Die Länge der Landkurierlinien beträgt 449 000 Li; sie werden immer weiter ausgebaut, um auch die abgelegensten Plätze zu erreichen. Im Berichtsjahr sind wiederum 17 000 Li hinzugefügt worden.

Eine chinesische Studie über den Dollar.

Der „North China Herald“ bringt in seiner Ausgabe vom 28. Juni über einen Artikel aus der „Wochenzeitschrift der chinesischen Bankvereinigung“ in Schanghai, der sich mit der Dollarwährung befaßt.

„Im 13. Jahr der Regierung Kuang-Hsü (1887) erbat der damalige Vizekönig von Kuangtung Dschang-Dschi-tung von der Regierung die Erlaubnis als Versuch Silber-Dollar nach fremdem Muster zu prägen, deren Gewicht 0,73 Kuping Tael (1 Kuping-Tael=37,1626 gr.) betrug und die den Namen der Provinz und Inschriften in englischer und chinesischer Sprache trugen. Im Umlauf sollten sie zur Zahlung der Steuern und für Handelszwecke als dem mexikanischen Dollar gleichwertige Münze dienen. Die Prägung der Drachen-Dollar in Kuangtung geht in diese Zeit zurück. Neun Jahre später (1896) folgte Hupeh und 11 Jahre später (1898) Kiangnan (Nanking). Es folgten dann noch Schantung, Tschihli Anhui, Dschekiang, Fengtien und andere Provinzen. Das Interessanteste am Drachen-Dollar ist, daß er obgleich er in großen Mengen geprägt worden ist, infolge seiner Verschiedenheit in Güte und Gewicht und zum Unterschied vom mexikanischen Dollar, der in Nord und Süd überall zum gleichen Werte in Zahlung genommen wird, in den Nachbarprovinzen (mit einigen wenigen Ausnahmen) nicht in Zahlung oder zum Mindesten mit einem Abschlag genommen wird.

Um diesen Übelstand zu verbessern, erbat das Reichsschatzamt in einer Denkschrift im August 1905 die kaiserliche Genehmigung zur Herausgabe einer Münzprägungsverordnung, laut welcher Dollarmünzen nur durch die Hauptmünze und deren Nebenabteilungen in Tientsin, Nanking, Hupeh und Kuangtung geprägt werden durften und alle Provinzialmünzen geschlossen werden mußten. Der Feingehalt und das Gewicht des Dollars wurde durch die Hauptmünze bestimmt, die ferner ebenfalls die Art des Dollars bestimmte und darüber zu wachen hatte, daß die in den Nebenmünzanstalten geprägten Dollars genau mit den in der Hauptmünze geprägten übereinstimmten. Unglücklicherweise, nach fast kaum einem Jahre, im Mai 1906, erlaubte die Regierung der Provinz Yünnan die Prägung seiner Dollarmünzen nach dem alten Muster wieder fortzusetzen. Dies hatte den Erfolg, daß die von dem Reichsschatzamt herausgegebene Verordnung null und nichtig wurde. Es ist leider keine Statistik vorhanden, um zu zeigen, welches die genaue Menge der geprägten Drachen-Dollar bis zum Ende der Mandschu-Dynastie ist. Nach einer Feststellung des Finanzministeriums vom 17ten Dezember 1913 haben die Münzen in 17 Plätzen, nämlich Tientsin, Kanton, Hupeh, Setschuan, Kiangnan, Fengtien, Yunnan, Hunan, Honan, Fukien, Kirin, Kiangsu, Dschin-kiang-pu, Anhui, Schantung, Kiangsi und Dschekiang vom Tage des Beginns bis zum Dezember 1913 insgesamt 206,028,152 Dollarmünzen geprägt.

Das Gewicht und der Münzgehalt der Dollars geprägt in den verschiedenen Plätzen ist wie folgt:

	Gewicht in Kuping	Silber	Kupfer
Canton, Kuanghsü	0,7245	0,654	0,0705
Hupeh, „	0,7226	0,653	0,0696
„ Hsüan-Tung	0,7261	0,6547	0,0714
Kiangnan, Kiangsu 1898	0,7246	0,6538	0,0705
„ „ 1902	0,7074	0,6386	0,0688
Peyang, „ 1898	0,7289	0,6492	0,0 97
„ „ 1907	0,7396	0,6582	0,0814
Fengtien, „ 1899	0,7247	0,6207	0,1040
„ „ 1903	0,7074	0,5959	0,1097
Mandchurei, „ 1907	0,6199	0,6408	0,0791
Kirin, „ 1900	0,7988	0,6178	0,081
„ „ 1905	0,6977	0 6249	0,0728
Setschuan, „	0,7179	0,6437	0,0742
Anhui, „ 1898	0,7239	0,6477	0,0762
Hauptmünze, Kiangsu	0,7029	0,6521	0,0688

Von obiger Aufstellung, deren Zahlen nicht immer ganz genau erscheinen, kann man ersehen, daß die in den verschiedenen Provinzen geprägten Drachen-Dollar weit entfernt von Einheit in Gewicht und Qualität sind.

Im 3. Jahr von Hsüan-Tung, 1911, wurde der Dollar, genannt „Die Silbermünze der Tatsing“ geprägt. Das Wort „Tatsing“ an Stelle des Namens der einzelnen Provinzen war zur Vereinheitlichung der nationalen Währung gedacht. Diese Dollar waren kaum in größeren Mengen hergestellt, als die Wutschanger Revolution ausbrach und die weitere Prägung zum Stillstand brachte.

Am 24. Dezember 1914 begannen die Tientsiner Hauptmünze und die Zweigmünze in Kiangnan mit der Prägung einer neuen Münze, die das Bildnis Yüan-Schi-Kais trugen. Diese Münze war von einem neuen Muster und es wurde großer Wert auf ein gleichmäßiges Gewicht gelegt. Dieser Dollar wurde überall in allen offenen Häfen wie auch im Inlande genommen und es war das erste Mal, daß eine reine chinesische Geldmünze dem Einfluss des mexikanischen Dollar den Boden abgrub. So bald genügende Mengen dieser Dollar auf den Markt gebracht waren, um den allgemeinen Bedarf zu decken, verhandelten auf Veranlassung der Behörden die Inlandbanken mit der Staatsbank (Bank of China) und der Verkehrsbank (Bank of Communications) über die Abschaffung der täglichen Quotierungen der bisherigen verschiedenen Dollar, sowie über die Festsetzung einer täglichen Quotierung des neuen Dollar zum Tael. Ferner wurde beschlossen, daß vier Arten von Drachen-Dollar, nämlich, die in Kiangnan, Hupeh, Kuangtung geprägten und „Tatsing“, genau wie die neue Münze behandelt werden sollten, während alle anderen Sorten von Drachen-Dollar aus dem Handel herausgezogen und durch neue Stücke ersetzt werden sollten. Mit gegenseitigem Einverständnis wurde diese Abmachung mit dem 1. August 1915 in Kraft gesetzt. Noch vor dieser Zeit teilten die Staatsbank und die Verkehrsbank der chinesischen Bankgilde, die die alten Banken vertrat, mit, daß sie bereit wären, alte Drachen-Dollar im Betrage von 20000 Dollars den Tag am und vom 1. August ab anzunehmen, vorausgesetzt, daß die Inlandbanken aufhörten, diese Dollars zu quotieren. Zu diesem Vorschlag erwiderte die Gilde, daß sie mit einer Vereinfachung der chinesischen Währung einverstanden wäre, daß aber bei einer Versammlung ihrer Mitglieder der Betrag von täglich 20000 Dollar nicht genügend sei, sondern daß 40000 Dollar als Tagesmenge eher den Verhältnissen Rechnung tragen würden; ferner würde vorgeschlagen, die Frist vom 1. August bis zum 11. August zu verlängern, damit die Inlandbanken noch Zeit hätten 400,000 neue Dollars, und zwar 40000 Dollar den Tag, anzusammeln. Gleichzeitig erklärte die Gilde ihre Einwilligung, die oben angeführten vier Arten alter Dollars für die Folgezeit wie die neuen Silber-Dollar anzunehmen.

Aus diesem ist ersichtlich, daß die neue Dollarmünze allgemein günstig aufgenommen wurde, jedoch war die Regierung mangels der nötigen Mittel nicht in der Lage, die Prägung zu vergrößern. Obgleich also diese Geldmünze noch nicht in der Lage war, den mexikanischen Dollar aus dem Felde zu schlagen, so ist doch im Anbetracht der Tatsache, daß die mexikanische Regierung die Ausprägung von Dollars für einige Jahre eingestellt hat, ferner daß aus Schanghai seit 1914 jedes Jahr 4,000,000 Mex. Dollar ausgeführt sowie über 3,000,000 Dollar jedes Jahr eingeschmolzen worden sind, nicht zu verkennen, daß der mexikanische Dollar immer weniger in der Quantität wird und dem Drachen und neuem chinesischen Dollar Platz macht. Die Silber erzeugenden Bezirke Wusieh, Schaoshing, Kashing und andere haben all ihr Geld in Drachen-Dollar angelegt und es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß zu Vierfünftel in China der Drachen-Dollar gebraucht wird. Seit dem 6. Juni, dem Beginn des Studentenstreiks wegen der Tsingtaufrage und der damit verbundenen Marktstreiks machte sich eine große Knappheit an Dollars bemerkbar. Vom 11. Juni ab werden, nach einer Entscheidung der chinesischen Bankiervereinigung, Drachen-Dollar und die mexikanische Münze zur vollen Rate für Taels quotiert“.

Von der japanischen Seidenindustrie.

(Aus „Der Konfektionär")

Die japanische Seidenindustrie sucht ihren Absatz in Amerika zu vergrößern. Im Juni dieses Jahres hielt sich Herr Kanji Morimura, Direktor der Japanischen Seidenweberei- und Spinnerei-Gesellschaft in Tokio und Vertreter der Firma Kumai, Morimura & Co. in Yokohama, in New York auf. Weitere Vertreter der japanischen Seidenindustrie werden in den Vereinigten Staaten erwartet. Herr Morimura, der sich noch nach England begeben wollte, führte Muster verschiedener Seidenfabrikate bei sich, besonders Seidengarne, Crêpe de Chine, Fuji- und Omesi-Seide, Papierseidenstoffe, gemusterte und gestreifte Habutaye sowie gestreiften Baumwollen-Schirting und bemühte sich, Geschäftsverbindungen in Amerika anzuknüpfen, indem er hervorhob, die japanische Seidenindustrie sei bestrebt, sich dem Geschmack des amerikanischen Käufers mehr als bisher anzupassen. Die Muster, die Herr Morimura zeigte, waren in Amerika mehr oder weniger neu, entsprachen aber doch dem amerikanischen Geschmack. Auch in bezug auf Güte und Preise hielten die japanischen Erzeugnisse den Vergleich mit den amerikanischen Erzeugnissen aus. Die bemerkenswertesten Fabrikate waren geköperte, glatte und gestreifte Habutaye, nach der die Nachfrage in den Vereinigten Staaten ständig wächst. Der Preis dieser Waren hat sich infolge der steigenden Rohseidenpreise und Arbeitslöhne bedeutend erhöht, und man glaubt, das die Preise noch weiter steigen werden. Geköperte Habutaye ist ein feingeköperter Seidenstoff von etwa derselben Schwere wie glatte Habutaye, sie stellt sich im Preise etwa um 5 v. H. höher als diese. „Stripped" Habutaye kostet etwa 10 v. H. mehr als glatte. Geköperte und „stripped" Habutaye wird in der Wäschefabrikation viel verwendet, eignet sich auch besonders für Damenblusen.

Papierseide (Paper Silk) ist ein neues japanisches Erzeugnis, dessen Einführung auf dem amerikanischen Markt versucht wird. Der Einschlag besteht aus starkem Papiergarn, das aus schmalen Streifen dünnen Kopierpapiers gedreht und fest gezwirnt wird, die Kette dagegen besteht aus Rohseidenfaden. Daraus kommt ein hübsches Gewebe zustande, das allerdings nicht so weich wie ein reinseidener Stoff, aber doch nicht steif ist. Das Gewebe kann angeblich ohne Beeinträchtigung seiner Bestandteile aus Papiergarn gewaschen werden. Papierseide mit Satinstreifen in Stücken zu 25 Yards von 32 inches Breite kostet 20 Dollar, mit eingewebten bunten Streifen dagegen nur 17,50 Dollar. Eine besonders hübsche Satin-Papierseide in verschiedenen Farben wird zu 24 Dollar angeboten.

Fuji-Seide ist eine neue, weniger bekannte Ware. Einschlag und Kette bestehen aus gesponnenem Seidenzwirn. Dieser Stoff hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Schantungseide, sieht aber viel besser aus. Er ist sehr weich im Gewebe und wäscht sich viel besser als Habutaye und andere bekanntere Seidenstoffe. Öfteres Waschen beeinträchtigt die Farbe nicht so wie bei Habutaye. Fuji-Seide wird naturfarben, weiß, bunt und mit Streifen geliefert. Übliche Breiten sind 32, 36, 40 und 42 inches. Der Preis des 32 inches breiten einfarbigen Stoffes beträgt 80 cents pro Yard, sein Gewicht 13—14 Momme*). Gestreifter Fuji kostet etwa 10 v. H. mehr.

Eine der besten japanischen Seiden ist die Omesi-Seide. Kette und Einschlag bestehen aus schwerem Seidenzwirn. Der Stoff ist dicht gewebt und sieht der amerikanischen Fantasie-Seide ziemlich ähnlich. Es gibt Omesi-Seide in weiß, farbig und mit hübschen eingewebten Streifen. Gestreifte Ware in Breite von 27 inches kostet pro Yard im Großhandel 2,10 Dollar. Weiße und einfarbige Ware kostet 10 v. H. weniger als gestreifte. Dieser Stoff eignet sich ganz besonders für Damenkleider und Herrenhemden. Es ist ein gut waschbares, dichtes, reinseidenes Gewebe mit festem Faden von besonderer Haltbarkeit

*) 1 Momme = 0,01005 engl. Pfund.

und wiederlegt das Vorurteil gegen die japanischen Seiden, daß sie minderwertig und wenig dauerhaft seien.

Eine weitere Neuheit stellt die Ami-Ori-Seide dar. Sie ähnelt dem Seiden-Jersey, doch ist das Gewebe weniger dicht. Daß Gewebe ähnelt einem gestrickten Stoff, besteht aus reiner Seide und wird weiß und farbig geliefert. Ein 50-Yard-Stück, 27 inches breit, kostet im Großhandel 77,50 Dollar. Unter den Mustern, die japanische Fabrikanten in Amerika zeigten, waren auch sehr hübsche Tafte. Ein karierter Taft, der den amerikanischen Gingham-Teften sehr ähnlich war, wurde in Stücken zu 50 Yards von 27 inches Breite zu 55 Dollar angeboten. Die Preise für einfarbige Tafte waren etwa 10 v. H. niedriger. Die Farbenwirkung der japanischen Seiden soll ausnahmslos sehr geschmackvoll sein.

Stimmen über Ostasien.

In der „Deutschen Zeitung" schreibt Fritz Secker über die Stellung Deutschlands anf dem chinesischen Markt:

Die Briten fangen an, Opfer ihrer eigenen Propaganda zu werden. Seit Jahren und hauptsächlich während des Krieges ist ihnen immer und immer wieder der Gedanke eingehämmert worden, daß Deutschland der einzige gefährliche Gegner auf dem Weltmarkt ist, einerlei, ob es sich dabei um „saturierte" oder um halberschlossene Märkte handelt Gerade was China anlangt, so war dem dortigen deutschen Handel ein begrenztes Ziel gegeben, das er erreicht hätte, ohne den anderen Mitbewerbern gefährlich zu werden. Den jahrzehntelangen Vorsprung Englands, das sich in seinem Chinahandel noch auf Australien und Indien stützen kann, die günstige wirtschaftsgeographische Lage Japans und der Vereinigten Staaten hätte Deutschland niemals überwinden können. Der Anteil Deutschlands am Chinahandel wuchs infolgedessen jährlich in dem Maße, wie die wirtschaftliche Erschließung Chinas zunahm und nicht auf Kosten der Mitbewerber.

Nach dem letzten Ausweis der chinesischen Seezollverwaltung bestanden in China 75 deutsche Firmen. Die Zahl ist verschwindend klein im Vergleich zu dem, was Japan, England, Amerika und Frankreich ins Feld führen können. Die Statistik spricht:

Land	Firmen
Japan	4483
England	606
Amerika	234
Frankreich	156

Trotz dieser Tatsachen ist Deutschland nach britischer Auffassung mit seinen 75 Geschäftshäusern auf dem chinesischen Markt „der" Feind. Die gewaltigen Fortschritte zu verzeichnen und zu kommentieren, die der amerikanische und japanische Chinahandel auf Kosten des britischen in den letzten Jahren gemacht hat, wird von der englischen Presse wohlweislich unterlassen und — wie so oft schon — muß auch hier wieder der deutsche Wettbewerb als die Wurzel alles Übels hingestellt werden. Die Widerstände, die der deutsche Kaufmann in China während der Zeit des Wiederaufbaus zu überwinden haben wird, werden ungeheuer groß sein. Den vielstelligen Zahlen, die den Chinahandel seiner Mitbewerber ausmachen, kann der deutsche Kaufmann, dessen Stellung in China infolge des Krieges völlig zertrümmert ist, nur eine schlichte Null gegenüberstellen. Er wird sich aber seine alte Stellung wiedererobern, Tael um Tael.

Politische Nachrichten

Der Frieden mit China.

Der „Vossischen Zeitung" wird unterm 22. September aus dem Haag gemeldet:

Der Pekinger Korresdondent der „Times" veröffentlicht eine Botschaft des Präsidenten der chinesischen Republik, in der er darlegt, unter welchen Verhältnissen China in den Krieg eingetreten war China habe sich den Bestimmungen über Schantung widersetzt und deshalb die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert. Da jedoch der Kriegszustand tatsächlich beendet sei, ergebe sich daraus, daß China in dasselbe Verhältnis zu Deutschland getreten sei wie die anderen alliierten Mächte. Deshalb beschloß China, den Kriegszustand als beendet zu erklären.

Der Korrespondent der „Times" fügt hinzu, über die weiteren Pläne der chinesischen Regierung sei nichts bekannt Man dürfe jedoch annehmen, daß sämtliche Freiheitsbeschränkungen für die deutschen Untertanen aufgehoben und den Deutschen erlaubt werde, wieder nach China zurückzukehren. Da Verträge zwischen China und Deutschland nicht mehr bestünden, werde in Zukunft das Verhältnis der Deutschen in China anders sein als vor dem Kriege, denn die Exterritorialität sei abgeschafft und die Deutschen würden der chinesischen Rechtsprechung unterworfen sein Deutschland werde nicht mehr den fünfprozentigen Einfuhrzoll für seine Wareneinfuhr nach China genießen, sondern 30 bis 100 v. H zahlen müssen wie alle anderen Länder, mit denen China keine Sonderverträge hat. Die Deutschen würden sich dem fügen und darum mit außerordentlicher Sympatie aufgenommen werden

Ein amerikanisch-japanischer Geheimvertrag?

Der „Petit Marseillaise" bringt die aufsehenerregende Nachricht, daß Präsident Wilson vor zwei Jahren mit Japan ein Geheimabkommen betreffs China geschlossen habe. Das Übereinkommen soll große Ähnlichkeit mit den früheren deutsch-französischen Abmachungen

über Marokko haben. Amerika und Japan erkennen die Unabhängigkeit Chinas an, sagen sich aber eine enge wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in China zu. Der „London and China Express" bezweifelt das Bestehen eines solchen Abkommens; falls es aber bestehe, sei es eine grobe Unaufrichtigkeit Wilsons, die unvermeidlich zu seiner politischen Kaltstellung führen müsse.

Die Rückkehr nach Hongkong.

Auf Anweisung des Staatssekretärs der Kolonien hat der gesetzgebende Rat in Hongkong eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach früheren feindlichen Staatsangehörigen der Aufenthalt in Hongkong ohne Erlaubnis untersagt ist; das Gesetz bleibt drei Jahre in Kraft. Wer gegen die Verordnung verstößt, wird ausgewiesen und mit einer Höchststrafe von 5000 Dollar oder einem Jahre Gefängnis bedroht. Zu diesem Beschluß schreibt der „London and China Express" vom 1. September: „Sie (die Deutschen) werden nicht mit offenen Armen empfangen, um ihre alten Stellungen einzunehmen und ihre merkwürdigen Handelsmethoden fortzusetzen, die sich gegen die britischen Interessen und den britischen Handel in China gerichtet haben. Mit der Zeit müssen Handelsbeziehungen zu den Deutschen unterhalten werden, aber diese Beziehungen werden sich nicht auf den alten Grundlagen abwickeln. In der Heimat und in den Kolonien werden wir mit Deutschland Geschäfte machen. Nachdem wir aber erfahren haben, was „teutonische Durchdringung" heißt, werden wir nun hoffentlich auf der Hut sein. Wir freuen uns, feststellen zu können daß die Kolonie Hongkong, die mögliche Gefahr erkannt und Schritte unternommen hat, sich durch eine entsprechende Gesetzgebung zu schützen!"

Handels- und Industrienachrichten.

Der neue chinesische Zolltarif.

Nach einer Pekinger Meldung an die „North China Daily News" vom 1. Juni ist der neue chinesische Zolltarif, der auf der letzten Zolltarifkonferenz in Schanghai festgesetzt worden ist, am 1. August ds. Jahres in Kraft getreten.

Deutsche Handelsmarken auf dem chinesischen Markt.

Nach einem Bericht des britischen Generalkonsuls in Tientsin hat vor kurzem ein Unterausschuß der britischen Handelskammer in Tientsin sich mit der Frage der Annullierung aller feindlichen Handelsmarken für Baumwollwaren (chops) sowie derjenigen britischen Marken beschäftigt, die von feindlichen Kaufleuten benutzt wurden und bei den Chinesen bekannt sind. Der Ausschuß ist nach längeren Erörterungen zu der Auffassung gekommen, vorläufig in der Frage keine weiteren Schritte zu unternehmen, wenigstens aber solange zu warten, bis man die Ansichten Schanghais in dieser schwierigen Frage gehört habe. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, daß im Jahre 1916 eine britische Firma in Schanghai eine sehr beliebte Sorte Köper unter einem feindlichen „chop" verkaufen wollte; dies wurde nicht gestattet, sondern nur die Erlaubnis gewährt, die Ware unter einer neuen Marke auf den Markt zu bringen mit einer Ankündigung, daß die Ware mit der unter der deutschen verkauften Marke identisch sei.

Es wird weiter gehetzt!

Die Londoner „Daily Mail" veröffentlicht unterm 6. September folgende Meldung aus Tientsin: „Ein Hunnenplan" für den zukünftigen Handel mit China wird heute Abend von der „North China Mail" enthüllt. Der Grundgedanke ist die Vereinigung aller früheren Interessen in ganz China unter einer Hauptleitung. Das Unternehmen übernimmt alle notwendigen Finanzierungen, was die Ausmerzung aller kleinen Firmen bedeutet". Der

„London and China Telegraph", der die Meldung wiedergibt, begleitet sie mit folgender Überschrift: „Deutsche Pläne in China; Trustplan zur Auspressung des kleinen Mannes".

Eine französisch-chinesische Schiffsbaugesellschaft.

Die Nicholas Tsu Shipbuilding and Engineering Works in Schanghai waren an die Messageries Maritimes verpfändet. Da die chinesische Gesellschaft ihren Verpflichtungen gegenüber dem französischen Schiffahrtsunternehmen nicht nachkommen konnte, hatte letztere beschlossen, die Werke zu übernehmen. Die chinesische Regierung hat jedoch dagegen Einspruch erhoben; sie wird zur Hälfte an dem Unternehmen beteiligt.

Kanadisch-Chinesische Handelsbeziehungen.

Nach einer Meldung des „London and China Express" ist das Interesse der kanadischen Fabrikanten am ostasiatischen Markt ständig im Zunehmen. Die kanadischen Banken planen die Eröffnung von Niederlassungen in China und Wladiwostok. Die Papierindustrie in Kanada setzt besondere Hoffnungen auf den chinesischen Markt.

Japanischer Dampferdienst mit Deutschland.

Nach dem „London and China Express" treffen die japanischen Schiffahrtsgesellschaften Nippon Yusen Kaisha und Osaka Yusen Kaisha Vorbereitungen zur Einrichtung eines regelmäßigen Schiffsverkehrs zwischen Japan und Deutschland. Der Generaldirektor der Nippon Yusen Kaisha hat erklärt, daß dieser Plan bereits vor dem Kriege bestanden habe. Der Dienst (Passagier- und Frachtverkehr) soll vierzehntägig erfolgen. Der Bau großer Passagierdampfer für den Europaverkehr ist geplant.

Kosten der Schiffahrtsbauten in Japan.

Nach einem Bericht des britischen Generalkonsuls in Kobe kosten Schiffsbauten auf japanischen Werften 250 Yen die Tonne für Frachtdampfer und 300 Yen für Tankdampfer. Die Kawasaki-Werft war im Hinblick auf diese hohen Gestellungskosten nicht in der Lage, Aufträge aus Amerika auszuführen. Ein Teil der japanischen Schiffswerften soll sich wegen der schlechten Geschäftsaussichten auf den Bau von Maschinen verlegen.

Vom ostasiatischen Kohlenmarkt.

Nach amerikanischen Konsulatsberichten beherrscht Japan den ostasiatischen Kohlenmarkt bis 70 v. H. Der Markt wird ihm aber von Australien erfolgreich streitig gemacht, sobald bessere Schiffsverbindungen zwischen Australien und den chinesischen Häfen vorhanden sind. Die japanische Kohle hat sich außerordentlich verteuert; sie wird in Japan mit 22 bis 26 Yen die Tonne quotiert, während in australischen Häfen die Tonne nur 15 bis 16 Shilling kostet. Australische Kohle ist bereits auf dem Hongkonger Markt erschienen.

Japanische Mineralschätze.

Im Jahre 1918 wurden in Japan folgende hauptsächliche Mineralschätze gefördert:

Gold	1 961 203	Momme . .	+ 9,2 v. Hundert
Silber	49 526 314	„ . .	— 12,5 „ „
Kupfer . . .	135 056 620	Kin	— 10,8 „ „
Eisen	81 588	Tonnen . .	+ 5,3 „ „
Kohle	23 741 294	„ . .	+ 1,6 „ „
Petroleum . . .	2 084 582	Koku . . .	— 15,2 „ „
Schwefel	60 004	Tonnen . .	— 43,2 „ „

Die Hundertzahlen geben die Zu- oder Abnahme der Förderung im Jahre 1917 an. (1 Momme = 0,01005 engl. Pfund, 1 Kin = 1,33 engl. Pfund und 1 Koku = 47,65 Gallonen.)

Japanische Tätigkeit in Peru.

Wie aus Lima verlautet, hat die Hoschi Pharmazeutische Gesellschaft in Tokio, in Peru ein gewaltiges Stück Land erworben, das dem Anbau von Medizinalpflanzen (hauptsächlich Gewinnung von Quinin) dienstbar gemacht werden soll.

Aktiengesellschaften.

Die Shanghai Tug and Lighter Co. zahlt eine Interimsdividende von 3 v. Hundert auf Vorzugsaktien und 8 v. Hundert auf gewöhnliche Aktien.

Die Shanghai Land Investment Co., Ltd., verkündet eine Dividende von 5 v. H. für das am 30. Juni zu Ende gegangene Halbjahr.

Sprechsaal.

Entschädigung der China-Deutschen.

Zu dem Eingesandt in Nr. 7 der „Mitteilungen" möchte ich bemerken, daß auch ich eine Zahlung nach festgesetztem Kurse für undurchführbar halte, da hierbei von Ersatz der Schäden überhaupt nicht die Rede sein kann, wenn Fälle vorliegen, die die örtlichen Verhältnisse zur Basis haben. Z. B. Herrn S. in H . . . . ist sein Anwesen im Werte von zirka 20000 Taels beschlagnahmt, was ihm (Tael = 5.— M.) rund 100000.— M. Schadenersatz einbringen würde. Auf diesem Anwesen habe ich eine amtlich eingetragene Hypothek von 7000 Taels, die laut Vereinbarung 6 Monate nach Kriegsende rückzahlbar ist. Für diese Rückzahlung würde also der erste Januar 1920 Fälligkeitstermin sein. Nach dem heutigen Währungskurse ist wohl anzunehmen, daß Herr S. zur Befriedigung meiner Forderung zirka 140000.— M. gebrauchen würde, also zu dem empfangenen Ersatz noch 40000.— M. hinzulegen müßte, womit denn alle nachfolgenden Eintragungen und sein eigenes Vermögen verloren wären. Da nun aber Herr S. sowohl wie ich alte Chinaleute sind und jetzt wohl nicht mehr daran denken können anderweitig eine neue Existenz zu gründen, kommt für uns die Markwährung überhaupt nicht in Betracht und würde uns eine Behandlung in dieser Art im günstigsten Falle noch einen weiteren Verlust von zirka 6/7 unseres Vermögens bringen, der schon durch Zeichnung von Kriegsanleihen in Taels und Verschleudern des Hausinventars unverhältnismäßig groß ist und wenig Aussicht auf Berücksichtigung hat.

H. K.

Briefkasten.

Oldenburg. Wer kann über den Aufenthalt von E. Oldenburg, früher Meyerink & Co., Schanghai, Auskunft geben? Dr. H. Krapff, Frankfurt a/M., Leerbachstraße 113.

Das Grenz-Übernahmelager „Wesel"

des Zentral-Komitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz ist erbötig, Auskunft zu vermitteln über Deutsche, die aus dem überseeischen Auslande erwartet werden, von da heimgekehrt oder dortselbst verblieben sind. Falls drahtliche Auskunftgabe gewünscht wird, müssen die vollen Kosten für Drahtung vorher eingezahlt werden, Drahtanschrift: Rotkreuzlager Wesel.

Gründung der Reederei-Treuhand-Gesellschaft.

Zur Bevorschussung der Entschädigungsforderungen, die deutschen Reedereien auf Grund des Gesetzes auf Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zustehen, wurde mit dem Sitz in Hamburg und mit einem Kapital von einer Million Mark die Reederei - Treuhand - Gesellschaft als gemeinnützige Gesellschaft begründet. Der Kriegsausschuß der deutschen Reedereien teilt dazu mit: In letzter Zeit hervorgetretenen falschen Meldungen gegenüber ist festzustellen, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Bevorschussung auch nicht im entferntesten um Beträge handelt, wie sie den heutigen gesteigerten Schiffswerten und Wiederbeschaffungskosten entsprechen würden, und ferner, daß die auszuzahlenden Beträge unter geregelter Aufsicht nur für den Wiederaufbau der Reedereibetriebe verwendet werden dürften, so daß Aussichten auf Ausschüttung infolge der Bevorschussung nicht begründet wären.

Weitere erhöhte Postgebühren.

Zu den Gebührenerhöhungen der Post am 1. Oktober kommen weitere, die bisher nicht bekannt waren oder wenigstens nicht beachtet worden sind. So sind die Gebühren für Postlagerkarten von 25 Pf. auf 1 M. erhöht, ebenso die für Postausweiskarten von 50 Pf. auf 1 M. Bestellschreiben wegen Nachlieferung von Zeitungen kosten künftig 25 statt wie bisher 10 Pf., der Erlaß eines Laufschreibens 40 Pf., also das Doppelte. Die Gebühr für Unbestellbarkeitsmeldungen wird von 20 auf 50 Pf. erhöht. Zeitungsüberweisungen nach auswärts kosten das Doppelte, 1 M. Beim Umtausch amtlich gestempelter Vordrucke wurde bisher 1 Pf. abgezogen, künftig das Doppelte. Die monatliche Stundungsgebühr für Portobeträge betrug bisher 5 Pf. für jede Mark, mindestens 50 Pf.; künftig werden 10 v. H., monatlich mindestens 1 M. erhoben. Die neuen Gebührensätze gelten für die Sendungen, die in der Nacht vom 30. September bis zum 1. Oktober um 12 Uhr 1 Minute und später eingeliefert werden. Die Hausbriefkästen der Postanstalten und die Briefkästen der Bahnposten werden deshalb um 12 Uhr außergewöhnlich geleert. Wenn Briefkästen nicht um Mitternacht geleert werden können, so wird bei der ersten Leerung am 1. Oktober nicht nach den neuen Sätzen nachtaxiert.

Zahlungsverkehr mit dem Auslande.

Die Berliner Handelskammer weist die beteiligten Geschäftskreise darauf hin, daß durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" Nr. 208 die vielbefehdete Devisenordnung vom 8. Februar 1917 aufgehoben worden ist. An ihre Stelle ist ein neues Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 getreten, das von der ganzen in der früheren Devisenordnung enthaltenen Materie nur noch die Versendung und Überbringung von Zahlungsmitteln in Reichs- oder ausländischer Währung behandelt. Derartige Zahlungsmittel dürfen nur durch Vermittelung von Banken unter Beobachtung gewisser Förmlichkeiten nach dem Auslande gebracht oder versandt werden. — Alle übrigen Bestimmungen der Devisenordnung, besonders betreffend Verfügungen über Forderungen, Kredite, Tausch gegen Wertpapiere usw. sind gefallen. Auch bedarf es nunmehr künftig zur Eingehung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande zwecks Erwerbs von Waren keiner Genehmigung mehr. Die für alle Waren erforderliche Einfuhrbewilligung bleibt unberührt und ist nach wie vor bei den zuständigen Stellen nachzusuchen. Nähere Auskunft erteilt das Verkehrsbüro der Handelskammer, Berlin C. 2, Klosterstr. 41.

Einreise nach Brasilien.

Die Direktion des Königlich Holländischen Lloyd in Amsterdam hat bekanntgegeben, daß die Sperre für Reisende deutscher Nationalität in Brasilien aufgehoben worden ist. Für die Einreise nach Brasilien ist jedoch das Paßvisum eines brasilianischen Konsulats erforderlich. Deutschen Reisenden wird dieses Visum nach Angabe des Lloyd durch das brasilianische Konsulat in Amsterdam erteilt.

Der erste Pulsschlag.

Der deutsche 24-Stunden-Flieger Boehm beabsichtigt, mit einem neuen Flugzeug einen Flug um die Erde zu machen.

Die amerikanische Schiffahrtslinie „Barber Line" in New-York hat regelmäßige Fahrten von Nordamerika nach Hamburg aufgenommen.

Für die deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft in Hamburg ist auf den Nordseewerken in Emden ein Tankdampfer von 13800 Tonnen Tragfähigkeit von Stapel gelaufen.

Der Badische Bahnhof in Basel ist nach 5-jähriger Sperre ohne besondere Feierlichkeit eröffnet worden. Das Bahnhofsgebäude zeigte die neuen deutschen neben den eidgenössischen und Badener Farben.

Der Dampfer „Weimar" ist als erster Dampfer von London mit Stückgut in Hamburg angekommen.

Die Einziehung d. Fünfzigmarkscheine.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsbank-Direktoriums hatte die 50-Mark-Reichsbanknote mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 bis zum 10. September

die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Nach diesem Tage ist nur noch die Reichsbankhauptkasse zur Einlösung verpflichtet. Diese Einlösungspflicht erstreckt sich aber bis zum 10. September 1920, so daß eine direkte überstürzte Einsendung überflüssig ist. Die Noten können auch durch Bankgeschäfte, Sparkassen, Genossenschaften usw. angesammelt und in größeren Posten der Reichsbank übersandt werden.

Adressennachweis.
Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

E. Meyerhof, Lichtenrade bei Berlin, Haus Fichteneck, Mozartstraße 33.

Ingenieur W. O. Lader, Reichsverwertungsamt, Frankfurt a/Oder.

Wegen Raummangels mußten wir verschiedene Beiträge für die nächste Ausgabe unserer Zeitschrift zurückstellen. *Die Schriftleitung.*

Edith Zoeller
Dr. jur. Gerhard Pernitzsch
Verlobte
Berlin-Zehlendorf, im September 1919
Burggrafen-Straße 23

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang — 15. Oktober 1919 — No. 10

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Die Ostasiatenwoche in Berlin.

Der Auftakt.

Die Ostasiatenwoche in Berlin, die vom 28. September bis 4. Oktober stattgefunden hat, nahm für alle Teilnehmer einen äußerst befriedigenden Verlauf. Daß das mit großen Vorarbeiten seitens des Generalsekretärs Dr. Linde aufgestellte Programm in allen seinen Einzelheiten nicht restlos durchgeführt werden konnte, lag an dem Streik der Berliner Metallarbeiter, der sich wie ein Schatten über die Woche ausbreitete, aber nicht vermochte das Programm zum Scheitern zu bringen. Wo ein Betrieb infolge des Streiks nicht besichtigt werden konnte, wußte der Generalsekretär stets Rat, indem er neue Besichtigungen einschob. Die aus allen Teilen Deutschlands herbeigeeilten Ostasiaten erlitten infolgedessen keinerlei Enttäuschungen.

Eingeleitet wurde die Woche am Sonntag, den 28. September, abends 8 Uhr mit einer zwanglosen Zusammenkunft im Bankettsaal des Restaurants „Rheingold". Es mochten sich etwa dreihundert Teilnehmer zu der Veranstaltung eingefunden haben. Alte Ostasiaten, die schon vor dem Kriege nach Deutschland zurückgekehrt waren, „Repatriierte" vom „Atreus", „Nore", „Novara" und „Antilochus", die Beruf oder Ruhebedürftigkeit in alle Teile des Vaterlandes zerstreut hatten, fanden sich ein und gaben äußeren Ausdruck für das Zusammengehörigkeitsgefühl, das der Deutsch-Chinesische Verband seit fünf Monaten unter den zurückgekehrten China-Deutschen zu erwecken und zu vertiefen verstanden hat. Das Signum des Abends war die Begrüßungsansprache des Herrn Admiral von Truppel, der als Vorstandsmitglied des Verbandes die Erschienenen willkommen hieß und auf die harte Arbeit hinwies, die den nach China Zurückkehrenden bevorsteht. Die Teilnehmer blieben bei einem Glase Bier bis zur vorgerückten Stunde zusammen. Der harmonische Verlauf des Begrüßungsabends war ein verheißungsvoller Auftakt für die weiteren Veranstaltungen der Woche.

Besichtigungen und Vorträge.

Der für Montag, den 29. September in Aussicht genommene Besuch der Betriebe von Julius Pintsch A.-G. in Fürstenwalde an der Spree nahm einen lehrreichen und hochbefriedigenden Verlauf. Das Unternehmen bewirtete die Teilnehmer mit einem Frühstück, da sich die Besichtigungen bis in den Nachmittag hineinzogen. Die für den folgenden Tag geplante Besichtigung der Bergmann Elektrizitätswerke mußte infolge des Metallarbeiterstreiks leider unterbleiben; die Teilnehmer konnten sich jedoch, rechtzeitig benachrichtigt, der Führung durch die Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin anschließen. Nachmittags um 6 Uhr füllten die Ostasiaten den Vorführungssaal der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft E. V. (einer Tochtergesellschaft des uns China-Deutschen wohlbekannten Deutschen Überseedienstes), wo Herr Arthur Dix einen unterrichtenden Vortrag über „Internationalen Wirtschaftsdienst durch Film und Presse" hielt; den Zuhörern

wurde an Hand des gesprochenen Worts und des Bildes ein Einblick in die Propagandaarbeit gegeben, mit der wir an den Wiederaufbau des einst stolzen Außenhandelsgebäudes gehen müssen.

Am Mittwoch, den 1. Oktober, konnte nur eine Besichtigung stattfinden, da der Besuch der Borsig'schen Werke in Tegel bei Berlin wegen des Streiks vom Programm gestrichen werden mußte. Es erfolgte aber die Führung durch den Betrieb der Deutschen Luftreederei G. m. b. H. auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal. Auch hier konnten die Teilnehmer, die sich für die Borsig-Werke gemeldet hatten, noch rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden und es war ihnen Gelegenheit gegeben, sich der Besichtigung in Johannisthal anzuschließen.

Der Abend vereinte die Teilnehmer wiederum im Bankettsaal des Restaurants „Rheingold", wo Geh. Regierungsrat Dr. H. Schumacher, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, vor gefülltem Saale über: „Sozialismus und Unternehmertum" sprach. In packenden Worten gab Professor Schumacher einen Überblick über die Lehre vom Sozialismus und ihre Anwendung in der Praxis. Ein langanhaltender Beifall lohnte den Redner für seine in formvollendeter Rede dargebrachten interessanten Ausführungen.

Das für Donnerstag, den 2. Oktober aufgestellte Programm mußte völlig geändert werden, weil die Streikverhältnisse eine Besichtigung der Kabelwerke der A. E. G. in Oberschöneweide und den Betrieb der Berliner Maschinenbau A.-G. (vorm. Schwartzkopff) Berlin nicht ermöglichten. Anstelle der beiden ausgefallenen Besichtigungen trat ein Gang durch den Betrieb der „Petra", deren Spezialität die Herstellung von Tagesfilms ist; die Neuheit dieses Industriezweiges erregte bei den Teilnehmern großes Interesse. Der folgende Tag erfuhr ebenfalls eine teilweise Programmänderung. Die Besichtigung des Betriebes der Aktiengesellschaft für Anilin-Fabrikation mußte des Streiks wegen abgesagt werden, dafür konnten aber die Teilnehmer durch die Anlage der Staatlichen (früher Königlichen) Porzellanmanufaktur in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten geführt werden. Die Führung durch die Ausstellung der Erzeugnisse der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. im Telefunkenhause am Halleschen Tor, konnte programmgemäß stattfinden. Am Abend des 3. Oktober sah der Bankettsaal des „Rheingold" abermals die Teilnehmer der Ostasiatenwoche. An Stelle des Herrn Geh. Regierungsrats Professor Dr. Wiedenfeldt, des Leiters der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts, sprach Konsul Bosenigk über die Organisation der Außenhandelsstelle.

Es hatte den Anschein, als ob die Stimmung im Zeitungsgewerbe, die für Sonnabend, den 4. Oktober geplanten Besichtigungen des Scherl'schen und Ullstein'schen Betriebes einen Streich spielen werde. Zum Glück blieben die beiden großen Verlagsunternehmen von einem Streik verschont und ihre Besichtigung konnte programmgemäß erfolgen. Die Besichtigung der beiden Betriebe machte den Beschluß des Führungsprogramms der Ostasiatenwoche.

Wir sprechen wohl im Namen aller Teilnehmer, wenn wir an dieser Stelle allen Werken, die den Ostasiaten bereitwillig ihre Pforten geöffnet haben, unseren Dank darbringen.

Der Ausklang.

Einen würdigeren Abschluß hätte die Ostasiatenwoche nicht finden können, als durch die Veranstaltung eines Abschiedsabends, der alle Teilnehmer und ihre Angehörigen am Sonnabend Abend im Muschelsaal des „Rheingold" vereinte. Die Schlußansprache hielt im Namen des Vorstands Herr Geh. Kommerzienrat Conrad von Borsig, der die frohe Zuversicht aussprach, daß das deutsche Wirtschaftsleben, trotz der tausendfachen Nöte, in denen es sich befindet, den Weg zur Wiedergenesung finden wird, und er gedachte in zukunftsfreudigen Worten der kommenden Zusammenarbeit zwischen Industrie und

Handel auf dem ostasiatischen Markt. Anknüpfend an die Begrüßungsansprache von Admiral von Truppel und den Schlußworten des Herrn Geheimrats von Borsig gedachte Herr C. Fink der Arbeit des Deutsch-Chinesischen Verbandes und dankte im Namen der Teilnehmer dem Verband und seinem Generalsekretär für die Veranstaltung der Ostasiatenwoche.

F. S.

Die Streikunruhen in Schanghai.

Auf Grund lückenhafter Meldungen aus englischen Quellen hatten die „Mitteilungen" über die im Juni in Schanghai ausgebrochenen Streikunruhen berichtet. Es war aber nicht möglich sich ein genaues Bild über die Vorgänge zu machen. Inzwischen liegt die „Municipal Gazette" vom 24. Juli vor, die ausführlich über die Unruhen Bericht erstattet.

Der Bericht der „Municipal Gazette" weist zunächst darauf hin, daß die japanfeindliche Agitation in Schanghai am 7. Mai begonnen habe. An jenem Tage fand außerhalb des Westtors eine chinesische Massenversammlung statt, die von etwa 7000 Personen besucht war. Die Sprecher verlangten die Rückgabe von Tsingtau und die Freilassung der in Peking verhafteten Studenten, die sich zu Tätlichkeiten gegen die chinesischen Beamten hatten hinreißen lassen. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer nach dem deutschen Klub, in deren Räumen die innerchinesische Friedenskonferenz tagt. Der Demonstrationszug wurde aber von der französischen Polizei auseinandergesprengt. Am folgenden Tag trafen sich 30 Abgeordnete der verschiedenen Lehranstalten in Schanghai und gründeten eine Studenten-Union. In den Händen dieser Union lag die Organisierung der nun folgenden Streiks. Bis zum 9. Juni tagte die Union in dem Gebäude der Worlds Chinese Students Federation, No. 51 Bubbing Well Road neben dem Olympic-Theater. Später wurde das Hauptquartier in die französische Niederlassung verlegt. Die Studentenvereinigung war unerläßlich tätig, durch persönliches Eintreten oder durch Verteilung und Ankleben von Propagandaschriften, die Volksstimmung aufzustacheln. Das Losungswort: „Boykott gegen japanische Waren!" wurde in die Menge geschleudert. Die Kaufmannschaft hielt Versammlungen ab und entschied sich zu Gunsten des Boykotts. Händler, die mit japanischen Waren handelten, wurden „Schildkröten" beschimpft und am 18. Mai wurden Straßenpassanten, die japanische Hüte trugen, von Studenten und Nichtstuern angehalten und ihrer Kopfbedeckung beraubt, die in tausend Stücke zerrissen wurde. Gegen Ende Mai hatte der Boykott unter dem Volk festen Fuß gefaßt; es war aber Hoffnung vorhanden, daß er in friedlicher Weise durchgeführt wurde, trotz der Anstrengungen einiger Extremen unter den Studenten, die die Bildung eines freiwilligen Korps und die Ausrufung eines Generalstreiks betrieben. Am 4. Juni erhielt die Studentenvereinigung Nachrichten aus Tientsin, wonach 400 Studenten in Peking verhaftet worden seien. 300 Studenten hielten in der chinesischen Stadt eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, auf die Ladenbesitzer einen Druck auszuüben, damit diese, als Ausdruck des Protests, ihre Läden schlössen. Am 5. früh waren sowohl die Kaufläden der chinesischen Stadt als auch in der Niederlassung geschlossen. Der Vormittag verlief ohne Zwischenfälle. Nachmittags wurden in verschiedenen Teilen der Niederlassung Japaner angegriffen; gegen 9 Uhr abends sammelten sich große Volksmengen in der Nanking Road an. Die Schutzleute wurden mit Steinen und Dachziegeln beworfen und gegen Mitternacht nahmen die Belästigungen derartig überhand, daß die Menge mit Gewalt auseinandergesprengt werden mußte.

Am 6. Juni stellte die elektrische Straßenbahn in der chinesischen Stadt ihren Betrieb ein, weil sich die Angestellten dem Streik angeschlossen hatten. Von Seiten der Streikenden wurden Anstrengungen gemacht, auch die Angestellten der elektrischen Straßenbahn der französischen Niederlassung zum Streik zu veranlassen, aber nur mit

Deutsch-Chinesischer Verband

Berlin W., Potsdamer Strase 28.

Dem Wunsche vieler unserer Mitglieder folgend, haben wir im Einvernehmen mit der Direktion der „AGFA" die kürzlich auf einen späteren Zeitpunkt verschobene Besichtigung der Anlagen (Farbenfabrik, Filmfabrik) der

Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation
in Wolfen bei Bitterfeld

für **Dienstag, den 28. Oktober 1919** in Aussicht genommen. Wir bitten unsere Herren Mitglieder, die an der Besichtigung teilnehmen wollen, sich durch Postkarte bei uns anzumelden, worauf wir ihnen alle weiteren Mitteilungen in der Angelegenheit brieflich zugehen lassen werden.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. Linde
Generalsekretär.

teilweisem Erfolg. Die Märkte blieben unbeschickt. Die Schlächter und Angestellten eines großen ausländischen Ladens schloßen sich ebenfalls dem Streik an. Die Läden blieben geschlossen und ihre Fronten waren mit Plakaten beklebt. Überall flatterten Boykottflaggen. Diese Flaggen und Aufrufe schürten sehr den Haß gegen die Japaner. Der Haß nahm zu, nachdem Gerüchte in Umlauf gesetzt worden waren, daß die Japaner Wasser und Lebensmittel vergifteten. Da die Polizei ihren zahlreichen Aufgaben nicht mehr gerecht werden konnte, wurde am Nachmittag das Freiwilligenkorps unter Waffen gerufen. Mit Hilfe der Freiwilligen wurden die Flaggen und Plakate von den Läden heruntergenommen und zwar zuletzt im Louza- und Zentralbezirk. Spät am Nachmittag fuhr ein mit Schutzleuten bemannter Motorlastwagen durch die Hauptstraßen und nahm ebenfalls Flaggen und Plakate herab. An der Ecke der Hupeh- und Foochow-Road wurde das Gefährt von der Menge zum Halten gebracht und von der Menge übel zugerichtet. Kurz nach diesem Zwischenfall wurde ein Angestellter der Stadtverwaltung von der Menge angegriffen. Desgleichen wurden auch Angriffe auf Angehörige des Freiwilligenkorps unternommen. Am 7. Juni kam ein Gerücht in Umlauf, daß die Japaner dem Stadtrat Bestechungsgelder in Höhe von 150 000 Dollar bezahlt hätten, um gegen die Streiker vorzugehen. Das Gerücht wurde durch Plakate weiter verbreitet. Die Angestellten der Firma Kelly & Walsh legten auf dieses Gerücht hin die Arbeit nieder, weil ihre Firma die Veröffentlichungen und Proklamationen des Stadtrats druckt. Aus Gründen der Sympathie schlossen sich die Druckereiangestellten der Commercial Press und der Chung Wha Book Co. der Bewegung an.

Vertreter der verschiedenen Handelszweige, der Schulen und Vereine hielten am 7. Juni eine Versammlung ab, an der der Verteidigungskommissar General Lu teilnahm. Nach einer langen Besprechung sagte General Lu zu, er werde nach Peking telegraphieren und erklären, es sei der Wunsch der Bevölkerung Schanghais, daß die verhafteten Studenten in Peking freigelassen und die drei, als Vaterlandsverräter bekannten Politiker bestraft würden. Dies wurde unter der Bedingung versprochen, daß die Läden geöffnet und die Boykottagitationen eingestellt würden. Die Versammlung billigte den Vorschlag General Lu's. Am Nachmittag fand eine weitere Zusammenkunft in der chinesischen Handelskammer statt, um möglichst einheitlich in der Frage vorzugehen. Während die älteren Mitglieder auf der Durchführung des Vorschlags des Verteidigungskommissars bestanden, machten die jüngeren Elemente den heftigsten Widerstand, sodaß die Versammlung ohne Ergebnis auseinanderging. Neue Plakate und Propagandazettel wurden im Laufe des Abends in Umlauf gesetzt. Es wurde auf die Bevölkerung eingewirkt, solange im Streik zu verharren bis die Pekinger Regierung folgende Forderungen erfüllt habe:

1. Bestrafung der Vaterlandsverräter,
2. Abschaffung der Geheimverträge,
3. Freilassung der verhafteten Studenten,
4. Die Rückgabe von Tsingtau.

Am Abend des 8. Juni konnte man den Ernst der Lage deutlich erkennen. Tausende von Arbeitern zogen durch die Straßen. Die Chauffeure hatten ihre Arbeitgeber benachrichtigt, daß sie ebenfalls die Arbeit niederlegen werden. Es wurde auch auf die chinesischen Angestellten der Stadtverwaltung eingewirkt, ihre Arbeit niederzulegen. Zettel wurden verteilt, um die chinesischen Schutzleute, die im Dienst der internationalen Stadtverwaltung standen, zur Dienstverweigerung zu veranlassen. Ähnliche Einflüsse wurden auch auf die Truppen auf chinesischem Gebiet ausgeübt. Am 9. Juni benachrichtigte der Stadtrat die Studentenvereinigung, daß ihr Hauptquartier geschlossen würde, falls sie nicht ihre aufreizende Tätigkeit in Verbindung mit dem Streik einstellten. Die Studenten ließen

es nicht zu einer polizeilichen Schließung ihres Hauptquartiers kommen, sondern siedelten noch am gleichen Tage in die französische Niederlassung über. Um 9 Uhr morgens desselben Tages erklärten die chinesischen Militärbehörden über ihr Verwaltungsbereich den Belagerungszustand. Am 10. Juni war die Streiklage noch bedrohlicher. Neben den Studenten, Kaufleuten, Händlern und Angestellten, die seit einigen Tagen schon im Streik verharrten, hatten sich etwa 24000 Industrie- und andere Arbeiter der Bewegung angeschlossen, darunter waren Chauffeure, Zimmerleute, Klempner, Maschinisten, Dockarbeier, Maurer, Telephonisten, Spinnereiarbeiter, Drucker, Kutscher, Waschmänner, Kupferschmiede und Ingenieure. Außerdem hatte eine große Anzahl von Arbeitern außerhalb der Niederlassung die Arbeit niedergelegt, darunter die Angestellten einer Zigarettenfabrik in Putung, ferner die Drucker eines großen Werks in Chapei, Heizer und Matrosen der im Hafen liegenden Schiffe, sowie die Angestellten der elektrischen Bahngesellschaft in der chinesischen Stadt und die Arbeiter eines großen Eisenindustriebetriebes in Nantao.

Eine Entspannung der Lage trat am 11. Juni ein, als nachmittags bekannt wurde, daß der Präsident Hsü-Schi-dschang die sogenannten drei Vaterlandsverräter entlassen habe. Bereits am nächsten Tage waren die Läden in der Niederlassung wieder geöffnet, und auf der ganzen Linie fand eine Wiederaufnahme der Arbeit statt. Am 16. Juni waren die Verhältnisse wieder normal.

Während der Streikunruhen wurden fast täglich Japaner und Koreaner angegriffen, weil sich im Volk die Meinung festgesetzt hatte, daß von dieser Seite Wasser und Lebensmittel vergiftet würden. Der Bericht geißelt die Haltung der chinesischen Presse, die sehr viel zur Verhetzung der öffentlichen Meinung beigetragen habe, indem sie unwahre Nachrichten in die Welt setzte.

Der Bericht stellt ferner fest, daß vor und während des Streiks eine starke politische Propaganda arbeitete, die angeblich aus dem Lager der Kuo-min-dang stammte. Ferner wurde ermittelt, daß unter den Studenten bolschewistische Literatur verbreitet wurde, und daß sogar verschiedene Schulen Agenten haben, die für eine Verbreitung bolschewistischer Druckschriften sorgen. In der Oriental Book Co. in der Canton Road wurden Broschüren anarchistischen Inhalts beschlagnahmt. Die Peking-Universität und die Lo-Ying-Hochschule bei Swatau sollen die Hauptvertriebsstellen für die staatsfeindliche Propaganda gewesen sein. In Tientsin, Peking, sowie in den Provinzen Hupeh, Anhui und Kuangtung ist kürzlich eine Menge bolschewistischer Literatur, die von Schanghai aus verschickt wurde, beschlagnahmt worden. Aus einem aufgefangenen Briefwechsel ging ferner hervor, daß in den letzten Monaten von Schanghai aus bolschewistische Literatur an Chinesen nach England, Frankreich und Amerika verschickt wurde. Aus dem Innern soll ebenfalls eine große Nachfrage nach bolschewistischer Literatur herrschen. Der Bericht meint zum Schluß, daß eine Verbindung zwischen bolschewistischer Propaganda und den letzten Streikunruhen nicht bestehe, den Behörden seien aber die Beziehungen gewerbsmäßiger Politiker zu der Streikbewegung nicht unbekannt. F. S.

Sprechsaal.

Etwas über den Nationalstolz im kaufmännischen Leben.

Herr P. Wolfram (Hankou) z. Zt. Erfurt, schreibt uns:

Die Hamburger Nachrichten vom 14. September 1919 bringen im Handelsteil unter „Wirtschaftlichen Betrachtungen" unter anderem folgendes:

„So erhielt kürzlich eine Hamburger Firma von einem Hause in Vancouver, mit dem sie über 20 Jahre vor dem Kriege in Geschäftsverbindung gestanden hatte, eine schnöde Absage unter Bezugnahme auf die Schrecken und Ausschreitungen, die die deutsche Nation während des Krieges begangen hätte. Die Hamburger Firma hat in gleicher Münze heimgezahlt und auf eine Geschäftsverbindung verzichtet mit einer Firma, wo jede Hoffnung auf einen gesunden Menschenverstand ausgeschlossen zu sein scheint.

Auch ein Deutschamerikaner, der sehr deutschfreundlich sein soll, hat sich, wie der Wirtschaftsdienst, eine Zeitschrift, die vom Hamburger Weltwirtschafts-Archiv herausgegeben wird, bringt, sehr zurückhaltend ausgedrückt. Es heißt in der Schrift:

Unser Gewährsmann versichert uns, daß ihm nach seiner Ankunft in Deutschland nichts mehr überrascht hat, als die freundlichzuvorkommende Haltung, mit der er und seine Landsleute in dem gegnerischen Lande empfangen und behandelt werden. Sie erwarteten schlecht verhehlte Bitterkeit, Feindschaft und Unzugänglichkeit und finden ein e m p r e s s i e r t e s Wohlwollen, das anscheinend nichts davon weiß, daß die Amerikaner im Kriege mit Deutschland gelegen und den Krieg zu Ungunsten von Deutschland gewendet haben. Dieser Mangel an nationalem Stolz ist dem Amerikaner der höheren Klasse ebenso unverständlich wie die sorglose Vergnügtheit breiter Volksschichten, die von der Schwere der letzten Monate nichts ahnen läßt. Der Deutsche scheint ihnen weiterzuleben, „als ob nichts geschehen sei“ — höchstens, daß er die Bevorzugung alles Ausländischen noch weiter treibe als bisher. Sie fänden ihre geschäftlichen Missionen dadurch über alle Erwartung erleichtert; aber es scheint, daß sie einer anderen Haltung mehr Achtung entgegenbringen würden. In den Vereinigten Staaten ist die Verfehmung alles Deutschen, nach Aussagen des Gewährsmannes, noch nicht im Abnehmen. Es herrscht lebhafter Bedarf nach deutschen Waren, vor allem hochwertiger Erzeugnisse der Fertigindustrie; aber ein großer Teil der Händler scheint entschlossen, fürs erste keine deutschen Waren zu verkaufen, vor allem die Warenhäuser, die auf die Stimmung des Publikums Rücksicht nehmen müssen. Die englische Greuelpropaganda hat die öffentliche Meinung völlig vergiftet Auch unter den gebildeten Amerikanern sind nur wenige nicht davon überzeugt, daß sich die deutschen Soldaten in Belgien und Nordfrankreich wie die Hunnen betragen hätten Die Erzählungen von bestialischen Verbrechen werden durch angebliche Photographien und durch eidliche Aussagen angeblicher Augenzeugen unterstützt. Es wäre an der Zeit, daß dieser Propaganda durch eine auf die Denkart des amerikanischen Publikums eingestellte Massenaufklärung entgegengearbeitet würde. Es sollte möglich sein, die Sympathie der Amerikaner, die während 5 Jahren auf die Leiden der belgischen und nordfranzösischen Kinder konzentriert worden ist, den deutschen Opfern der Hungerblockade zuzuwenden.“

Ohne Zweifel ist vieles zutreffend, was dieser Gewährsmann in seiner Aussage dargelegt hat, auf der anderen Seite fragt man sich aber auch beim Lesen dieser Zeilen unwillkürlich: Ja, wie sollen sich denn unsere Kaufmanns- und Industriekreise diesem anormalem Hasse unserer Feinde gegenüber verhalten? Sollen die Vertreter dieser Kreise dasitzen mit in den Schoß gefalteten Händen und warten bis ihre früheren ausländischen Geschäftsfreunde die durch den Krieg zerstörten Verbindungen wieder erneuern oder sollen sie durch ein „empressiertes Wohlwollen“ ihr Bestes versuchen, den Dingen zuvorzukommen und ihrerseits die abgerissenen Geschäftsfäden umgehend wieder anzuknüpfen? Sicherlich doch das Letztere und daß dies nicht ohne ein empressiertes Wohlwollen zu machen ist, dürfte jedem Einsichtsvollen klar sein. Das Wörtchen „empressiert“ kommt übrigens aus dem Französischen und heißt: emsig, rührig, betriebsam und das Wort Wohlwollen ist damit nur durch eine uns Deutschen besondere Eigentümlichkeit näher bezeichnet worden. Wird dieses Wohlwollen allerdings übertrieben, so wird es sich auch mit dem Nationalstolz eines Kaufmanns, der für diesen immer ein dehnbarer Begriff gewesen ist und bleiben wird, darüber wollen wir uns doch keinen Illusionen hingeben, kaum vereinigen lassen.

Damit ist die Frage, was heißt Nationalstolz im Geschäftsleben, angeschnitten. Für einen Kaufmann, der mit dem oder im Ausland arbeitet, wird das, wie ich schon sagte, immer ein etwas dehnbarer Begriff bleiben und vom Standpunkt eines Inländers, sei er Kaufmann, oder gar Militär- oder Zivilbeamter auch unter dem jetzigen demokratisch-parlamentarischen Regime, kann diese Frage nicht ohne weiteres beantwortet werden. Der Auslandskaufmann, nicht nur im Sinne dessen, der im Ausland tätig ist, sondern auch der, der von hieraus mit ausländischen Kunden arbeitet, wird immer etwas Kosmopolit sein müssen, wenn anders er nicht die Eigentümlichkeiten seiner Kunden unberücksichtigt lassen will. In welcher Weise soll er denn seinen Nationalstolz, wo seine Nation die Unterlegene ist, jetzt zum Ausdruck bringen? Durch möglichst zurückhaltendes Wesen, natürlich, und wie weit dabei der Einzelne zu gehen hat, muß seinem persönlichen Taktgefühl überlassen bleiben. Rein menschlich betrachtet wird aber auch da der Geschäftsmann stets zu einem entgegenkommenden Wesen neigen, was mit einem Nationalstolz im wahren Sinne des Wortes nicht immer zu vereinigen ist.

Man stelle sich doch blos folgendes vor: Der Inhaber eines Überseehauses sitzt in seinem Kontor, da wird ihm die Karte eines früheren englischen, meinetwegen auch amerikanischen Geschäftsfreundes gebracht. Es ist selbstverständlich, daß er ihn annimmt und ihn zunächst als einen Vertreter der Nation, die uns durch ihren Lügenfeldzug und sonstige Gemeinheiten, die wir ja alle am eigenen Leibe erfahren haben, den meisten

Schaden gebracht hat, kühl aber höflich, auch ohne Handschlag versteht sich, empfängt. Die Unterhaltung ist zunächst streng geschäftlich bis sich der Besucher nach einer Fabrik, von der er früher viel bezogen hat, erkundigt, ob dieselbe noch arbeite und nicht durch den Krieg lahmgelegt sei, ob auch der Inhaber, der ihm ja ebenfalls persönlich bekannt sei noch lebe und so weiter. Damit ist der Boden des rein Geschäftlichen verlassen und der des Persönlichen betreten. Was soll er nun tun. Soll er das Gespräch abbrechen, sich jedes Wort aus dem Munde ziehen lassen oder in aufklärender und damit in entgegenkommender Weise, wohl gemerkt, antworten? Oder der Besucher erkundigt sich nach Beendigung der reingeschäftlichen Unterhaltung vor seinem Weggang auf Grund der veränderten Lebensverhältnisse nach diesem und jenem, was mit seinem persönlichen Wohlergehen in der Stadt, wo er sich gerade aufhält, in Verbindung steht. Verbietet der Nationalstolz ausführlich Auskunft darüber zu geben? Sicherlich nicht.

Ich komme nun zum umgekehrten Falle, nämlich, daß von uns aus im Lande unserer bisherigen Feinde, sei es durch die Inhaber selbst oder durch Vertreter der betreffenden deutschen Firmen, die früheren Verbindungen wieder aufgenommen werden sollen und da dürfte doch der Nationalstolz bei jedem Einzelnen von diesen vor eine sehr schwere und dornenvolle und vor allem in den weitaus meisten Fällen sehr demütigende Aufgabe gestellt werden. Wir Chinadeutsche können davon ja ein Lied singen, in welcher Weise uns die Engländer, vielfach alte Klub- und Sportsfreunde, in jeder Weise vor unserer Ausweisung zu demütigen suchten. Ich brauche nur an die aufhetzenden Reden der britischen, französischen und belgischen Generalkonsuls anläßlich der Siegesfeier im englischen Klub und an die Versammlung in der Stadthalle ebendaselbst zu erinnern. Bei der ersten wurde auch in Zukunft vor uns gewarnt und die andere war mehr oder weniger eine Rechtfertigung, aus welchem Grunde man uns nach Hause schickte. Auch an den Polizeikordon der „gentlemen police“ bei unserer Einschiffung und das Gebahren einzelner Freiwilliger beim Untersuchen des Gepäcks an Bord sei hier ebenfalls erinnert. War nicht dieser Polizeikordon, zusammengesetzt aus den besseren Kreisen der Schanghaier Engländer und vielfach früheren Bekannten, mit denen man fast täglich zusammenkam, eine Demütigung in höchster Potenz Selbstverständlich fällt das Erniedrigende dieser Handlungsweise auch auf die Beteiligten zurück, aber das mache man einmal einem Engländer verständlich, zumal da Leute darunter waren, denen das auch nicht im Entferntesten zuzutrauen gewesen wäre. Ich möchte meine Hand dafür ins Feuer legen, daß, wenn wir in der gleichen Lage gewesen wären, wir uns zu so etwas nicht hergegeben hätten, selbst unter Androhung von Strafen wegen Insubordination. Bei Lebzeiten werden wohl alle, die gerade diese Episode erleben mußten, sie nicht wieder vergessen, es wäre aber auch ratsam, daß unsere ostasiatischen Verbände sie als ein Schandmal englischer Gesittung kommenden Geschlechtern überlieferten, lest they forget!!

Daran anschließend wäre weiter die Frage zu erörtern: Wie denken wir uns unser geschäftliches und gesellschaftliches Leben nach unserer Rückkehr?

Da in vielen Fällen die früheren Geschäftsräume den Firmen nicht mehr zur Verfügung stehen werden, sind sie darauf angewiesen, andere zu suchen und damit beginnen meiner Ansicht nach schon die Schwierigkeiten. Als Deutsche wird man uns zunächst überhaupt nicht in den Niederlassungen, besonders in Schanghai, haben wollen und uns demgemäß eine Vermietung von Räumen verweigern oder doch zu so hohen Preisen, die wir wahrscheinlich nicht bezahlen wollen und können. Wir werden also darauf angewiesen sein, auf chinesischem Gebiete, zum mindesten für Geschäftszwecke, wahrscheinlich aber auch in vielen Fällen für Wohnzwecke, Unterkommen zu finden, und das scheint mir noch nicht mal das Schlechteste zu sein.

Auch weiter werden uns Demütigungen und Schwierigkeiten von seiten unserer Feinde im sonstigen geschäftlichen Leben nicht erspart bleiben. Um sich dem nicht auszusetzen werden wir z. B. zunächst im Bankverkehr auf die Holländer, Japaner und Amerikaner angewiesen sein oder diese bevorzugen, wozu bei Verschiffungen noch die skandinavischen Reedereien kämen.

Im gesellschaftlichen Verkehr werden wir ganz für uns sein, was ja kein Schade ist, hoffentlich verschwindet dann auch ein für allemal der betrübliche Kastengeist, der auch drüben, wie man in unsern Klubs bemerken konnte, vor dem Kriege ganz bedenkliche Blüten gezeitigt hatte und auch während des Krieges noch nicht ganz überwunden war. Ein gesellschaftlicher Verkehr, besonders mit den Engländern, der zwischen uns und ihnen doch vor dem Kriege ein sehr reger war, dürfte sich ganz von selbst verbieten, zumal da er ihnen ja von ihrer Regierung mehr oder weniger vorgezeichnet worden ist. Wie neulich nämlich in einer Meldung aus dem Haag in den Zeitungen zu lesen war, hat die englische Regierung ihre Vertreter im Ausland angewiesen, den Deutschen ein zwar höfliches, aber korrektes Auftreten gegenüber zu zeigen, gesellschaftliche Verbindungen jedoch nicht einzugehen. Bei der guten politischen Schulung des Durchschnittengländers wird dem auch die englische Kaufmannschaft, besonders im fernen Osten, nur zu gern Folge leisten.

Zum Schlusse wäre noch etwas über die Frage der Exterritorialität zu sagen. Wie bekannt sind nach dem Friedensvertrag alle früheren Verträge mit uns aufgehoben, demgemäß wollen auch die Chinesen uns die damit verbunden gewesene Sonderstellung nicht wieder einränmen. Ich bin nicht Fachmann genug, um ein abschließendes Urteil dabei über ein Für und Wider abzugeben und möchte daher nur als Laie dazu Stellung nehmen.

Der Hauptnachteil liegt dabei wohl in etwaigen gerichtlichen Verfahren, die sich aus Nichteinhaltung von Verträgen etc. von Seiten der Chinesen ergeben und gegen die dann die Klage angestrengt werden muß. Man hat da ja gerade in Japan schlechte Erfahrungen gemacht. Ich sage aber, daß, solange ich nicht mit den Gesetzen des Landes von mir aus in Konflikt komme, und das dürften wohl die wenigsten von uns, mir es gleich bleiben kann, ob ich exterritorial bin oder nicht. Im Gegenteil, wenn wir dadurch im Lande selbst eine größere Freizügigkeit wie bisher genössen, so hätten wir gegenüber den anderen nur ein Plus zu verzeichnen. Wie gesagt bin ich als Laie in der Frage nicht zuständig, es würde jedoch sicherlich auch von anderen Lesern mit Interesse begrüßt werden, wenn ein Fachmann aus dem Verbande in verständlicher Weise das Für und Wider in dieser Frage einmal beleuchten würde*).

Politische Nachrichten

Monarchistische Strömungen in China.

Der „North China Herald" vom 28. Juni läßt sich von seinem Mitarbeiter in der Hauptstadt der Provinz Kansuh über einen monarchistischen Putsch berichten, der von der „Fu-tsing-hui" (Gesellschaft zur Wiederherstellung der Mandschu-Dynastie) ausgegangen war. Der Putsch wurde im Keime erstickt. Die Tatsache des monarchistischen Streichs ist in diesem Zusammenhang weniger interessant, als das Kommentar, das der englische Berichterstatter daran knüpft. Er schreibt:

„Die Vervielfachung der Steuerbeträge und die Bestechlichkeit der Beamten halten die Sehnsucht des Volkes nach einer Rückkehr der Mandschu-Dynastie wach. So schlecht die Monarchie auch war, die Republik wird vom Volke als zehn Mal schlechter betrachtet. Nicht allein in unserer entfernten Ecke des Landes hören wir die Hilferufe nach der Dynastie, sondern auch aus anderen Provinzen kommen Nachrichten,

*) Wir verweisen auf den in der letzten Ausgabe veröffentlichten Artikel von Rechtsanwalt Vorwerk über die Frage der Konsulargerichtsbarkeit. Die Schriftleitung.

wonach noch Hoffnung besteht, daß die Monarchie wieder errichtet wird. Falls nicht bald zwischen Norden und Süden eine Einigung erzielt wird und das Land weiter in einen Zustand der Anarchie treibt, darf man sich nicht wundern, wenn sich das Volk erhebt und eine Monarchie ausruft."

Unruhige Stimmung in China.

Englische Meldungen, die bis Mitte September zurückgehen, schildern die Lage in China in schwarzen Farben. Die Kassen in Peking sind fast völlig leer; um sie zwecks Bestreitung der dringlichsten laufenden Ausgaben zu füllen, treibt die Regierung eine selbstmörderische Finanzpolitik; sie hat dreimonatige Schatzscheine ausgegeben, die mit 18 v. H. verzinst werden. Präsident Hsü-Schi-dschang mußte zur Bestreitung der Ausgaben des Präsidialpalasts eine persönliche Anleihe aufnehmen, die er mit 20 v. H. verzinst. Im ganzen Heer herrscht infolge der ausbleibenden Soldzahlungen starke Stimmung zum Meutern; vereinzelt ist es schon zum offenen Aufruhr gekommen. In der Provinz Tschihli treibt eine Räuberbande ihr Unwesen, der die Regierung nicht Herr werden kann, weil ihr die Mittel fehlen, eine Truppe gegen sie in Marsch zu setzen. — Die Lage in der Mongolei ist unklar. Liang-Dschi-dschao äußerte sich vor kurzem in London, daß sich Semenoff zum König der Mongolei ausrufen lassen wolle.

Die Schantung-Frage.

Yosuko Matsuoka, der der japanischen Friedensabordnung angehörte und vor kurzem über Newyork nach Japan zurückgekehrt ist, ließ sich einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber über die Schantung-Frage aus. Matsuoka erklärte mit Bestimmtheit, daß die chinesischen Hoheitsrechte im Schutzgebiet Kiautschou völlig wiederhergestellt würden. Japan werde seine Truppen aus Tsingtau und der Eisenbahnzone zurückziehen, die Schantungbahn werde von einer chinesisch-japanischen Gesellschaft verwaltet und das Bahngelände wieder chinesischem Polizeischutz unterstellt. Die japanische Regierung werde in wenigen Monaten mit Peking in Unterhandlungen treten. Nach neuerlichen Meldungen aus amerikanischer Quelle soll die Aufnahme chinesisch-japanischer Verhandlungen betreffs der Rückgabe von Tsingtau bevorstehen.

Unruhige Stimmung in Korea.

Nach einer Meldung aus Söul vom 3. September ist auf den neuen japanischen Generalgouverneur Baron Saito ein Attentat verübt worden. Der Täter warf eine Bombe gegen den Wagen Baron Saitos, die das Gefährt durchlöcherte, aber die Insassen unverletzt ließ; dagegen wurden 29 Zuschauer verletzt. — Anläßlich des 9. Jahrestages der Einverleibung Koreas in das japanische Kaiserreich blieben alle koreanischen Läden als Zeichen der Trauer geschlossen.

Japanisch-holländische Beziehungen.

Vor kurzem hat eine Abordnung japanischer Parlamentsmitglieder Niederländisch-Indien bereist, um wie es heißt, engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Japan und Holland anzuknüpfen. Eine holländisch-japanische Freundschaftsvereinigung ist gegründet worden, die bereits ein Lehrbuch für Japaner herausgegeben hat, die die holländische Sprache erlernen wollen.

Handels- und Industrienachrichten.

Aktiengesellschaften.

Die Yokohama Specie Bank schüttet eine Dividende von 12 v. H. aus. Drei Millionen Yen werden dem Reservefonds zugeteilt und 3,8 Millionen Yen auf neue Rechnung vorgetragen. Im Vorjahre wurden 1,2 Millionen Yen dem Reservefonds zugeführt und 3,1 Millionen Yen übertragen.

Die Chartered Bank of India, Australia and China verteilt eine Interimsdividende von 14 v. H. für das am 30. Juni beendete Halbjahr.

Die (amerikanische) International Banking Corporation zahlt 6 v. H. Dividende.

Die Nippon Yusen Kaisha hat im Geschäftsjahr 1918/19 einen Reingewinn von 84,2 Millionen Yen erzielt; auf das Aktienkapital von 58 Millionen Yen wird eine Dividende von 50 v. H. ausgeschüttet. Die Reserven der Gesellschaft sind von 39,9 auf 132,5 Millionen Yen erhöht worden. Der Schiffspark beträgt 427,856 Brutto-Registertonnen

Briefkasten.

Getaufte Kaiserin. Die Tatsache, daß eine Kaiserin Helene auf dem chinesischen Thron gesessen hat, ist allerdings nicht in weiten Kreisen bekannt. Couling teilt in seiner „Encyclopaedia Sinica" mit, daß Helene, ehe sie Kaiserin wurde, eine Konkubine des Kaisers Tien-Dji (Ende der Ming-Dynastie) war. Sie wurde von P. Koffler getauft und sandte ein Handschreiben an den Papst. Unter dem Einfluß Helenes wurden auch des Kaisers Mutter Marie, seine rechtmäßige Gattin Anna und deren Sohn Konstantin zu Christen. Im Bulletin Catholique de Pekin 1915, S. 430 befinden sich nähere Angaben über die christliche Kaiserfamilie.

S. Hamburg. Wie wir vor kurzem im „Manchester Guardian" lasen, gehören der britischen Handelskammer in Köln Mitglieder an, die über ein Kapital von 360 Millionen Pfund Sterling verfügen, darunter sind Firmen wie Lipton, Wills und Nestlé. Anfang September lagerten in Köln Waren der Handelskammer, die einen Wert von 10 Millionen Pfund Sterling darstellen. Es besteht die Absicht, in allen größeren Städten Deutschlands Zweigniederlassungen und Agenturen der Kammer einzurichten.

W. P. Bremen. Besten Dank für die Übersendung der Adressenliste; wir haben ausgiebigen Gebrauch gemacht.

E. G. Hamburg. Über die Gepäckbeförderung werden wir zu gelegener Zeit Angaben machen. Besten Dank für die Anregung.

A. D. Hannover. Ein Leser fragt an, ob jemand Nachricht hat, daß die an Bord der „Nore" unterwegs aufgegebenen Briefe in Schanghai angkommen sind. Wer kann Auskunft geben?

Personalnachrichten.

Little. Der Hauptgeschäftsleiter von Brunner, Mond & Co. Ltd. in Schanghai, E. S. Little ist nach fast zwanzigjährigem Aufenthalt in China aus den Diensten der Firma ausgeschieden. Die Firma tritt weitverbreiteten Gerüchten entgegen, wonach der Austritt wegen persönlicher Zerwürfnisse erfolgt sei.

Silva. In Schanghai ist Antonio Manuel d'Araujo e Silva im Alter von 74 Jahren gestorben, der auch in deutschen Geschäftskreisen bekannt war. Silva trat mit vierzehn Jahren als Lehrling bei der Firma Pustau & Co., in Hongkong ein und gehörte ihr bis 1878 an. Später war er bei Fogg & Co., den Vorgängern der China and Japan Trading Co. in Schanghai tätig. 1916 zog sich Silva ins Privatleben zurück.

Alston. Der erste Sekretär der britischen Gesandschaft in Peking, Beilby F. Alston ist als Nachfolger Sir John Jordans zum Gesandten ernannt worden.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

Fr. Staatsmann, Spandau, Feldstraße 44 I.
C. Gilewitz, Essen a. d. Ruhr, Morsehofstraße 66 III, bei Weidemann.
E. Schaffner, Hannover, Alexanderstr. 6 III.
W. Frh. von Ruffin, Berlin, Gneisenaustraße 84 I.
C. Grapow, Charlottenburg, Gervinusstraße 21, Gartenhaus III.
F. Czarnetzki, p. A. Reichsverwertungsamt für Oberost und Polen, Insterburg i. Ostpr.
Hans C. Rosatzin, p. A. Vertretung der Reichseinfuhrstellen, Wismar i. Mecklenburg, Dahlmannstraße 6.
E. Knauer, Berlin NW., Invalidenstr. 103, bei Herrn Schultz.
Dr. H. Krapf, Darmstadt, Pension Staudigl, Hermannstraße 51.
Franz Nebel, Bank für Handel und Industrie, Berlin W. 56, Schinkelplatz 1—4.
Fr. Hellwich, Puppen, Kreis Ortelsburg i. Ostpreußen.
W. v. Froreich, i. Fa. Leopold Casella & Co., G. m. b. H., Export-Abt., Frankfurt a. M. Feuerbachstraße 50.

H. Nellner, Westrhauderfehn (Ostfriesland).
Eduard Lüders, Blankenese b. Hamburg, Kösterbergstraße 20.

Aufsätze über Ostasien.

R. Kunze, Tokio: „Die Schantungfrage im Friedensvertrag", in Nr. 8 des „20. Jahrhunderts".

Derselbe in der „Glocke" Nr. 23: „Sozialdemokratie und Auswärtige Politik".

Die Kriegsgefangenen in Japan.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind zur Zeit über die beschleunigte Heimbeförderung der Gefangenen aus Japan Verhandlungen im Gange. Nach der allgemeinen Lage wird damit gerechnet, daß mit dem Abtransport im Laufe des Oktober begonnen werden kann. Wenn irgend angängig, werden die noch in China sich aufhaltenden Familienangehörigen mit den Kriegsgefangenen zusammen nach Deutschland befördert werden.

Rohstoffmesse in Leipzig.

Der fast überall bestehende Mangel an Rohstoffen und ihre Anhäufung an einzelnen Produktionspunkten haben das Messeamt für die Mustermessen veranlaßt, den Gedanken der Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Einfuhr von Rohstoffen wieder aufzunehmen und ihm zeitentsprechend die Form einer Rohstoffmesse zu geben. Für die Rohstoffmesse stehen umfangreiche Ausstellungsräumlichkeiten auf dem Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal zur Verfügung, wo auch eine technische Messe untergebracht sein wird. Das Messeamt für die Mustermessen in Leipzig, Markt 4, ist bereit, Interessenten nähere Aufschlüsse zu geben.

Österreichische und Ungarische Kriegsanleihen.

Der frühere Vorsitzende der Österreichisch-Ungarischen Vereinigung in Schanghai J. Lenk, schreibt uns auf eine Anfrage: „In Erledigung Ihrer Anfrage gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, das die seitens der Österreichisch-Ungarischen Vereinigung für China in Schanghai aufgenommenen Anleihen auf 2. 3. und 4. Österreichische und Ungarische Kriegsanleihen gemäß den Instruktionen der Zeichner durchgeführt wurden. Die Papiere liegen zur Verfügung der Zeichner bezw. der von ihnen genannten Personen bei der seiner Zeit von ihnen aufgegebenen Banken. Betreffs der 5. Österreichischen und Ungarischen Kriegsanleihen sind aber bis jetzt weder die Überweisungen noch die Instruktionen aus Schanghai bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien, eingetroffen. Die Creditanstalt hat deswegen am 30. Juni 1919 telegraphisch in Newyork angefragt, doch ist eine Antwort bis heute noch nicht angelangt, sie will nun neuerlich in Newyork inquirieren. Sobald ich wegen der 5. Anleihe Neues höre, werde ich Sie hiervon gerne prompt benachrichtigen. Es ist jedenfalls im Interesse der Zeichner, daß sie sobald als möglich die Banken ihre Instruktionen wissen lassen."

Herr Lenk bittet um Aufgabe folgender Anschriften: Dr. Bartelt, H. Beck, Dr. E. Birt, Frau Boethcke, H. Busch, Major Dinkelmann, Karl Eger, A. J. Eggeling, Otto Gaumer, E. Gerecke, A. Giesel, Emma Hoffmann, Huebbe (Hankou), Harald Kliene, Frau B. von der Leithen, Dietrich Lüessen, Frau H. Meyer (Peking), Ph. Möller, Ernst Otto, Dr. Roese, Dr. Rietschell, Ed. Schröder, E. Trefurt, A. von Wittenbergsky, E. Tieffurt.

Die Anschrift des Herrn J. Lenk lautet: Wien II, Praterstraße 14.

Nachklänge zur „Atreus-Fahrt".

Eine Juli-Nummer der „North China Daily News" enthält den Bericht des Hauptmann Luxmore von der australischen Infanterie, der von Honkong aus die Fahrt auf dem „Atreus" mitmachte. Luxmore stellte fest, daß die Befürchtung bestand, die Deutschen würden beim Passieren der niederländisch-indischen Gewässer die Gelegenheit ergreifen, sich zu Herren des Schiffes zu machen. Luxmore gedenkt auch der Tätigkeit von R. N. an Bord des Schiffes. Ueber die Verluste an Menschenleben geht Luxmore zur Tagesordnung mit der Behauptung über, daß die Opfer bereits krank an Bord gekommen seien und auch an Land nicht mehr länger hätten leben können. Diese Behauptung muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden. Wer die letzten Stunden in Schanghai miterlebt hat, weiß, daß man die Kranken aus den Betten geholt, auf Autos oder Rickschas gepackt und in der naßkalten Witterung nach dem Dampfer gebracht hat. Bezeichnend ist, daß die „North China Daily News" uns Deutschen gegenüber noch immer den Hetzton anschlägt; sie überschreibt daher ihren Artikel: „Die Heimfahrt der Hunnen".

Von Deutschland nach Ostasien.

Wie dem „Berliner Tageblatt" von der Hamburger Firma Phs. van Ommeren mitgeteilt wird, eröffnet die Nippon Yusen Kaisha einen neuen Dienst von Japan, China und Straits Settlements

nach Hamburg im Oktober mit ihrem Neubau „Delagoa Maru“, dem weitere monatliche Abfahrten und je nach Bedarf Extradampfer folgen werden. Diese Dampfer werden auch von Hamburg nach Ostasien laden, sobald die deutsche Ausfuhr groß genug ist, um das Anlegen eines Dampfers zu ermöglichen.

Deutsch-chinesischer Abend.

Der nächste Deutsch-chinesische Abend findet am Dienstag, den 11. November, Abends 8 Uhr im Bankettsaal des Restaurants „Rheingold“ statt.

Kurze Nachrichten.

Letzthin ist in London ein Dampfer aus China angekommen, der eine Ladung von 5 Millionen Eier hatte.

Der Dampfer „Nippon“, der am 27. August von Spezia abging, hatte Ersatzteile für Aeroplane an Bord, die in Bombay, Colombo, Singapore, Schanghai und Tientsin ausgeladen werden. Die Häfen sind Landungsstellen in der Luftreise, die Gabriele d'Annunzio von Italien nach Tokio unternehmen will.

In Schanghai herrscht Cholera; es sind Quarantänemaßnahmen angeordnet.

Die amerikanische Admiral Line läßt sich in Schanghai nieder; Zweigniederlassungen sind bereits in Singapore, Kobe, Wladiwostok, Hongkong und Manila eingerichtet.

Auf dem Dampfer „Nera“ wurden 4800 Ballen Seide im Wert von 3,5 Millionen Taels von Schanghai nach Marseilles verschifft.

Unter der chinesischen Kaufmannschaft der internationalen Niederlassung Schanghais herrscht große Unzufriedenheit wegen besonderer Steuerpläne des Stadtrats. Die Kaufleute rufen die Vermittlung des Seniorkonsuls an.

In England hat sich ein neues Wort, der „Landungsbrückensprung“ eingebürgert. Passagiere, die infolge des Andrangs auf die nach Ostasien gehenden Dampfer keine Plätze erhalten konnten, warten mit ihrem Gepäck auf der Landungsbrücke bis zur Abfahrt des Dampfers, stellt sich in letzter Stunde heraus, daß Passagiere, die bereits gebucht hatten, an der Abfahrt verhindert sind, dann beginnt der „Sprung“ der fahrkartenlos Harrenden.

In den letzten fünf Jahren sind von den Missionaren der China Inland Mission 25 000 Chinesen getauft worden.

Zwischen Japan und Equador ist vor kurzem ein Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag unterzeichnet worden; der Vertrag läuft auf einjährige Kündigung.

Der frühere Chef der Niederlassungspolizei in Schanghai, Brigadegeneral Bruce ist von der Provinzialregierung in Nanking als Ratgeber in Polizeiangelegenheiten verpflichtet worden.

Das britische Chinageschwader ist durch sechs Unterseeboote verstärkt worden. Die Boote haben am 15. September die Ausreise angetreten.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Mitgliedschaft beim Deutsch-Chinesischen Verbande.

Da bei der zu unserer großen Freude ständig steigenden Mitgliederzahl und bei der außerordentlich lebhaften Nachfrage nach den Veröffentlichungen des Deutsch-Chinesischen Verbandes einzelne Hefte unserer Zeitschriften usw. völlig vergriffen sind, sind wir nicht mehr in der Lage, neu beitretenden Mitgliedern sämtliche im Jahre 1919 erschienenen Hefte des „Archivs für den Fernen Osten“ und der „Mitteilungen für China-Deutsche“ nachzuliefern. Wir werden daher von nun an den noch im laufenden Jahre beitretenden Mitgliedern die in den Monaten Oktober, November und Dezember noch erscheinenden Drucksachen kostenlos zusenden und die zu zahlenden Jahresbeiträge als für das Jahr 1920 entrichtet verbuchen.

Chinesische Staatspapiere.
(Aus dem „London and China Telegraph“ vom 18. August 1919).

Chines.	5 v. H. 19 2	76	bis 78
„	5 „ „ 1896	89	„ 91
„	4½ v. H. 1898	80	„ 82
„	5 v. H. Tien.-Pukou	77½	„ 78½
„	5 „ „ „ (Zusatzanleihe)	75	„ 76
„	Schanghai Hangtschou	81	„ 83
„	Canton-Koulun	80	„ 80¾
„	5 v. H. Hukuang	69½	„ 70½
„	Honan, 1905	80	„ 82
„	5 v. H. 1913	75	„ 77

Chinesischer Verband deutscher Ingenieure.

In Verbindung mit der diesjährigen Hauptversammlung findet

Sonnabend, den 25. Oktober

eine

Vorstandssitzung

und

Mittwoch, den 29. Oktober

eine

Mitgliederversammlung

des Chinesischen Verbands deutscher Ingenieure im Hause des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin, Sommerstraße 4a, statt.

i. A.
M. Th. Strewe.

Allen Mitgliedern des Verbandes geht kostenlos zu

Archiv für den Fernen Osten.

Herausgegeben vom Deutsch-Chinesischen Verbande E. V. durch Geh. Adm.-Rat Dr W Schrameier.
Nichtmitglieder beziehen das Archiv für den Fernen Osten zum Preise von M. 15,- für den Jahrgang durch die Buchhandlungen oder durch den Verlag Karl Curtius in Berlin W. 35, Derfflingerstr. 20.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste Nr. 6

der aus China Zurückgekehrten, die in der Zeit vom **6. September** bis **3. Oktober 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

Otto Becker, Kaiserslautern, Mannheimerstr. 27
Günther Benecke, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 55
Fritz Breitung, i. Fa. Breitung & Co. (Schanghai), Eisenach
Hans Buchmann, Rothwasser O.-L.
Frau **Margot Dauth,** Nürnberg, Schanhoverstr. 23 I
Curt von Diebitsch, Berlin SW. 11., Askanischer Platz 3
M. Diehr, Berlin NW. 5, Birkenstr. 19
G. Dietrich, Breslau 8, Clausewitzstr. 25
H. Figge, Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank, Berlin W. 8, Unter den Linden 31
Ernst Friederici, Stralsund, Knieperdamm 22 a
Hugo Günther, Gablonz a N., Mühlfeldgasse 27 (Oesterreich)
Gustav Haase, Berlin-Lichtenberg, Möllendorfstr. 49
Werner Peter Heidenreich, i. Fa. Heidenreich & Harbeck, Hamburg-Barenbeck
John Hinrichs, Hamburg, Bismarkstr. 21 III
Direktor **Paul Hintze,** per Adr. Lokomotivfabrik Jung, Jungenthal b. Kirchen a. d. Sieg
G. A. Hoffmann, Ibsdorf, Post Kunzendorf a. O.
Arthur von Jagemann, Berlin N. 4, Borsigstr. 14 II
W. F. Jann, Mannheim, Fröhlichstr. 53
F. Kamm, Görlitz, Sechsstädteplatz 5
Werner Krieger, Cronenberg (Rheinland), Herichhauserstr. 57
Heinrich Krippendorf, Berlin N. 65, Schererstr 9
Konsul Dr. **Ph. Lenz,** Berlin-Schöneberg, Am Park 20
August Mehl, Schöppenstedt, Steinweg 2
Dr. **Michelsen,** Berlin-Schöneberg, Innsbruckerstr. 20
Bruno Moser, Rostock i. Meckl., Schillerstr. 5
C. Oettershagen, Soest, Brudertor
Seezolldirektor a. D. **E. Ohlmer,** Hildesheim, Weinberg 64
W. Pieper, Bremen, Treseburgerstr. 23
August Plagemann, Bochum, Eintrachtstr. 13
Eugen Preuß, Postnicken, Kr. Königsberg (Ostpreußen)
G. Reichel, Deutsch-Asiatische Bank, Berlin W. 8, Unter den Linden 31
Richard Rich, Rohrbeck b. Döberitz, Bahnhofstr. 29
F. W. Ritter, Reichsverwertungsamt, Berlin, Friedrichstr. 100, Zimmer 332
Philipp Rüger, Windsheim (Bayern)
cand. med. **Gerhard Sander,** Leipzig, Mozartstr. 15
J. H. Schläger, Bielefeld, Siechenmarschstr. 50 pt.
Ingenieur **W. Schmittfinke,** per Adr. Fritz Schimpf, Arnsberg (Westfalen)
Ingenieur **Arthur Scholz,** Dresden-Zschachwitz, Carolas r. 14
R. Steinle, Neustadt i. Schwarzwald, Hauptstr. 23
Walther Teubner, Marienberg i. Sachsen
E. R. Vennewitz, Wiesbaden, Dotzheimerstr. 41
Rudolph Wahl, Berlin W. 15, Emserstr. 22
Hans Weissenborn, Halberstadt, Braunschweigerstr. 11
Ingenieur **F. Wiechers,** Godesberg, Augusta-tr. 34
Max W. A. Wilde, Hamburg, Rutschbahn 18
H. Woltemadt, Strelitz i. Meckl., Polytechnisches Institut
A. Zickermann, Schwerin i. Meckl., Jungfernstieg 34
Kapitän **Rud. G. Zöllner,** Charlottenburg, Uhlandstr. 14 III

Die ersten Namenlisten sind in den Nummern 2, 3, 4, 6 und 8 der „Mitteilungen für China-Deutsche“ veröffentlicht worden. Eine weitere Liste wird einer der nächsten Nummer der „Mitteilungen“ beigelegt.

BERLIN, den 10. Oktober 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

Veröffentlichungen des Deutsch-Chinesischen Verbandes

Nur für unsere Mitglieder.

Der Deutsch-Chinesische Verband hat außer dem „**China-Archiv**" (seit dem 1. Januar 1919 „**Archiv für den Fernen Osten**") folgende selbständige Schriften herausgegeben:

Heft 1

Kiautschou. Seine Entwicklung u. Bedeutung

von **Dr. W. Schrameier**

Heft 2

Deutschland und China nach dem Kriege

Deutschland und das chinesische Geistesleben

von **Dr. Paul Rohrbach**

Die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China

von **Wolf von Dewall**

Heft 3

Beiträge zur Neuesten Geschichte Chinas

von **Dr. Pyau Ling**

Heft 4

Aufenthalt u. Niederlassung Fremder in China

von **Dr. Wilhelm Wagner**

Wir sind bereit, so lange der Vorrat reicht, **unseren Mitgliedern** die uns noch zur Verfügung stehenden Jahrgänge des „China-Archivs" für 1916, 1917 u. 1918 zum Preise von je M. 15,— und die vorstehend aufgeführten Schriften des Verbandes zu einem Einheitspreise von M. 1,50 für das Heft zu überlassen.

Bestellungen bitten wir **an unsere Geschäftsstelle, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 28,** zu richten.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. Linde
Generalsekretär.

I. Jahrgang **1. November 1919** **No. 11**

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Zur Frage der Rückkehr nach China.

Von Generalsekretär Dr. Linde.

In vielen mir zugehenden Zuschriften wird übereinstimmend hervorgehoben, daß für die China-Deutschen die Frage der Rückkehr ebenso wichtig wie die Entschädigungsfrage sei, die hoffentlich in absehbarer Zeit zu positiven Ergebnissen führt. Der Zusammenhang zwischen beiden Angelegenheiten ist unverkennbar, denn für viele, die nach China zurückzukehren wünschen, wird eine mehr oder weniger weitgehende Erfüllung ihrer Entschädigungsansprüche die Voraussetzung für ihre Rückkehr sein. Erst durch die Auszahlung der Vorentschädigung werden einem großen Teile der Repatriierten die Mittel zufallen, die notwendig sind, um die zurzeit außerordentlich hohen Passagekosten zu bestreiten.

Nun ist kaum damit zu rechnen, daß die Auszahlung der Vorentschädigung bereits in den allernächsten Monaten erfolgt, denn einstweilen liegen die von der Regierung zu erlassenden „Richtlinien", über die ich in Nummer 8 der „Mitteilungen für China-Deutsche" geschrieben habe, immer noch nicht vor. Eine Anzahl von Repatriierten hat jedoch den sehr lebhaften Wunsch, bereits in kürzester Frist wieder hinauszuziehen. Da die Mittel dazu fehlen, suchen sie nach irgendwelchen amtlichen oder privaten Hilfsquellen, die in der Lage und bereit sind, die erforderlichen Mittel „leihweise", „vorübergehend", „unter Abzug von der zu erwartenden Vorentschädigung" usw. zur Verfügung zu stellen. Solche amtlichen und privaten Organisationen sind jedoch nicht vorhanden und alle einlaufenden Anfragen dieses Inhalts müssen daher leider abschlägig beschieden werden.

Nun ist es in einzelnen Fällen gelungen, nicht nur die finanziellen Hindernisse, sondern auch die ziemlich verwickelten Paßschwierigkeiten zu überwinden. Einzelne Herren, denen es gelang und die auf eigene Kosten die Ausreise nach China wieder antreten wollen, sind schon unterwegs und hoffen, daß sie das erstrebte Ziel in angemessener Zeit erreichen. Es versteht sich von selbst, daß diese Reisenden nicht nur auf eigene Rechnung, sondern auch auf eigne Gefahr ihr Vorhaben ausführen. Irgendwelche Garantie, daß sie nach China hineinkommen, könnte heute noch niemand übernehmen, obwohl, wie bekannt, durch einen Erlass des Chinesischen Präsidenten der Friedenszustand zwischen Deutschland und China wieder hergestellt ist. Welche praktischen Konsequenzen seitens der Chinesischen Regierung jedoch an die Erklärung des Präsidenten geknüpft werden, steht heute noch durchaus dahin. Insbesondere schließt diese „Friedenserklärung" nicht ohne weiteres das Recht der Wiedereinreise für die Repatriierten ein.

Die Zahl der auf eigene Rechnung und Gefahr bereits nach China abgereisten oder im Begriff, abzureisen, stehenden Herren ist zurzeit noch sehr gering, da nur wenige willens und fähig sind, die hohen Kosten der Passage zu tragen und gleichzeitig das große mit der Reise verbundene Risiko auf sich zu nehmen.

Die große Mehrzahl verhält sich einstweilen notgedrungen noch abwartend und hofft auf dreierlei: erstens die Auszahlung der Vorentschädigung; zweitens die Bereitstellung eines Dampfers seitens der Reichsregierung zu mehr oder weniger kostenlosem Rücktransport und drittens die Wiederherstellung der amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China und damit auf die generelle Erteilung der Einreiseaubnis.

Was zunächst die Vorentschädigung anlangt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß mit ihrer Auszahlung einem nicht geringen Prozentsatze der Zurückgekehrten die erforderlichen Mittel für eine Wiederausreise auf eigene Kosten zufallen würden. Trotzdem werden viele die Vorentschädigung nicht in erster Linie für die Rückreise, sondern für den Wiederaufbau draußen verwenden wollen. Bei einem anderen Teile der Vorentschädigten wird die zur Auszahlung gelangende Summe nicht groß genug sein, um nach Abzug der während ihres Aufenthaltes in Deutschland aufgenommenen Darlehen oder anderweitig kontrahierten Schulden die nicht nur in der Ersten Klasse sehr kostspielige Passage zu decken. Sie warten vielmehr mit vielen anderen auf die Bereitstellung eines Dampfers seitens der Reichsregierung.

In dieser Hinsicht sind bereits vor Monaten sowohl vom Deutsch-Chinesischen Verbande wie vom Ostasiatischen Verein in Hamburg bei den zuständigen Stellen Schritte unternommen worden, um dem Wunsche auf Bereitstellung eines Dampfers und mehr oder weniger kostenlose Rückbeförderung zur Erfüllung zu verhelfen. Beide Organisationen gingen davon aus, daß selbst die Auszahlung der Vorentschädigung viele Repatriierte nicht in die Lage versetzen würde, auf eigene Kosten zurückzukehren und daß ihnen daher auf andere Weise geholfen werden müsse. Bis heute liegt eine Entscheidung auf die gestellten Anträge nicht vor, vermutlich aus folgenden Erwägungen: Einerseits ist die Reichsregierung naturgemäß — abgesehen von allen anderen mitsprechenden Gründen — solange nicht in der Lage, in der Passagefrage Schritte zu unternehmen, als die Beziehungen zwischen Deutschland und China nicht wieder angeknüpft und, sei es auch nur in der elementarsten Weise, die Bedingungen fixiert sind, unter denen die Deutschen nach China zurückkehren und sich dort betätigen können. Ferner wird der finanzielle Punkt von großer Bedeutung sein. Es versteht sich von selbst, daß, wenn die Reichsregierung sich grundsätzlich bereit erklärt, die Kosten der Rückbeförderung der China-Deutschen auch nur teilweise und unter bestimmten Voraussetzungen zu zahlen, damit auch von den Auslandsdeutschen aus allen übrigen Ländern die gleichen Ansprüche geltend gemacht werden würden. Bei den außerordentlichen, mit der Erfüllung dieser Ansprüche verbundenen Kosten wird es sich das Reich angesichts der heutigen Finanzlage natürlich zwei- und dreimal überlegen, ob es Zugeständnisse im Sinne der vom Deutsch-Chinesischen Verbande und vom Ostasiatischen Verein gestellten Forderungen machen will. Trotzdem: wenn wir auch die Notlage des Reiches ganz gewiß nicht verkennen, so glauben wir doch, daß unter allen Umständen irgend eine Regelung gefunden werden muß, die den von uns im Interesse der China-Deutschen geltend gemachten Ansprüchen gerecht wird.

Allerdings geben wir mit Rücksicht auf die heute tatsächlich noch obwaltenden Verhältnisse zu, daß, bevor **entscheidende** Schritte seitens der Regierung in dieser Richtung getan werden können, zunächst die Beziehungen zwischen Deutschland und China wieder aufgenommen und eine zustimmende Erkrärung der Chinesischen Regierung zur Wiedereinreise herbeigeführt sein muß. Wann das der Fall sein wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Von anderer Seite ist kürzlich ein Hinweis darauf gemacht worden, daß die Möglichkeit bestehe, zu Ende Januar bezw. Anfang Februar 1920 einen Dampfer zur Rückkehr nach China zu chartern. Diese Mitteilung hat natürlich bei den China-Deutschen große Beachtung gefunden und noch größere Hoffnungen auf baldige Abreise geweckt. Wenn

ich auch nicht zu beurteilen vermag, welche tatsächlichen und zuverlässigen Unterlagen jener Mitteilung zu Grunde liegen, so ist doch den Bestrebungen der beste Erfolg zu
… Zeitpunkte wirklich
…tschland und China
… Ausführungen und
…Gefahr, sein Ziel in-
…senden in Schanghai
… wird. Diese Gefahr
…eht, läßt sich natur-
…sich alle, denen das
… einig sein, daß die
…hleunigung wieder-
…on der Chinesischen
…Regelung der Vor-
…kkehr in das Land,

NEUNTER DEUTSCH-CHINESISCHER ABEND

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbandes zu einer ZWANGLOSEN ZUSAMMENKUNFT *(mit Damen) auf*

Dienstag, den 11. November 1919, abends 8 Uhr,

in den Bankettsaal des Restaurants „RHEINGOLD" (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen.

Deutsch-Chinesischer Verband.

…eitert. Der Führer
…gt mit der Begrün-
…sten in Canton und
…unmöglich machten.
…chinesischen Milita-
… Kuo-min-dang und
…li 1917 eine unab-
…egen die Versuche
…alt niederzuwerfen,
…rde im April 1919
…eendet. Nord und
…ühere Minister des
…i der hartnäckigen
…sen Kampf führte.
…ung der von den
…denden Einflusses
…-dang, der Führer
…es der Führer der
…ärte.
…ch nicht mehr um
…gten Gegensätzen
… und Demokraten,
…aus der Erklärung
… und des Südens
…n die Militaristen,
…fu-Club vertreten
…zu zerschmettern,
… den Demokraten
keine Hilfe von außen kommt.

ich auch nicht zu beurteilen vermag, welche tatsächlichen und zuverlässigen Unterlagen jener Mitteilung zu Grunde liegen, so ist doch den Bestrebungen der beste Erfolg zu wünschen. Es ist zu hoffen, daß wenn die Pläne zu dem angegebenen Zeitpunkte wirklich in die Tat umgesetzt werden können, die Beziehungen zwischen Deutschland und China wiederhergestellt sind. Im anderen Falle, das bedarf keiner weiteren Ausführungen und dürfte sich jeder der Interessenten selber sagen, liefe der Transport Gefahr, sein Ziel insofern nicht zu erreichen, als die Möglichkeit besteht, daß den Mitreisenden in Schanghai oder wo immer es sei, das Betreten chinesischen Bodens versagt wird. Diese Gefahr besteht **heute** unzweifelhaft; ob sie im nächsten Frühjahr noch besteht, läßt sich naturgemäß im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht sagen. Jedenfalls werden sich alle, denen das Schicksal der China-Deutschen am Herzen liegt, in dem Wunsche einig sein, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und China mit möglichster Beschleunigung wiederhergestellt werden, daß baldmöglichst die generelle Einreiseerlaubnis von der Chinesischen Regierung erteilt wird und daß eine angemessene und liberale Regelung der Vorentschädigungsaktion recht vielen der Repatriierten die Mittel zur Rückkehr in das Land, aus dem man sie zwangsweise entfernt hat, in die Hand gibt.

Die Lage in China.

Die Friedensverhandlungen in Schanghai sind abermals gescheitert. Der Führer der südchinesischen Abordnung, Dang-Schau-I hat sein Amt niedergelegt mit der Begründung, daß ihm die geheimen Verhandlungen, die zwischen den Militaristen in Canton und Peking gepflogen würden, ein weiteres Verbleiben in seiner Stellung unmöglich machten. Dadurch erhält die Lage in China eine neue Note. Mit Hilfe der südchinesischen Militaristen, wie Lu-Yung-ding, Tan-Hau-min und Mo-Yung-hsün, war es der Kuo-min-dang und den radikalen republikanischen Elementen im Süden gelungen, seit Juli 1917 eine unabhängige Südregierung mit dem Sitz in Canton einzurichten und sich gegen die Versuche der Pekinger Regierung, die Unabhängigkeitsbewegung mit Waffengewalt niederzuwerfen, zu halten. Die militärische Kraftprobe zwischen Nord und Süd wurde im April 1919 durch die Einberufung einer Verständigungskonferenz nach Schanghai beendet. Nord und Süd entsandten ihre Vertreter. Der Führer der Nordgruppe war der frühere Minister des Innern Dschu-Dschi-djen, der aber bald sein Amt niederlegte, da er bei der hartnäckigen Haltung, die der Süden auf der Konferenz einnahm, einen aussichtslosen Kampf führte. Das ausgesprochene Programm des radikalen Südens ist die Sprengung der von den Militaristen gestützten Zentralgewalt und die Erlangung eines entscheidenden Einflusses auf die Regierungsgeschäfte. Als Nachfolger Dschus erschien Wang-Yi-dang, der Führer des militaristischen Anfu-Clubs auf der Konferenz. Dieses Mal war es der Führer der Südpartei, der eine Fortführung der Verhandlungen für aussichtslos erklärte.

Soweit man die Dinge von hier übersehen kann, handelt es sich nicht mehr um die Überbrückung von teils rechtlich bestehenden, teils künstlich erzeugten Gegensätzen zwischen Nord und Süd, sondern um den Kampf zwischen Militaristen und Demokraten, wenn man die radikal republikanischen Elemente so ansprechen will. Aus der Erklärung Dang-Schau-is geht hervor, daß zwischen den Militaristen des Nordens und des Südens eine gewisse Interessengemeinschaft besteht. Die Macht im Lande besitzen die Militaristen, das heißt die Militärgouverneure, deren parlamentarische Interessen vom Anfu-Club vertreten werden. Diese Macht mit diplomatischen und parteitaktischen Mitteln zu zerschmettern, ist, wie der Gang der Dinge gezeigt hat, ziemlich aussichtslos, wenn den Demokraten keine Hilfe von außen kommt.

Tatsächlich hat es den Anschein, als ob der Streit zwischen Nord und Süd, auf die Dauer keine innere chinesische Angelegenheit bleiben wird, sondern seine Kreise auf das Gebiet der Politik der Mächte gegenüber China zieht. Aus englischen Pressestimmen geht deutlich hervor, daß die Sympathien Englands in dem Streit auf Seiten der Südpartei sind, denn England hofft mit Hilfe dieser Partei den starken japanischen Einfluß in Peking, der ihm äußerst unbequem ist, zu brechen. Ein Artikel der „North China Daily News“ vom 7. Oktober, der dem „Manchester Guardian“ telegraphisch übermittelt worden ist, spricht von einem überragenden Einfluß, den die japanische Militärpartei durch die Begebung von Anleihen an die Pekinger Regierung und die Militärgouverneure in China erlangt hat, und er ruft die Unterstützung der Mächte an, den japanischen Einfluß auf die innerchinesische Politik zu bekämpfen. So kann der innerchinesische Streit leicht zu einem der Prüfsteine der englisch-japanischen Freundschaft werden. F. S.

Landungskurse in Rotterdam.

Der Deutsch-Chinesische Verband richtete am 27. Mai dieses Jahres eine Eingabe an das Auswärtige Amt, in dem er auf die weitgehende Unzufriedenheit hinwies, die in Kreisen der China-Deutschen über die Behandlung der Kursfrage bei ihrer Landung in Rotterdam herrschte. Darauf ist unterm 12. Oktober dem Deutsch-Chinesischen Verband die Antwort des Auswärtigen Amts eingegangen, in der unter anderem folgende Feststellungen gemacht werden:

„Daß angeblich Beamte des Konsulats in Rotterdam den Passagieren falsche Instruktionen erteilt und ihnen dadurch Verluste zugefügt haben, dürfte wohl auf einem Mißverständnis seitens der Passagiere beruhen. Der das Konsulat beim Eintreffen des Dampfers „Nore“ vertretende Sekretär Fischer bestreitet entschieden, irreführende, die Passagiere schädigende Instruktionen erteilt zu haben und der Konsul in Rotterdam ist durchaus davon überzeugt, daß Fischer einen solchen Rat nicht erteilt haben kann.

Inzwischen hat auf dem Konsulat in Rotterdam gelegentlich eines Transportes aus Südafrika ein Vertreter aus Wesel vorgesprochen, mit dem die Beschwerde der China-Deutschen eingehend besprochen worden ist. Er gab ausdrücklich zu, daß man sich in den Kreisen, an die sich die Beschwerdeführer in Deutschland zuerst gewandt hatten, überzeugt habe, daß irgend eine Unregelmäßigkeit in Rotterdam nicht vorgekommen sei.“

Dem Schreiben des Auswärtigen Amts lag ferner die Abschrift einer Erklärung der in Frage kommenden holländisehen Bankinstitute bei, worin die technischen Gründe für die Festsetzung des damaligen Kurses in Rotterdam dargelegt werden.

Politische Nachrichten

Deutschland und China.

Nach einer Meldung der „Times“ erfolgte der Beschluß des chinesischen Ministerrats betreffs der Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen China und Deutschland ohne vorheriges Befragen der fremden Gesandtschaften.

Frankreich gegen das Deutschtum in China.

D. A. I. Der „Temps“ vom 2. Oktober berichtet, daß mit Beendigung des Kriegszustandes zwischen China und Deutschland damit gerechnet werden müsse, daß mindestens ein Teil der China-Deutschen dorthin zurückkehren werde. Wenn diesen auch das Recht der Exterritorialität künftig nicht mehr zugestanden werden würde und die Einfuhr deutscher Waren statt den früheren Wertzoll von 5 Proz. denjenigen Tarifen unterliegen würde, die für Länder ohne Handelsvertrag mit China gelten, sei die Gefahr doch nicht

zu unterschätzen. Ganz abgesehen von den großen wirtschaftlichen Plänen, die Deutschland gerade in bezug auf China schon wieder hege, bestehe die Möglichkeit, daß China bei seinem weitgehenden Bedarf an Instruktoren auf allen Gebieten menschlichen Wissens dafür um so mehr Deutsche heranziehe, je weniger ihnen die Entente zur Verfügung stelle. „Wir müssen deshalb im Verein mit unseren Freunden dafür sorgen, daß Deutsche in China keine Beschäftigung wiederfinden, die ein gewisses Prestige in den Augen der Landesbewohner mit sich bringen könnte. Auf keinen Fall dürfte z. B. die diplomatische Vertretung Deutschlands wieder im Pekinger Gesandtschaftsviertel eingerichtet werden. Kein deutscher Soldat in Uniform dürfte dort an der Seite der Soldaten der Alliierten wiedererscheinen.“

Ratifizierung des Friedensvertrages durch Japan.

Wie das Pressebüro Radio meldet, wird angenommen, daß Japan den Friedensvertrag am 27. oder 28. Oktober ratifizieren wird.

Das angebliche deutsch-japanische Geheimabkommen.

In der „Züricher Zeitung“ macht die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende Mitteilung:

Im Anschluß an eine in Paris erschienene Broschüre „Pourquoi la Chine n'a pas signé la paix“ ging neuerdings die Nachricht von einem angeblich im Oktober vorigen Jahres abgeschlossenen deutsch-japanischen Geheimabkommen durch die Presse. Die deutsche Gesandtschaft stellt hiermit fest, daß diese Meldung von der Reichsregierung in Berlin bereits dreimal in entschiedenster Weise dementiert und als Erfindung zurückgewiesen wurde, wie dies vorher auch von japanischer Seite geschehen ist. Für jeden Kenner diplomatischer Gepflogenheiten ergab sich der apokryphe Charakter der „Enthüllung“ schon aus der verworrenen, unpräzisen Fassung des angeblichen Vertrages wie aus der „erläuternden Note“, die ihm beigefügt sein soll.

Die Deutschen in Südchina.

Durch die deutsche Presse geht die Meldung, daß der chinesische Senat das Recht der Deutschen, „in Südchina sich wieder niederzulassen und Handel zu treiben,“ wiederhergestellt habe. Diese Meldung ist, wie fast jede, die mittelbar durch deutsche Quellen Nachrichten über China bringt, ziemlich unklar. Es geht aus der Meldung nicht hervor, ob das Parlament in Peking oder in Canton die Rechte der Deutschen wiederhergestellt hat. Alle die Gesamtinteressen des Landes betreffenden Gesetze und Verordnungen, die durch einen Beschluß des Pekinger Parlaments erfolgen, gelten für das ganze Land, auch wenn sich augenblicklich einige Teile des Südens in formeller Unabhängigkeit von der Zentralgewalt befinden und diese Unabhängigkeit durch eine eigene Volksvertretung zum Ausdruck gebracht ist. Das Parlament in Canton erläßt hingegen nur Verordnungen für das Verwaltungsbereich der Cantoner Gegenregierung. Es ist anzunehmen, daß das Cantoner Parlament die Rechte der Deutschen wiederhergestellt hat, nachdem es im November 1918 noch nachträglich gegen Deutschland den Krieg erklärt hatte.

Handels- und Industrienachrichten.

Britische Klagen aus Schanghai.

Der „London and China Telegraph“ druckt den Brief einer großen, britischen Schanghaifirma an den Sekretär der Handelskammer in Northampton ab. Darin wird über das Nichteinhalten von Lieferfristen britischer Lieferanten bewegte Klage geführt. Der Brief enthält die Drohung, der britische Kaufmann in China werde seine Bestellungen auf dem amerikanischen und japanischen Markt decken, wenn die heimische Industrie nicht leistungsfähiger wäre.

Die Zukunft Pukous.

Dem gegenüber von Nanking liegenden Yangtsehafen Pukou (südlichem Endpunkt der Tientsiner-Pukouer Bahn und vor acht Jahren noch ein unbedeutender Dschunkenhafen), wird vom „London and China Telegraph" eine große Zukunft prophezeit. Pukou sei auf dem Wege, sich zu einem der größten Eisenbahnzentren herauszubilden. Die chinesische Regierung plant den Ausbau von Stadt und Hafen nach großzügigen Grundsätzen; sie rechnet damit, daß sich eine große Anzahl Ausländer in Pukou niederlassen werden. Der Ausbau der Stadt soll in den nächsten fünf Jahren zum Abschluß kommen.

Die Zukunft der Provinz Schansi.

Die Handelsbeilage der „Times" enthält einen Bericht, in dem auf die großen wirtschaftlichen Aussichten in der Provinz Schansi hingewiesen wird. Die Provinz wird als einen der friedlichsten und am besten verwalteten Teile Chinas bezeichnet. Der Militärgouverneur Yen-Hsi-schan gilt als fortschrittlich. Beamte und Lehrer seines Amtsbezirks sind verpflichtet, westländische Kleidung zu tragen. In der Provinz ist ein großes Telephonsystem eingerichtet, und mit der Aufforstung, Straßenbau und Hebung der Landwirtschaft begonnen worden. Die Provinz hat eine große wirtschaftliche Zukunft; Kohle, Eisen und andere Bodenschätze sind vorhanden, im Bezirk Dsing-schan wurde von deutschen Unternehmern Bergbau getrieben, aber seit ihrer Abwesenheit sind die Erfolge nicht sehr ermutigend. Das Peking Syndikat steht in Verhandlungen wegen Erschließung der Kohlen- und Eisenbezirke im Norden der Provinz; es hat auch um Erlaubnis nachgesucht, eine Prüfung der Petroleumvorkommen vorzunehmen. Eine britische Firma hat Schafe in Australien aufgekauft, um die Wollgewinnung in der Provinz heimisch zu machen.

Telegrammverkehr zwischen Japan und Deutschland.

Der „Manchester Guardian" vom 14. Oktober gibt eine Meldung des „Japan Advertiser" wieder, wonach der direkte Telegrammverkehr zwischen Japan und Deutschland (über Schanghai) sofort nach Ratifikation des Friedensvertrags aufgenommen werden wird.

Gummiausfuhr aus den Föderierten Malaienstaaten.

Nach Erhebungen der Regierung der Föderierten Malaienstaaten hat sich die Ausfuhr von Gummi in den letzten zehn Jahren, wie folgt, bewegt:

Jahr	Tonnen	Pfundsterling
1909	2,713	2,686,531
1910	5,452	4,487,716
1911	8,792	4,656,711
1912	15,505	7,364,506
1913	23,465	6,610,795
1914	30,697	6,361,362
1915	44,523	10,897,365
1916	62,764	17,219,232
1917	79,831	22,050,727
1918	78,283	13,563,892

Briefkasten.

A. D. Hannover. Herr E. Meyerhof teilt uns auf Ihre Anfrage in der vorigen Nummer mit, daß er unterm 14. August Nachricht aus Schanghai erhalten hat, wonach seine sämtlichen Briefe von Bord der „Nore" aus Hongkong, Singapore, Colombo, Portsaid und Marseille an ihrem Bestimmungsort angekommen sind.

Personalnachrichten.

Yang-Schan-de. Nach einer Meldung aus Hangtschou (Provinz Dschekiang) ist dort der Militärgouverneur Yang-Schan-de im Alter von 63 Jahren gestorben. Yang war bis 1916 Verteidigungskommissar von Schanghai.

May. Stubbs. Zum Nachfolger des Gouverneurs von Hongkong Sir Francis May ist der frühere Kolonialsekretär auf Ceylon Sir Reginald Stubbs ernannt worden. Stubbs ist am 30. September in Hongkong eingetroffen

Adressennachweis.

Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

J. Lipporte, Münster (Westfalen), Hörsterplatz 2 I.

Dr. Ernst Grünfeld, Halle a. d. Saale, Dittenbergerstr. 6, Fremdenheim Storost.

Albert Mothes, Holzminden, Hopfenstr 25.

Edgar. Val. Clément, Haus Bergfried, Söllhuben, Oberbayern

O. Kiessling. Leipzig Hofmeisterstr. 17 I

M. Krebs, Dietesheim b. Offenbach a. Main Fiedhofstr. 5

Rudolf Böhm, Storzelen, Kr. Konstanz, Baden.

Paul Hense, Berlin-Pankow, Breitestr. 20.

Erich Oldenburg, Pasedag & Co, Hamburg, Große Bleichen.

H. Schell, Wilhelmshaven, Roonstr. 14

Albert Nathansohn, Danzig, Melzerstr. 5.

H. Köhler, Kolberg, Lindenallee 20 I.

Charles von Bose, Hamburg 20, Geffckenstraße 36.

Dr. med. Hans Höfling, Twistringen, Bez. Bremen.

Ph. Keller, Forsthaus Eisernhand, Post Nieder-Ramstadt b. Darmstadt.

O. Pegler, Steglitz, Bismarckstr. 2 I.

C. W. Schmidt, Bremen, Gerhardstr. 9.

Deutsche Ärzte in Schanghai.

Dem „London and China Telegraph" vom 6. Oktober entnehmen wir folgende Mitteilung: „Zwei der deutschen Ärzte, die früher in Schanghai ihre Praxis ausübten, sind in die Niederlassung zurückkehrt. Es sind dies die Doktoren Birt und Gerngroß; es verlautet, daß sie ihre Wohnungen in der Love Lane und Sinza Road bezogen haben. Die beiden Ärzte sind kürzlich in Hangtschou gewesen, sie haben aber ihre Rückkehr dem Fremdenamt angezeigt. Es wird berichtet, daß sie im Paoschan-Bezirk Sprechstunden abhalten."

Von der China Inland Mission.

Dem Bericht der China Inland Mission ist zu entnehmen, daß in den letzten fünf Jahren 25000 Taufen vorgenommen worden sind. Seit 1865 sind insgesamt 70544 Chinesen getauft worden 1057 Missionare stehen im Dienst der Mission.

Von der Deutschen China-Allianz-Mission.

Die Augustnummer des „China-Boten", des Organs der Deutschen China-Allianz-Mission in Barmen, enthält eine Anzahl Stationsberichte aus China. Die Stationen hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, hauptsächlich finanzieller Art, und nur durch die aufopfernde Arbeit der Missionare war es möglich, das Werk aufrecht zu erhalten. Drei Schwestern stehen vor der Ausreise nach China. In der Heimat weilen zur Zeit 13 Mitglieder der Mission. Ihre Anschriften lauten:

Missionar F. Manz und Frau, Barmen, Friedhofstraße 1,
„ H. Klein und Frau, Barmen, Schimmelsburg 26,
„ J. Bender und Frau, Barmen, Seifenstraße 3/5,
„ R. Röhm und Frau, Barmen, Seifenstraße 3/5,
„ C. Schmidt und Frau, Niederbierenbach b. Nümbrecht, Rheinland.
„ J. A. Beutel und Frau, Ickern, Bez. Dortmund, Königstraße 31,
„ C. Schweizer und Frau, Aichhalden, Post Simmersfeld, O/A. Calw Württemberg,
„ H. Georg und Frau, Niederdresselendorf, Kreis Siegen,
„ G. Monning und Frau, Katernberg b. Essen, Kastanienstr. 7,
„ F. Mönch und Frau, Asyl Rämismühle, Schweiz,
„ F. Gasser und Frau, „Rohrhofen", Klothen, Ct. Zürich, Schweiz,
Schwester E. Bäumer, p. A. Dr. Peipers, Sanatorium, Pützchen bei Beuel a. Rhein,
„ M. Steinmann, Altena i. Westfalen, Kronenstr. 1.

Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft.

Der Reichskanzler hat der Gesellschaft auch für das Geschäftsjahr 1918 Befreiung von der Verpflichtung zur Aufstellung und Vorlegung der Jahresbilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Geschäftsberichts gewährt.

Allgemeine Darlehnskasse.

Über die Aufgaben der Allgemeinen Darlehnskasse herrschen in den Kreisen der zurückgekehrten China-Deutschen vielfach Unklarheiten. Wir möchten auf Folgendes aufmerksam machen: „Die Allgemeine Darlehnskasse für aus Feindesland vertriebene Reichsdeutsche, ist gegründet zu dem Zweck, in Not geratenen Flüchtlingen aus Feindesland **kleine** monatliche Zuschüsse in Form von Darlehen zum Lebensunterhalt zu geben. Außerdem können in besonderen Fällen zwecks Anschaffung von Kleidung, Wäsche, Hausrat usw. **kleine** einmalige Beträge gewährt werden. Diese Darlehen sind **nicht als Vorentschädigung** auf die beim Herrn Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen, Berlin W 35, Potsdamer Straße 38, angemeldeten Schadenersatzansprüche zu betrachten."

Anfragen nach Personen in Amerika.

Seit der Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland werden von Privatpersonen in Deutschland viele Anfragen, besonders Nachforschungsgesuche, unmittelbar an die Schweizerische Gesandtschaft und die Schweizerischen Konsulate in den Vereinigten Staaten gerichtet. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Gesuche bei dem Reichswanderungsamt, Gruppe VI, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71, einzureichen sind. In besonders dringlichen Fällen oder Nachlaßangelegenheiten können die Anträge auch an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtet werden.

Die Einreise nach Amerika.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Staatsdepartements in Washington können deutsche Staatsangehörige jetzt die Einreisebewilligung nach den Vereinigten Staaten erhalten, wenn sie ein wirkliches Geschäftsinteresse nachweisen, und wenn von ihnen bekannt ist, daß sie nichts gegen die Interessen der Vereinigten Staaten tun werden. Für die Einreise ist der Sichtvermerk einer amerikanischen Gesandtschaft oder eines amerikanischen Konsulats in einem an Deutschland angrenzenden Lande notwendig. Deutsche Geschäftsleute können zwecks Erlangung des Sichtvermerks auch die Vermittlung spanischer Vertretungen in Deutschland in Anspruch nehmen, die den Antrag auf Erteilung des Sichtvermerks an eine amerikanische Vertretung in einem Nachbarlande Deutschlands weitergeben.

Nachtragsetat des Auswärtigen Amts.

Wir lesen in der „Vossischen Zeitung":

Die Folgen des Krieges und noch mehr des Friedensschlusses treten, wie überall, auch im Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes zutage. Die einmaligen Ausgaben enthalten 2½ Millionen für die Abwicklung der Geschäfte der Waffenstillstandskommission und 5 Millionen für die Friedensstelle im Auswärtigen Amt. 25 Millionen sind für Kriegsunterstützungen und Kriegsbeihilfen an Deutsche im Ausland bestimmt. Diese drei Summen wurden bisher aus Kriegsfonds gedeckt. Aus der alten in die neue Zeit ist die Sorge um den Umbau des Auswärtigen Amtes, das heißt seines Dienstgebäudes, mit hinübergenommen worden; die erste Rate für Vorarbeiten dazu beträgt 100 000 M.

Die neuaufgestellten Kapitel über das Auswärtige Amt selbst, die Gesandtschaften und Konsulate, und über allgemeine Bewilligungen enthalten im Vergleich zu 1918 nur verschwindende Abstriche, dagegen zahlreiche Mehrforderungen. Bemerkenswert ist, daß auch jetzt noch das Gehalt eines Vortragenden Rates, also eines immerhin ziemlich wichtigen Beamten, nur auf 8- bis 12 000 M. festgesetzt ist. Was sagen die Hilfskräfte des Berliner Magistrats dazu? Dem Direktor des vereinigten Pressebüros des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes wird eine Zulage von 6000 Mark zugedacht.

„La vie chère" findet Berücksichtigung in der Verdreifachung der Reisegebührnisse für Beamte und Kuriere, sowie in höheren Aufwandsgeldern und Ortszulagen für Beamte in entlegenen Hauptstädten. Die Forderungen der neuen Zeit erkennt man wieder in 150 000 M. für „Finanzbeiräte", in einer Million für besondere Kosten bei der Wiedereinrichtung von Vertretungen in den bisher feindlichen Ländern, und in persönlichen Beihilfen an diplomatische und konsularische Beamte im Ausland. Auch die wirtschaftliche Ausbildung von Anwärtern für den auswärtigen Dienst ist mit einer Steigerung der Ausgaben dafür von 33 000 M. auf 200 000 M., als notwendig anerkannt worden. Das Bestreben, aus den trüben Lehren der Vergangenheit eine Nutzanwendung zu ziehen, hat offenbar dazu geführt, 2 700 000 M. für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande zu fordern, während man für 1912 bei 217 000 und 1913 bei 371 000 M. bewenden ließ. Vielleicht wird der Erhöhung der Mittel auch eine Verbesserung der Anwendung folgen.

Wenn Nauen sendet . . . .

Die Funkenstation in Nauen hat für uns Ostasiaten während des Krieges eine große Rolle gespielt. Von Nauen gingen die Funksprüche des „Deutschen Überseedienstes" nach Sayville und gelangten auf amerikanischen Kabeln nach Schanghai, von wo sie nach den wichtigsten Plätzen des Landes weitergeleitet wurden. Über Nauen plaudert Otto Frerichs in der „Berliner Morgenpost":

Auf den Scheiden der Antennen-Ampèremeter im Hochfrequenz-Senderaum der Groß-Funkstation Nauen zucken die Zeiger hin und her. Ein Energiestoß drückt sie viele Skalengrade hinauf. Sekundenlang stehen sie am Maximalpunkt still! — Schüttern in sich vom letzten Drängen der Riesenkräfte, die über sie hinweg in den Aether jagen. — Sekundenbruchteile schwanken sie noch am Höchstpunkt. — Dann schlagen sie schwingend zurück. Neue Stromstöße packen die Nadeln; schleudern sie wieder hinauf auf die höchsten Skalengrade. Kraftloses Zurückgleiten

wechselt mit drängenden Stößen. Im Rhythmus der Morsezeichen zucken die schwarzen Nadeln auf den weißen Scheiben hin und her. In Striche und Punkte zerteilte elektromagnetische Wellen schwirren um den Erdball.

Nauen sendet . . .

Eine Weltstimme spricht und überall lauschen die Menschen.

Die zuckenden Zeiger auf ihren zwangläufigen Wegen über weißen Blättern sind zum Symbol der Westgeschehnisse der letzten Jahre geworden.

Sie schlugen geschäftig hin und her, als drahtlose Wellen zum ersten Male die Brücke zur neuen Welt schlugen. Zitternd standen sie an den Maximalpunkten der Skalen, als Nauen mit einem langen Ton den Ausbruch des Weltkrieges verkünden mußte. Die pendelnden Zeiger gingen ihren Weg, wenn erschütternde Wahrheiten von Nauens Türmen über die Welt klangen. Im gleichen Takt zuckten die Nadeln auf und nieder, als der letzte, schaurigste Akt der Welttragödie begann.

Eindringlich spricht jetzt Nauens Stimme zu den Menschen und rüttelt am versteinten Weltgewissen.

Noch spricht sie ohne Erfolg! — Noch treffen die Funkenworte, die über die Erde schwingen, taube Ohren. Die Menschen hören sie nicht, da sie von Haß befangen, in geistigen Ketten und Banden liegen.

Nauen sendet Tag um Tag . . .

Rastlos schnellen die Zeiger über schwarze Gradstriche auf weißen Scheiben, — zwangläufig getrieben von rhythmisch arbeitenden Kräften.

Die klingende Stimme spricht von der inneren Freiheit und der bahnbrechenden Arbeit des deutschen Volkes. Nach einem Sturz von stolzer Höhe, in engen Grenzen bedrängt und bedrückt von verblendeten Besiegern will das deutsche Volk trotz allem ein sieghaft-flammendes Feuer seiner völkischen Freiheit und der völkererlösenden Arbeit der Geister und der Hände entfachen.

Einst kommt dann der Tag, wo ein einsamer Mensch in der Funkstation in den nördlichen Zonen, der Maori am Funkapparat auf Neu-Seeland — wo im Herzen Tibets und auf weltabgeschiedener Insel im Weltmeer — wo überall auf der Erdkugel geschäftige Hände die Fernhörer an die Ohren drücken und gespannt und fiebernd lauschen; wenn Nauen sendet!

Kurze Nachrichten.

Das deutsche Eigentum im eigentlichen Japan wird, nach japanischen Berechnungen, auf 15 Millionen Yen veranschlagt; in Tsingtau, Formosa, Korea und anderen japanischen Kolonien stecken 25 Millionen Yen deutscher Werte.

Zwischen Tokio und Osaka ist ein Luftpostdienst eingerichtet worden; ein Flugzeug befördert 67 englische Pfund.

Die Einrichtung von chinesisch-japanischen Austauschprofessuren ist geplant.

Zwischen Dairen und Nagasaki läßt die südmanschurische Bahngesellschaft ein neues Seekabel legen; die Kosten belaufen sich auf 2,5 Millionen Yen.

Ein englischer Oberst ist von der chinesischen Regierung als Flugzeuginstrukteur verpflichtet worden. Die Anstellung erfolgte auf Anregung des Peking Syndikats, das in der Entwicklung des Flugwesens mit dem chinesischen Verkehrsministerium zusammenarbeitet.

In Dairen herrscht große Wohnungsnot. Hunderte von Notbaracken befinden sich im Bau.

In Mukden erscheint seit dem 1. August eine koreanische Zeitung, die „Mandschu Ilpo".

Die Salzkaufleute in Canton sind in den Ausstand getreten, um gegen die Erhöhung der Salzsteuer zu protestieren.

In dem japanischen Erholungsort Karuizawa fand im Juli eine Versammlung angelsächsischer Missionare statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, von den vorgesetzten Missionsbehörden eine Gehaltserhöhung von 40—50 v. H. zu verlangen. Die Gehaltserhöhung wird mit der verteuerten Lebenshaltung in Japan begründet.

In Hongkong sind infolge der hohen Angebote von japanischer Seite die Preise für Häuser ins Ungemessene gestiegen. Die japanische Bank of East Asia hat einen Häuserblock in der Des Voeux Road für eine halbe Million Dollar gekauft, was weit über den Friedenspreis der Anlage geht.

In Kuala Lumpur (Föderierte Malaienstaaten) waren die Chinesen in einen Generalstreik getreten, um die Freilassung einiger, von den britischen Behörden verhafteter Landsleute zu erzwingen.

In Schanghai sind die Arbeiten in den Betrieben, die sich mit der Herstellung von Weihrauchstäbchen befassen, um eine Lohnerhöhung von 20 v. H. eingekommen; sie drohen mit dem Streik.

Die Verwalter der Rockefeller-Stiftung planen die Errichtung einer Medizinschule in Schanghai.

Die Heymansche Kapelle in Peking ist von der französischen Stadtkapelle in Schanghai übernommen worden.

In Schanghai ist ein Union-Club gegründet worden, dem führende britische, amerikanische und chinesische Kaufleute angehören.

An Bord der „Inaba Maru", die am 21. August von Yokohama kommend Hongkong passierte, befanden sich dreizehn von den Marschallinseln ausgewiesene Deutsche.

Der Kompradore von Butterfield and Swire in Schanghai, Dschun-Gu-liang ist im August gestorben.

Im August ist ein schwerer Taifun über Hongkong gegangen, der schweren Schaden angerichtet hat.

Nach einer Feststellung der „Far Eastern Review" ist deutsches Eigentum in Schanghai im Wert von 1,5 Millionen Taels versteigert worden; rund eine Million fällt auf die französische Niederlassung.

Mitteilungen der Schriftleitung.

Gepäckrückbeförderung aus China.

Wir verweisen auf das dieser Nummer der „Mitteilungen“ beiliegende Rundschreiben des Deutsch-Chinesischen Verbandes. Es ist nicht nur für die Mitglieder des Verbandes, sondern für alle China-Deutschen bestimmt. Zur Weitergabe an Bekannte usw., die nicht dem Deutsch-Chinesischen Verbande angehören, stehen den Verbandsmitgliedern weitere Exemplare des Rundschreibens und der Formulare durch die Geschäftsstelle des Verbandes, (Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28) zur Verfügung. Insbesondere werden auch die China-Firmen gebeten, das Rundschreiben an frühere Mitarbeiter und sonstige Interessenten, soweit sie nicht nach China zurückzukehren beabsichtigen, weiterzuleiten.

Bund der Auslandsdeutschen.

Wir legen den „Mitteilungen“ heute zum ersten Male das „Nachrichtenblatt des Bundes der Auslandsdeutschen E. V.“ bei. In der nächsten Nummer der „Mitteilungen“ wird Generalsekretär Dr. Linde als Antwort auf die mannigfachen darauf bezüglichen an den Verband gerichteten Anfragen in einem Aufsatz das Verhältnis zwischen den Deutsch-Chinesischen Verbande und dem Bunde der Auslandsdeutschen darlegen.

Neunter Deutsch-Chinesischer Abend

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbandes zu einer **zwanglosen Zusammenkunft** (mit Damen) auf

Dienstag, den 11. November 1919, abends 8 Uhr,

in den Bankettsaal des Restaurants „RHEINGOLD“ (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen.

DEUTSCH-CHINESISCHER VERBAND.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ geben an alle aus China zurückgekehrten Deutschen und an alle Handels- und Industriekreise, die am Wiederaufbau in Ostasien interessiert sind. Sie sind daher für beide Teile das wirksamste Anzeigen-Organ.



Allen Mitgliedern des Verbandes geht kostenlos zu

Archiv für den Fernen Osten.

Herausgegeben vom Deutsch-Chinesischen Verbande E.V. durch Geh. Adm.-Rat Dr W Schrameier.

Nichtmitglieder beziehen das Archiv für den Fernen Osten zum Preise von M. 15,- für den Jahrgang durch die Buchhandlungen oder durch den Verlag Karl Curtius in Berlin W. 35, Derfflingerstr. 20.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E.V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste Nr. 7

der aus China Zurückgekehrten, die in der Zeit vom **4. Oktober** bis **23. Oktober 1919** dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE in BERLIN als Mitglieder beigetreten sind:

Reichsbankdirektor Dr. **Anton Arnold,** Berlin, Reichsbank
Heinz Arend, z. Zt. Wesel, Rotes Kreuz. (Heimatadresse: Hess. Olberndorf a. Weser, Paulstr. 109)
Albrecht Berblinger, Dresden A. 16, Marschnerstr. 9
Missionar **Joseph Bender,** Barmen, Seifenstr. 5
C. J. Boemer, Alf (Mosel)
Karl Brandes, Elze b. Hannover
A. Bune, Flensburg, Mathildenstr. 18
S. Eichner, Leipzig, Brühl 47
Dipl. Ing. **Fraulob,** Berlin W. 9, Potsdamerstr. 10/11. Kriegsmetall A. G. Abtl. Balkan
Heinrich Frickhöffer, Bremen, Roonstr. 27
O. Fritze, Hamburg, Brennerstr. 13
Wilhelm Fütterer, Gaggenau/Baden, Bergmannstr. 2
Eduard Gehrmann, Groß-Klaussitten b. Heilsberg (Ostpreußen)
Joh. Geschke, Hamburg, Eppendorferlandstr. 81
C. A. Hebold, Neusalza i. Sa. Wolfstr. 4
Kapitän **P. Hense,** Berlin-Pankow, Breitestr. 20
Ernst Juli, Eikel i. Westf., Dorneburgerstr.
Ernst Knauer, Berlin, Invalidenstr. 103 I b. Schulz
J. Kox, Groß-Lichterfelde-West, Karlstr. 7 I b. Prof. Kahn
Georg Lapper, Feldkirchen b. Reichenhall (Oberbayern)
I. Lipporte, Münster i. Westf. Hörsterplatz 2 I
M. Neumann. Würzburg. Sofienstr. 13
B. Plaschke, Bad Oeynhausen, Portastr. 34
F. Rode, Heidkrug i. Oldenbrg, Iprump 163
Dr. **G. Roese,** Detmold, Emilienstr. 20
A. Schmidtborn, Berlin W. 56, Hinter der Kath. Kirche 1
Hans Schubart, p. Adr. Herren Gebr. Röchling, Berlin W. 56, Hinter der Kath. Kirche 1
Reinhard Schuhmann, Präparandenlehrer, Elsterwerda, Prov. Sachsen, Elsterstraße
Karl Seifer, Falkenberg, Oberschles., Gartenstr. 62/63
von Strauch, Seezolldirektor, Wilprechtsroda b. Salzungen i. Thür.
Gottfried Trimborn, Finsterwalde, Nieder Lausitz, Am Markt 27 b. Frau Lungwitz
Gustav Vierich, Bremen, Calvinstr. 119
Konsul Dr. **K. Walter,** Berlin Wilmersdorf, Babelsbergerstr. 48
W. Wilshusen, Lilienthal b. Bremen
Georg Wrobel, Charlottenburg, Grolmanstr. 36

Die ersten Namenlisten sind in den Nummern 2, 3, 4, 6, 8 und 10 der „Mitteilungen für China-Deutsche" veröffentlicht worden. Eine weitere Liste wird der nächsten Nummer der „Mitteilungen" beigelegt.

BERLIN, den 24. Oktober 1919.

Deutsch-Chinesischer Verband
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

I. Jahrgang 15. November 1919 No. 12

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums
In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Der Bund der Auslanddeutschen.

(B. d. A.)

Von Generalsekretär Dr. Max Linde.

Unter den Organisationen, die in erster Linie die Interessen der Auslandsdeutschen wahrnehmen, hat der B. d. A. in den letzten Wochen weitgehende Aufmerksamkeit gefunden.

Da es sich um eine Organisation handelt, deren Arbeitsgebiet sachlich und territorial naturgemäß in die Arbeitsgebiete anderer Organisationen eingreifen muß, so ist es verständlich, daß diese neueste Schöpfung auf dem Gebiete des Auslanddeutschtums nicht überall ungeteilte Zustimmung gefunden hat. Ich sehe dabei ganz ab von der Tatsache, daß der B. d. A. seinen Sitz und seine Hauptgeschäftsstelle in Berlin hat, ein m. E. unvermeidlicher Umstand, der aber angesichts der Los-von-Berlin-Bewegung manchen aus erklärlichen Gründen nicht besonders sympathisch ist.

Während des Krieges konnte man das Wort hören, daß Deutschland sich zu Tode siege. Heute kann man mit fast größerem Rechte davon sprechen, daß Deutschland sich zu Tode organisiere. Man braucht nur einmal das 1200 Seiten umfassende, Ende vorigen Jahres abgeschlossene „Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des deutschen Reiches" zur Hand zu nehmen, um sich von der ungeheuren Mannigfaltigkeit auf dem Gebiete wirtschaftlicher Interessenvertretung zu überzeugen. Der Zusammenbruch scheint jedoch den Organisatoren erst den rechten Anstoß gegeben zu haben. Das, was uns das Jahr 1919 an neuen Vereinen, Verbänden, Bünden, Arbeitsgemeinschaften, Zentralstellen usw. gebracht hat, droht alle früheren Leistungen dieser Art vollkommen in den Schatten zu stellen. Gewiß mag bei allen diesen Neugründungen der allerbeste Wille, Gedeihliches zu leisten und beim Wiederaufbau sich helfend zu betätigen, vorhanden gewesen sein, aber es fragt sich doch, ob nicht in einer sehr großen Zahl von Fällen die Anreger, Gründer und Förderer all dieser Neuschöpfungen ihre guten Ziele und Absichten, auch dann erreicht haben würden, wenn sie sich bestehenden Organisationen angeschlossen, diese ausgedehnt und ihnen neue Arbeitsgebiete erschlossen hätten. Solche Erwägungen, zur rechten Zeit angestellt und durchgeführt, würden ohne Zweifel zur Folge gehabt haben, daß viel Geld, Zeit und Arbeit erspart worden wäre. Wir können es uns ja auf die Dauer unter den bestehenden Verhältnissen garnicht leisten, dieselben Arbeiten an zwei, drei oder mehr Stellen zu gleicher Zeit zu verrichten, Arbeiten, die an einer Stelle oft ohne Schwierigkeiten und vielleicht sogar mit weit besserem Erfolg hätten zusammengefaßt werden können.

Gehört auch der Bund der Auslandsdeutschen zu den Verbänden, deren Nichtvorhandensein sich fast besser ertragen ließ, als ihr Bestehen? Um diese Frage zu

beantworten, wird man zweierlei erörtern müssen: 1. Wie war die Entstehungsgeschichte des Bundes? 2. Welche konkreten Ziele verfolgt er?

Auf die Entstehungsgeschichte habe ich schon früher in den „Mitteilungen" hingewiesen: Die aus aller Herren Länder nach Ausbruch des Krieges in Deutschland eingetroffenen Flüchtlinge, Vertriebenen und Ausgewiesenen schlossen sich zur Wahrung ihrer Interessen und zur Schaffung von Mitteln für den notwendigsten Unterhalt zu Flüchtlingsausschüssen zusammen. Die schon sehr bald einsetzende Arbeit in den Darlehnskassen, die sich bildeten, sowie die Erörterung von Fragen, die nicht nur die Vertriebenen eines Landes, sondern diejenigen aller Länder, d. h. alle Auslandsdeutschen schlechthin, angingen, führten die leitenden Personen der Ausschüsse, sowohl innerhalb der einzelnen Orte, namentlich der Großstädte, wie in den einzelnen Bundesstaaten und schließlich im ganzen Deutschen Reiche zu Besprechungen zusammen, die bald ständige, regelmäßig wiederkehrende Einrichtungen wurden. Diese anfänglich zwanglosen Zusammenkünfte führten dann zu einer festen Organisation im „Rate der Auslandsdeutschen". Je länger der Krieg dauerte, je mehr neue gemeinsame Fragen sich ergaben, die eine Erörterung forderten, je mehr wuchsen die Arbeitsgebiete. Unter ihnen in erster Linie die Frage der Entschädigung, die für viele Auslandsdeutsche eine Frage von Sein oder Nichtsein ist.

Wie es in Deutschland stets zu gehen pflegt: Der „Rat der Auslandsdeutschen" und die hinter ihm stehenden Flüchtlingsausschüsse in Stadt und Land waren und blieben nicht die einzigen Stellen, die die Auslandsdeutschen betreuten. Neben ihnen war der „Reichsverband der Auslandsdeutschen" tätig. Auch er hatte zahlreiche Mitglieder und eine umfassende Organisation; seine Ziele unterschieden sich kaum in irgend einem Punkte von denen des Rats. Es war daher nichts logischer und natürlicher, als daß beide Organisationen sich zu einem einigen Ganzen: dem „Bunde der Auslandsdeutschen" verschmolzen. Ziel des Bundes ist nunmehr, alle Auslandsdeutschen zu umfassen und durch die Zahl der hinter ihm stehenden Mitglieder deren Wünsche und Forderungen nachdrücklich zu vertreten. Man wird zugeben müssen, daß dieses Werden und Wachsen von den ersten Flüchtlingsausschüssen bis zum Bunde durchaus organisch und systematisch erfolgt ist, und daß man es bei dem B. d. A. mit einer Organisation zu tun hat, die soweit ihre Entstehung in Frage kommt, für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie nicht irgend einem vagen Gedanken und irgend einer momentanen Idee entstammt, sondern daß sie aus den gegebenen Verhältnissen und dem natürlichen Laufe der Dinge entstanden ist. Schon diese Tatsache unterscheidet den B. d. A. von vielen anderen Neugründungen des letzten Jahres, die nicht die gleiche „Zwangsläufigkeit" für sich geltend machen können.

Wie steht es nun mit den Zielen des Bundes? Seine Satzungen umschreiben sie wie folgt: „Der Zweck des Bundes ist: 1. Im Heimatlande die Wünsche der Auslandsdeutschen und Zivilgefangenen zu Gehör zu bringen, ihre Interessen zu vertreten und ihnen sonst mit Rat und Tat zu helfen. 2. Gute Beziehungen zwischen der Bevölkerung der fremden Länder und den dort wohnenden Auslandsdeutschen zu schaffen und zu erhalten."

Was da gesagt ist, kann, je nachdem was praktisch geleistet wird, sehr viel oder sehr wenig bedeuten, alles wird darauf ankommen, was der Bund tun wird, wenn einmal normale Verhältnisse wieder eingetreten sind, d. h. wenn die Auslandsdeutschen nicht mehr in Deutschland, sondern wieder im Auslande weilen. Das ist jedoch heute eine cura posterior. Gegenwärtig ist wichtig zu wissen: Was tut der Bund s c h o n j e t z t und was rechtfertigt das Bestehen zur h e u t i g e n Zeit, wo die Auslandsdeutschen im Inlande sind. In dieser Beziehung kann der Bund für sich geltend machen, daß es ihm gelungen ist, in der Entschädigungsfrage erfolgreich tätig zu sein, daß er dem Gedanken

der Entschädigung der Auslandsdeutschen zu seinem Teile zum Siege verholfen hat, daß ihm zugesichert worden ist, daß die einstweilen für die Zwecke einer Vorentschädigung in Aussicht genommene Milliarde unter seiner weitgehenden Mitwirkung zur Verteilung gelangen soll, und daß damit die Möglichkeit gegeben wurde, Auslandsdeutsche in ihren eigenen Angelegenheiten entscheidend zu betätigen.

Ich glaube, daß das gegenwärtige konkrete Ziel, das nach jahrelangen Vorarbeiten erreicht wurde, das Bestehen des Bundes ebenso rechtfertigt wie seine Entstehungsgeschichte. Dem Bunde gehören Deutsche aus England und Frankreich, aus Rußland und Rumänien, aus China und Ägypten, kurz aus fast allen Ländern der Erde an, und es ist ein großes Maß von Sachkenntnis, über das die führenden Persönlichkeiten all der Flüchtlingsausschüsse, Abteilungen, Ortsgruppen usw. verfügen. Ihr nächstes Ziel ist, zu helfen, daß die Vertriebenen wieder festen Boden unter den Füßen finden und eins der wichtigsten Mittel dazu ist, neben der Arbeitswilligkeit und dem ungebrochenen Mut jedes Einzelnen, die Gewährung einer Entschädigung, die die Möglichkeit des Wiederaufbaues einer Existenz gestattet.

Ich habe bisher vom B. d. A. ganz allgemein gesprochen. Wie sollen sich nun die China-Deutschen zu ihm verhalten? Wenn aus keinem anderen Grunde, so müßte m. E. die Vorentschädigungsaktion, die unmittelbar vor der Tür steht und deren Durchführung in den Händen des B. d. A. und des Verbandes der im Auslande geschädigten Inlanddeutschen liegt, ihnen den Beitritt zum Bunde unbedingt nahelegen. Die kleine damit verbundene Ausgabe fällt schon heute und noch weniger, wenn die China-Deutschen wieder draußen sind, ins Gewicht. Der Mindestbeitrag, der an die Ortsgruppe zu entrichten ist, beträgt 5.– Mk. im Jahre. Wenn auch in diesen Blättern häufig die Entschädigungsfrage erörtert werden wird, so werden sich im Zusammenhang mit der Vorentschädigung doch oft genug Fälle ergeben, die es erwünscht oder gar notwendig erscheinen lassen, daß die China-Deutschen sich Rat und Auskunft mündlich bei irgend einer Ortsgruppe des Bundes holen. Der Deutsch-Chinesische Verband als solcher ist an der Vorentschädigung, der Prüfung der Anträge, der Auszahlung der Entschädigungsbeträge usw. nicht beteiligt. Er wird der ganzen Aktion wie bisher seine volle Aufmerksamkeit im Interesse der China-Deutschen zuwenden, er wird sie soweit irgend angängig jederzeit auf dem Laufenden halten, aber unmittelbar an ihr ist nicht der Verband, sondern, wie ich nochmals betonen möchte, der Bund interessiert.

Es ist mir bekannt, daß schon viele China-Deutschen dem Bunde angehörten, in dem sie einer seiner zahlreichen Ortsgruppen im Reiche beitraten. Vereinzelt haben sich auch, wie ich erfuhr, namentlich in größeren Städten, die China-Deutschen innerhalb der Ortsgruppen, ebenso wie es die Deutschen aus anderen Ländern getan haben, zu Gruppen, Abteilungen oder dergl. zusammengeschlossen, um unter einem Obmann in diesen kleineren Gremien ihre besonderen Angelegenheiten zu erörtern und zu fördern. Dieses Verfahren scheint mir, namentlich wieder im Hinblick auf die Vorentschädigung, durchaus zweckmäßig.

Die Ortsgruppe Berlin des B. d. A. ist vor kurzem gegründet worden. Schon die nach vielen Tausenden zählenden Auslandsdeutschen in Berlin machen eine gewisse Scheidung nach Länder-Abteilungen notwendig. Eine „Abteilung Ostasien" der Berliner Ortsgruppe besteht zur Zeit noch nicht; sie ist aber in der Bildung begriffen und wird sich noch in diesem Monat konstituieren. (Einstweilen sind alle darauf bezüglichen Schreiben usw. an mich zu richten.) Um eine im Interesse der China-Deutschen durchaus unerwünschte Zersplitterung in der Vertretung ihrer Angelegenheiten zu verhindern, wird die „Abteilung Ostasien" der Berliner Ortsgruppe, die zugleich das „Auslandsreferat

Ostasien“ des Bundes sein wird, in engster Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband stehen und notwendigerweise stehen müssen.

Im Augenblick, in dem ich diese Zeilen schreibe, wird bekannt, daß in ein oder zwei Tagen die „Richtlinien“ der Regierung für die Vorentschädigung nun tatsächlich veröffentlicht werden sollen. Wenn angängig werden sie noch diesem Hefte beigelegt; im andern Falle folgen sie in wenigen Tagen. Die erforderlichen Fragebogen für die Neuanmeldungen werden Ende dieses Monats versandt werden. Damit kommt endlich und nach mühsamen Vorarbeiten die Vorentschädigungsaktion in Fluß. Um die daraus sich ergebenden Fragen zu erörtern und alle Interessenten aus China über den Gang des Verfahrens, sowie die vom B. d. A. getroffenen Einrichtungen im einzelnen zu unterrichten, lade ich alle China-Deutschen auf Mittwoch, den 26. November 1919 abends 8 Uhr zur einer Besprechnng in den Muschelsaal des Rheingold ein.

Die Sorgen der Anderen.

Das zum unfreiwilligen Aufenthalt in Deutschland verbannte China-Deutschtum sieht sich einem Berg von Schwierigkeiten gegenüber, ehe es seine Arbeit draußen wieder beginnen kann. Entschädigungs- und Valutafragen, die Bestimmungen des künftigen Handelsvertrags mit China, die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Heimat unter Berücksichtigung der uns durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen und viele andere ungewisse Fragen mehr, bieten zur Zeit wenig feste Grundlagen für den Entwurf von Richtlinien, nach denen die deutsche Arbeit in China wieder aufzunehmen sein wird. Vielfach glaubt der China-Deutsche, daß ihm durch die unfreiwillige Verbannung goldene Gelegenheiten im Osten genommen werden, daß die Anderen das Heu hereinbringen, solange die Sonne scheint In einer Zeit des Pessimismus verliert man leicht den Blick für die Aktiva, die die Lage in sich birgt. Zu diesen Aktiva gehören die Sorgen der Anderen.

Berichte aus China zeigen, daß die Briten, nachdem sie mit brutaler Gewalt den deutschen Wettbewerb auf dem chinesischen Markt ausgeschaltet haben, ihres Sieges nicht froh werden können. Zwar ist der deutsch-chinesische Handelsumsatz im Wert von 250 Millionen Mark aus der chinesischen Jahresstatistik ausgelöscht, aber den Briten ist es nicht gelungen, sich diesen Anteil zu sichern. Japaner und Amerikaner, deren Chinahandel (nach dem letzten Jahresausweis) sich in steter Aufwärtsbewegung befindet, haben dem britischen Handel ernstliche Nackenschläge versetzt. Die Klagen der britischen China-Kaufleute, daß der heimische Markt sie im Stiche ließe, mehren sich. Es ist dem Briten in China infolge der durch die Streiks verursachten Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in „old England“ nicht möglich, Kontrakte abzuschließen, in denen eine genaue Lieferzeit festgesetzt ist und er gerät infolgedessen gegenüber seinem japanischen und amerikanischem Wettbewerber immer mehr ins Hintertreffen; auch sind die Preise, die die britischen Industriefirmen für China quotieren, derart, daß allein auf dieser Grundlage ein Angehen gegen den japanisch-amerikanischen Wettbewerb unmöglich ist. Vor kurzem ist der englischen Industrie ein großer chinesischer Regierungsauftrag im Wert von drei Millionen Pfundsterling entgangen, weil die Amerikaner in der Lage waren, nicht nur um 50 v. H. billiger zu liefern, sondern den Chinesen auch günstigere Zahlungsbedingungen bieten konnten. Der „London and China Telegraph“ rüttelt nachträglich das Gewissen der britischen Industrie wach und knüpft daran die Drohung, daß der britische Kaufmann in China gezwungen werde, auf billigeren Märkten einzukaufen.

Nicht allein die Briten haben ihre Sorgen, sondern auch die Amerikaner. Abgesehen von der gewaltigen Streikbewegung in den Vereinigten Staaten, die auf die Fähigkeit der

amerikanischen Industrie auf dem chinesischen Markte Geschäfte zu machen, zweifellos von großem Einfluß sein wird, ist es die Unsicherheit, unter deren Zeichen der Telegrammverkehr zwischen Amerika und China steht. Das Ergebnis einer Umfrage, die die amerikanische Handelskammer in Schanghai bei ihren Mitgliedern veranstaltet hat, gibt ein lehrreiches Bild von den Verlusten, die amerikanischen Firmen durch das Versagen des Kabelverkehrs entstanden sind. Es ist nämlich keine Seltenheit, daß Telegramme vierzehn Tage unterwegs sind. Eine Firma schätzt ihre durch Telegrammverzögerung verursachten Verluste auf drei- bis vierhunderttausend Dollar. Einer anderen Firma war es unmöglich, Quotierungen für Eisen und Stahl unter 25 Tagen zu erhalten. Firma No. 3 mußte Aufträge im Wert von 80 000 Dollar (Gold) zurückziehen. Firma No. 4 hatte ein Exportgeschäft von 500 000 bis 750 000 Dollar an der Hand und mußte es fallen lassen. Eine andere Firma verlor ihr gesamtes Saisongeschäft in „piece goods“ und zwar 8000 bis 10 000 Ballen. Von den 28 Firmen, die die Umfrage der Handelskammer beantworteten, hatte jede unmittelbare oder mittelbar Verluste zu verzeichnen.

Der japanische Handel hatte vom Mai dieses Jahres bis in den August hinein unter dem nachdrücklichen Boykott der chinesischen Kaufmannschaft zu leiden. Die entstandenen Verluste gehen zweifellos in die Millionen. Diese kurzen Tatsachen mögen dem deutschen Chinakaufmann ein Trost im Unglück sein. F. S.

Die Behandlung der Angehörigen von Nichtvertragsmächten durch China.

Nach einer Meldung des „London and China Telegraph“ vom 20. Oktober hat die chinesische Regierung zwei Verordnungen erlassen, die sich mit dem Status der in China lebenden Angehörigen solcher Staaten beschäftigen, die in keinem Vertragsverhältnis zu China stehen. Die beiden Verordnungen haben folgenden Wortlaut:

Verordnung I.

Art. 1. Angehörige von Nichtvertragsmächten, die in China leben, unterstehen der Gerichtsbarkeit der Verwaltungsbeamten dieses Landes (Chinas) gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Verordnungen.

Art. 2. Beim Betreten chinesischen Gebiets muß der Angehörige einer Nichtvertragsmacht seinen Paß zwecks Visierung einreichen. Ferner werden andere Maßnahmen ergriffen, um seine Beschäftigung und seine soziale Lage festzustellen.

Art. 3. Sollten sich solche Angehörigen von Nichtvertragsmächten als Nichtstuer oder Arme erweisen oder sollten sie von solchem Charakter sein, daß durch sie die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Gesundheit gefährdet wird, so ist ihre Landung in diesem Lande untersagt.

Art. 4. Angehörige von Nichtvertragsmächten, die bei ihrer Landung in Verdacht stehen, Bannware mit sich zu führen, sind der Durchsuchung unterworfen. Falls bei der erwähnten Durchsuchung Bannware entdeckt wird, unterliegt sie der Beschlagnahme. Falls Grund zur Annahme besteht, daß die Einfuhr der Bannware zu ernsten Folgen führen kann, ist dem Träger die Landung untersagt

Art. 5. Falls ein Angehöriger einer Nichtvertragsmacht nach seiner Landung irgend einer ungesetzlichen Beschäftigung nachgehen oder ungesetzliche Handlungen begehen sollte, so unterliegt er, außer einer gebührenden Bestrafung durch die Landesgesetze, der Ausweisung. Wer im Verdacht steht, Spionage usw. zu treiben, unterliegt demselben Verfahren.

Art. 6. Angehörige von Nichtvertragsmächten sind berechtigt, in Vertragshäfen oder an solchen Plätzen zu leben, wo sich Fremde durch Duldung aufhalten dürfen. Falls Angehörige von Nichtvertragsmächten in den im obigen Artikel angeführten Plätzen Häuser mieten, sind sie denjenigen Bestimmungen unterworfen, die in jenen Plätzen betreffs des Mietens von Häusern Gültigkeit haben.

Art. 7. Falls der Angehörige einer Nichtvertragsmacht im Innern reist, muß er bei den Behörden die Ausstellung eines Passes beantragen Vermessungen irgend welcher Art dürfen von keinem Angehörigen einer Nichtvertragsmacht an Plätzen vorgenommen werden, die er bereist.

Art. 8 Angehörige von Nichtvertragsmächten dürfen keinen Grundbesitz im Innern mieten. Wer aber als Missionar in Städten im Lande innern lebt und Häuser zum Zwecke der Errichtung von Kirchen, Schulen, Hospitälern und andern wohltätigen Anstalten mietet, ist davon ausgenommen. Im Falle Häuser gemäß den Bestimmungen des obigen Artikels gemietet werden, müssen sowohl Mieter als Vermieter ihren Mietsvertrag den zuständigen Ortsbeamten zur Genehmigung vorlegen.

Art. 9. Angehörige von Nichtvertragsmächten dürfen weder als Herausgeber oder Verleger von Zeitungen und Zeitschriften irgendwelcher Art wirken, noch ist es ihnen erlaubt, Mitglieder von Gesellschaften politischen Einschlags zu werden oder an Versammlungen teilzunehmen, die zu politischen Erörterungen einberufen sind.

Art. 10 Die Verwaltung (Administration) von Angehörigen der Nichtvertragsmächte unterliegt den allgemeinen Gesetzen und Verordnungen zuzüglich der vorliegenden Gesetze und Verordnungen.

Verordnung II.

Art. 1. Bei der Einfuhr von Waren zahlen die Angehörigen von Nichtvertragsmächten die Gebühren der Zollverwaltung gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung für die Zahlung von Zollabgaben erlassen sind.

Art. 2. Bei der Beförderung von Waren ins Innere zwecks Verkaufs müssen die Angehörigen von Nichtvertragsmächten die verschiedenen, landesüblichen Zoll- und Likinabgaben zahlen in Übereinstimmung mit den besonderen Verordnungen; es ist ihnen nicht erlaubt, bei den Seezollämtern um Transitpässe einzukommen.

Art. 3. Angehörigen von Nichtvertragsmächten ist es nicht gestattet, im Innern Waren mit dreifachen Transitpässen (triplicate transit duty) einzukaufen.

Art. 4. Bei der Beförderung von Waren ins Innere ist den Angehörigen von Nichtvertragsmächten die Nutznießung des Vorrechts der Steuerfreiheit und des Beförderungszertifikats für mit Maschinen hergestellte Erzeugnisse nicht gestattet.

Art. 5. Angehörige von Nichtvertragsmächten dürfen sich nicht als Agenten im Innern aufhalten.

Nach einer Meldung der „Politique de Pekin" vom 24. August hat der chinesische Ministerrat beschlossen, daß die Deutschen in China denselben Bestimmungen unterworfen sein sollen, wie die Angehörigen solcher Länder, die in keinem Vertragsverhältnis mit China leben. Die obigen Verordnungen würden infolgedessen bis zum Abschluß eines neuen Staatsvertrags gegen die Deutschen in China Anwendung finden. F. S.

Das Steigen des Silbers.

Die „Times" beschäftigt sich mit dem Steigen des Silberkurses, der sich in den letzten fünf Jahren auf 140 v. H. erhöht hat. Es wird ausgeführt, daß das Steigen des Kurses teilweise auf eine Verminderung der Silberzufuhr, hauptsächlich aber auf eine erhöhte Nachfrage zurückzuführen ist. Nach Ansicht des Schreibers entsteht jetzt die Frage, ob der Silberstand so bleiben wird, wie er augenblicklich ist, oder ob eine weitere Erhöhung eintreten wird. Er macht die Antwort von der Nachfrage Indiens und Chinas abhängig. Es wird angenommen, daß in jedem Fall der Preis nicht unter 47 pence und zwar auf lange Zeit hinaus fallen wird und es sei kaum anzunehmen, daß in absehbarer Zeit ein Rückgang unter 60 pence möglich sein wird. Eine weitere Steigerung würde die Währungsprobleme derjenigen Länder, die Goldwährung haben, beeinflussen, und würde ferner für die Silber verbrauchenden Länder, wie China und Indien von großer Bedeutung sein. Infolge des hohen Silberstandes kann China im Ausland Waren billiger einkaufen als es selbst herzustellen in der Lage ist und es erhält für seine Ausfuhr weniger Geld, d. h. einen geringeren Betrag von Silber. Das mag ein Vorteil sein, weil dadurch die britische Ausfuhr nach China belebt wird. Die Einfuhr dagegen erleidet Hemmungen. Was Indien anlangt, so hat die Wertsteigerung der Rupie den indischen Ausfuhrhandel bereits sehr stark gehemmt, während andererseits die Ausfuhr nach Indien große erhebliche Vorteile erzielt hat. Lancashire im besonderen wird großen Nutzen aus einer weiteren Silbersteigerung ziehen, aber die Teeplantagen werden verlieren, weil sie ihre Erzeugnisse in Sterling verkaufen und einen großen Teil ihrer Einnahmen remittieren müssen, um ihre Ausgaben in Rupien zu decken. Was unsere eigene (die englische) Währung anlangt, so muß man im Auge behalten, daß, falls das Silber um 1—2 pence die Unze steigt und damit 66 pence erreicht werden, es zu einem lohnenden Unternehmen wird, englische Silberstücke einzuschmelzen und sie als Metall zu verkaufen. Das würde dazu führen, daß die Silbermünzen außer Kurs gesetzt würden, und die Regierung gezwungen wäre, mit anderem Material Münzen zu prägen oder als Ersatz Papiernoten einzuführen.

Auch der „London and China Express" vom 2. Oktober stellt Betrachtungen über das Silber an und kommt zu dem Schluß, daß, falls China weiterhin seine unersättliche Nachfrage nach dem Metall aufrecht erhalte, der gegenwärtige Silberstand (6 shilling 3 pence den Shanghai Tael) anhalten, wenn nicht höher gehen werde.

F. S.

Reichsnotopfer und Auslandsdeutsche.

Die „Vossische Zeitung" veröffentlichte in ihrer Morgenausgabe vom 28. Oktober 1919 eine Meldung ihres Schweizer Mitarbeiters, laut der es unter den Reichsdeutschen in der Schweiz lebhafte Beunruhigung hervorgerufen habe, daß das Gesetz über das Reichsnotopfer auch auf die Auslandsdeutschen Anwendung finden solle. Dazu wird der „Vossischen Zeitung" vom Reichsfinanzministerium geschrieben:

Es ist richtig, daß nach § 2 Ziffer 1 des Gesetzentwurfes die Abgabepflicht sich grundsätzlich auf alle Angehörigen des Deutschen Reiches und somit auch auf die Auslandsdeutschen erstreckt. Dieser Vorschrift hat der Ausschuß der Nationalversammlung nach eingehenden Beratungen zugestimmt. Man ging dabei in der Hauptsache von zwei Gesichtspunkten aus: Einmal war man der Ansicht, daß der Auslandsdeutsche genau wie er der Wehrpflicht unterlag, auch die Pflicht der Vermögensabgabe habe; sodann wurde namentlich die Tatsache in Betracht gezogen, daß eine Reihe von Deutschen, die im Inlande ihr Vermögen erworben haben, ins Ausland gezogen sind, nur mit der Absicht, der deutschen Besteuerung zu entgehen. Jedoch waren Regierung und Ausschuß sich darüber einig, daß aus wirtschaftlichen, steuerlichen und sonstigen Gründen die Möglichkeit gegeben werden müsse, Auslandsdeutsche, vor allem erwerbstätige, ganz oder teilweise von der Abgabe freizustellen. Die sich hieraus ergebende Regelung der steuerlichen Behandlung der Auslandsdeutschen ist im § 50 enthalten, der folgendermaßen lautet:

„Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, nach Richtlinien, die die Reichsregierung aufstellt, denjenigen Angehörigen des Deutschen Reiches, die sich mindestens seit dem 1. August 1914 ununterbrochen im Auslande des Erwerbes wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, die Abgabe, soweit sie nicht auf inländisches Grund- oder Betriebsvermögen entfällt, ganz oder teilweise zu erlassen. Diesen Personen werden gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande des Erwerbes wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inlande aufhielten oder nach Ausbruch des Krieges ins Inland gekommen sind, und nachweislich aus den vorgenannten Gründen wieder im Ausland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nehmen".

Durch die Aufnahme dieser Bestimmungen ist weitgehende Vorsorge gegen unbillige Belastung der Auslandsdeutschen getroffen worden. Es sei ferner noch auf eine in einer Sitzung des Ausschusses abgegebene Erklärung des Reichsfinanzministers hingewiesen, daß den Auslandsdeutschen Deklaration und Entrichtung der Abgabe in der Währung ihres Wohnstaates gestattet ist, womit der Zweck verfolgt wird, den abgabepflichtigen Auslandsdeutschen Valuta-Verluste zu ersparen.

Wenn man alle diese Momente würdigt und sich nicht von vornherein auf den nicht gerechtfertigten Standpunkt stellt, daß der Auslandsdeutsche grundsätzlichen Anspruch auf Befreiung von der Abgabe hat, so muß man billigerweise anerkennen, daß auf die Lage der Auslandsdeutschen in jeder Hinsicht Rücksicht genommen worden ist.

Deutschlands Wirtschaftslage Anfang November.

Den vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" entnehmen wir folgende, von uns kurz zusammengefaßte Darstellung der augenblicklichen Wirtschaftslage Deutschlands:

Im vergangenen Monat hat die wirtschaftliche Lage keine wesentliche Änderung erfahren. Die Schwierigkeiten des Rohstoffmangels und der Kohlenknappheit, der ungünstigen Verkehrslage, der Arbeitsverhältnisse, Beeinträchtigung durch die feindliche Besetzung der westlichen Teile Deutschlands und der Ungewißheit der Friedensaussichten dauern fort.

Die Lage der Industrie hat sich etwas gebessert. Die bekannt gewordenen Geschäftsberichte verzeichnen trotzdem fast durchweg ungünstige Ergebnisse. Die Aussichten werden trotz der lebhaften Auslandsnachfrage mit Hinblick auf die allgemeinen Schwierigkeiten als unsicher bezeichnet. Der Zusammenschluß A. E. G.-Auer, die Kapitalverstärkung im Pulverkonzern sind Anzeichen einer Zusammenfassung der deutschen Wirtschaftskraft für den Wettbewerb auf den Weltmärkten.

Infolge der Verteuerung der Rohstoffe und der Halbfabrikate ist die Kleineisenindustrie gezwungen, die Inlandpreise weiter zu erhöhen. Im Ausfuhrgeschäft ist mit Rücksicht auf den Inlandsbedarf nach wie vor die Ausfuhr von Alteisen und Schrott, von Ferrolegierungen und Weißblech gesperrt. Ferner besteht eine Kontingentierung der Ausfuhr von Schiffsblechen und Feldbahnmaterial. In der Maschinen-Industrie ist der Auftragsbestand mit der Ausnahme einiger Bezirke im allgemeinen gut. Bei den großen Werken der elektrotechnischen Industrie liegt für das nächste Halbjahr volle Beschäftigung für die vorhandenen Arbeitskräfte vor. Die Lage der chemischen Industrie hat sich infolge der in der Einleitung gegebenen Gründe wesentlich verschlechtert. Die Mehrzahl der Betriebe, die nicht in der Nähe von Produktionsgebieten liegen, kam zum Stillstand. Die Soda- und Sulphaterzeugung ist fast auf ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Ein Ende in der Preisentwicklung ist noch nicht abzusehen. Besondere Erwähnung verdient die sehr bedeutende Kapitalverstärkung in der Anilingruppe. Die Porzellan- und Steingutindustrie, die als eine der wenigen Industriezweige ohne fremde Rohstoffe auskommen kann, wird immer mehr durch den Kohlenmangel beeinträchtigt. In der Großindustrie, die über reichliche Aufträge verfügt, fehlt es vor allem an Rohstoffen. Die Spielwarenindustrie ist gut beschäftigt. Es liegen in Nürnberg wie in Sonneberg zahlreiche Auslandsbestellungen vor. Die Lage der Papierindustrie hat keine Erleichterung erfahren. Viele Aufträge müssen wegen Mangel an Rohstoffen und Kohle abgelehnt werden. In der Textilindustrie ist die Nachfrage außerordentlich groß; es fehlt aber besonders an Garn. Die Fabrikanten der mittleren Stoffqualitäten und die Juteindustrie helfen sich durch Anfertigung von Mischgeweben.

Der deutsche Handel, insbesondere der Außenhandel wird noch immer durch nachfolgende Ursachen beeinträchtigt. Der niedrige Markkurs wirkt als Exportprämie, sodaß infolge der Ausfuhr der ohnehin stark beschickte Binnenmarkt von notwendigen Artikeln bedenklich entblößt wird. Die bisher unkontrollierbare Westgrenze macht jede Ausfuhrkontrolle unmöglich. Ebenso werden Genußmittel und Luxusgüter in Massen eingeführt und belasten die schon erheblich passive Handelsbilanz. Der niedrige Stand der Valuta bietet dem Auslandskapital nach wie vor einen starken Anreiz zur Verstärkung seines Besitzstandes in der deutschen Wirrnis. Die bevorstehende Ausgabe der unverzinslichen Reichsprämienanleihe in Höhe von fünf Milliarden Mark hat infolge der Zeichnungsbedingungen, die zur Hälfte Zahlung in Kriegsanleihe in pari vorsehen, den Kurs der Kriegsanleihe befestigt.

Politische Nachrichten

Die Schantungfrage.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 5. ds. Mts. aus dem Haag wurde der Vorbehalt des Senators Lodge, der die Streichung der Schantungfrage aus dem Friedensvertrag enthält, im amerikanischen Senat mit 46 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Handels- und Industrienachrichten.

Der südchinesische Seidenhandel.

Der amerikanische Generalkonsul in Honkong George E. Anderson, schildert in einem Bericht, daß der südchinesische Seidenhandel für die am 1. Mai zu Ende gegangene Saison im allgemeinen ziemlich erfolgreich gewesen sei. Die Gesamtausfuhr von Seide aller Arten bezifferte sich auf 41 700 Ballen gegenüber 37 500 Ballen, der *am 1. Mai 1918* zu Ende gegangenen Saison und gegenüber 27 100 Ballen für 1917. Die Vereinigten Staaten nahmen 20 700 und Europa 21 000 Ballen ab. Obwohl beträchtliche Lager mit in die neue Saison übernommen werden mußten, war die Ausfuhr doch lohnend; Anzeichen lassen erkennen, daß die neue Ernte nicht so überwältigend groß sein wird, um auf dem Markt keinen Absatz zu guten Preisen finden zu können. Die erste Ernte ergab etwa 3000 gegen 7000 Ballen im letzten Jahre und 6000 im Jahre 1917. Der hohe Kursstand ist das Haupthindernis für den Handel, denn weder der englische und amerikanische Importeur noch der chinesische Importeur haben einen Nutzen davon. Das Interesse in Amerika für südchinesische Seidenwaren ist größer als gewöhnlich.

Holländischer Handel nach Asien.

Aus Holland wird der „Berliner Börsenzeitung“ geschrieben: In Amsterdam ist die Niederländisch-Asiatische Handelsgesellschaft mit Sitz in Amsterdam und Kobe für den Betrieb des Handels nach Asien, namentlich auch nach Japan ins Leben gerufen worden. Zu den Gründern gehört die Importgesellschaft „Tokio“ in Amsterdam und die Firma B. Orenstein & Co. in Kobe in Japan. Das Gesellschaftskapital ist auf 2,5 Millionen fl. bemessen. — Die Nederlandsche Handel-Maatschappij hat eine Agentur in Kobe errichtet.

Chinesische Handelssachverständige im Ausland.

Nach einem Bericht des amerikanischen Handelssachverständigen in China, Julean Arnold, hat das chinesische Ackerbauministerium den Vorschlag genehmigt, fünf Handelssachverständige für das Ausland zu ernennen und zwar je einen für England und Japan und zwei für die Vereinigten Staaten (San Franzisko und New York). Die Sachverständigen werden dem Ackerbauministerium entnommen; Vorbedingungen für die Besetzung der Posten in San Franzisko und New York ist, daß die Anwärter amerikanische Universitäten besucht haben.

Die Talgausfuhr Hankous.

Im Jahre 1916 sind von Hankou 44,2 Millionen englische Pfund Pflanzen- und 15,3 Millionen Pfund tierischer Talg ausgeführt worden. 1917 ist die Ausfuhr auf 28,3 Millionen für Pflanzentalg und auf 7,4 Millionen für tierischen Talg zurückgegangen.

Die Chee Hsin Zementwerke.

Ein amerikanischer Konsulatsbericht weist auf die Bedeutung der Chee Hsin Zementwerke in Tangschan für den nordchinesischen Markt hin. Das Werk stellt grauen Portlandzement her. Die gewöhnliche Erzeugung beträgt 600 000 Fässer im Jahr; 1918 wurden jedoch 800 000 Fässer hergestellt.

Vom chinesischen Eisenbahnwesen.

Nach einer amerikanischen Statistik verfügt China über ein Eisenbahnnetz von 6,657 Meilen, davon entfallen 3,905 Meilen auf Staatsbahnen, 234 Meilen auf Privatbahnen, 112 Meilen Provinzialbahnen und 50 Meilen auf Industriebahnen. 2,356 Meilen sind mit ausländischem Kapital erbaut und stehen unter ausländischer Aufsicht. —

Im „Bord of Trade Journal“ befindet sich ein Bericht des britischen Konsuls in Nanking, wonach die Lung-Hai-Bahn in Kürze Schen-dschou in Honan erreichen wird.

Die Industrialisierung Chinas.

Das rein chinesische Unternehmen Sincere (Sien sche gung se), das Warenhäuser in Schanghai, Hongkong und Canton unterhält, plant die Errichtung eines eigenen Fabrikunternehmens in Canton mit einem Kapitalaufwand von 10 Millionen Dollar. Ma Yinbjiau und Dschan-Lai-dschang sind zwecks näherer Studien nach Europa gesandt worden. Ihre Aufgabe ist unter anderm auch die Anstellung von chinesischen Arbeitern, die in europäischen Betrieben tätig sind.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

Hans Czapski, Berlin, W. 50 Eislebenerstraße 2 hpt.
Fritz Külps, Friedrichsort b. Kiel, Holtenauerstr. 27.
Dr. Foethke, Königsberg, Lobeckstr. 4a.
Johannes Weber, Elmschenhagen, Großschlächterei.
W. Maier, Charlottenburg Schillerst. 115 II l.
H. Hornig, Ravensburg i. Württemberg, Rauenegg 24 I.
Hans S. Friedrichs, Leipzig-Eutz, Möritckestraße 1.
Rudolf Abel, Hannover, Jakobistr. 12.
Gustav Favorke, Reichswerk „Wolfgang“ bei Hanau a. Main.
H. Hildebrand, Berlin, Teigwarenstelle Tauentzienstr. 14 II.
J. Klette, Neumünster (Holstein), Kuhberg 6.
O. J. Langhammer, Berlin, Reichsverwertungsamt, Friedrichstr. 100.
Hans Schoenherr, Leiter des Reichsverwertungs-Amtes, Essen.
Hugo Günther, Gablonz a. N., Böhmen, Mühlfeldgasse 27.

Neunter Deutsch-Chinesischer Abend.

Wenn irgend etwas geeignet war, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Ostasiaten darzutun, so war es der über Erwarten rege Besuch des letzten deutsch-chinesischen Abends. Trotz Schneesturm, Kälte und Verkehrsschwierigkeiten füllte sich bald nach 8 Uhr der große Bankettsaal, sodaß alle Tische besetzt waren. Herr Dr. Linde dankte mit warmen Worten den Anwesenden für ihr Erscheinen und brachte ein nicht zum Abdruck bestimmtes Schreiben des Auswärtigen Amtes, betreffend Rückkehr nach China, und eine Mitteilung der Admiralität, betreffend die Japangefangenen, zur Kenntnis. Im Anschluß daran sprach Herr Dr. Linde über die Entschädigungsfrage, die Ausdehnung des Arbeitsgebietes des Verbandes, der vom 1. Januar an den Namen „Verband für den Fernen Osten“ führen wird, auf ganz Ostasien und die zu dem gleichen Zeitpunkte in Aussicht genommene Herausgabe der „Ostasiatischen Rundschau“, in die die „Mitteilungen für China-Deutsche“ aufgehen werden. Als zweiter Redner ergriff Herr Wirklicher

Geheimer Rat Raschdau, Exc., das Wort und legte die Gründe für die beabsichtigte Verschmelzung der Deutsch - Asiatischen Gesellschaft mit dem Deutsch-Chinesischen Verbande dar. Exc. Raschdau verbreitete sich dann eingehend und in fesselnden Ausführungen über die Entwicklungsmöglichkeiten im Fernen Osten und die derzeitige Stellung Englands in Ostasien. Mit lebhaftem Beifall dankten ihm die Anwesenden für seine geistvollen Ausführungen. — So hat auch die Ungunst des Wetters nicht verhindern können, daß der Abend sich zu einem besonders gelungenen gestaltete.

Die deutschen Gefangenen in Japan.

Nach amtlicher Mitteilung der schweizerischen Gesandtschaft in Tokio ist in der zweiten Hälfte des Oktobers der Abschluß eines Übereinkommens mit der japanischen Regierung über die beschleunigte Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen zu erwarten. Die Gesandtschaft nahm die Charterung von Schiffsraum in die Hand und stellte in Aussicht, das der erste Transport ungefähr in drei Wochen nach Abschluß des Chartervertrages abgehen kann; das wäre im Laufe des Novembers. Nähere Angaben über die Aufnahmefähigkeit der Transportschiffe, das Datum des Abgangs der einzelnen Schiffe und der anzulaufenden Zwischenhäfen stehen noch aus. Sie werden alsbald nach ihrem Eintreffen veröffentlicht.

Der „London and China Telegraph" beberichtet, daß unter den 1000 deutschen Kriegsgefangenen in Kurume den Wunsch ausgesprochen haben, nach ihrer Freilassung in Japan bleiben zu dürfen. Die Manchuria Brush Co, die Dairi Sugar Co, und die Nakayama Soap Mfg. Co. haben bereits Anträge gestellt, ihnen geeignete Leute zu überlassen.

Kapitalserhöhung der Hamburg-Amerika-Linie.

Wie wir der „Schiffahrtzeitung" entnehmen, beruft die Verwaltung der H. A. L. auf den 21. November eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Ausgabe von fünf Millionen Mark Vorzugsaktien unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre Beschluß fassen soll. Ferner werden verschiedene Satzungsänderungen beantragt, u. a. Abänderung des Zweckes der Gesellschaft. — Die Hamburg-Amerika-Linie besitzt augenblicklich ein Aktienkapital von 180 Millionen Mark gleichberechtigter Aktien. Die letzte Erhöhung fand im November 1913, und zwar um 30 Milionen Mark statt.

Nachweisung von Auslandsvertretern.

Das Auswärtige Amt (Außenhandelsstelle) befaßt sich mit dem unentgeltlichen Nachweis von Auslandsvertretern zwecks Wiederanknüpfung von Verbindungen für die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse und für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. Die näheren Angaben sowie Adressen geeigneter Auslandsvertreter werden den Beziehern des „Eildienstes" der Außenhandelsstelle auf Anfrage unmittelbar mitgeteilt. Nichtabonnenten (des „Eildienstes") wollen entsprechende Anfragen über die zuständige Handelskammer an das Auswärtige Amt (Außenhandelsstelle, Eildienst II. Berlin NW 7, Bunsenstraße 2) richten.

Einreiseerlaubnis nach England.

Wie wir dem Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamts entnehmen, dürfen (nach einer Mitteilung der Home Office) Staatsangehörige Deutschlands, Österreichs und Ungarns nach England einreisen, vorausgesetzt, daß ihre Anwesenheit im Interesse Englands liegt, d. h. wenn sie zum Einkauf dorthin kommen. Besondere Erlaubnisscheine sind nicht notwendig. Die Pässe müssen das Visum eines englischen Konsulats tragen. Es wurden englische Konsulate oder Vertretungen in folgenden Städten eröffnet: Wien, Budapest, Prag, Warschau, Rotterdam, Berlin, Köln und Bern. (In Köln ist die britische Vertretung die britische Handelskammer, in Berlin die britische Militärkommision (Wilhelmstr. 67a); Britische Konsulate gibt es in Deutschland noch nicht.) Die Einreisenden dürfen sich nur für eine bestimmte Zeit in England aufhalten.

Kurze Nachrichten.

Am 26. August ist in Wutschang ein Großfeuer ausgebrochen. Eine große Anzahl Dschunken, Leichter und Anlagen sind in Flammen aufgegangen.

Der britische Konsul in Tsingtau R. H. Eckford, der dort vor dem Krieg die britischen Interessen wahrnahm, ist von H. A. F. B. Archer abgelöst worden.

Die Firma Grosjean & Co in Hankou ist verkauft worden und wird unter dem Namen, Societé Maritime et Commercial du Pacifique weitergeführt. Das Kapital beträgt 6 Millionen Franks.

Japanische Kreise wollen in der Mandschurei eine Anilinfabrik mit einem Kapital von 5 Millionen Yen gründen.

Amerikanische Kapitalisten planen die Errichtung einer großen Wollweberei in der Mandschurei mit einem Kapital von 20 Millionen Dollar; es soll mit einem ähnlichen japanischen Unternehmen in Wettbewerb treten.

Der Militär- und Zivilgouverneur in Nanking bekämpft die Bestrebungen, die auf eine Erweiterung der internationalen Niederlassung in Schanghai ausgehen.

In der Nähe des Shanghai Gun Clubs sollen zwei große Wasserreservoirs errichtet werden, von denen jedes 4 Millionen Gallonen fassen kann.

Die Commercial Preß Ltd. hat vom 1. August ab eine Lohnerhöhung ihrer Angestellten vorgenommen. Die Erhöhung schwankt zwischen 10—20 vom Hundert. Der Gesellschaft erwächst dadurch eine jährliche Mehrausgabe von 50000 Millionen Dollar.

Wie verlautet, sind die Vermessungsarbeiten für den Bau einer Bahn von Peking nach Jehol beendet worden. Die Länge beträgt etwa 120 Meilen und die Baukosten stellen sich auf 12 Millionen Dollar. Das Kapital soll von chinesischen Kreisen aufgebracht werden.

Der frühere Direktor der chinesischen Staatsbank (Bank of China), Hsü-En-yuan hat die Einladung einiger amerikanischer Kapitalisten, die Vereinigten Staaten zu besuchen, angenommen. Seine Reise wird mit der Gründung einer großen chinesisch-amerikanischen Bank in Verbindung gebracht.

Die japanische Regierung trifft Vorbereitungen, um an Ausländer das Recht des Grundbesitzes zu verleihen, sowie chinesische Kulis als Einwanderer zuzulassen.

Neue Bücher.

Eckardt: Deutsche Rechtsverhältnisse in China.

Über die deutschen Rechtsverhältnisse in China auf Grund der Versailler Friedensbestimmungen hat Theo Eckardt (Schanghai) eine übersichtliche Zusammenstelluug gemacht, die von R. W. Heidorn, Hamburg, Rödingsmarkt 30 gegen Einsendung von Mk. 3.— zu beziehen ist. Für Berliner Interessenten hält die Schriftleitung der „Mitteilungen" eine beschränkte Anzahl von Exemplaren zur Verfügung.

Witte: Aus dem Missionsleben draußen für die Arbeit daheim.

Der in weiteren Kreisen der Ostasiaten bekannte Missionsdirektor D. Dr. J. Witte hat im Huttenverlag (Berlin SW. 11) ein fast vierhundert Seiten starkes Werk erscheinen lassen, das eine Fülle von Material über das ostasiatische Missionsfeld enthält. Das Werk ist geeignet, der Mission neue Freunde zuzuführen.

Zwecks Besprechung des gegenwärtigen Standes der Vorentschädigungsfrage und zwecks Einleitung der zu ihrer praktischen Durchführung notwendigen Schritte beehre ich mich, alle ständig in Berlin ansässigen oder vorübergehend sich hier aufhaltenden repatriierten China-Deutschen zu einer Zusammenkunft auf

Mittwoch, den 26. November 1919

8 Uhr abends, im Muschelsaal des Restaurants „Rheingold", Potsdamerstraße einzuladen.

Sehr ergebenst

Dr. LINDE

Generalsekretär.





Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.
Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang 1. Dezember 1919 No. 13

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums
In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Chinesische Grenzprobleme.

Vor der Errichtung der chinesischen Republik im Jahre 1911 gehörte die Äußere Mongolei als „untertänige Landschaft“ dem chinesischen Reichsverband an. In Urga, der Hauptstadt der Äußeren Mongolei, saß ein chinesischer Kommissar, der mit seinen Unterbeamten das Land nach dem chinesischen Provinzialsystem verwaltete. Als im Jahre 1911 die Mandschus gestürzt wurden, erklärte sich der Hutuktu, das geistliche Oberhaupt der Mongolei, hauptsächlich auf russische Einflüsterungen hin, unabhängig und trat mit Rußland in Verhandlungen ein, die zum Abschluß einer Art russisch-mongolischen Schutz- und Trutzbündnisses führten. Rußland sicherte sich unter anderem das Recht der Reform des mongolischen Heeres und des Währungswesens zu, es erlangte ferner Gerechtsame zum Abbau der mongolischen Bergschätze und zum Abforsten der Waldungen. Die chinesische Regierung versuchte in vergeblichen Verhandlungen dieses Abkommen rückgängig zu machen. Vor allem waren die jungchinesischen Kreise auf das Vordringen Rußlands in der Äußeren Mongolei auf das höchste erbittert. Überall im Lande wurden 1912 Organisationen geschaffen, die erhebliche Summen sammelten, um gegen den abtrünnigen Hutuktu und Rußland Krieg führen zu können. Die jungchinesische Presse war voll von den heftigsten Angriffen gegen Rußland. Die Gestaltung der innerpolitischen Lage brachte aber den Kriegsplan zum Scheitern. Die chinesische Regierung setzte jedoch ihre Proteste fort und das hatte schließlich zur Folge, daß Anfang des Jahres 1914 in Kiachta eine russisch-mongolisch-chinesische Konferenz zusammentrat, auf der die chinesischen Unterhändler das förmliche Weiterbestehen der Oberhoheit Chinas über die Äußere Mongolei durchsetzten. China erhielt die Erlaubnis, einen Kommissar mit einer kleinen Schutzmacht in Urga zu unterhalten; eine Einmischung in die inneren und auswärtigen Angelegenheiten der Mongolei war jedoch China untersagt.

Im Jahre 1914 bestand bei den Staatsmännern an der Newa der Plan einer Neuorientierung der östlichen Politik. Man wollte erst in der Äußeren Mongolei festen Fuß fassen und von dort die „friedliche Durchdringung“ bis zum Golf von Petschili beginnen. Ein in diesem Weltkrieg siegreiches Rußland hätte diesen Plan verwirklicht und einen neuen eisfreien Hafen an der Ostküste des Stillen Ozeans geschaffen. Die Zertrümmerung Rußlands durch die deutsche Militärmacht hat aber China vor einer neuen russischen Ausbreitungspolitik bewahrt. Das sollten sich die Staatsmänner in Peking vor Augen halten.

Nun, wo Rußland kraftlos am Boden liegt, sieht China seinen Zeitpunkt gekommen, seine auswärtige Politik auf eine Wiedererlangung der Äußeren Mongolei einzuschalten.

Vor einigen Wochen haben wir bereits berichtet, daß in Kalgan chinesische Truppen zusammengezogen wurden, um eine militärische Expedition gegen Urga zu unternehmen. Nach den letzten Nachrichten aus China, die bis Ende Oktober zurückgehen, befinden

sich bereits 4000 Mann in der Mongolei und ein chinesischer Grenzkommissar hat bereits seine Residenz in Urga aufgeschlagen. Als äußeren Grund für seinen Vormarsch in der Mongolei gibt China an, daß es seine Sicherheit durch die Banden des Generals Semenow, die in der Mongolei ihr Wesen trieben und sogar Semenow zum König der Mongolei ausrufen wollten, bedroht sah. Der mongolische Klerus und das Volk begrüßen die chinesischen Truppen als Erretter vom russischen Joch und sie haben bereits den Wunsch ausgesprochen, daß sie sich wieder der Zentralgewalt in Peking unterordnen wollen. Der Hutuktu soll mit einem hohen chinesischen Beamtenrang im Amt bleiben.

Wie verlautet, hat die russische Gesandtschaft in Peking gegen das Vorgehen Chinas in der Mongolei unter Berufung auf das Kiachtaabkommen wiederholt feierlich Verwahrung eingelegt. Die Pekinger Regierung scheint aber heute Rußland gegenüber eine Politik der Vergeltung zu treiben, denn sie nimmt zwar — wie ehedem Rußland — von den russischen Protesten Kenntnis, führt aber unbeirrt ihre mongolische Politik fort. Wie die Dinge heute liegen, scheint es China tatsächlich zu gelingen, in der Mongolei wieder festen Fuß zu fassen und die nord-westliche Grenzmark dem Reichsverband wieder zuzuführen.

Ob China allerdings den Mut hat, die tibetische Frage ebenfalls so nachdrücklich zu lösen, wie die mongolische, bleibt abzuwarten. Seit einigen Monaten sind zwischen England und China Verhandlungen im Gange, die eine endgültige Lösung der tibetischen Frage herbeiführen sollen. Seit der Zeit von Warren Hastings hat England der tibetischen Frage große Aufmerksamkeit geschenkt. Seit mehr als 150 Jahren arbeitet die englische Politik zielbewußt auf die Erlangung der Oberherrschaft über das verschlossene Land hin. Mitte der neunziger Jahre wollte England in Tibet festen Fuß fassen, um einen Grenzwall gegen das imperialistische Rußland aufzurichten, das Indien zu bedrohen schien. Heute geht die britische Tibetpolitik zielbewußt darauf aus, Tibet zum Stützpunkt einer Durchdringung Chinas vom Westen her zu machen. Der amerikanische Journalist Thos. Millart hat vor kurzem aufsehenerregende Enthüllungen über die britischen Pläne in Asien veröffentlicht. Danach soll England von den Ententemächten freie Hand in Mesopotamien, Persien, T i b e t und Südchina erhalten haben. Die neuesten chinesisch-tibetischen Verhandlungen zeigen, daß England an die Verwirklichung jenes Programmes geht. Französische Zeitungen von Mitte dieses Monats legen den Verhandlungen in Peking große Bedeutung bei. Es wird offen davon gesprochen, daß England auf der Errichtung einer Einflußsphäre in Tibet ausgeht. Falls England in den diplomatischen Verhandlungen einen Sieg davon trägt, so wird der Gewinn, den die chinesische Regierung durch die Zurückführung der Äußeren Mongolei zum Reichsverband erzielt, nicht nur zum großen Teil wieder aufgehoben, sondern auch seine Unabhängigkeit im Westen wird erheblich bedroht.

F. S.

Die „Musterniederlassung“ Schanghai.

In der Denkschrift, die die chinesische Friedensdelegation dem Viererrat in Versailles vorgelegt hatte (vergl. Nr. 9 der „Mitteilungen“) verlangte China u. a. die Rückgabe der fremden Niederlassungen bis zum Ende des Jahres 1924; bis zum Übergang der Niederlassungen in chinesische Hände soll der einheimischen Bevölkerung gleiches Wahlrecht zur Vertretung ihrer Interessen in den betreffenden Stadträten gewährt werden. Diese Frage ist neuerdings in der Internationalen Niederlassung Schanghais ins Rollen gebracht worden. Dort sollten die Chinesen zu einer erhöhten Besteuerung herangezogen werden; sie stellten sich jedoch auf den Standpunkt, daß sie im Stadtrat vertreten sein müßten, ehe sie die neuen Steuern entrichteten. Das war Mitte August. Wieweit die chinesischen Steuerzahler ihren Willen durchgesetzt haben, ist bei der lückenhaften Berichterstattung

von draußen nicht zu erkennen. Jedenfalls ist den Chinesen in „Millard's Review“ ein starker Bundesgenosse in ihrem Kampf um das Mitbestimmungsrecht in der Internationalen Niederlassung entstanden. Das Blatt erkennt die Forderung der Chinesen als völlig gerechtfertigt an, gibt aber zu, daß bis zu ihrer Erfüllung „beträchtliche Formalitäten“ zu erledigen seien, ehe die Chinesen zu einer vollgültigen, gesetzlichen Vertretung im Stadtrat herangezogen werden könnten. Interessant ist zu erfahren, welche Gründe den Stadtrat zu der Steuererhöhung veranlaßt haben. Den Angestellten der Stadtverwaltung, die einen vier- bis fünfjährigen Kriegsurlaub erhalten hatten, soll nämlich 50 v. H. ihrer Gehälter nachgezahlt werden. Die Versammlung der Steuerzahler hatte grundsätzlich unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß die Summe durch Erhöhung der Steuern aufgebracht werden soll. Der Erhöhung wollen sich die Chinesen nicht fügen, weil sie bei der Abstimmung in der Generalversammlung der Steuerzahler nicht vertreten waren.

„Millard's Review“ bezeichnet das Steuersystem der Internationaren Niederlassung als veraltetes englisches System, nach dem der Hausbesitzer die Steuern zu bezahlen hat, während der Landbesitzer frei ausgeht. Dieses System passe nicht mehr in die neue Weltentwicklung. Von den Chinesen eine Steuererhöhung von 80 v. H. zu fordern, die doch nur als eine Art „Kumscha“ für die britischen Angestellten des Stadtrats angesehen würden, sei schon deshalb eine Ungerechtigkeit, weil sie auf den Beschluß der Versammlung der Steuerzahler keinen Einfluß gehabt hätten. Die Ausführungen des „Millard's Review“, die den angelsächsischen, aber in Schanghai noch nicht in die Tat umgesetzten Standpunkt: „No taxation without representation“ (ohne Steuern keine Stimme) vertritt, kann man sich nur anschließen.

F. S.

„Deutsche Rechtsverhältnisse in China im Friedensvertrage“.

Von Dr. E. MICHELSEN.

Unter diesem Titel hat Theo Eckardt eine zusammenfassende Darstellung aller derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrags veröffentlicht, die sich auf die Abwicklung von Vorkriegsforderungen und -schulden und auf die Liquidation und Einbehaltung deutscher Güter, Rechte und Interessen beziehen. Jeder Chinadeutsche, dessen Rechte durch die im Friedensvertrage getroffene Regelung berührt werden, wird diese Schrift als ein sehr wertvolles Hilfsmittel begrüßen, um sich mit den wenig durchsichtigen Bestimmungen der Abschnittte 3 und 4 des Teils X des Vertrags vertraut zu machen.

In einigen wenigen Punkten aber scheinen mir die Eckardtschen Ausführungen einer Richtigstellung zu bedürfen.

Auf Seite 6, zweiter Absatz, behauptet der Verfasser, daß für die d i r e k t e Abrechnung (ohne Clearing) von Vorkriegsschulden zwischen Deutschen und den Angehörigen der Ententemächte die Bestimmungen des Art 296 (Clearing) hinsichtlich Währung, Umrechnungskurs und Zinsen zu gelten hätten. Danach würde also der deutsche Gläubiger von seinem chinesischen Schuldner eine Markforderung in Taels zum Durchschnittskurse des Juli 1917 zu fordern haben und umgekehrt. Der Verfasser beruft sich zum Beweise auf § 14 der Anlage zu Artikel 298 F. V. Nun besagt der Absatz 2 dieses § 14, daß die Bestimmungen des Clearings über Währung, Umrechnung und Zinsen auf Liquidationen auch dann Anwendung finden, wenn der betreffende Staat ein Clearing nicht eröffnet. Danach ist die Lage so, daß jene Bestimmungen über die Kursberechnungen gelten:

a) im Falle einer Einziehung von Vorkriegsforderungen und -schulden im Wege des Clearing.

b) im Falle einer Liquidation (Einbehaltung) solcher Forderungen,

während mangels Clearings und Liquidation Markforderungen und -schulden im direkten Verkehr in der Währung, auf die sie lauten, oder in Taels zum Tageskurse zu

begleichen wären. Ob und in welchem Umfange daneben aus dem Grunde eines etwaigen Verzugs ein Schadensersatz wegen Kursverlustes gefordert werden kann, wird nach (internationalem) Privatrecht zu beurteilen sein.

Seite 7 oben spricht der Verfasser die Vermutung aus, daß die feindlichen fremden Mächte die Liquidation und Einbehaltung deutschen Eigentums in Bezug auf ihre Konzessionen in China und die Gesellschaften mit Wohnsitz in China, welche unter ihrer Gerichtsbarkeit stehen, für sich in Anspruch nehmen würden. Eckardt hätte hier erwähnen müssen, daß die Liquidationsbefugnis in Artikel 297 b) ausdrücklich auf Güter, Rechte und Interessen innerhalb der Gebiete, Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer beschränkt wird.

Seite 8, letzter Absatz meint der Verfasser, daß nach Artikel 297 h 2 China den Erlös der Liquidationen unmittelbar an die Eigentümer auszuzahlen habe, da es zu den Staaten gehöre, die an der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachung keinen Anteil haben. Eckardt übersieht, daß China nach Art. 244, Anl. I, Ziffer 1 auf Wiedergutmachung Anspruch erheben könnte. Aus diesem Grunde könnte Deutschen auch das Recht versagt werden, wegen unbilliger Beeinträchtigung ihrer Interessen bei Liquidationen Schadenersatzanträge bei dem „Gemischten Schiedsgerichtshof" zu erheben. (Eckardt S. 12, vorletzter Absatz.)

Hoffentlich tragen die vorstehenden Ausführungen dazu bei, daß alle interessierten Kreise sich nun umso eifriger mit der Eckardtschen Schrift und dem Friedensvertrage beschäftigen.

Stimmen über Ostasien.

Über eine amerikanische Anleihe an China schreibt die „Frankfurter Zeitung":

Die Continental and Commercial National Bank von Chicago hat Ende Oktober mit der chinesischen Regierung einen Anleihevertrag für Golddollar 25 Millionen abgeschlossen. Eigentlich handelt es sich dabei nicht um ein neues Geschäft, sondern um den Ausbau einer im Winter 1916 zum Abschluß gebrachten Vorschußtransaktion. Die amerikanische Bank gewährte China damals einen Vorschuß von Dollar 5 Millionen für die Dauer von drei Jahren und sicherte sich gleichzeitig die Option auf weitere Kredite im Gesamtbetrage von Dollar 25 Millionen. Der Vorschuß war jetzt rückzahlbar, und da China dazu nicht imstande ist, so durfte die Bank von ihrem Optionsrecht gebrauch machen und nun das größere Geschäft zum Abschluß bringen. Die Bedingungen der neuen Anleihe sind noch nicht bekannt, doch ist anzunehmen, daß sie sich an den Vorschußvertrag von 1916 anlehnen werden, durch den die chinesischen Wein- und Tabaksteuern als Sicherheit angeboten wurden. Die Vergebung dieser Sicherheit an eine amerikanische Bank rief zu jener Zeit in Japan lebhafte Beunruhigung hervor, denn die Japaner befürchteten, daß auf diese Weise die amerikanische Tabakindustrie zum Schaden der japanischen Konkurrenz einen maßgebenden Einfluß auf den chinesischen Tabakmarkt gewinnen würde. Die Berechtigung dieser Befürchtung hat sich in den verflossenen drei Jahren nicht erwiesen.

Wenn es auch bei der heutigen Kredittransaktion im Grunde nur um den endgültigen Abschluß eines schwebenden Geschäfts handelt, so ist sein Zustandekommen doch von erheblichem Interesse. Wie bekannt, sind, vor allem auf das starke Betreiben Amerikas und seines Präsidenten, seit Beginn dieses Jahres Verhandlungen im Gange, die unter Heranziehung der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und Japans als Gründermächte die Bildung eines neuen internationalen Finanzsyndikats anstelle des durch den Austritt Amerikas, die Ausweisung Deutschlands und den Zusammenbruch Rußlands zusammengeschrumpften alten Sechsmächtesyndikats bezweckten. Das neue Syndikat soll nicht allein alle zukünftigen politischen und industriellen Anleihen Chinas finanzieren, sondern man hat sogar im Auge, Chinas ausstehende Verbindlichkeiten — es wurde besonders an den großen politischen Wirrwarr im chinesischen Eisenbahnwesen gedacht — durch das Syndikat internationalisieren und dadurch neutralisieren zu lassen. Da Chinas Politik in erster Linie auf seinen Finanzverhältnissen beruht, so würde das Projekt also letzten Endes zu einer Internationalisierung der äußeren Politik Chinas führen. Dieses Ziel schwebte ja auch den Förderern des Planes, namentlich Wilson, vor, der auf diese Weise China internationalen Schutz sichern wollte. Aus dem Plan ist indessen bis heute nichts geworden, da Japan dem Syndikat nur beitreten will, wenn die Mandschurei und die Mongolei dem Operationsbereich des neuen Syndikats entzogen werden, eine Bedingung, auf die sich die übrigen Mächte nicht einlassen möchten. Nun ist das stark kreditbedürftige China infolge der Uneinigkeit der vier Mächte in immer größere Finanzschwierigkeiten gekommen. Die Pekinger Regierung hat zu den gewagtesten Finanzmanövern Zuflucht nehmen müssen, um überhaupt ihre Truppen und Beamten lohnen zu können. Da eine chinesische Finanzkatastrophe ungünstig auf Japans Handel reagieren würde, so hat die japanische Regierung die übrigen Mitglieder des Syndikats, also England und Frankreich, wiederholt um deren Einwilligung zur Gewährung eines provisorischen japanischen Kredits an China gebeten. Doch fanden ihre Vorstellungen kein Gehör. Da ist es nun interessant, daß jetzt die Chicagoer Bank, die zu der amerikanischen Gruppe des neuen Syndikats gehört und sich deshalb an die bis zur Gründung desselben über China verhängte Kreditsperre halten müßte, unabhängig vorgegangen ist. Es mag sein, daß sie mit dem stillschweigenden Einverständnis der englischen und französischen Finanzkreise gehandelt hat. Aber Japan ist in der Angelegenheit sicherlich nicht befragt worden. Deshalb nimmt man an, daß sich auch Japan nicht mehr nach der Sperre richten, sondern ebenfalls unabhängig vorgehen wird.

Die Entschädigungspflicht des Reiches.

In der „Vossischen Zeitung" macht Justizrat Dr. Schauer folgende, bemerkenswerte Ausführungen über die Entschädigungspflicht des Reiches:

Nach Artikel 297 b des Friedensvertrages haben sich die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vorbehalten, die innerhalb ihres Gebiets befindlichen deutschen Vermögenswerte zurückzubehalten und zu liquidieren. Der Erlös dieser sowie der auf Grund schon während des Krieges getroffener Maßnahmen erfolgter Liquidationen soll auf die Entschädigungs- und Wiedergutmachungssummen angerechnet werden, die das Reich nach dem Friedensvertrage den alliierten und assoziierten Mächten schuldet (Artikel 297 h, 243 c); mit anderen Worten: unsere Vertragsgegner behandeln die in ihrem Hoheitsbereich befindlichen deutschen privaten Vermögenswerte als für die Schuld des Reiches verfallene Pfänder, deren Verwertung sie sich vorbehalten haben, soweit sie nicht schon während des Krieges erfolgt ist. Um aber nicht das Odium auf sich zu laden, gegen den völkerrechtlichen Grundsatz von der Unverletzlichkeit des Privateigentums zu verstoßen, haben sie dem Reiche die Verpflichtung auferlegt, seine Angehörigen wegen der Liquidation oder Einbehaltung ihrer „Güter, Rechte oder Interessen" zu entschädigen (Artikel 297 i). Der Umfang dieser Entschädigungspflicht ergibt sich schon aus dieser, ihrer Auferlegung zugrunde liegenden Absicht, er ergibt sich aber ferner aus dem Wortlaut der Bestimmung.

Das französische Wort „indemnité" für eine Besitzentsetzung (dépossession), wie sie Artikel 260 des Friedensvertrages nennt, gebraucht, soll nicht bloß den Ersatz des nackten Wertes des Gegenstandes bezeichnen, sondern auch alle Schäden umfassen, die durch die Besitzentsetzung entstanden sind (Carpentier, Répertoire du droit français, Expropriation No. 2677). Auch der im englischen Text gebrauchte Ausdruck „compensate" bedeutet die gerechte Hingabe des gleichen Wertes für das entzogene Vermögensstück („Bouvriers Law Dictionary, London und Boston 1897, compensation"). Es ergibt sich daraus, daß die vom Reich zu gewährende Entschädigung eine „volle und gerechte" sein muß. Um aber feststellen zu können, was eine solche volle und gerechte Entschädigung bedeutet, muß man auf die Grundsätze zurückgehen, die die gesetzliche Enteignung beherrschen; denn die im Friedensvertrag vorgesehene Wegnahme deutschen Eigentums ist tatsächlich eine Enteignung in technisch-juristischem Sinne, wie denn auch das in Artikel 260 gebrauchte Wort „dépossession" (Besitzentsetzung) in der ganzen französischen Literatur über das Enteignungsrecht gleichwertig mit dem Worte „expropriation" (Enteignung) angewandt wird. Es erhebt sich aber nunmehr die Frage, die Grundsätze welchen Enteignungsrechts anzuwenden sind. Es entspräche nicht den Normen des internationalen Rechtes, die deutsch-rechtlichen Grundsätze anzuwenden; denn für die Enteignung kommt nicht der Wohnsitz der Person in Frage, der das Eigentum entzogen worden ist, vielmehr das Recht der belegenen Sache, das ist das Recht des Landes, in dem sich die enteigneten Gegenstände befunden haben. Handelt es sich beispielsweise um die Entschädigung der Deutschen, denen in Frankreich Vermögenswerte entzogen worden sind, so müßte die Höhe der ihnen zu gewährenden Entschädigung nach den nachstehend kurz skizzierten Normen geschehen.

Die Entschädigung soll nicht nur den objektiven Wert des entzogenen Gegenstandes darstellen, sie soll auch jeden Schaden umfassen, der durch die Enteignung entstanden ist, jeden Schaden, der die sichere, direkte, unmittelbare und gegenwärtige Folge der Enteignung ist oder, wie die einschlägigen Entscheidungen dies ausdrücken: „la suite certaine, directe, immédiate et actuelle de l'expropriation" (Entscheidungen des Kassationshofes vom 25. April 1833, vom 12. Juni 1888, vom 21. Februar 1899). Sie kann daher soweit gehen, daß sie dem Berechtigten selbst den Affektionswert ersetzt, den die entzogene Sache für ihn als Andenken usw. hat (Entscheidung des Kassationshofes vom 11. Juni 1836). Auf jeden Fall muß sie ihn in den Stand setzen, an Stelle der ihm entzogenen gleichwertige Gegenstände sich anzuschaffen, selbst wenn er nicht die Absicht hat, dies zu tun; denn in keinem Falle soll er einen Verlust tragen, weil er gegen seinen Willen seines Eigentums beraubt ist („mais en aucun cas il ne doit se trouver en perte, car il est privé de sa proprieté malgré lui": de Lalleau, Jourdin, Rendu et Perrin, Traité de l'expropriation pour cause d'utilité publique, 1893, achte Auflage, Bd. I, Nr. 391). Damit es ihm aber möglich sein kann, sich gleichwertige Gegenstände anzuschaffen, muß der Wert der enteigneten Sache nicht etwa nach dem Werte bemessen werden, den sie zur Zeit der Enteignung, sondern nach dem Werte, den sie zur Zeit der Festsetzung der Entschädigung besaß (de Lalleau, Jourdin, Rendu et Perrin a. a. O., Bd. I, Nr. 297, Entscheidung des Kassationshofes vom 3 August 1869).

Soll der Umfang der Entschädigungspflicht einheitlich geregelt werden, dann muß als Grundlage die Entschädigung angenommen werden, die dasjenige der feindlichen Länder bei Enteignungen zubilligt, das hierfür die weitestgehenden Grundsätze aufstellt. Will das Reich weniger gewähren, dann würde es sich zu der der Bestimmung des Artikels 297 i zugrunde liegenden Absicht in Widerspruch stellen. Die Entschädigung wäre dann nicht den im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen „angemessen" (von „angemessener Entschädigung" spricht das deutsche Gesetz vom 31. August 1919). Nehmen wir an, das französische Recht sei das weitestgehende, so folgt daraus, daß das Reich mindestens die Summe als Entschädigung zu zahlen hat, die den Berechtigten in die Lage versetzt, sich gleichwertige Gegenstände an Stelle der enteigneten anzuschaffen. Es ist daher außer Frage, daß weder der Vorkriegswert noch auch der bei der Liquidation etwa erzielte Wert in Frage kommen können, wenn diese Werte nicht mindestens dem heutigen Wert der Gegenstände, die enteignet worden sind, entsprechen.

Personalnachrichten.

Yang-Schan-de. — Lu-Jung-hsiang. Wie wir der „Schi-bao" entnehmen, ist an Stelle des verstorbenen Militärgouverneurs von Dschekiang, Yang-Schan-de, der bisherige Verteidigungskommissar von Schanghai General Lu-Jung-hsiang getreten.

Adressennachweis.

Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

Privatdozent Dr. Ernst Grünfeld, Halle a. S., Lafontainestr. 23 I.

Ulrich Schlettwein, Untertürkheim b. Stuttgart, Charlottenstr. 20.

Ludwig Engelter, Andernach a. Rh., Kölnerstraße 9.

Ingenieur F. Wiechers, p. Adr. Fr. Rehack, Halle a. S., Lindenstr. 11.
Wilhelm A. Schüchner, Reichsverwertungsamt, Zweigstelle, Magdeburg, Augustastr. 22.
Frl. Anna Rauch, Fremdenheim Reichel, Königsberg i. Ostpreußen, Steindamm 152.
Ernst Hartung, Lehrer, Zipsendorf b. Meuselwitz, S.-A.
H. W. Holland, Hannover, Lemförderstr. 3 I.
Wilhelm Riege, p. Adr. Wolff, Berlin W. 15, Fasanenstr. 59.
Kapitän Rud. S. Zöllner, Charlottenburg, Kurfürstenallee 39 pt.
A. Dabelstein, p. Adr. Fr. Helene Mackensen, Braunschweig, Tallerslebertor 6.
Franz Scholz, Thale a. H., Poststr. 4.
G. Trimborn, p. Adr. Fr. S. Lungwitz, Neukölln, Steinmetzstr. 45 II.
J. Klette, Neumünster i. Holstein, Kuhberg 6.
Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart, Verastr. 42.
E. Herold, Westerland a. Sylt, Bahnhofstraße 6.
Friedrich Emil Luben, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 198 I.
Frl. Marie Rosengarth, Preuß. Eylau, Kirchenstr. 26.
C. Michelau, Reinbeck b. Hamburg, Küksallee 4.
August Mehl, Schöppenstedt, Molkerei.
Rud. Weber, p. Adr. Fr. Schwarzer, Flensburg, Große Straße 50.
Kapitän F. Kalkofen, Hamburg 39, Dorotheenstraße 105.
Fritz Staatsmann, Spandau, Teltowerstraße 9 pt.
Rudolph Röhm, Missionar, Storzeln, Kr. Konstanz i. Baden.
M. Steger, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 31/32.
W. Hasford, Deutsche Überseeische Bank, Berlin W. 8, Mauerstr. 39/40.

Entschädigungsfrage. Gründung einer „Abteilung Ostasien" der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Auslandsdeutschen.

Herr Dr. Linde hatte zum 26. November eine Versammlung der repatriierten China-Deutschen einberufen, um in ihr die wichtigsten Bestimmungen der inzwischen ausgegebenen, den heutigen „Mitteilungen" beiliegenden Richtlinien für die Vorentschädigungsaktion zu besprechen. Die Fragebogen sowie Merkblätter, die kurz und knapp die bei den Schadensanmeldungen zu beobachtenden Punkte zusammenfassen, werden in Kürze vom Bunde der Auslanddeutschen an seine Mitglieder versandt werden. — Im Anschluß an den Vortrag fand die Gründung der „Abteilung Ostasien" der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen statt, der fast alle Anwesenden beitraten. Zum Vorstande der Abteilung wurden einstimmig gewählt die Herren Figge (Vorsitzender), Ehrhardt (stellv. Vorsitzender), Gutschke (Schatzmeister), Hemeling, Kunze, Rüdenberg und Pasche. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist Herr Dr. Linde.

Es würde sich im Interesse der Durchführung der Vorentschädigungsaktion empfehlen, wenn auch in anderen Städten die dem Bunde der Auslandsdeutschen angehörigen China-Deutschen sich in Abteilungen zusammenschließen und die verschiedenen über das Reich verstreuten Abteilungen unter einander in Fühlung treten würden. Zuschriften für die „Abteilung Ostasien" der Berliner Ortsgruppe sind an Herrn Dr. Linde, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 28 II, zu richten.

Vorentschädigung der Kiautschou-Deutschen.

Anmeldungen von Vorentschädigungsansprüchen von ehemals in Kiautschou ansässig gewesenen Deutschen sind an den Chef der Admiralität, Berlin, Königin Augustastr. 38/42, nicht an den „Bund der Auslandsdeutschen" zu richten. Nähere Bestimmungen über das Anmelde- und Entschädigungsverfahren der Admiralität werden noch veröffentlicht werden.

Interessenten, die außer in Kiautschou an anderen Plätzen des Fernen Ostens Schäden erlitten haben, haben ihre Ersatzansprüche für diese (nicht in Tsingtau erlittenen) Schäden beim „Bunde der Auslandsdeutschen" geltend zu machen.

Ersatz für Schäden im Ausland.

Der Verband der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen schreibt uns:

„Die Reichsregierung hat einen Teil des bewilligten Anleihekredits zur Verfügung gestellt für Zahlungen an Deutsche, die aus Anlaß des Krieges Schäden im Ausland erlitten haben. Die Vorprüfung der Schadensanmeldungen wird Interessenvertretungen übertragen.

Für die im Inland ansässigen Firmen und Privatpersonen (abgesehen von der Binnenschiffahrt, die eine besondere Organisation erhält) ist der Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen als Interessenvertretung amtlich anerkannt. Seine Hauptgeschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 (Telegrammschrift: „Inlandsdeutsche"). Der Verband richtet an größeren Plätzen und zwar an den Sitzen der amtlichen Spruchkommissionen Zweigstellen ein.

Alles für die Beteiligten Wissenswerte wird in einem ausführlichen Merkblatt zusammengestellt, das demnächst zur Veröffentlichung gelangt. Mit diesem Merkblatt werden auch die Vordrucke für die neuen Anmeldungen herausgegeben werden. Es sei dabei bemerkt, daß die bei dem Reichskommissar oder anderen amtlichen Stellen früher eingereichten Anmeldungen von dem Verband zur Vorprüfung herangezogen werden.

Bis zur Veröffentlichung des Merkblatts und der Fragebogen haben einzelne Anfragen an die Geschäftsstelle keinen Zweck, da die Geschädigten zunächst nichts weiter zu veranlassen haben, vielmehr erst, nachdem die Ausführungsvorschriften und die neuen Fragebogen erschienen sind, ihre Anträge an Hand der dafür zu erlassenden Vorschriften aufsetzen und einreichen müssen."

Schanghai ohne deutsche Ärzte.

Die „North China Daily News" gibt folgender Zuschrift aus ihrem Leserkreise Raum:

„Wenn die Berichterstatter der verschiedenen lokalen Zeitungen die Öffentlichkeit nicht mit Nachrichten über die choleraähnliche Krankheit versorgen können, dann dürften Sie vielleicht die Güte haben, diesen Brief zu veröffentlichen, der, wie ich glaube, von anderer Seite Beachtung finden wird. In den letzten drei Tagen habe ich das Rote Kreuz-Hospital täglich mindestens drei Mal besucht; was man dort sieht, ist nichts mehr als eine öffentliche Schmach. Jede Minute werden Kranke hereingebracht; die Toten liegen auf dem Boden eines Gäßchens Kopf an Kopf und Fuß an Fuß, hie und da mit einem Stück Tuch oder einer Matte bedeckt. Dr. Patrick und sein ausländischer Gehülfe arbeiten, von acht oder neun chinesischen Ärzten unterstützt, wie die Neger. Diese Ärzte verdienen das größte Lob für das gute Werk, das sie tun. Es ist aber noch Platz für ein Dutzend Ärzte. Nun stelle ich die folgenden Fragen, und ich wäre dankbar, wenn mir jemand eine Antwort erteilen kann:

1. Die Toten gehören offenbar der armen Klasse an; welche Schritte sind unternommen, um Särge bereitzustellen?

2. Welche Hülfe leisten die Gesundheitsbehörden?

3. Warum bieten nicht die englischen und schottischen Ärztefirmen ihre Dienste an?

Je eher einige der obenerwähnten Ärzte unterlassen, ihre Freundinnen (die manchmal krank sind) um 4 Uhr zum Tee zu besuchen und ihre Zeit dem Roten Kreuz-Hospital, Tientsin Road, widmen, desto eher wird den unliebsamen Zuständen ein Ende gemacht. Ich habe mich mit meinen eigenen Augen von den obenerwähnten Tatsachen im Roten Kreuz-Hospital überzeugt; daß gewisse Ärzte Damen (deren Namen auf den Eintragbüchern stehen) besuchen und dort ihren Tee nehmen, ist keine Übertreibung. Man hört die Wahrheit nicht gern, aber wir wissen alle sehr gut: wenn die deutschen Ärzte hier wären, würden sie schon lange ihre Dienste angeboten haben. Wie gesagt: „Die Toten liegen aufeinander wie Sardinen in der Büchse".
gez. Morbid R."

Kommentar überflüssig.

Privatnachrichten von „draußen".

Aus einem Privatbrief vom 24. September aus Peking: „Der alte de Marteau ist vor einigen Tagen gestorben. Bei Sanitätsrat Dr. Dipper wurde am 22. September ein Töchterchen geboren. Oberlein geht als Professor nach Wusung. Walther zur Nedden hat eine gute Stellung bei der amerikanischen Drogenfirma W. Simons & Co., Tientsin, erhalten. Max Bunsen dampft mit Gemahlin am 19. Oktober nach Java via Manila. Trotz Einstellung der Feindseligkeiten lt. Mandat bleibt Meldepflicht und Verbot des Reisens bestehen."

Aus einem Brief aus Schanghai, Mitte September: „Die „North China Daily News" ist noch voll Scheußlichkeiten und Gehässigkeiten gegen uns. Es wird immer weiter gehetzt und unser Name in den Schmutz gezogen. Im Settlement müssen sich die dort wohnenden Männer heute noch täglich melden und die Damen noch drei Mal die Woche."

Eingegangene Briefe in Kuling.

J. S. Kress schreibt unterm 11. Juli aus Kuling: „An Briefen sind eingegangen:

Für Reuter 1 Brief seines Sohnes vom 12. 1. 19 aus französischer Gefangenschaft.

Für Budich 1 Brief von Loch vom 24. 10. 18 aus Australien.

Für Wittschiebe 1 Brief seines Vaters vom 23. 3. 19. 1 Brief vom Deutschen Hilfsverein Stockholm.

Für Faber 1 Brief von H. Semper vom 23. 1. 18. 1 Brief von Alli vom 17. 1. 19.

Ferner für Rosatzin 2 Pakete von Yamatoya. Bitte benachrichtigen Sie die Empfänger, damit ich eventl. Nachsendung bewirken kann."

Vorträge über Ostasien.

In der Geographischen Gesellschaft, Nürnberg, sprach am 16. November K. Blickle (Schanghai) über die „Zukunft des deutschen Handels in China."

Am 21. November sprach Fritz Secker in der Deutschen Kolonialgesellschaft, Abt. Potsdam über die „Bedeutung Chinas für den Wiederaufbau Deutschlands." Derselbe spricht am 11. Dezember in der Humboldt-Hochschule, Berlin, über den deutschen Wiederaufbau in China.

Ein Kursus über China an der Handelshochschule Berlin

wird in der Zeit vom 11. 12. bis Ende Januar innerhalb der „Kurse für internationalen Wirtschaftsbetrieb" abgehalten, der in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Chinesischen Verbande in Berlin veranstaltet wird. In dem Kurse werden von erstklassigen Fachleuten Vorträge über die folgenden Themata gehalten: Volkswirtschaft im allgemeinen und Wirtschaftspolitik — Kulturpropaganda — Presse und geschäftliche Propaganda — Verfassung, Verwaltung einschließlich Rechtspflege, Politik und Fremdensiedlung — Verkehrswesen (Binnen- und Seeverkehr) — Finanzwirtschaft — Geldwesen — Geschäftliche Organisation (Comprador usw.) — Bankgeschäft in China — Bergbau und industrielle Entwicklung — Landwirtschaft und Handel mit landwirtschaftlichen Produkten mit besonderer Berücksichtigung von Tee — Seidengewinnung und Handel mit Seide und Seidenwaren — Einfuhrhandel nach China. — An jeden Vortrag schließt sich eine Diskussion. Die Vorträge sind allgemein zugänglich und finden jeden Donnerstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr abends in der Aula der Handelshochschule, Berlin C. 2, Spandauer Straße 1, statt. Karten zu 10 M für den ganzen Kursus und zu 2 M. für jeden Vortragsabend sowie ausführliche Programme können vom Deutsch-Chinesischen Verband bezogen werden.

Deutsches Eigentum in England.

In einer schriftlichen Antwort auf eine diesbezügliche Frage im Parlament teilte Sir Auckland Geddes mit, daß sich in England deutscher Besitz im Werte von 99 766 018 Pfund Sterling in Verwahrung der Regierung befindet. Der Wert des in Deutschland befindlichen Eigentums von Personen im Vereinigten Königreich betrage 42 692 622 Pfund Sterling. Die Schulden der Personen im Vereinigten Königreich an Personen in Deutschland belaufen sich auf 11 884 803 Pfund Sterling, von Personen in Deutschland an Personen im Vereinigten Königreich auf 54 906 238 Pfund Sterling.

Verkauf deutschen Eigentums in England.

D. A. I. Nach einer in der „London Gazette" veröffentlichten Order in Council, auf die das Board of Trade besonders aufmerksam macht, ist für alle Verkäufe innerhalb Großbritanniens belegenen deutschen Eigentums, deutscher Rechte und Interessen, die deutschen Staatsangehörigen, gleichgültig wo sie wohnen, gehören und nach dem Friedensvertrage mit der Auflage belastet sind, als Sicherheit für die Forderungen britischer Staatsangehöriger aus ihrem Eigentum in Deutschland und aus Schulden deutscher Staatsangehöriger zu dienen, die behördliche Genehmigung erforderlich. Demgemäß wird unter anderem verordnet: „daß niemand feindliches Eigentum, Rechte oder Interessen übertragen, außer Landes nehmen oder sonst irgendwie über sie verfügen darf, ohne daß der Custodian seine Zustimmung dazu erteilt hat. Zuwiderhandlung wird mit £ 100 Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis geahndet." Ferner: Jede Person (einschließlich Gesellschaften, Munizipalbehörden oder anderer Körperschaften, die Aktien ausgegeben haben und solche Aktien und Kapitalien besitzen) muß binnen 3 Monaten derartigen Besitz dem Custodian anmelden, falls diesem nicht schon gemäß der Trading with the Enemy Acts 1914/18 alle Einzelheiten darüber mitgeteilt worden sind. Unterlassung wird mit £ 100 bestraft." — Jede Person, an die das Verlangen gestellt wird, irgend eine Summe zu zahlen oder sonstwie über Eigentum, Rechte oder Interessen zu verfügen, wegen deren Grund vorliegt, anzunehmen, daß auf sie die oben erwähnte Auflage zutritt, hat darüber sofort dem Custodian (für England und Wales der Public Trustee, Kingsway, London W.C. 2; für Schottland der Accountant of Court, H. M. New Register House, Edinburgh, und für Irland die King's Bench Division, Four Courts, Dublin) Anzeige zu erstatten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen sich nicht auf dasjenige Eigentum usw. erstrecken, das

auf Grund der Sondererlaubnis des Board of Trade vom 12. Juli 1919, die die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland gestattete, erworben worden ist. Ebenso dürfen alle Banken ohne besondere Erlaubnis deutschen Untertanen, die in England ansässig sind, von ihrem Guthaben monatlich bis zu £ 20 ausbezahlen.

Schiffsverkehr mit England.

Die bisher angeknüpften Verkehrsverbindungen zwischen Hamburg und England liegen in englischen Händen. In Kürze wird sich nun zu diesen englischen Linien die erste deutsche gesellen. Die Reederei A. Kirsten in Hamburg eröffnet Anfang Dezember ihren früheren Dienst Hamburg-London. Es wird vorläufig ein Dampfer wöchentlich expediert, doch dürfte der weitere Ausbau bald erfolgen. Die Reederei A. Kirsten besaß vor dem Kriege rund 30 Dampfer mit einem Bruttoinhalt von 800—1500 Reg.-To. Sie beabsichtigt, regelmäßige Fracht- und Passagierfahrten zwischen Hamburg-London, Antwerpen, Amsterdam und Rotterdam einzurichten.

Deutscher Ausfuhrzoll.

Wir lesen in der „Vossischen Zeitung": „Mit Bestimmtheit verlautet, daß an maßgebender deutscher Stelle die Einführung einer Art Exportsteuer, eines Ausfuhrzolls von 25 pCt. des ausmachenden Betrages geplant sei. — Ein solcher Ausfuhrzoll ist deutscherseits letzthin gefordert worden, um der Verschleuderung deutscher Güter nach dem Auslande Einhalt zu gebieten und zugleich der Reichskasse aus der jetzigen eigentümlichen Konstellation Nutzen zuzuführen. Es lassen sich so auch Vorteile für unsere Valuta erzielen. Die Exportsteuer müßte so konstruiert sein, daß ihre Erhebung zu Lasten des ausländischen Empfängers der deutschen Ware gewährleistet wäre".

Heimkehr aus Japan.

Die „Vossische Zeitung" schreibt: Die Schweizer Gesandtschaft in Tokio ist damit beschäftigt, Schiffe für den Heimtransport der deutschen Gefangenen in Japan bereitzustellen. Ein Vorschuß der deutschen Regierung ist dazu überwiesen worden. Es kann damit gerechnet werden, daß die Abfahrt von Japan im Januar oder Februar beginnen kann.

Schwarzkopf und Blackhead.

Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht eine Zuschrift des Herrn Berthold Schwarzkopf, Hannover-Waldhausen, die wir nicht ihrer polemischen Tendenz willen, sondern als einen Beitrag zur Geschichte des Deutschtums in China unseren Lesern zur Kenntnis bringen möchten. Die Zuschrift lautet:

In den sehr lesenswerten Erinnerungen des Großadmirals Tirpitz findet sich folgender Passus, der nicht ganz den Tatsachen entspricht und einer Richtigstellung meinerseits bedarf.

Der Passus lautet: „Dem Auslanddeutschtum hatte die Marine ihr Herz geschenkt seit Stosch vom Beginn seiner Tätigkeit an der Flotte das Ziel setzte, die Welt kennen zu lernen und die Deutschen in der Fremde heranzuholen. Wie hatte doch in den Zeiten unserer Machtlosigkeit der Heimatstolz darniedergelegen. Im Kriege von 1870 hatte im englischen Hongkong nur ein einziger Deutscher, Herr Siebs von der Firma Siemssen, es gewagt, sich zu seinem Vaterlande zu bekennen, die meisten hatten es mit Herrn Schwarzkopf gehalten, der sich in einen M. Blackhead verwandelte."

Auf den ersten Blick gewinnt die Sache den Anschein der Berechtigung zur Klage gegen meinen Vater, und Herr Tirpitz hat sich auch durch den Schein täuschen lassen. De facto liegt der Fall aber ganz anders, wovon sich der Herr Großadmiral bei einiger Mühe der Nachfrage auch hätte leicht überzeugen können.

Als mein guter Vater im Jahre 1857, nicht also erst 1870, wie man nach obigen Darstellungen schließen könnte, sein Unternehmen gründete, war diese Insel seit kurzem erst in englischem Besitze. Die Engländer würden es mißliebig empfunden haben, wenn in ihrer jungen Kolonie als einer der ersten ein Ausländer sich mit ausländischer Firmenbezeichnung etabliert hätte, noch dazu, wenn dieser Ausländer ein damals in allen Dingen bestgehaßter und verachteter dammed Dutchman war. Außerdem untersteht nach englischem Handelsgesetze jede Firma der Kontrolle der englischen Regierung; dem jungen Geschäfte wäre die Führung des deutschen Namens gewiß nicht förderlich gewesen. Dann aber auch war mein Vater in gewissem Sinne England zu Dank verpflichtet, hatte er doch seit der berüchtigten Tat Hannibal Pieters der englischen Marine angehört bis zum Jahre 1857, war dort pensionsberechtigt und Ritter englischer Orden.

Im Herzen war und blieb mein Vater kerndeutsch, hat aus seinem Deutschtum niemals ein Hehl gemacht, im Gegenteil sich bei jeder passenden Gelegenheit um die Förderung unseres Sichdurchsetzens des deutschen Gedankens redlich bemüht, jedem ansässigen und durchreisenden Deutschen ein offenes Haus und noch offenere Hand geboten. Er war Mitbegründer des deutschen Klubs in Hongkong, im Vorstande des von der Königin Elisabeth von Preußen gegründeten Findelhauses auf Hongkong.

Obwohl mit einer Engländerin verheiratet, sandte er seine Kinder im Jahre 1870 noch vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich nach Deutschland, um ihnen eine deutsche Erziehung geben zu lassen, hat also auch hierin mehr deutsches Rückgrat gezeigt als gewisse deutsche Offiziere, die sich nach 1870 nicht entblödeten, ihre Söhne in Eton erziehen zu lassen. Seit 1872 lebte mein Vater in Deutschland bis zu seinem 1889 erfolgten Tode. Seine einzige Tochter heiratete einen deutschen Offizier, und sein jüngster Sohn wurde preußischer Leutnant.

Diese Angaben dürften wohl genügen, um zu beweisen, daß die Vorwürfe des Herrn Tirpitz ungerechtfertigt sind, daß mein Vater vielmehr treu deutsch war und fühlte. Die rein äußerliche englische Namengebung einer Firma mit der persönlichen Gesinnung des und der jeweiligen Inhaber identifizieren zu wollen, ist etwas gewagt und zeugt von Voreiligkeit des Urteils.

Honi soit, qui mal y pense.

Briefkasten.

Ostasiaten-Stammtisch, Köln. C. Floeck teilt uns mit, daß sich die China-Deutschen in Köln jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Fränkischen Hof, Komödiengasse, treffen.

Ma-tsüo-pai. Dr. Herbert Müller, Peking, teilt uns auf eine vor einiger Zeit erfolgte Anfrage im „Briefkasten" mit, daß aus der Ming-Zeit ein chinesisches Werk über Ma-tsüo-pai existiert. Das Werk hat den Titel: „Ma-tiao-pai-king", als dessen Verfasser Lung-Tse-ya (oder yin?) angegeben sind. Es ist abgedruckt in dem Sammelwerk: Su-Shuo-fu Abt. 39 und befindet sich in Dr. Müllers Sammlung chinesischer Bücher in der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Vertrauensmänner des Verbandes im Reiche.

Es hat sich neuerdings als wünschenswert herausgestellt, in den verschiedenen Teilen des Reiches, namentlich in den größeren Städten, in denen sich Gruppen von China-Deutschen gebildet haben, Vertrauensleute zu bestellen, denen gelegentlich nicht zur Veröffentlichung bestimmte Mitteilungen zwecks Weitergabe an die Interessenten übermittelt werden können. Der Deutsch-Chinesische Verband bittet, ihm die Namen der Vertrauensleute aufzugeben, mit denen er sich von Fall zu Fall ins Benehmen setzen kann.

Gepäckrückbeförderung aus China.

Die Interessenten an der Gepäckrückbeförderung werden, soweit sie es noch nicht getan haben, d r i n g e n d gebeten, ihre Anträge nunmehr u m g e h e n d in z w e i f a c h e r Ausfertigung an den Deutsch-Chinesischen Verband, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 28 einzusenden, da die bereits vorliegenden Anträge in den nächsten Tagen an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden.

Wir beehren uns, unsere Mitglieder zu einer

Außerordentlichen Hauptversammlung

Mittwoch, den 17. Dez. 1919, 7½ Uhr abends

in BERLIN W., Potsdamerstr. 3 („Rheingold", Bankettsaal), einzuladen.

TAGESORDNUNG:

1. Verschmelzung mit der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft.
2. Satzungsänderungen.
3. Wahlen zum Vorstand.
4. Verschiedenes.

Der Hauptversammlung wird sich der 10. Deutsch-Chinesische Abend anschließen.

Deutsch-Chinesischer Verband
M. MARCH
Stellvertretender Vorsitzender.

Zahlungen

für

RICHARD NEUMANN, SCHANGHAI

nimmt die D. A. B., BERLIN W., Unter den Linden 31, entgegen.

Durch die Geburt eines gesunden, kräftigen Mädels

VERA

wurden wir sehr erfreut.

F. Bader und Frau Elly
geb. Dentler.

TIENTSIN, 21. August 1919.

Karl Henner und Jürgen Bernd haben ein Brüderchen bekommen

Jochen Lüder

STETTIN, 24. November 1919.

Dr. Gerhard Menz und Frau Berte
geb. Schwarzwäber.

Zehnter Deutsch-Chinesischer Abend

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde des Deutsch-Chinesischen Verbandes zu einer **zwanglosen Zusammenkunft** (mit Damen) auf

Mittwoch, den 17. Dezember 1919, abends 8 Uhr,

in den Bankettsaal des Restaurants „RHEINGOLD" (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen.

DEUTSCH-CHINESISCHER VERBAND.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" geben an alle aus China zurückgekehrten Deutschen und an alle Handels- und Industriekreise, die am Wiederaufbau in Ostasien interessiert sind. Sie sind daher für beide Teile das ***wirksamste Anzeigen-Organ.***

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.

Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.). Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang 15. Dezember 1919 No. 14

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Weihaiwei.

Ein Schulbeispiel für die geräuschlose Politik, die England treibt, ist Weihaiwei. Ein Jahr nach der deutschen Festsetzung in Tsingtau pachtete England 1898 Weihaiwei an der Nordküste von Schantung. Seitdem hörte die Öffentlichkeit kaum von der Arbeit, die dort geleistet wurde. Der Mitarbeiter der „North China Daily News“ in Schanghai, berichtet ein paar Mal im Jahr über Sportwettspiele, die Witterung, den Stand der Saaten im Pachtgebiet und über die ideale Lage als Badeplatz. Weihaiwei ist der „Erholungsplatz“ (bitte nicht Stützpunkt!) des britischen Chinageschwaders; zu dieser Auffassung wurde die Öffentlichkeit durch die unsichtbare, britische Preßproganda erzogen. Diese Harmlosigkeit Weihaiweis wird auch wieder in einem köstlichen Satz des „London and China Telegraph“ ausgedrückt, der also lautet: „Die Veröffentlichung des Jahresberichts über Weihaiwei e r i n n e r t u n s d a r a n, daß Großbritannien auch einen Halt in der chinesischen Provinz Schantung hat“. Und gleich der Hieb gegen Deutschland: „In Tsingtau wurde die deutsche Flagge mit Waffengewalt gehißt, während wir auf friedliche Weise und mit Zustimmung der chinesischen Regierung in Weihaiwei einzogen“. Die Deutschen selbstverständlich „mißhandelten die eingeborene Bevölkerung, erpreßten Konzessionen, und überrannten die Provinz zum ausschließlichen Vorteil teutonischen Unternehmertums und Handels“ — und wir, die Briten „übten eine wohltuende Verwaltung aus und gewannen rasch das Vertrauen der Bevölkerung.“ Das ist englische Kampfführung.

Wie ein Feuilleton liest sich der Weihaiweier Jahresbericht. Neun Monate im Jahr herrliches Klima, niedrige Steuern, kein Benzingeruch und Autotuten, bester Aufenthalt für Nervöse. Ab und zu taucht im Hinterland eine Räuberbande auf, nimmt sich Geiseln und läßt diese gegen hohe Beträge (in einem Fall 50 000 Dollar) einlösen. In Weihaiwei, wo indische Truppen stehen, fühlt sich der Chinese geborgen. Opium und andere Hypnotica gibt es nicht, es sei denn mit Erlaubnis der Gesundheitspolizei. Auf der Insel Liu-kung, die der Stadt vorgelagert ist, werden große Bauten angelegt zur „Erholung“ der Flotte. Der Etat ist ideal. Die Einnahmen betrugen 1918 etwas über 150 000 Dollar; es besteht ein Defizit von 34 000 Dollar, das von der britischen Regierung gedeckt wird. (Eine geschickte Verschleierung der Tatsachen. Was im britischen M a r i n e e t a t für Weihaiwei ausgesetzt ist, steht auf einem anderen Blatt). Der Außenhandel beziffert sich auf etwa 1,4 Millionen Pfundsterling; der Mangel an Eisenbahnen hindert die Handelsausdehnung. Wäre England an der Entwicklung des Weihaiweier Handels gelegen, so hätte es schon längst nachdrückliche Maßnahmen ergriffen.

Die „Harmlosigkeit“ Weihaiweis gewinnt ein anderes Bild, wenn man seiner Bedeutung während des Krieges gedenkt. Der Hafen war der Stützpunkt des britischen Chinageschwaders in den Kämpfen gegen Tsingtau. Dort dockte der schwergetroffene „Triumph“, von dort erhielten die englichen Landtruppen ihre Nachschübe, dort wurden die chinesischen Arbeiterbataillone rekrutiert und zu zehntausenden nach Frankreich und England

verladen. Nach geschickter, sechzehnjähriger „Camouflage“ als harmloser Badeplatz zeigte sich Weihaiwei als Kriegshafen; er hat nun seine technischen Aufgaben erfüllt und ist wieder zum Sommeraufenthalt geworden, wo kein ratterndes Auto die Weltabgeschiedenheit stört. Technisch hat Weihaiwei seine Aufgabe gelöst. Nun steht ihm noch eine andere Rolle bevor, die weltpolitische. England wird eines Tages großmütig, aber nach dem Grundsatz: do ut des, Weihaiwei an China zurückgeben und aus seinem Besitz an Nordschantungs Küste neue politische Werte münzen. F. S.

Die Entschädigungsfrage bei der Schantungbahn.

(Aus dem „Berliner Börsen-Courier“.)

Der Verlust der Schantungbahn ist für Deutschland besonders schmerzlich. Unter Aufwand großer Mühe und schwierigster Arbeit ist in sehr kurzer Zeit im fernen Osten ein Stück Pionierarbeit geleistet worden, das gerade im Begriff stand Früchte zu tragen, als der Krieg alle Hoffnungen mit einem Schlage vernichtete. Die Halbinsel Schantung enthält alle Rohstoffe, die für den Aufbau moderner Industriewerke nötig sind. Kohle wird an verschiedenen Stellen in einer der englischen Cardiff-Kohle durchaus gleichwertigen Qualität gefunden. An verkokbarer Kohle fehlt es ebenfalls nicht. Eisenerze sind in ungewöhnlichem Reichtum vorhanden; sie können im Tagebau gewonnen werden und gehören zu den hochwertigsten Eisenerzen der Welt. Bei einem Idealgehalt von 66 pCt. Eisen, enthalten die Schantungerze etwa 65 pCt.

An billigen Arbeitskräften fehlt es ebenfalls nicht. Es kommt hinzu, daß Kohle und Erz nur wenig von einander entfernt gefunden werden und sowohl die Kohlenwerke als das von der Schantunggesellschaft eingerichtete Eisenerzwerk sich in der Nähe der Eisenbahn befinden. Die Schantunggesellschaft plante zur Ausnutzung dieser hochwertigen Erze 1913 bekanntlich die Errichtung mehrerer Hochöfen, die mit allen modernen Anlagen zur Gewinnung von Nebenprodukten, ferner mit einem Martinwerk und einem Stabeisenwalzwerk ausgebaut werden sollten.

Die Besitzergreifung der Eisenerze auf Schantung war eines der wichtigsten Kriegsziele der Japaner. Da Japan sich nur mit Deutschland im Kriege befand, hätte es kein Recht gehabt, die durch Vertrag mit der chinesischen Regierung erworbenen Eisenbahnstrecken sowie die außerhalb des Schutzgebietes liegenden Bergwerke und Eisengruben zu besetzen.

Die Japaner kannten die günstige ökonomische Entwicklung der Schantungeisenbahn sowie der Anlagen der Schantungbergbaugesellschaft seit langer Zeit sehr genau. Sofort nach der Eroberung von Tsingtau haben sie daher die ganzen Unternehmungen der Schantunggesellschaft mit großer Eile und Rücksichtslosigkeit in Besitz genommen und sich sogleich angeschickt, alle Anlagen in Betrieb zu nehmen. Nachrichten über die Entwicklung des Besitztums gelangen seit einigen Jahren nur sehr spärlich hierher. Daß diese indessen nicht ungünstig gewesen ist, ergibt eine Meldung aus dem Jahre 1916, derzufolge die Japaner allein aus den Bahnbetrieben einen Gewinn von 4 Millionen Yen erzielen konnten.

Von deutscher Seite ist nach der Besetzung der Schantunghalbinsel durch die Japaner auf dem Umweg über die damals noch neutralen Vereinigten Staaten gegen das widerrechtliche Vorgehen auf chinesischem Gebiet sofort Protest erhoben worden. Die deutsche Regierung hat Japan darauf aufmerksam machen lassen, daß für die Besitzergreifung deutschen Privateigentums auf chinesischem Boden kein Rechtsgrund gegeben sei. Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Japaner indessen auf die ihnen von dem amerikanischen Konsulat übermittelten Proteste überhaupt nicht eingegangen. Sie haben aber — und das ist wesentlich — schon damals

gewußt, daß die Schantungeisenbahn nicht Staats- sondern Privateigentum war. Ihnen kam es vor allem darauf an, die Welt vor ein fait accompli zu stellen.

Auf der Tatsache der vollzogenen Besitzergreifung fußend, haben sie dann in Versailles die Abtretung der Eisenbahn, der Bergwerke und der Erzgruben ohne Entschädigung nicht an China, sondern an sich selbst gefordert und gegen den Widerstand der Amerikaner durchgesetzt. Es lag ihnen, vermutlich aus Bequemlichkeitsgründen, in erster Linie daran, daß diese radikale Forderung in den Vertrag hineinkam. In dem bekannten Briefwechsel, der sich zwischen der Entente und der deutschen Regierung über die rechtswidrige Besitzergreifung der Eisenbahn durch Japan entspann, ist von den Alliierten dann auch ohne große Schwierigkeiten das Zugeständnis gemacht wurden: die Schantungbahn würde genau so wie alle deutschen Besitztümer im Auslande behandelt werden, wenn Deutschland den Nachweis erbringen könne, daß die Schantungeisenbahn nicht Staats- sondern Privateigentum sei. Es ist anzunehmen, daß die Entente damals sich bereits dem Bewußtsein, daß es sich tatsächlich um Privateigentum und nicht um Staatseigentum handelt, nicht hat verschließen können, zumal die entschädigungslose Übergabe der Eisenbahn an die Japaner gerade in nicht unbeträchtlichem Umfange Interessen von Belgiern und Franzosen, die eine große Anzahl sowohl Aktien als auch Genußscheine der Schantungeisenbahn besitzen, geschädigt haben würde.

Der Nachweis, daß die Schantungeisenbahn Privateigentum sei (ein Beweis übrigens, von dem anzunehmen ist, daß ihn die deutsche Regierung bei dem großen Wertobjekt, den der Besitz der Gesellschaft darstellt, bereits erbracht hat), ist nach den Statuten nicht schwer zu führen. Der Schantungeisenbahngesellschaft ist für die Vergebung der Konzession von Seiten des Staates an die Gesellschaft im Jahre 1899 gegen eine Pauschalvergütung von 124000 M. eine Urkunde ausgehändigt worden, in welcher der Gesellschaft das Recht bestätigt wird, Eisenbahnen zu bauen, Bergbau zu treiben, Bahnhöfe anzulegen usw. Nach § 11 der Konzessionsurkunde ist ein bestimmter Anteil des sich ergebenden Reingewinnes an das Gouvernement Kiautschou (nicht an die deutsche Regierung) abzuführen. Dieser Beitrag ist für die Verwaltung und den Ausbau der Hafenanlagen von Tsingtau zu verwenden. Es ist nicht einzusehen, wie aus diesem Paragraphen der Charakter der Eisenbahn als Staatsbahn abgeleitet werden kann.

Da die Gesellschaft also zweifellos ein Privatunternehmen ist, so wäre der Entschädigungsfall als gegeben zu betrachten. Es ist indessen zu berücksichtigen, daß die Schantungeisenbahn in dem Friedensvertrage eine Ausnahmestellung einnimmt. Dies ist nämlich der einzige Fall, in dem nicht eine Zwangsverwaltung feindlichen Eigentums, sondern eine definitive Besitzergreifung von Seiten eines feindlichen Staates vorliegt, so daß ausgeschlossen scheint, daß die Schantungbahn jemals wieder unter deutscher Beteiligung betrieben werden kann. Für alle anderen deutschen Unternehmungen im Ausland wird im Friedensvertrage darüber bestimmt, daß 6 Monate nach der endgiltigen Ratifikation des Friedensvertrages der Wiedergutmachungskommission eine Liste allen Besitztums eingereicht wird. Die Entente hat die Wahl, die ihr geeignet erscheinenden Gesellschaften zu liquidieren und den Erlös zu Händen der Wiedergutmachungskommission gutzuschreiben oder die Unternehmungen bestehen zu lassen, wie dies für einen Teil der afrikanischen Kolonialgesellschaften in Aussicht genommen ist.

Nach dem Friedensvertrage ist nicht nötig, daß diese Auslegung von den Japanern auch für die Schantungeisenbahngesellschaft zugegeben wird. Daraus ergibt sich, daß

für die Entschädigung entweder der Weg direkter Verhandlungen zwischen Japan und Deutschland in Frage kommt, oder aber, daß die Wiedergutmachungskommission den von Japan zu entrichtenden Erlös für die Schantungbahn in Anspruch nehmen kann. Tatsache ist jedenfalls, daß Japan an die Gesellschaft bisher noch in keiner Weise herangetreten ist. Würde der Erlös für die Schantungbahn zum Zwecke des Schadenersatzes an die Entente abgeführt werden, so bestände in jedem Falle die Entschädigungspflicht der deutschen Regierung den Aktionären gegenüber. Diese Entschädigungspflicht ist im Friedensvertrage vorgesehen und kann nicht umgangen werden auch wenn es sich wie im Falle der Schantungeisenbahn, unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Verhältnisse um ein Milliardenobjekt handelt. Die Gesellschaft glaubt übrigens ein Anrecht darauf zu haben, daß die Entschädigung auf der Basis des mexikanischen Dollarkurses berechnet werde, da sowohl die Ausgaben für die Errichtung der Bahn als auch die Einnahmen in mexikanischen Dollars erfolgt sind. Nur in diesem Zusammenhange könnte von der Schantungaktie als einem Valutapapier gesprochen werden. Es sei übrigens bemerkt, daß die deutsche Regierung kein Interesse daran haben kann, den tatsächlichen Wert der Schantungeisenbahn irgend wie herabzusetzen, da eine hohe Entschädigung nur zur schnellen Abschreibung unserer Schuld an die Entente beitragen würde.

Wenn an der Börse die Behauptung aufgestellt wird, daß die starke Kurssteigerung der Schantungaktie durch ausländische Käufe hervorgerufen worden ist, so handelt es sich hier nur um Vermutungen. Keinem Zweifel kann unterliegen, daß die Schantungeisenbahn in viel stärkerem Maße noch als jetzt ein heißumstrittenes politisches Objekt werden kann. Da die Japaner vielleicht ein Interesse daran haben, einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten gegenwärtig aus dem Wege zu gehen, so besteht allerdings die Möglichkeit, daß sie durch Ankauf der Aktien bemüht sind, den Besitz der Eisenbahngesellschaft unter Vermeidung politischer Reibungen zu erwerben. Andererseits könnte aber auch der Fall eintreten, daß die Amerikaner bestrebt sind, durch Erwerbung größerer Aktienposten Japan den Besitz in Schantung streitig zu machen. In beiden Fällen handelt es sich indessen lediglich um Kombinationen, die durch politische Umstände an Wahrscheinlichkeit gewinnen, jedoch nicht nachprüfbar sind.

Manchester und der deutsche Friedensvertrag.

Im „Manchester Guardian" finden wir folgende bemerkenswerte Auslassung:

Die Handelskammer in Manchester hat sich bereits eingehend mit dem Einfluß der Wiedergutmachungsklauseln des Friedensvertrages auf den britischen Ausfuhrhandel befaßt. Solche Erörterungen durch die Handelskammern in Geschäftszentren, wie Manchester, Bradford und London könnte zu einem wertvollen Ergebnis führen und einen Einfluß auf die Wiedergutmachungskommission ausüben. Denn sowohl die Geschäftswelt bei uns als auch in Deutschland wird früher als irgend jemand den vernichtenden Einfluß der wirtschaftlichen Klauseln des Vertrags fühlen. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die Wiedergutmachungsklauseln dem britischen Ausfuhrhandel bereits schweren Schaden zugefügt haben. Z. B. habe ich gehört, daß Bradford-Firmen, die in der Lage sind, Textilwaren nach Deutschland auszuführen, davon abgehalten werden, weil die deutschen Geschäftshäuser nicht imstande sind, ihre Vorkriegsschulden an Bradford zu begleichen. Das ist nicht nur auf die Markentwertung, sondern auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Wiedergutmachungskommission bisher nicht solche Zahlungen erlaubt hat. Das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands ist der Gnade oder Ungnade der Wiedergutmachungskommission preisgegeben, oder wie Präsident Wilson sagt: „Die Kommission kann die Handelsbewegung, die Kreditbedingungen und den internationalen Kredit bestimmen. Sie kann auch bestimmen, wieviel Deutschland kaufen darf und wie viel es dafür zu zahlen hat". Es ist klar, daß sowohl britische Exporteure als auch deutsche Importeure im höchsten Grade an dem Modus interessiert sind, nach dem die Wiedergutmachungskommission Gebrauch von ihrer Machtvollkommenheit macht. Der britische Exporteur ist nicht nur daran interessiert, sich einen Anteil am deutschen Einfuhrhandel zu sichern, sondern auch daran, daß Deutschland als ein machtvoller Abnehmer weiterbesteht. Solange die Wiedergutmachungsklauseln in einem anderen Geiste ausgelegt werden, als in dem sie entworfen sind, solange ist auch nicht im geringsten Aussicht vorhanden, daß Deutschland in der Lage ist, selbst seinen notwendigsten Bedarf zu decken. Die Abrechnung der deutschen Republik zeigt einen Fehlbetrag von über 8000 Millionen Mark trotz der gewaltigen neuen Besteuerung und ohne einen Voranschlag für die unter dem Friedensvertrag fallenden Verpflichtungen mit Ausnahme der Kosten für die Besatzungstruppen. Im April nächsten Jahres wird die deutsche Schuld sich auf 212000 Millionen Mark belaufen. Einer solchen Lage gerecht zu werden, ist eine schwere Aufgabe für

jeden Staat, selbst wenn seine Hilfsquellen intakt sein sollten. Aber Deutschland ist durch den Friedensvertrag vieler seiner hauptsächlichen Aktiva, eines großen Teils seiner Kohlen, seiner Eisenerze, seines Zinks, seiner nahrungserzeugenden Gebiete beraubt, nicht zu erwähnen die Kolonien. Von diesem ruinierten Staat versucht der Friedensvertrag die Schaffung einer gewaltigen noch nicht festgesetzten Summe zu erlangen, zwecks Entschädigung für „alle Verluste und Schäden, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Kriegs erlitten haben". Was denkt Manchester über die Handelsaussichten mit einem Land, das eine solche Last zu tragen hat, wie Deutschland? Wie kann jemand Geschäfte mit einem Schuldner machen, dessen Aktiva sequestriert sind und dessen Verpflichtungen überhaupt noch nicht festgestellt sind.

Handels- und Industrienachrichten.

Eine amerikanische Handelsausstellung in Schanghai.

Wie verlautet, soll in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres in Schanghai eine Ausstellung amerikanischer und chinesischer Erzeugnisse stattfinden, zwecks Förderung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China.

Nachfrage nach Maschinen in Südchina.

In Südchina herrscht eine große Nachfrage nach Maschinen mit Ölfeuerung und elektrischen Lichtanlagen. Ferner wird verlangt: Eisenbahnmaterial von der Lokomotive bis zu Werkzeugen, die in den Reparaturwerkstätten gebraucht werden.

Amerikanische Regsamkeit in Tientsin.

Die (amerikanische) China Mongolia Export Co. hat in Tientsin mit dem Bau einer Kühlanlage und einer Albuminfabrik begonnen. Die Anlage wird in der russischen Niederlassung errichtet. Die Gesellschaft will Fleisch und Geflügel in gefrorenem Zustand ausführen.

Indigoerzeugung in China.

Wir lesen in den „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft": Deutschland führte vor Ausbruch des Krieges für etwa 10 Mill. Haikuan-Tael künstlichen Indigo nach China ein; dazu kamen noch 3—4 Mill. Tael Anilinfarben. Diese Farbstoffe sind während des Krieges zum geringen Teile durch Erzeugnisse der chemischen Industrie Japans und Amerikas, im wesentlichen aber durch einheimische Pflanzenfarben, ersetzt worden, an denen China reich ist. Die Industrie der einheimischen Pflanzenfarben, die während der letzten Jahrzehnte dem übermächtigen Wettbewerb der billigen künstlichen Erzeugnisse hatten weichen müssen, ist zu neuem Leben erwacht. Chinesische Farben, insbesondere Indigo, beginnen neuerdings auch in der chinesischen Aussenhandelsstatistik eine Rolle zu spielen. Die Ausfuhr von flüssigem Indigo belief sich

	Haikuan-Tael	zum Kurse von M.
1914 auf	84721	2,79
1915 „	450021	2,67
1916 „	765613	3,68
1917 „	655646	4,78
1918 „	692394	5,67

Nach einem Bericht des „Chemical Trade Journal" vom 15. 11. ist in diesem Jahre in China eine gute Mittelernte für Indigo zu erwarten. Die Anbaufläche der indigofera tinctoria ist gegen das Vorjahr, das eine sehr schlechte Ernte gebracht hatte, vergrössert worden, so daß für 1919 ein wesentlich höherer Ernteertrag in Aussicht steht.

Personalnachrichten.

Dressler. Der frühere Schriftleiter des „Tageblatts für Nordchina" in Tientsin K. Fr. Dressler ist seit dem 1. Oktober Chefredakteur der „Kasseler Neuesten Nachrichten" in Kassel.

Adressennachweis.

Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

A. M. May, Pinneberg i/Holstein, Bahnhofstraße 36 I.

Ernst Herzfeld, p. A. Otto Neuhaus, Köln a/Rh. Maastrichterstr. 53.

Dr. M. Krieger, Berlin W. 15, Bleibtreustraße 27 pt.
Hans Schubart, p. A. Frau Herkenzweig, Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 123.
A. E. Thurn, Berlin/Steglitz, Althofplatz 6
E. Schaffner, Hannover Alexanderstr. 6 III
Otto Y. Lorenzen, Kiel, Schevenbrücke 12 I
Kontreadmiral von Restorff, Berlin/Lichterfelde/Ost, Berlinerstr. 162.
H. W. Korten, p. A. Zentralausschuß für die Amerikahilfe, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 13.
G. Hemeling, Potsdam, Louisenplatz 5 I.
R. Steinle, Emmendingen/Baden, Gartenstraße 12.
Arthur Wolff, p. A. Eickershoff, Düsseldorf, Marschallstraße 1 a.
P. Paelz, p. A. C. Klein, Wilhelmshafen, Manteuffelstr. 9.
E. Luer, p. A. Frau Thea Krahn, Hamburg 26, Hammerlandstr. 69 III.
Ingenieur Alfred Jung, Gewerbl. Fortbildungsschule, Essen/Ruhr III, Hagenstr. 41.
Robert Otte, c/o Finnlands Bank, Helsingfors
W. F. Dubber, Nymwegen/Holland, Keiger Karl, Pein 9.
Ernst Haeseler, Apotheker, Hanau a/Main
O. E. Barz, Dresden, Haydnstr. 41 III.
F. H. Boss, Cassel, Orleansstr. 53 I.
Otto Zehrfeld, Leipzig, Göschenstr. 1.
Hauptmann von Westernhagen, Berlin W 9, Potsdamerstr. 27.
W. Stang, Trier a. d. Mosel
Karl Nitsch, Frankfurt a/M., Ebertusstr. 4 III l
H. Hornig, Hamburg Hopfenmarkt 2, Schnabel, Gaumer & Co.
Prof. Dr. Schultze-Jena, Weimar, Südstr. 23.
Helmut Schuhmacher, Wermelskirchen, Victoriastr. 3.

Nachrichten von „draußen".

Frau Hübbe ist am 29. September in Kuling gestorben.

Aus Nachrichten aus Nordchina geht hervor, daß die Briten die Chinesen gezwungen haben, das deutsche Eigentum in Tientsin zu liquidieren; andernfalls wollten sie es selbst tun. Es hieß — Mitte August — daß Arnhold, Karberg und Co. unter Hinzuziehung des englischen Teilhabers der Firma liquidiert wurden. Die in der russischen Niederlassung in Tiensin befindlichen deutschen Grundstücke sind vom russischen Konsul liquidiert worden. Die Liquidationen in der französischen Niederlassung erfolgten schon vor Monaten.

Einem Privatbrief aus Schanghai vom 10. Oktober entnehmen wir folgende Einzelheiten:

„Ich bitte alle Leute zu warnen, Briefe via Suez zu senden, sondern über Amerika und dann Vorsicht, daß sie nicht über England gehen, sondern mit direktem amerikanischen Dampfer. Es empfiehlt sich auf den Briefen zu schreiben: „to be forwarded by American steamer only", denn sonst gehen die Briefe mit der Empreß-Linie. England hat China benachrichtigt, daß Briefe aus China kommend noch in Deutschland und Oesterreich einer Zensur unterliegen und daß daher China noch alle Briefe aus Deutschland etc. zensieren soll. Da China aber nie Briefe zensiert hat, so hat scheinbar die englische Post es freundlichst übernommen und daher öffnet sie auch heute noch Briefe, die aus neutralen Ländern kommen und welche an uns adressiert sind, wo sie wissen, daß wir Hunnen sind".

Die Heimkehr aus Japan,

Die Reichszentralestelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der „Heim-Transport der deutschen Kriegsgefangenen aus Japan erfolgt mit 4 Dampfern, von denen drei Ende Dezember direkt durch den Indischen Ozean nach Deutschland fahren, während der vierte Mitte Januar über Tsingtau und China nach Deutschland geht. Mit den vier Dampfern sollen alle in Japan weilenden Kriegsgefangenen in die Heimat befördert werden. Der im Januar abgehende letzte Transport wird gleichzeitig die Familien der Kriegsgefangenen heimschaffen".

Über die Heimbeförderung erfahren wir von zuständiger Stelle noch folgendes:

Die Kriegsgefangenen in Japan werden heimbefördert mit

1. „Hoofuku Maru", ab 20. bis 31. Dezember mit etwa 900 Mann,
2. „Kifuku Maru", Ende Dezember mit etwa 900 Mann,
3. „Kimaraya Maru", Ende Dezember mit etwa 1000 Mann.

Die Fahrt dieser drei Dampfer geht durch den Indischen Ozean unmittelbar nach Deutschland.

Der Name eines vierten Dampfers, der Mitte Januar abgehen soll, ist noch nicht bekannt. Er wird 1000 Mann und Familien an Bord haben. Das Schiff wird über Tsingtau, China durch den Indischen Ozean expediert.

Rückkehr nach China.

Herr Dr. Linde schreibt uns: „Nach den bei dem Deutsch-Chinesischen Verbande eingehenden Nachrichten von China-Deutschen, die sich bemühten, Pässe und Passage nach Ostasien zu erhalten, scheinen die

Schwierigkeiten, die sich zurzeit einer Rückkehr nach China entgegenstellen, fast unüberwindlich zu sein. Wenn es nach wochen- und monatelangen Bemühungen endlich gelungen ist, Passage zu erhalten, so scheitert die Abreise in letzter Stunde fast immer an dem nicht zu beschaffenden englischen Paßvisum. Aus diesem Grunde sind bereits einige Herren, die sich schon im neutralen Auslande befanden, nach hier zurückgekehrt. Wer daher nicht ganz begründete und positive Aussicht hat, von einem neutralen Hafen aus tatsächlich die Reise antreten zu können, möge davor gewarnt sein, heute bereits kostspielige Aufwendungen für die Rückreise zu machen, die zurzeit noch nicht möglich ist. Die wenigen Fälle, in denen die Ausreise tatsächlich angetreten werden konnte, beweisen keineswegs das Gegenteil, sondern sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen."

Billiges Gold in Schanghai.

Der „North China Herald" in Schanghai schreibt: „Gold wird jetzt immer billiger. Tatsächlich kostet es nur etwas mehr als die Hälfte wie vor einigen Jahren. Wenn man ein Armband, einen Ring oder Ohrringe kaufen will, dann ist jetzt die Zeit, ehe der Preis von Neuem steigt. Diese großartigen Goldläden auf der Nanking Road veranstalten Ausverkäufe aller Arten von Goldschmuck; wenn man von ihren Angeboten keinen Gebrauch macht, so verpaßt man vielleicht eine Gelegenheit für alle Zeiten. Wenn du dem Verkäufer sagst, daß Gold einen festen Wert hat und keinen Änderungen unterworfen ist, und daß es das Silber ist, das so ungewöhnlich teuer geworden ist, dann wird er dich ungläubig ansehen. Wenn er der mehr aufgeweckten Klasse angehört, mag er dir etwas über die augenblicklichen Verhältnisse sagen, die ein Beweis für die Klugheit Chinas seien, nicht die Goldwährung eingeführt zu haben. Er wird dann sagen: „Sehen Sie, wie viel unser Silbergeld jetzt wert ist?" Dazu bemerkt der „London and China Telegraph": Als das Obige geschrieben wurde, stand das Silber auf etwa 45 Pence. Seitdem ist es aber auf 69 Pence gestiegen.

Aufgehobene Beschränkung der Post- und Telegraphenbenutzung für Reichsdeutsche in Japan.

Wir entnehmen dem „Eildienst" des Auswärtigen Amts: Nach einem dieser Tage aus Yokohama eingegangenen Privattelegramm sind die Beschränkungen, die den in Japan befindlichen deutschen Reichsangehörigen und deutschen Firmen in bezug auf die Benutzung der Post und des Telegraphen im außer-japanischen Verkehr auferlegt waren aufgehoben. Deutsche Reichsangehörige und deutsche Firmen in Japan dürfen demnach jetzt wieder unbeschränkt mit dem Auslande und somit auch mit Deutschland Briefe und Telegramme austauschen.

Kurze Nachrichten.

Die „Gamble box" in Schanghai ist wieder eröffnet worden.

Nach Feststellung des japanischen Finanzministers sind in der ersten Hälfte des Jahres 1919 15341 Ausländer in Japan eingereist. Davon kamen aus China 6889, aus Rußland 2745, aus den Vereinigten Staaten 2434 und aus England 1603.

Einem in dem Hauptquartier der Seiyukai in Tokio ausgebrochenem Feuer fielen fast sämtliche Schriftstücke der Partei zum Opfer.

Als Ergebnis von Verhandlungen, die das japanische Verkehrsministerium mit der amerikanischen Commercial und Pacific Cable Co. geflogen hatte, sind Telegraphen-Gebühren zwischen Tokio und den Vereinigten Staaten um 20 v. H. herabgesetzt worden.

Es verlautet, daß der frühere Finanzminister Dsao-Yü-lin den Bau einer Brücke von Schanghai nach Putung und einer elektrischen Bahn von Schanghai nach Ningpo plant. Eine chinesisch-japanische Gesellschaft, an deren Spitze Dsao steht, wird den Plan ausführen. Die Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 15 Millionen Dollar.

Die Reispreise in Schanghai sind um weitere 20 cents den Pikul gestiegen. Er kostet jetzt 8,10 bis 8,80 Dollar.

Viele führende Geschäftsleute in Tokio, Osaka, Kioto und Kobe haben eine Gesellschaft mit einem Kapital von 10 Millionen Yen gegründet, um die Industrialisierung Chinas zu fördern.

Präsident Hsü-Schi-dschang plant die Prägung einer Medaille zur Erinnerung an den Sieg über die Zentralmächte. Die Medaille soll an alle hervorragenden Zivil- und Militärbeamte sowie an die Mitglieder des diplomatischen Corps verliehen werden.

Nach einer Meldung der chinesischen Presse ist in Schantung ein „Büro zur Vorbereitung für den Rückkauf der Eisenbahnen" gebildet worden; es ist beabsichtigt, eine innere Bahnanleihe auszugeben.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Versendung des „Nachrichtenblattes des Bundes der Auslandsdeutschen".

Herr Dr. Linde schreibt uns: „Den letzten Nummern der „Mitteilungen für China-Deutsche" ist das „Nachrichtenblatt des Bundes der Auslandsdeutschen" beigelegt worden. Nachdem sich in Berlin eine Abteilung Ostasien der hiesigen Ortsgruppe gebildet hat und viele der China-Deutschen im Reiche dieser und anderen Ortsgruppen beigetreten sind, erübrigt sich die weitere Beilage der Zeitschrift. Das „Nachrichtenblatt" wird den Mitgliedern des „Bundes der Auslandsdeutschen" in Zukunft durch ihre Ortsgruppen oder deren Abteilungen, nicht mehr durch den Deutsch-Chinesischen Verband, zugehen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß es sich für die Chinadeutschen ebenso wie für alle übrigen Auslandsdeutschen empfiehlt, sich im Interesse der Vorentschädigungsaktion dem Bunde anzuschließen, da nur durch den Erwerb der Mitgliedschaft die Interessenten sich auf dem Laufenden erhalten können hinsichtlich der auf die Vorentschädigung bezüglichen Fragen und da sie nur als Bundesmitglieder Anspruch auf die vom Bunde herausgegebenen Drucksachen usw. haben.

China-Deutsche, die an Orten wohnen, an denen keine Ortsgruppen des Bundes bestehen, können sich einstweilen durch schriftliche Mitteilung der Abteilung OSTASIEN der Berliner Ortsgruppe anschließen".

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.

Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E.V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

I. Jahrgang 31. Dezember 1919 No. 15

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung

mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Zum Jahresschluß.

Von Generalsekretär Dr. Max Linde.

Ein Jahr geht zu Ende, das für alle Zeit als eines der furchtbarsten in der deutschen Geschichte genannt werden wird. Es ist und bleibt das Jahr des Versailler Vertrages, jenes ungeheuerlichen, aus grenzenlosem Haß und banger Furcht geborenen „Friedens"-Instrumentes, das das Mittel sein soll, unser durch Krieg und Hunger völlig entkräftetes Volk am Boden zu halten, ihm den Wiederaufstieg unmöglich zu machen, es nicht teilnehmen zu lassen an den guten Gaben der Welt und ihm die Stellung eines Paria unter den Völkern der Erde zuzuweisen. Wenn dieser Vertrag, den bisher leider nur wenige unseres Volkes in seinen Konsequenzen richtig einschätzen, demnächst in Wirksamkeit tritt, so werden wir sehr bald erfahren, in welchem Geiste unsere bisherigen Feinde willens sind, ihn durchzuführen. Die Vorgänge der letzten Monate waren leider nicht entfernt dazu angetan, auch nur die geringste Hoffnung auf eine einsichtige und verständnisvolle Handhabung des uns aufgezwungenen Werkzeuges blindwütiger Rachgier zu wecken.

Nimmt man zu dem Furchtbarem, was dieser sogn. Frieden uns bringt, die als Folgen des Krieges und des schließlichen Zusammenbruches im Innern des Landes und in unserem Volke sich zeigenden sehr bedauerlichen und unerwünschten Erscheinungen hinzu, so ist es verständlich, wenn alle urteilsfähigen und ernstzunehmenden Kreise voller Sorge in die Zukunft blicken.

Ich habe im Laufe der letzten Wochen Gelegenheit gehabt, eine Anzahl führender Persönlichkeiten aus allen politischen Parteien zu sprechen. Wenn ich das Ergebnis der Besprechungen ziehe, so ist es dieses: Jeder Einzelne war durchdrungen von der Schwere der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, jeder Einzelne sah voll Sorge der Entwicklung der nächsten Zukunft entgegen, aber jeder Einzelne war letzten Endes doch davon überzeugt, daß ein Volk wie das deutsche sich nicht dauernd in dem Zustande halten lassen kann, in dem es sich heute befindet und in dem es seine Feinde halten möchten. Trotz der höchst beklagenswerten Zeichen der Zeit ist der Glaube an unser Volk nicht geschwunden. Gott sei Dank, denn wer den Glauben an sein Volk verloren hat, hat auch die Fähigkeit verloren, es durch die vielen trüben Tage hindurchzuführen, die uns nun einmal ganz unvermeidlich noch bevorstehen. Wann uns die Sonne wieder heller scheinen wird, wann wir endlich werden ausrufen können: das Schwerste liegt hinter uns, wer wollte sich vermessen, das vorher zu sagen. Wir müssen uns ins Unabänderliche fügen. Aber erträglich wird das Schwere des heutigen und morgigen Tages doch nur, wem der Glaube an die eigene und seines Volkes Kraft nicht getötet und damit die Hoffnung auf eines bessere Zeit nicht erstorben ist.

Für die China-Deutschen bedeutet das Jahr 1919 die zwangsweise Unterbrechung ihres Aufenthaltes im fernen Osten, nachdem man ihnen in den vorhergehenden Jahren schon die Möglichkeit zur Arbeit genommen hatte. Als sie sich im Frühjahr plötzlich in die Heimat zurückversetzt fanden, die nicht mehr das Deutschland war, das sie einst verlassen, standen sie unvermittelt gänzlich neuen, völlig fremden Verhältnissen gegenüber. Manch einem ist es bitter schwer gefallen, sich mit ihnen abzufinden und auf vielen lastete, je länger der Aufenthalt dauerte, die Not des Tages und der Kampf um die Existenz. Erfreulicherweise hat ein verhältnismäßig großer Teil der China-Deutschen Beschäftigung finden können, anderen konnten mit Hilfe des Deutsch-Chinesischen Verbandes finanzielle Unterstützungen gewährt werden, die sie vor äußerster Not schützten. Die ursprünglich gehegten Erwartungen, schon bald die Ausreise nach China wieder antreten zu können, haben sich bisher leider nicht erfüllt.

Für den Deutsch-Chinesischen Verband ist das Jahr 1919 eine Zeit großer Arbeit und man darf wohl auch sagen des Erfolges gewesen. Im einzelnen wird über seine Tätigkeit der Geschäftsbericht Rechenschaft ablegen, den der Vorstand, gemäß unseren Satzungen, der im ersten Viertel des neuen Jahres tagenden ordentlichen Hauptversammlung, vorzulegen hat. — Mit einem neuen Namen, unter einem neuen Leiter und mit neuen Aufgaben tritt der Verband mit dem Jahresschlusse in ein räumlich erweitertes Arbeitsgebiet ein. Die Beschlüsse, die Vorstand, Ausschuß und Hauptversammlung in den Sitzungen am 17. Dezember gefaßt haben, sind ebenfalls Zeichen für den Glauben an unser Volk und seine Zukunft. Wir geben das Spiel nicht verloren, sondern wir wollen uns zu engster Arbeit zusammenschließen zum Heil und Wohle des Ganzen und jedes Einzelnen.

Aber wenn der Verband ersprießlich wirken soll, dann bedarf er der freudigen Mitarbeit aller, vor allem auch derjenigen, die wieder hinausgehen. Ich möchte daher an alle unsere Mitglieder, denen die Ausreise jetzt oder später möglich ist, schon heute die dringende Bitte richten, vor der Abreise brieflich oder, wenn irgend möglich, persönlich mit mir in Verbindung zu treten, damit wir Mittel und Wege für die Fortführung der Beziehungen, den gegenseitigen Nachrichtenaustausch usw. finden.

Woran wir Deutschen während unserer zweijahrtausende alten Geschichte gelitten haben und noch leiden, ist die unglückliche Sucht zur Zersplitterung und Eigenbrödelei. Statt die Reihen zu schließen, die Kräfte zu sammeln und unter Hintansetzung aller persönlichen Bestrebungen und Ambitionen geschlossen und entschlossen dem als richtig erkanntem Ziele entgegenzumarschieren, erleben wir selbst heute noch täglich im Großen wie im Kleinen, wie sich immer wieder kleinliche Interessen in den Vordergrund drängen, wie immer wieder der Geist der Zersetzung dem Streben nach Einheit und Einigkeit entgegenwirkt, wie immer wieder partikularistische über unitarische Tendenzen die Herrschaft zu gewinnen suchen. „In trinitate robur" war der Wahlspruch des Großen aus dem Sachsenwalde in Hamburgs Nähe, und „in trinitate robur" sollte auch der Wahlspruch der China-Deutschen sein, da wir letzten Endes doch alle von demselben Wunsche beseelt sind, das Beste zu wollen und zu leisten.

Für den Deutsch-Chinesischen Verband bringt das Jahresende einen herben Verlust durch das Ausscheiden seines bisherigen Vorsitzenden, des Botschafters Herrn Wirkl. Geh. Rat Dr. Frh. vom Mumm mit sich. An anderer Stelle dieses Heftes wird des Näheren davon die Rede sein. Ich möchte jedoch diese Zeilen nicht schließen, ohne des hochverehrten Mannes zu gedenken, der vom Tage der Verbandsgründung an mit wärmsten und aufrichtigstem Interesse an allen unseren Arbeiten teilgenommen hat.

Wer heute törichte Hoffnungen weckt, versündigt sich ebenso, wie der, der voller Pessimismus jeden Glauben an bessere Zeiten zerstört. Mir liegt eines so fern wie das

andere. Aber jedem einzelnen der China-Deutschen, von denen ich ja im persönlichen Verkehr viele Hunderte im Laufe der letzten Monate kennen gelernt habe, möchte ich zurufen, daß ich ihm die Erfüllung seiner Hoffnungen wünsche, mit denen er die Schwelle des neuen Jahres überschreitet. Möge jeder von ihnen zu Ende 1920 Ursache haben, mit mehr Befriedigung auf das vergangene Jahr zurückzublicken als Ende 1919, dem Jahr von Versailles. In diesem Sinne rufe ich allen China-Deutschen zu:

Ein glückliches Jahr 1920!



Zur Geschichte des englischen Hongkong.

Von Professor O. Franke, Hamburg.

In Nummer 13 der „Mitteilungen für China-Deutsche" vom 1. Dezember 1919 ist eine an die „Deutsche Zeitung" gerichtete Zuschrift des Herrn Berthold Schwarzkopf, wiedergegeben, in der dieser gegen eine Bemerkung in den Erinnerungen des Groß-Admirals von Tirpitz über die Umwandlung seines Namens in das englische Blackhead Stellung nimmt. Herr Schwarzkopf rechtfertigt diese von seinem Vater vorgenommene Umwandlung mit den Zeitumständen. Der Letztere habe im Jahre 1857 seine Firma in Hongkong eröffnet; die Insel sei damals erst seit kurzem in englischem Besitz gewesen, und „die Engländer würden es mißliebig empfunden haben, wenn sich in ihrer jungen Kolonie als einer der ersten ein Ausländer mit ausländischer Firmenbezeichnung etabliert hätte"; „dem jungen Geschäfte wäre die Führung des deutschen Namens gewiß nicht förderlich gewesen".

Es liegt nicht in meiner Absicht, für oder gegen Herrn Schwarzkopf wegen der Umwandlung seines Namens — es war nicht der einzige Fall dieser Art — Partei zu nehmen, indessen scheint es mir notwendig, die hier zu Tage tretenden Auffassungen von der ersten Entwicklung der englischen Kolonie Hongkong richtig zu stellen, da sie auf einem in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern weit verbreiteten und von England geflissentlich genährten Irrtum beruhen. Hongkong wurde im Opium-Kriege durch den am 20. Januar 1841 von Kapitän Elliot mit dem chinesischen General-Bevollmächtigten abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag von Tschuan-pi (am Eingang der Bocca tigris gelegenen Landgrenze) an England abgetreten. Unmittelbar danach erließ Kapitän Elliot eine Bekanntmachung, in der er den „Untertanen, Bürgern und Schiffen fremder Mächte, die die Besitzungen Ihrer Majestät auf Hongkong aufsuchen sollten, den Schutz der britischen Flagge" versprach. Am 7. Juni 1841 benachrichtigte Elliot noch die fremden Kaufleute in Kanton, daß „sie und ihre Schiffe freie Gewähr haben sollten, sich nach dem Hafen von Hongkong zu begeben und dort Handel zu treiben", und daß „ihnen dort der volle Schutz der hohen Beamten des Britischen Volkes zuteil werden würde". Noch bevor durch den Vertrag von Nanking vom 29. August 1842 die Abtretung von Hongkong endgiltig bestätigt war, erließ der neue englische Bevollmächtigte, Sir Henry Pottinger, am 6. Februar 1842 abermals eine feindliche Proklamation, dahingehend, daß der Hafen von Hongkong als Freihafen gelten, und keine Art von Zöllen, Hafengebühren oder sonstige Gebühren von irgend einem Schiffe oder Fahrzeuge irgend einer Nation oder von dessen Ladung erhoben werden sollte".

Die Engländer hatten guten Grund für ihre lockenden Verheißungen. Hongkong sollte den Handel von Canton und Makao an sich ziehen, und da an beiden Plätzen die Verhältnisse wenig erfreulich waren — in Canton wegen der Feindseligkeit der Bevölkerung und der Landesbehörden, in Makao wegen der Unsauberkeiten der Schmuggel-Geschäfte —, so bestand zunächst auch eine gewisse Aussicht dafür. Die wiederholten Unruhen in Canton veranlaßten eine Anzahl Firmen ihre Niederlassung von dort nach Hongkong zu verlegen oder wenigstens für alle Fälle Zweigniederlassungen dort zu eröffnen. Auch die Chinesen fingen an, sich in größeren Massen der neuen Kolonie zuzuwenden. Aber im großen und ganzen verhielten sich die fremden Kaufleute abwartend, und nicht wenige von ihnen, auch Engländer, hielten an Canton als dem gegebenen Handelsmittelpunkt fest.

Die weitere Entwicklung schien den Mißtrauischen recht zu geben. Die Feindseligkeit der chinesischen Behörden scheuchte durch Drohungen und Schikanen die einheimischen Kaufleute wieder fort, statt dessen nisteten sich zahllose Verbrecherbanden auf der Insel ein und allmählich wurde Hongkong eines der Mittelpunkte der gefürchteten Seeräuberei, die das ganze weite Delta des Canton-Flusses unter ihrem Druck hielt. Die Unsicherheit für Leben und Eigentum in der Kolonie nahm in beängstigender Weise zu, Einbrüche, Räubereien und Mordtaten waren tägliche Vorkommnisse, und infolge der Machtlosigkeit der englischen Verwaltung wurde Hongkong bald das Eldorado des gesamten südchinesischen Verbrechergesindels. Dazu wüteten Malaria und Ruhr in erschreckender Weise unter der europäischen Bevölkerung und trieben die Sterbeziffern zeitweilig bis zu 22 v. H. hinauf. Unter solchen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß Hongkong allmählich in den Ruf des widerwärtigsten Platzes im ganzen britischen Reiche kam, und noch am 15. März 1859 schrieb die „Times", daß der Name „Hongkong" als Bezeichnung eines Platzes gebraucht werden könnte, den man vor anständigen Ohren nicht erwähnen dürfte". Man hielt in England wie in China die Wahl dieser Kolonie für einen Mißgriff und beklagte es, daß man nicht das viel günstigere Tschusan statt dessen genommen habe. Zahlreiche größere Firmen schlossen ihre Tore wieder und wanderten ab, Hongkong schien dem Tode verfallen, ehe es noch recht gelebt hatte.

Das Jahr 1857 war ein besonders schlimmes. Die Engländer hatten mit unzureichenden Kräften einen Krieg gegen Canton und seinen General-Gouverneur unternommen, inzwischen war in Indien der Aufstand ausgebrochen, und irgendwelche Streitkräfte standen gegen China nicht zur Verfügung, sodaß bei der aufgepeitschten Wut der Bevölkerung das gesamte Europäertum zeitweilig in einer sehr kritischen Lage war. In Hongkong übte das Verbrechertum eine größere Schreckensherrschaft als je, am 15. Januar bekam die ganze europäische Gemeinde mit Arsenik vergiftetes Brot auf den Tisch, so daß eine umgehende Panik einsetzte, mehrere Todesfälle und zahllose schwere Erkrankungen eintraten, und viele, die es konnten, der Insel den Rücken kehrten. Auch die Gemahlin des Gouverneurs fiel der Vergiftung zum Opfer. Es ist selbstverständlich, daß die Engländer in dieser Zeit in Hongkong jeden Kaufmann mit offenen Armen aufnahmen, der den Mut hatte, sich dort niederzulassen, mochte er den deutschen oder sonst welchen Namen tragen. Wenn irgendwann und irgendwo, so haben sie hier die Nationalität nicht den geringsten Wert beigemessen, und wer an dem aussichtsarmen Werke helfen wollte, war willkommen.

Nach diesen Darlegungen beurteilt sich die von den Engländern verbreitete und von den Deutschen bei ihrer ungenügenden Kenntnis der Tatsachen treuherzig geglaubte Legende, daß den Deutschen in liberalster Weise die Mitbenutzung „der englischen Kronkolonie gestattet war". Abgesehen davon, daß die Engländer nie mehr „liberal" sind, wenn die „Liberalität" nicht zu ihren eigenen materiellen Vorteil ist, zeigt die Geschichte von Hongkong auf das deutlichste, daß die Verwaltung kein Mittel unversucht gelassen hat, fremde Kaufleute dort hinzuziehen, für ein „liberales Gestalten" aber jede Veranlassung fehlt. An dem Aufblühen der Kolonie hat die Arbeit deutscher Kaufleute ihr sehr erhebliches Verdienst gehabt, der Dank dafür ist ihnen in echt englischer Weise und nach dem Kriege abgestattet worden.

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Aus den Sitzungen der Verbandsorgane.

Am 17. Dezember haben der Vorstand und der Ausschuß des Verbandes Sitzungen abgehalten. Außerdem hat am gleichen Tage eine außerordentliche Hauptversammlung der Mitglieder stattgefunden. Aus den für die weitere Entwicklung des Verbandes grundlegenden und wichtigen Beschlüssen sollen hier die nachstehenden wiedergegeben werden:

I. Verschmelzung mit der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft.

Der mit der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft geschlossene Vertrag, der die Verschmelzung dieser Organisation mit dem Verbande bezweckt und aus diesem Grunde eine Anzahl gegenseitiger Rechte und Pflichten stipuliert, ist in allen Sitzungen einstimmig angenommen worden. Nachdem die Mitgliederversammlung der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft die Vereinbarungen bereits am 27. November einstimmig gut geheißen hatte, sind sie nunmehr rechtswirksam geworden. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind:

a) Die Deutsch-Asiatische Gesellschaft als solche löst sich auf und führt ihren Namen nicht weiter;

b) Der Deutsch-Chinesische Verband führt vom 1. Januar 1920 an den Namen „Verband für den Fernen Osten" und dehnt seine Tätigkeit auf ganz Ostasien aus;

c) Der Vorstand des Verbandes wird um zwei Personen vergrößert;

d) Der Verband verpflichtet sich, eine Halbmonatsschrift („Ostasiatische Rundschau") herauszugeben, die außer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Nachrichten aus Ostasien auch Aufsätze usw. über den Fernen Osten bringen soll, wogegen die Deutsch-Asiatische Gesellschaft ihre Zeitschrift „Asien" mit dem 31. Dezember 1919 eingehen läßt;

e) Der Verband erklärt sich bereit, die Vortragstätigkeit der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft, die bisher in jedem Winterhalbjahr regelmäßige Vortragsabende veranstaltete, fortzusetzen;

f) Das nach Abschluß der Liquidation noch vorhandene Vermögen der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft fällt dem „Verbande für den Fernen Osten" zu.

Wie der bisherige Präsident der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft, Exzellenz Raschdau, gelegentlich eines deutsch-chinesischen Abends bereits betonte, ist die Auflösung der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft nicht auf einen wie immer gearteten Pessimismus in die Zukunft unserer Arbeiten, Bestrebungen und Aussichten zurückzuführen. Die Verschmelzung beider Organisationen ist vielmehr, weil wir an unsere Zukunft glauben, dem Wunsche entsprungen, alle Kräfte zusammenzufassen, um jede Zersplitterung und die damit unvermeidlich verbundenen doppelten Arbeiten und doppelten Kosten zu vermeiden, um geschlossen und einig nach innen und außen aufzutreten.

II. Satzungsändernngen.

Aus dem Vertrage ergab sich ohne weiteres die Notwendigkeit, die bisherige Satzung des Verbandes in einigen Punkten zu ändern. Die wichtigsten dieser Änderungen betrafen die Firma des Verbandes, sein Arbeitsgebiet und die Erweiterung des Vorstandes,

Außerdem wurde die Satzung in einigen wenigen Punkten geändert bezw. ergänzt, wo es sich aus der bisherigen Praxis heraus als wünschenswert erwiesen hatte. Die Satzung in der Fassung vom 17. Dezember 1919 ist zurzeit im Druck und wird unseren Mitgliedern nach dessen Vollendung zugehen.

III. Wahl in den Vorstand des Verbandes.

Da Herr Dr. Freiherr von Mumm, Exzellenz, wie an anderer Stelle berichtet wird, aus dem Vorstande ausgeschieden ist und da der Verbandsvorstand hinfort aus mindestens 9, höchstens 11 Personen besteht, war die Wahl von drei neuen Mitgliedern des Vorstandes notwendig. Die Hauptversammlung hat zu Vorstandsmitgliedern einstimmig gewählt: Herrn Wirklichen Geheimen Rat Exzellenz Dr. von Koerner, bis zu seinem Ausscheiden aus dem Reichsdienst Direktor der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; Herrn Wirklichen Geheimen Rat Exzellenz Raschdau, bisher Präsident der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft und Herrn Max Niclassen i. Fa. Arnhold, Karberg & Co. in Berlin.

IV. Wahl des Herrn Professor Dr. von Schab in den Ausschuß.

Bei den großen Aufgaben, die dem Verbande auf kulturellem Gebiet bevorstehen hat der Vorstand der Hauptversammlung den Antrag unterbreitet, Herrn Prof. Dr. von Schab als früheren Vorsitzenden des Schanghaier Schulkuratoriums in den Ausschuß des Verbandes zu wählen. Diesem Antrage ist einstimmig entsprochen worden. Außerdem hat der Vorstand Herrn Prof. Dr. von Schab in die in Berlin bestehenden beiden Schulausschüsse für die Medizinschule und für die Ingenieurschulen gewählt. Die Vereinigung der bisher getrennten Schulausschüsse zu einem Zentral-Schulausschuß ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

V. Studium und Lage der chinesischen Studenten in Deutschland.

Vorstand und Ausschuß beschäftigen sich eingehend mit den Verhältnissen der hier studierenden Chinesen. Es wurde beschlossen, falls etwa an einzelnen Hochschulen Bestrebungen im Werke sein sollten, Ausländer vom Studium auszuschließen oder es ihnen zu erschweren, derartigen Absichten entgegenzuwirken. Ferner wurde, nachdem bereits seit längerer Zeit durch die Herren Carlowitz & Co. in Hamburg allmonatlich größere Beträge zur Unterstützung von in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen chinesischen Studenten zur Verfügung gestellt wurden, vom Verbande ebenfalls ein größerer Betrag für Unterstützungszwecke bereitgestellt.

VI. Kiautschou-Gefangene.

Es darf endlich damit gerechnet werden, daß in einigen Wochen die ersten der tapferen Kiautschou-Krieger in die Heimat zurückkehren werden, nachdem sie mehr als fünf Jahre in der Gefangenschaft zugebracht haben. Der Vorstand und der Ausschuß haben einen Betrag von zunächst M. 10 000 für den Empfang zur Verfügung gestellt und das Vorstandsmitglied, Herrn Admiral von Truppel, der als früherer Gouverneur von Tsingtau jederzeit das wärmste Interesse für unsere Gefangenen in Ostasien bekundet hat, gebeten, seine besondere Aufmerksamkeit einem würdigen und herzlichen Empfange unserer Landsleute zuzuwenden.

VII. „Ostasiatische Missionshilfe".

Zur Aufrechterhaltung der Arbeiten und Anstalten des Allgemeinen Evangelisch-Protestantischen Missionsvereins ist eine „Ostasiatische Missionshilfe" ins Leben gerufen worden. Dem an den Verband gerichteten Ersuchen, die Missionshilfe ideell und finanziell zu unterstützen, haben der Vorstand und der Ausschuß des Verbandes gern entsprochen. Sie wünschen den Arbeiten des Missionsvereins den besten Erfolg und haben der „Ostasiatischen Missionshilfe" den Betrag von M. 3000 zur Verfügung gestellt.

Dr. Linde.

Ausscheiden des Herrn Botschafters Dr. Freiherrn von Mumm aus dem Vorsitz des Verbandes.

Seine Exzellenz Herr Baron von Mumm, der seit dem Tage der Gründung des Verbandes den Vorsitz in ihm führte, hatte bereits wiederholt den Wunsch geäußert, sein Amt niederzulegen, da er seinen Wohnsitz von hier verlegen mußte. Mit Rücksicht auf die ständig zunehmenden Arbeiten und die immer größer werdende Verantwortung hielt er es für notwendig, daß ein in Berlin ansässiger, jederzeit erreichbarer Vorsitzender an der Spitze des Verbandes stehe. Nachdem der Verband jetzt in einen neuen Lebensabschnitt eintritt, die Fusion mit der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft herbeigeführt ist und das Arbeitsgebiet auf den ganzen Fernen Osten ausgedehnt wird, hat Herr von Mumm nunmehr seinen Entschluß zur Ausführung gebracht. Nur mit lebhaftestem Bedauern sieht der Vorstand seinen bisherigen hochverdienten Vorsitzenden scheiden. In Anerkennung seiner zahlreichen Verdienste, seiner Arbeiten und seiner Erfolge beschloß der Vorstand in seiner Sitzung am 17. Dezember, der Hauptversammlung vorzuschlagen, Herrn von Mumm zum ersten Ehrenmitgliede des Verbandes zu ernennen. Die Hauptversammlung hat diesen Vorschlag einstimmig angenommen und an Herrn von Mumm das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Die heutige Hauptversammlung spricht Euerer Exzellenz ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Verhältnisse Sie zwingen, den Vorsitz des Verbandes niederzulegen. Sie benutzt die Gelegenheit Euere Exzellenz zu bitten, ihren aufrichtigen Dank für Ihre erfolgreiche Arbeit entgegenzunehmen und die Wahl zum ersten Ehrenmitgliede des Verbandes anzunehmen."

von Koerner. Linde.

Darauf ist von Herrn von Mumm die folgende Antwort eingegangen:

Lugano, den 20. 12. 1919.

An den Verband für den Fernen Osten (Deutsch-Chinesischer Verband).

Für das mir durch Exzellenz von Koerner und Herrn Dr. Linde übermittelte Telegramm vom 19. d. Mts. danke ich verbindlichst; ich weiß die Ehre zu schätzen, die in meiner Ernennung zum ersten Ehrenmitgliede unseres Verbandes liegt.

Wenn in der Zeit, in der ich dem Verbande vorzustehen die Ehre hatte, nicht noch intensivere Arbeit geleistet werden konnte, so lag dies naturgemäß an den Kriegsverhältnissen, die jede Ausdehnung unserer Tätigkeit auf unser eigentliches Arbeitsgebiet Ostasien hinderten und uns längere Zeit hindurch auch der Mitarbeit unseres Generalsekretärs beraubten. Ich darf aber der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß unter der Führung meines jetzt durch das Vertrauen der Generalversammlung zur Leitung des Verbandes berufenen Herrn Nachfolgers und unter friedlichen Verhältnissen die Hoffnungen voll in Erfüllung gehen werden, die dereinst bei Gründung des Verbandes gehegt wurden.

Gern ergreife ich, indem ich zum letzten Male als bisheriger Vorsitzender unseres Verbandes spreche, diesen Anlaß, um meinen Herrn Kollegen im Vorstande und meinen treuen Mitarbeitern, den Herren Dr. Linde und Geheimrat Schrameier, sowie den Herren und Damen des Büros für ihre unermüdliche Mitarbeit in bisweilen schwerer Zeit meinen herzlichen Dank auszusprechen.

Meinem Herrn Nachfolger aber wünsche ich eine erfolgreiche Tätigkeit und dem Verbande selbst ferneres Blühen und Gedeihen.

Indem ich für die mir von der Hauptversammlung bewiesene ehrenvolle Anerkennung meinen verbindlichsten Dank ausspreche, verbinde ich damit die Versicherung, daß ich dem Verbande auch fernerhin mein lebhaftestes Interesse und, wo immer sich dazu Gelegenheit bieten sollte, auch jede Förderung zuwenden werde.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Freiherr von Mumm.

Dr. von Koerner Vorsitzender des Verbandes.

Nachdem die außerordentliche Hauptversammlung am 17. Dezember 1919 Seine Exzellenz Herrn Wirklichen Geheimen Rat Dr. von Koerner zum Mitgliede des Vorstandes gewählt hat, hat der Vorstand seinerseits Herrn Dr. von Koerner, gemäß § 20 der Satzung, als Nachfolger des Herrn Botschafters Freiherrn von Mumm zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt.

Zusammensetzung des Vorstandes des Verbandes.

Der Vorstand des Verbandes besteht zurzeit aus folgenden Herren:

Dr. von Koerner, Wirklicher Geheimer Rat, Vorsitzender.
Martin March, i/Fa. Carlowitz & Co., Vorsitzender des Ostasiatischen Vereins Hamburg, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden.
Conrad von Borsig, Geheimer Kommerzienrat, i/Fa. A. Borsig, Tegel, 2. Stellvertreter des Vorsitzenden.
von Truppel, Gouverneur a. D., Admiral z. D., Schriftführer.
Urbig, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, Schatzmeister.
Dr. von Böttinger, Geheimer Regierungsrat.
Dr. Friedrichs, Kommerzienrat.
M. Niclassen, i/Fa. Arnhold, Karberg & Co.
L. Raschdau, Wirklicher Geheimer Rat.
Professor Dr. A. Penck, Geheimer Regierungsrat, Direktor des Instituts für Meereskunde.
Rötger, Landrat a. D.

Politische Nachrichten

Ministerwechsel in Peking.

Die seit Mai dieses Jahres schwebende Frage der Ministerpräsidentenschaft in Peking hat ihre Lösung gefunden. Gin-Yün-peng ist zum Vorsitzenden des Ministerrats ernannt; dadurch ist endlich wieder eine gewisse Stetigkeit der Verhältnisse herbeigeführt. Das Kabinett Dsien-Neng-hsün brach im Mai unter der Wucht des Versailler Vertrags zusammen; der Finanzminister Dsao-Yü-lin, die letzte Stütze der Verkehrspartei im Kabinett, der im Interesse seiner Partei bis zu einer Neuordnung des Ministerrats ausharren wollte, mußte der japanfeindlichen Stimmung im Lande weichen. In jener kritischen Zeit fand sich kein Staatsmann in Peking, der die Verantwortung im Ministerrat für die innere und auswärtige Politik übernehmen wollte. Bald fungierte ein Finanzminister, bald ein Verkehrsminister als stellvertretender Ministerpräsident. Der letzte Finanzminister Gung-Hsin-dschang, hatte die Stellvertretung nur unter der Bedingung übernommen, daß er nach zehn Tagen abgelöst werde. Er hat aber Monate ausgeharrt und jetzt den stellvertretenden Vorsitz an Gin-Yün-peng abgegeben.

Gin war im Rumpfkabinett Kriegsminister und früher Militärgouverneur von Schantung. Er ist, neben dem „kleinen Hsü", der Vertrauensmann des ehemaligen Ministerpräsidenten Duan-Dschi-jui. Wiederholt entsandte ihn Duan in geheimer Mission nach Japan. Gin gilt als der geistige Urheber des im Jahre 1918 mit Japan abgeschlossenen Rüstungsabkommens, das, nach dem Brest-Litowsker Frieden die „deutsche Gefahr" vom nördlichen Ostasien abhalten sollte und das sich jetzt in der Äußeren Mongolei bewährt, wo China das Mandat hat, „bolschewistische Einflüsse zu bekämpfen", wo es in Wirklichkeit aber seine strategische und wirtschaftliche Stellung aufs Neue befestigt. Es besteht kaum ein Zweifel,

daß die letzten Erfolge der Chinesen in Urga zu einer erheblichen Stärkung der Militärpartei in Peking geführt haben. Daß sich die Militärpartei völlig als Herr der Lage fühlt, beweist die Ernennung Gin-Yün-pengs zum Ministerpräsidenten. Ob es der demokratischen Südpartei gelingen wird, mit angelsächsischer Unterstützung den von Japan gestützten Ring der „Militaristen" in Peking zu brechen, erscheint mit jedem Tag zweifelhafter.

Behandlung der Deutschen in China.

Wir lesen im „London and China Telegraph": „Der Ministerrat (in Peking) hat eine Verordnung über die Behandlung der deutschen und österreichischen Staatsangehörigen zirkuliert. Die Verordnung hebt die Bestimmungen über einen festen Wohnsitz, und die Einschränkungen bei Reisen auf, läßt die Internierten frei, schafft alle „Hilfsmaßnahmen" sowie die Einschränkungen betreffs Veröffentlichungen aller Art ab und läßt Deutsche und Österreicher nach vorheriger Genehmigung der Regierung auf chinesisches Gebiet zu".

Chinas diplomatische Vertretung in Österreich.

Nach einer Meldung der „Schun-tien-bao" will der frühere chinesische Gesandte in Wien, Scheng-Jui-lin aus Gesundheitsrücksichten nicht auf seinen alten Posten zurückkehren.

Zeichen der Zeit in China.

Einem Leitartikel der „North China Daily News" entnehmen wir folgende Stelle: „Jede Woche bringt uns Nachrichten von der Gründung von Arbeiter- und Sozialistenparteien. Es gibt Zeitungen und Einzelpersonen in China, die von den Rechten der Arbeiter sprechen; andere proklamieren den Kommunismus und die Lehre von der Brüderschaft der Menschen. Vor Kurzem wurde in Peking der Versuch gemacht, eine Kuligewerkschaft zu organisieren. Einige Kapitel aus Werken von Karl Marx haben ihren Weg in die chinesische Sprache gefunden, aus dem Japanischen ist viel über das gleiche Thema übersetzt worden und Viele schwören bereits auf die Lehre".

Nach einer Meldung der „Schen-bao" sind Mitte Oktober die Arbeiter und Arbeiterinnen einiger Baumwollspinnereien in Schanghai in den Ausstand getreten, weil ihnen ihre erheblichen Lohnforderungen nicht bewilligt worden sind. Auch im chinesischen Druckereigewerbe finden Lohnbewegungen statt.

Neue Machtbefugnisse des Generalgouverneurs der Mandschurei.

Nach Meldungen der chinesischen Presse ist das Verwaltungssystem der „drei östlichen Provinzen" nach folgenden Gesichtspunkten geregelt worden: 1. Der Generalinspekteur Dschang-Dso-lin erhält dieselbe diplomatische Machtvollkommenheit wie unter der Mandschu-Herrschaft. 2. Militärisch steht ihm das Recht zu, Truppen auszubilden, die Garnisonen der Grenzverteidigungs-Truppen in Mukden, Kirin und Heilung-kiang zu bestimmen, und eine Vereinheitlichung des Truppenausrüstungs- und Arsenalwesens in der Mandschurei herbeizuführen. 3. In Zivilangelegenheiten stehen ihm, hauptsächlich im Finanz- und Gerichtswesen, besondere Machtvollkommenheiten zu.

Französische Kulturbestrebungen.

Wie wir der französischen Presse entnehmen, hat die chinesische Handelskammer in Tschungking (Provinz Setschuan) eine Handwerkerschule ins Leben gerufen, an der Französisch obligatorische Unterrichtssprache ist. Die Anstalt wird von 200 Schülern besucht, die später nach Frankreich gesandt werden sollen.

Ferner lesen wir in der „Depêche Coloniale", daß 200 chinesische Studenten in Paris eingetroffen sind; die Mehrzahl ist auf französisch-chinesischen Anstalten in China vorgebildet worden. 800 weitere Studenten sollen in Peking ihre Abreise nach Paris vorbereiten. In den nächsten zwei Jahren hofft man auf eine Anwesenheit von 5000 bis 6000 chinesische Studenten in Frankreich.

Eine schwedisch-japanische Vereinigung.

Im Oktober ist in Tokio eine schwedisch-japanische Vereinigung gegründet worden, deren Vorsitz wahrscheinlich Graf Okuma übernehmen wird. Das Ziel der Vereinigung ist die Förderung des Handels zwischen den beiden Ländern, die Pflege guter Beziehungen und das Studium der Kunst und Literatur Schwedens und Japans.

Handels- und Industrienachrichten.

Das Schmelzwerk bei Schanghai.

Einem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Schanghai Th. Sammons entnehmen wir, daß die Ho-Schi-Schmelzwerke in Putung bei Schanghai ihren Betrieb aufgenommen haben und auf dem Wege sind, sich zu einem führenden Stahlwerk in China auszuwachsen. Das Kapital des Unternehmens beträgt 500 000 Taels. Die tägliche Erzeugung beläuft sich auf 10 Tonnen Roheisen; sie soll auf 40 Tonnen erhöht werden. Der geschäftsführende Direktor ist Lu-Bei-bing, Leiter der Nantao Tramway Co. Das Unternehmen beschäftigt 300 Arbeiter; das Rohmaterial kommt aus Wu-hu, das nach seiner Verarbeitung in China und Japan verkauft wird.

Der Handel Schanghais 1918.

Die Handelsgemeinde in Schanghai blickt, nach einem amerikanischen Konsulatsbericht, auf ein einträgliches Jahr zurück; besonders gut haben die Händler mit Baumwollwaren, Stahl, Eisen, Holz und Kohle abgeschnitten. Auch die Banken haben große Gewinne erzielt. Die Baumwollspinnereien (mit einer Ausnahme) haben große Dividenden ausgezahlt; infolge des hohen Baumwollpreises standen sie jedoch im Vergleich zum Vorjahre zurück. An Dividenden wurden gezahlt: Ewo 17 v. H., Shanghai Cotton Mill 24 v. H., Kung Yik 16 v. H., Yangtsepoo 16 v. H.

Auffallend gering war die Kapitalsanlage in Gummiaktien.

Deutsches Eigentum in Hankou.

Wie die „Central China Post" mitteilt, sollte das deutsche Eigentum in der deutschen Niederlassung in Hankou vor kurzem auf Anordnung des chinesischen Gerichts versteigert werden. Die Auktion wurde jedoch rückgängig gemacht, weil die angesetzten Preise nicht erreicht wurden; das Eigentum sollte zu bedeutend herabgesetzten Sätzen noch einmal zur Versteigerung angeboten werden.

Baumwollspinnerei in Tschifu.

Die Zeichnungen für die Errichtung einer chinesischen Baumwollspinnerei in Tschifu haben 500 000 Dollar ergeben; den Rest von einer Million Dollar hofft man durch weitere Zeichnungen aufzubringen.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

E. N. Malin, Balsatwerke Immendingen und Hohenstoffeln G. m. b. H., Mühlhausen bei Engen (Baden).
Hans Lindmeyer, Bremen, Reederstr. 4.
W. Pieper, Düsseldorf, Aachenerstr. 81.
O. Meußer, Spremberg N.-L., Dresdnerstraße 21.
Wirkl. Geh. Rat Dr. von Koerner, Berlin W. 62, Kleiststr. 21.
G. Bädeker, Danzig, Delbrückallee 7b.
Paul Geldmacher, Bonn a. Rh., Kronprinzenstraße 24.
Hermann Schmidt, per Adresse: Gebr. Röchling, Bank, Frankfurt a/M., Alte Rathofst. 8.
C. Leopoldt, Hamburg 24, Güntherstr. 30 Haus C II.
Direktor M. Gutschke, Bank für Handel und Industrie, Ueberseeabteilung, Berlin W. 56, Schinkelplatz 1—4.
Dr. Breithaupt, Berlin-Grunewald, Königsallee 40.
von Pilgrim, p. A. Otto Wendt, Berlin N. 4, Pflugstr. 9 Aufg. 7.
Sorms, p. A. Otto Wendt, Berlin N. 4, Pflugstr. 9 Aufg., 7.
Fr. Henniger, Postrat, Bremen, Harzburgerstraße 3.
E. Faber, Charlottenburg-Westend, Langebardenallee 6, Grth. pt.
K. Fr. Dressler, Chefredakteur der „Kasseler Neuesten Nachrichten", Kassel.
Dr. Joh. Mannhardt, Institut für Deutschtum im Ausland, Marburg, Universität.
Eugen Raddatz, Charlottenburg, Mommsenstraße 17.
Frau Margarethe Kaemmerer, p. A. Otto Hoeltzki, Berlin, Pillauerstr. 3.
R. Riech, Etzin b. Hetzin a. d. Havel.
Kapitän H. Bierwirth, Essen-Ruhr, Bismarckstr. 54.
Helmuth Fischer, Eisenach, Emilienstr. 3.
Dipl.-Ing. Fr. Lux, Herne i. Westf., Grenzweg 108.
Theo Trendel, Kulmbach i. Bayern.
Helmuth Schumacher, Wermelskirchen, Victoriastr. 3.
Professor Dr. Schultze-Jena, Weimar, Südstraße 23.
Ingenieur A. Zeller, Winnen b. Londorf, Oberhessen.
Oberleutnant von Broen, Berlin W. 30, Barbarossastr. 50 III.
Adolf Kuby, Spandau, Feldstr. 55 III 1.
O. Ludwig, Berlin-Reinickendorf, Holländerstr. 129 I.
W. Amelung, Kottbus, Karlstr. 16.
Hugo Schramm, Siegen, Carlstr. 9.
Joh. Häußler, Bern, Deutsche Gesandtschaft.

Gewünscht wird die Anschrift von Karl Hens, früher Bauverwaltung Tsingtau. A. Hagen, Mülheim a. d. Ruhr, Friedrichstraße 15—17

Gewünscht wird die Adresse von Fräulein Kummerthal, bis Mai in Peking bei Frau Helene Bunsen, zuletzt in Seidenberg (Oberlausitz). Anschriften erbeten an Fräulein M. Rosengarth, Pr.-Eylau, Kirchenstr. 26.

Zehnter deutsch-chinesischer Abend.

Im Anschluß an die außerordentliche Hauptversammlung fand am Mittwoch, den 17. Dezember, abends 8 Uhr im Bankettsaal des Restaurants Rheingold, der zehnte deutsch-chinesische Abend statt, der denselben harmonischen Verlauf nahm wie seine Vorgänger. Eine kurze Ansprache des Generalsekretärs Dr. Linde klang in dem Wunsche aus, daß unfreiwillig in der Heimat weilenden China-Deutschen ein recht frohes Weihnachtsfest beschieden sein möge.

Vorentschädigungsverfahren.

Der Bund der Auslandsdeutschen hat die Anträge und Formulare für die Schadensanmeldungen noch nicht an seine Mitglieder versandt. Die Verzögerung ist zurückzuführen auf die Bestrebungen, das Entschädigungsverfahren zu dezentralisieren: sobald eine endgiltige Entscheidung darüber, ob Zentralisation oder Dezentralisation, durch die zuständigen Reichsbehörden gefallen ist, wird mit dem Versand der Formulare seitens des Bundes begonnen werden. Das dürfte in der ersten Hälfte des Januar der Fall sein.

Zur Rückkehrfrage.

Dem Verbande ist eine vertrauliche Mitteilung zugegangen, die Interesse hat für diejenigen seiner Mitglieder, die auf eigene Kosten nach Ostasien zurückkehren wollen. Die Veröffentlichung an dieser Stelle ist nicht möglich. Interessenten werden gebeten, durch Postkarte die Mitteilung anzufordern, deren Versendung kostenlos und unter der Bedingung erfolgt, daß sie nicht an die Presse weitergegeben wird.

Kurze Nachrichten.

In Hankou ist eine Zweigniederlassung der Bank of Taiwan eröffnet worden.

In Schanghai sind die Reispreise ständig im Steigen, ein Pikul (118 deutsche Pfund) kostet 10,40 Dollar im Vergleich zu 7 bis 8 Dollar in gewöhnlichen Zeiten.

Ein Feuer im Lagerschuppen der Oliver Co. in Schanghai hat beträchtlichen Schaden angerichtet.

Die Aktien der Shanghai and Hongkong Wharf Co. sind überraschend gestiegen. Im April ds. Js. standen sie auf 86 bis 88, heute auf 180 Taels. Eine Steigerung auf 200 wird erwartet.

Im Gebäude des früheren deutschen Klubs in Bangkok hat die siamesische Regierung ein Handelsbüro eingerichtet.

Der einst von der englischen Presse in Ostasien gefeierte Tschecho-Slowakenführer Gaida ist von Wladiwostok nach Schanghai deportiert worden.

Italien eröffnet in Tschangscha (Provinz Hunan) ein Generalkonsulat.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an

A. Kiessling u. Frau Olga
geb. Pohle.

TIENTSIN, 25. Okt. 1919. LEIPZIG.



Durch die Geburt eines Mädchens wurden erfreut

Dr. Kurt Walther u. Frau Lola
geb. Fink.

DROSSEN (Neumark), den 21. Dezember 1919.
Poststraße 21.

Statt Karten

MARIE WISSMÜLLER
KARL BLICKLE
Verlobte.

NÜRNBERG
Rollnerstr. 50

21. Dezember 1919.

SCHANGHAI, China
SCHWEINFURT a. M.

Käthe Klinge
Richard Neumann
Verlobte.

BERLIN, 30. Dezember 1919.

Unsere am 24. Dezember 1919 erfolgte Vermählung zeigen hiermit ergebenst an.

Kurt Kraemer und Frau Dorothy
geb. Kingsbury.

BERLIN NW. 21
Wilhelmshavenerstr. 28.

Allen Freunden und Bekannten

Prosit Neujahr!

Auf Wiedersehen in China!

R. N.
D. n. W.

Allen Mitgliedern des Verbandes geht kostenlos zu

Archiv für den Fernen Osten.

Herausgegeben vom Deutsch-Chinesischen Verbande E. V. durch Geh. Adm.-Rat Dr W Schrameier.
Nichtmitglieder beziehen das Archiv für den Fernen Osten zum Preise von M. 15,- für den Jahrgang durch die Buchhandlungen oder durch den Verlag Karl Curtius in Berlin W. 35, Derfflingerstr. 20.

Zahlungen
für
RICHARD NEUMANN, SCHANGHAI
nimmt die D. A. B., BERLIN W., Unter den Linden 31, entgegen.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche" erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes" werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.
Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30. Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E.V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.

Namenliste Nr. 8

In der Zeit vom **25. Oktober** bis **30. Dezember 1919** sind dem DEUTSCH-CHINESISCHEN VERBANDE als Mitglieder beigetreten:

Rud. Abel, Hannover, Jacobistr. 12
W. Amelung, Kottbus, Karlstr. 16
O. E. Barz, Dresden, Haydnstr. 41 III
H. Bierwirth, Kapitän, Essen a. d. Ruhr, Bismarckstr. 64
Oberleutnant **von Broen,** Berlin, Barbarossastr. 50 III
Heinrich Delkeskamp, Hamburg, Eppendorfer Krankenhaus, Pavillon 39
K. Fr. Dreßler, Chefredakteur der „Kasseler Neuesten Nachrichten", Kassel
W. I. Dubber, Nymwegen (Holland), Keiger Karl Plein 9
Dipl.-Ing. **Max Fiegel,** Charlottenburg, Niebuhrstr. 5 I
Helmuth Fischer, Eisenach, Emilienstr. 3
Carl Otto Frericks, Düsseldorf, Stefanienstr. 5
Hans A. Friedrich, Leipzig-Eutritzsch, Mörickestr. 1
Paul Geldmacher, Bonn, Kronprinzenstr. 24
Ernst Haeseler, Apotheker, Hanau a. Main
Th. Hannig, Kiel-Wellingdorf, Schönbergstr. 139
Ernst Hartung, Lehrer, Zipsendorf b. Meuselwitz S.-A.
W. Hasford, Deutsche Überseeische Bank, Berlin W. 8, Mauerstr. 39/40
Paul Hatry, Berlin W. 50, Kurfürstendamm 16
Joh. Häußler, Bern, Deutsche Gesandtschaft
H. W. Holland, Hannover, Lemförderstr. 3 I
H. Hornig, p. A. Schnabel, Gaumer & Co., Hamburg, Hopfenmarkt 2
Margarethe Kaemmerer, p. A. Otto Hoeltzky, Berlin, Pillauerstr. 3
August Kahse, Hamburg 30, Gneisenaustr. 38 II
Kapitän **F. Kalkofen,** Hamburg 39, Dorotheenstr. 105
Adolf Kuby, Spandau, Feldstr. 55 III
Oberingenieur **G. F. Lohe,** Neu-Finkenkrug, Kaiser Wilhelmstr. 3
Otto I. Lorenzen, Kiel, Schevenbrücke 12 I
Friedr. Emil Luber, Berlin-Weißensee, Berlinerstr. 198 I
O. Ludwig, Berlin-Reinickendorf, Holländerstr. 29 I
Dipl-Ing. **Fr. Lux,** Herne i. Westfalen, Grenzweg 108
W. Maier, Berlin-Charlottenburg, Schillerstr. 115 II
Dr. **Joh. W. Mannhardt,** Institut für Deutschtum im Ausland, Marburg, Universität
A. M. May, Pinneberg i. Holstein, Bahnhofstr. 36 I
C. Michelau, Reinbeck b. Hamburg, Kücks-Allee 4
Konsul **G. Ney,** Berlin W. 8, Wilhelmstr. 76, Auswärtiges Amt
Eugen Raddatz, Charlottenburg. Mommsenstr. 17
Kurt Raesfeldt, Nowawes b. Potsdam, Großbeerenstr. 32
Wilhelm Riege, Berlin W. 15, Fasanenstr. 59 b. Wolff
Kontreadmiral **von Restorff,** Berlin-Lichterfelde-Ost, Berlinerstr. 162
C. Rosemann, Flensburg, Friesischestr. 70
Frl **Marie Rosengarth,** Preuß.-Eylau, Kirchenstr. 26
Alfred Rösiger, Hamburg, Langenkamp 21
E. Schaffner, Hannover, Alexanderstr. 6 III
Ulrich Schlettwein, Untertürkheim b. Stuttgart, Charlottenstr. 20

Hugo Schramm, Siegen, Carlstr. 9
Geh. Regierungsrat Prof. Dr. **H. Schumacher,** Berlin-Steglitz, Schillerstr. 8
A. H. Siebs, Bremen, Dobbenweg 10, Pension Baumbach
W. Stang, Trier a. d. Mosel, Kaiserstr. 13
M. Steger, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 31/32
Theo Trendel, Culmbach i. Bayern
A. E. Thurn, Berlin-Steglitz, Althoffplatz 6
Johannes Weber, Großschlächterei, Elmschenhagen
Rud. Weber, Flensburg, Große Straße 50 b. Fr. Schwarzer
Otto Zehrfeld. Leipzig, Göschenstr. 1
Ingenieur **A. Zeller,** Winnen b. Londorf (Oberhessen)

Die früheren Namenlisten sind in den Nummern 2, 3, 4, 6, 8, 10 u. 11 der „Mitteilungen für China-Deutsche" veröffentlicht worden.

BERLIN, den 31. Dezember 1919. **Deutsch-Chinesischer Verband**
Dr. MAX LINDE, Generalsekretär.

I. Jahrgang 15. Januar 1920 No. 16

Mitteilungen für China-Deutsche

Hauptorgan für die Interessen des China-Deutschtums

In Verbindung
mit dem Deutsch-Chinesischen Verband herausgegeben von **Fritz Secker**

Wandlungen in China.

Der Versuch Chinas, in Versailles die Programmpunkte der Freiheit der Meere und des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker für sich durchzusetzen und seine bedrohte staatliche Unabhängigkeit auf neuen Grundlagen zu verankern, schlug fehl. Versailles ist für China nicht — wie es erhofft hatte — zum Ausgangspunkt einer staatlichen Wiedergeburt geworden, wohl aber zu einem Schlagwort, unter dem sich alle patriotischen Kreise des chinesischen Volkes gesammelt haben. Tatsächlich ist, trotz der parteipolitischen Zerklüftung des Landes,eine nationale Sammlung erfolgt, wie sie die neuere Geschichte Chinas nicht kennt. Die Studentenschaft des Landes hat sich zur Führerin der Patrioten aufgeschwungen und sich die Mitarbeit der konservativen Körperschaften, wie Handelskammern, Gilden usw. gesichert. Die gewaltige Boykottbewegung, die im Mai 1919 als Protest gegen den Versailler Frieden ihren Anfang nahm und sich — nach englischen Darstellungen — hauptsächlich gegen Japan richtete, ist heute noch nicht völlig abgeflaut. Die Bewegung ist, abgesehen von ihrer Bedeutung als politisches Kampfmittel, nicht ohne einen mannigfaltigen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben. Letzthin eingetroffene chinesische Zeitungen lassen erkennen, daß ein leidenschaftliches Ringen um eine wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland eingesetzt hat. Die Gründung chinesischer Industrieunternehmen, hauptsächlich Baumwollspinnereien und Zigarettenfabriken, ist Legion; die Nachfrage nach Maschinen soll niemals so groß gewesen sein wie heute. Die großen chinesischen Tageszeitungen enthalten wirkungsvolle Anzeigen, in denen die einheimischen Unternehmen auffordern, nur Erzeugnisse des Landes zu kaufen. Die Verquickung der wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbewegung mit der hohen Politik zeigt zum Beispiel die Anzeige einer chinesischen Zigarettengesellschaft, in der es heißt: „Wenn ihr den Verbrauch einheimischer Waren fördert, tragt ihr zur Zurückerlangung unserer Hoheitsrechte bei".

Macht sich einerseits ein nachdrückliches Bestreben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit geltend, so wird andrerseits dem Eindringen westländischen Kapitals — allerdings unter gewissen Vorbehalten — der Weg geebnet. Die vor kurzem erfolgte Gründung einer chinesisch-amerikanischen Bank, der eine Reihe ehemaliger, chinesischer Staatsmänner angehören und deren Satzungen derart gehalten sind, daß die chinesischen „Hoheitsrechte" nicht berührt werden, ist ein neuer Wendepunkt in der Geschichte westländischen Kapitals in China; auch britischem Kapital wird bei der Erschließung der gewaltigen Kohlenfelder Nordschansis eine neue Rolle zugewiesen.

Die Wandlungen, die sich auf geistigem Gebiet vollziehen, lassen sich von hier aus schwer übersehen. Was in den letzten Jahren an moderner Gedankenfracht in China eingeführt worden ist, wird jetzt rege und wirksam. Bis zum Revolutionsjahr 1911 bezog Jungchina den Inbegriff seiner politischen Weisheit aus den Vereinigten Staaten; jetzt

lauscht es wieder den Botschaften, die aus dem alten Europa kommen und die eine merkliche Beunruhigung in weite Volkskreise getragen haben. In verschiedenen Industriebetrieben macht sich eine zunehmende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft geltend; gelegentlich ist es auch schon zu Lohnstreiks gekommen. „Moderne" Literatur, die sich mit sozialen Fragen befaßt, u. a. auch Übersetzungen aus den Werken von Karl Marx und bolschewistische Flugschriften haben in China Eingang gefunden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Drahtzieher eine systematische Verhetzung der arbeitenden Klasse in China betreiben, um den festen, auf patriarchalischer Grundlage ruhenden Gesellschaftsbau zu lockern.

F. S.

Tsingtau unter japanischer Verwaltung.

Einem Bericht des japanischen Konsuls in Tsingtau, Willys R. Bell entnehmen wir unter anderem folgende Einzelheiten über die Entwicklungen in seinem Amtsbezirk:

Japans Anteil am direkten Handel Tsingtaus betrug im Jahre 1913 36,6 v. H., im Jahre 1917 82 v. H. und 1918 83 v. H. Der amerikanische Anteil, der sich 1917 auf 7 v. H. bezifferte ist im Jahre 1918 auf 3 v. H. gefallen.

Während der japanischen Besetzung hat sich das Stadtbild Tsingtaus völlig geändert. In den 13 Monaten vor den 31. Oktober 1918 sind 149 neue Bauerlaubnisse erteilt worden, darunter 15 für Fabriken. Mit einem Kostenaufwand von 121,000 Dollar (aus dem Bericht ist nicht ersichtlich, ob amerikanische oder mexikanische Dollar gemeint sind. Die Schriftleitung), ist eine japanische Hochschule für Mädchen und eine Elementarschule für 80,000 Dollar errichtet worden. Die Militärbehörden haben deutsches Eigentum im Gesamtwerte von 750,000 Dollar erworben; japanische Privatkreise haben deutsches Eigentum im Werte von 150,000 Dollar gekauft. Die Errichtung einer japanischen Mittelschule und eines Hospitals wird inzwischen beendet sein. In der Nähe des Großen Hafen werden mit einem Kostenaufwand von 342,000 Dollar Geländeauffüllungen vorgenommen, die im September dieses Jahres abgeschlossen werden; dort soll ein neuer Stadtteil erstehen.

Der deutsche Handel in Niederländisch-Indien.

Einem Bericht, den der Kaufmännische Verein 1858 von seiner Geschäftsstelle in Batavia erhalten hat, entnehmen wir folgendes:

„Was die hiesige Geschäftslage betrifft, so kann ich berichten, daß fast alle Zweige seit Friedensschluß sich eines starken Auflebens erfreut haben und voraussichtlich noch guten, segensreichen Zeiten entgegengehen werden. Für nahezu alle hier wegen Mangels an Schiffsräumen aufgespeicherten Produkte und namentlich für Zucker, Copra, Pfeffer, Kaffee wurden fabelhafte Preise bezahlt. Selbst Produkte, die erst Mitte nächsten Jahres geerntet werden können, werden schon zu nie gekannten Preisen verhandelt. Banken, Versicherungsgesellschaften, Makler haben allen Aufträgen kaum noch ordnungsmäßig nachkommen können. Von etwa Ostern ds. Js. ab trat überall eine Hausse ein, die die Spekulationswut anregte und die alles mit sich zog. Die Zucker-Papiere stiegen in 2 Monaten um etwa 90 Prozent! Bank-Aktien, die sonst wenig schwanken, stiegen im Juni um 40 Prozent! Im Passagierverkehr wurde der Andrang zum Sturmlauf, so daß schließlich nur Kranke und besonders Bevorzugte befördert werden konnten und alle Übrigen auf sogenannte Wartelisten der Reihenfolge nach vorgemerkt werden mußten. In den Hotels und Pensionen sind Zimmer oft nur durch Zufall zu bekommen und dann natürlich zu erhöhten Preisen. Kaufmännische Angestellte, wie Buchhalter, Korrespondenten, Administratoren, Magazinverwalter usw. sind gegen hohe Besoldung sehr gesucht. An vorgebildeten, zuverlässigen Leuten herrscht großer Mangel. Betriebserweiterungen und neue Betriebe verschlingen eben alle verfügbaren Kräfte. Kenntnis der Landessprache ist wohl erwünscht. — Das hiesige Deutschtum war während des Krieges ständig Niederträchtigkeiten und Schmähungen ausgesetzt, hat sich aber in anerkennenswerter Weise durchzuschlagen gewußt. Die schwarze Liste und die Zensur haben recht vielen unserer Landsleute die früheren Erwerbswege gesperrt. Viele Deutsche mußten ihre Stellungen aufgeben und zwar namentlich solche, die leitende Posten bei außerdeutschen Gesellschaften einnahmen. Mancher Deutsche, der zum Privatisieren nicht die Mittel besaß und der stellenlos geworden war, mußte sein täglich Brot auf andere Weise, als sonst gewohnt, verdienen. Der Leiter einer Importfirma wurde Ladeninhaber, sein Nachfolger wurde Hotelier. Mancher Deutsche, der Gehaltsempfänger war, wurde selbstständig. Auf diese Weise wurden die sogenannten Kriegsgeburten ins Leben gerufen, die sich nun mit zäher Energie weiter zu behaupten suchen. Unsere Konkurrenten, namentlich Japaner und Amerikaner, sind nun

bemüht, sich hier den Markt zu erobern. Zahlreiche japanische Ladengeschäfte nicht allein in den Hafenplätzen, sondern auch in fast allen Marktflecken wachsen wie Pilze aus dem Boden und bieten billige Glas-, Spiel-, Leder- und Zuckerwaaren, sowie Steingut und Bekleidungsartikel an. Ferner gingen schon vor Friedensschluß verschiedene Zuckerfabriken trotz respektabler Preise in japanischen Besitz über, und sowohl bekannte japanische Dampferlinien als auch renommierte japanische Banken gingen dazu über, hier eigene Agenturen zu errichten. Die Amerikaner dagegen versuchen vorläufig noch nach alter Methode durch Reisende und durch Reklame hiesige Orders auf Maschinen, Chemikalien, Sprengstoffe, Toilettenartikel usw. an sich zu reißen. Das kürzliche Wiedererscheinen von deutschen Zeitschriften und Zeitungen und von deutscher Ware war aber trotz aller Anstrengungen der Konkurrenz ein erfreuliches Ereignis für jedermann. Man konnte endlich wieder die altbewährte Waren kaufen und brauchte sich nicht mehr abzufinden mit dem fremden, oft recht teuren, oft sogar zweifelhaften Ersatz. Mögen nun jene einstigen Schmähungen der Anlaß werden zu größerer, allgemeinerer Anteilnahme für alles, was deutsch ist und mögen die Worte „Made in Germany" dann wiederum und weiterhin in der Welt ein Kennzeichen sein und bleiben für eine Ware, die sich stets als gut, preiswert und leicht wiederverkäuflich erwiesen hat".

Die Auslandabteilung des 58er Vereins bemerkt dazu auf Grund amtlicher Auskünfte, daß die Überfahrtsmöglichkeit zur Zeit sehr beschränkt ist, da die Schiffsplätze auf lange Zeit im voraus belegt sind. Durch den niedrigen Stand der Reichsmark gestaltet sich außerdem die Überfahrt sehr teuer. Wenn auch Holländisch-Indien als später in Frage kommendes Auswanderungsziel nicht aus den Augen zu lassen ist, muß doch nachdrücklich vor einer Ausreise ohne feste Stellung oder genügende Barmittel gewarnt werden. Zu Auskünften ist die Auslandabteilung den 58er Vereins gern bereit.

Politische Nachrichten

Feng-Guo-dschang †.

Nach einer Meldung aus französischer Quelle ist der frühere Präsident der chinesischen Republik General Feng-Guo-dschang gestorben. Feng ist im Revolutionsjahre 1911 in weiteren westländischen Kreisen bekannt geworden. Damals führte er den Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen bei Hankou und zeichnete sich bei der Einnahme von Hanyang aus; für diese Tat wurde er in den Adelsstand erhoben. Nach der zweiten Revolution im Jahre 1913 erhielt Feng seine Ernennung zum Militärgouverneur von Kiangsu und später wurde er mit knapper Stimmenmehrheit zum Vizepräsidenten der Republick gewählt. In der deutsch-chinesischen Krisis zeigte sich Feng anfangs als Gegner einer Kriegserklärung an Deutschland. Eine im Frühjahr 1917 nach Pecking unternommene Reise war der Anlaß seiner Sinnesänderung. Nach dem Rücktritt Li-Yüan-hüngs zum Präsidenten aufgerückt mußte er — kaum im Amt — Name und Siegel unter die Kriegserklärung an Deutschland setzen. Im September 1918 lief Fengs Amtszeit ab. Er zog sich ins Privatleben zurück, zeigte aber großes Interesse an einer wirtschaftlichen Erschließung des Landes; so gehörte er dem Aufsichtsrat der vor kurzem in Peking gegründeten chinesisch-amerikanischen Bank an.

Chinesische Währungsreform.

Die „Times" veröffentlicht eine Meldung vom 24. Dezember aus Schanghai, wonach auf der dortigen Tagung der britischen Handelskammer eine Entschließung angenommen wurde, nach der die chinesische Regierung bestimmt werden soll, mit ihrem auf der Taeleinheit berufendem System der Silberwährung aufzuräumen und eine einheitliche Dollarwährung mit Silber- und Kupferstücken als Scheidemünzen einzuführen; in Schanghai soll eine Münze errichtet und die übrigen Münzstätten unter einer einheitlichen Aufsicht gestellt werden. Die britische Gesandschaft wurde am 18. Dezember in diesem Sinne bei der Pekinger Regierung vorstellig. Das Verhalten der chinesischen Regierung gegenüber der britischen Note wird als „äußerst wohlwollend" bezeichnet. Mit der Veröffentlichung eines entsprechenden Regierungserlasses wird schon in der dritten Woche des Januars gerechnet.

Handels- und Industrienachrichten.

Eine neue chinesisch-amerikanische Bank.

Nach einer Meldung aus Peking ist dort die Sino-American Commercial and Industriel Bank mit einem Kapital von 10 Millionen Dollar gegründet worden. Die Hälfte des Kapitals ist bereits von chinesischen und amerikanischen Zeichnern zu gleichen Teilen aufgebracht werden. Der chinesische Präsident des Unternehmens ist der bisherige Ministerpräsident Dsien-Neng-hsün; Vizepräsident der Bank sind: I. A. Thomas, bisher Leiter der Britisch American Tobacco Co. und Hsü-En-yuan, ehemaliger Finanzminister und Generaldirektor der Bank of China. Die Bank wird allgemeine Bankgeschäfte betreiben, ihr Hauptaugenmerk aber auf die Finanzierung moderner chinesischer Industrieunternehmen richten. Zu den chinesischen Aktionären des Unternehmens gehört der Präsident der Republik Hsü-Schi-dschang; auch General Dschang-Hsün soll Anteilscheine des neuen Unternehmens besitzen. Die Bank ist in das chinesischen Register eingetragen.

Ausbeutungen der Kohlenfelder in Schansi.

Zwischen der Provinzialverwaltung von Schansi und der Kailan Mining Administration ist ein vorläufiges Übereinkommen betreffs einer Zusammenarbeit bei der Ausbeutung der reichen Kohlenfelder Nordschansis unterzeichnet worden. Nach Reuter ist das Übereinkommen „das wichtigste wirtschaftlicher Art, das jemals in China abgeschlossen worden ist“.

Ein neues japanisches Unternehmen.

Japanische Kapitalisten planen die Errichtung großzügiger Kühlanlagen in der Mandschurei, Schantung und Japan. Aus der Mongolei, Mandschurei und Schantung sollen Fleisch in gefrorenem Zustand, sowie Früchte und Eier auf besonders gebauten Schiffen nach japanischen Häfen verfrachtet werden. Das Unternehmen wird sich außerdem mit der Verarbeitung von Fellen und Häuten, Knochen, Bohnenkuchen befassen. Das Kapital beträgt 20 Millionen Yen.

Eine englisch-chinesische Industriegesellschaft.

Die vor kurzem gegründete Englisch-chinesische Industriegesellschaft, zu deren Leiter der ehemalige Ministerpräsident Hsiung-Hsi-ling gehört, versucht Konzessionen zur Petroleumausbeute in Setschuan, Chinesisch-Turkestan und Schansi zu erhalten.

Nachfrage nach Textilmaschinen in China.

Wie „Eastern Engineering“ mitteilt, herrscht in Nordchina und im Yangtsetal eine große Nachfrage nach Textilmaschinen. In Amerika sind fast alle Vorräte aufgekauft, amerikanische Fabriken schließen nur Lieferungsverträge mit achtzehnmonatiger Frist ab. Die erhöhte Nachfrage wird auf den japanfeindlichen Boykott zurückgeführt, der einen Mangel an Garn und billigeren Baumwollerzeugnissen verursacht hat. In Tientsin sind allein drei Spinnereien im Bau.

Amerikaner als Geschäftsführer britischer Finanzen in China.

Am 10. Oktober vorigen Jahres wurde eine „Order in council“ veröffentlicht, die die Bestimmung enthielt, daß die leitenden Geschäftsführer britischer Unternehmen in China britische Staatsangehörige sein müssten. Wie nun aus einer Schanghaier Meldung an die „Times“ hervorgeht, ist mit der Inkraftsetzung der neuen Verordnung eine sehr merkwürdige Lage geschaffen worden, weil eine Anzahl der größten britischen Gesellschaften von Amerikanern geleitet werden; diese müssen innerhalb sechzig Tagen ihre Stellungen aufgeben. In amerikanischen Kreisen soll darüber eine große Aufregung herrschen. Es wird erwartet, daß das Staatsdepartement in Washington gegen die Verordnung Verwahrung einlegen wird.

Personalnachrichten.

Jordan-Alston. Der langjährige britische Gesandte in Peking Sir John Jordan wird sich am 20. Januar nach England begeben. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Erste Legationssekretär Beilby Alston ernannt.

Adressennachweis.

(Wir bitten unsere Leser, ihre Adressenänderungen hier mitzuteilen.)

C. Nimz, p. A. Herrn Hugo Dau, Barmen, Kohlgarten 12

Georg Jüschke, Ravensburg, Gartenstr. 62

Georg Schmidt, Gebr. Röchling, Bank, Berlin, Hinter der Kath. Kirche 1

W. Triebel, p. A. Aktiebolaget Nord Europeiska Handelskomp., Stockholm

Frau Geheimrat Knappe, Berlin-Grunewald, Auguste Victoriastr. 106

C. Rütze, Schwerin i. Mecklenburg, Königsbreite 5 pt.

Hermann Arlt, Breslau, Hohenzollernstr. 19

G. Martiny, Berlin-Lichterfelde, Augustastraße 3

Fr. Grünwald, Frankfurt a. M., Myliusstr. 7

Hermann Kröger, Dortmund, Burgholzstraße 43

Frau Lizzy Klöckner, Hamburg 26, Hammerlandstr. 16 I

Herrn W. Holzhausen, Gießen (Hessen), Frankfurterstr. 82

Wilhelm Schütter, Kassel, Reichsverwertungsamt

Theodor Richter, Hütteningenieur, Dresden-A., Schubertstr. 23

E. Oskar Danziger, Egeln, Bez. Magdeburg

Georg Söncksen, Hamburg 11, Gr. Burstah 55

Ingenieur Willy König, Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 54

Bruno Hickmann, Berlin 39, Nordufer 5

C. M. Nachtigall, Schmölln i. Thüringen

G. Breuer, Berlin SW. 61, Gneisenaustr. 45 II

Gewünscht wird die Anschrift von Frl. A. Buchenthaler (Peking). Mitteilung erbeten an das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abt. XI, Berlin W. 50, Tauentzienstr. 14

Kapitän Th. Hannig, Kiel, Düsterbrocker Weg 37

Rudolf Eiswald, Berlin, Putlitzstr. 16

John Rabe, Abtl. Z. V. 3b, Siemens-Schuckert-Werke, Berlin/Siemenstadt, Verwaltungsgebäude

Herm. Lüders i. Fa. H. Lüders & Holzmüller, Berlin, Unter den Linden 15

G. Trimborn, p. A. Bierwagen, Berlin-Steglitz, Feuerbachstr. 15

Dr. Pernitzsch, Großlichterfelde-West, Mommsenstr. 11, I

H. Delkeskamp, p. A. Herrn Niedisch, Hamburg-St. Pauli, Sophienstr. 27

H. Corinth, Halle a. S., Torstr. 15

Kurt Raesfeldt, p. A. van Koppenhagen-Dörre, Arnheim (Holland)

E. Runge, i. Fa. Heins & Co., Hamburg, Alsterdamm 35

Professor Dr. W. Kusche, Lübeck, Wettinerstraße 2.

Gewünscht wird die Anschrift von Frl. H. Kummutat (nicht Kummerthal, wie in der letzten Nummer irrtümlich angegeben). Zuschriften erbeten an Frl. Marie Rosengarth, Pr.-Eylau, Kirchstr. 26.

Zum Reichsnotopfer.

Wir lesen im „Nachrichtenblatt des Bundes der Auslanddeutschen": Nach den Beschlüssen der Nationalversammlung in zweiter Beratung über den Entwurf des Reichsnotopfergesetzes (Drucksache Nr. 1745 vom 11. Dezember) haben die Bestimmungen über die Abgabepflicht der Auslanddeutschen wichtige Änderungen erfahren.

Nach § 2 sind diejenigen Angehörigen des Deutschen Reichs von der allgemeinen Abgabepflicht überhaupt befreit, die bereits vor dem 31. Juli 1914 sich mindestens 2 Jahre ununterbrochen des Erwerbes wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Auslande aufgehalten haben ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben und entweder am 31. Dezember 1919 noch im Ausland wohnen, oder innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß des Erwerbes wegen im Ausland wieder ihren Wohnsitz nehmen. Diese Auslanddeutschen werden jedoch gleichwohl nach § 3 nicht nur mit ihrem gesamten inländischen Grund und Betriebsvermögen, sondern auch mit den nach dem Friedensvertrage zu gewährenden Entschädigungen zum Reichsnotopfer herangezogen. Soweit Auslanddeutsche nicht nach § 2 abgabefrei bleiben, wird der Wert ihres im Ausland außerhalb der alten Grenzen des Deutschen Reichs liegenden Grund- und Betriebsvermögens in der Währung des Landes zugeschätzt, in dem es sich befindet und ist für die Feststellung der Abgabe nach dem Vorkriegskurse in Deutsche Währung umzurechnen, falls der Abgabepflichtige oder sein Erblasser dieses Vermögen bereits am 30. Juli 1914 besessen hat. Der Absatz 1 des § 50, demzufolge nach der bisherigen Fassung des Entwurfs der Reichsfinanzminister ganzen oder teilweisen Erlaß der Abgabe den dort näher bezeichneten Auslanddeutschen gewähren konnte, ist in Wegfall gekommen. Der bereits von dem X-Ausschuß dem Regierungsentwurf neu eingefügte § 50a über die Anrechnung von Kleidungsstücken oder Haushaltungsgegenständen, die infolge des Krieges zu Verlust gegangen sind, auf das Notopfer, bleibt nach der Fassung der zweiten Beratung bestehen.

Ostasiatische Architekten.

Architekt Franz Aug. Schuler, Herausgeber der „Internationalen Baukunst", München, Sdl. Auffahrtsallee Nr. 8, bittet in Ostasien tätig gewesene Architekten sich mit ihm, zwecks Mitarbeit an seiner Zeitschrift in Verbindung zu setzen.

Neues aus Hankou und Kuling.

Herr P. Wolfram (Erfurt) stellt uns folgende Nachrichten aus Hankou und Kuling, von Anfang November, zur Verfügung:

Tessensohn (früherer Hulkkeeper der H. A. L. in Kiukiang wenn ich recht erinnere, Anmerkung von P. W.) in Lien wantung hat sich erschossen; Frau Hübbe und Herr Suhr sind in Kuling gestorben, innerhalb 5 Wochen hatten wir hier oben 3 deutsche Beerdigungen. Frau Hübbe starb an Dysentrie, Herr Suhr an Lungenschwindsucht, (Herr Suhr, beheimatet in Wiesbaden, Sohn eines Militärhoboisten, war bis zu Ausbruch des Krieges ein Jahr Chief Steward im Wagonlitshotel in Peking, später bis zur Kriegserklärung Chinas beim Zoll, outdoorstaff, in Wuhu. Anm. von P. W.). Wir waren im Sommer wieder über 100, einmal sogar 118 Landsleute in Kuling, sind aber jetzt wieder auf zirka 85 Deutsche herunter. Wir haben jetzt Reisefreiheit, d. h. können reisen, wann wir wollen, aber uns wird dann ein Paß mitgegeben und ein Beamter in Zivil, also völlige Reisefreiheit ist das immer noch nicht. Die Melderei hat aufgehört.

Über den Handel mit Deutschland ist noch nichts heraus. Es wird in Peking an einem Zolltarif gearbeitet, der auf deutsche Waren Anwendung finden soll, also höher als der gewöhnliche Zolltarif. Wie es mit dem deutschen unbeweglichen Eigentum wird, weiß man immer noch nicht. Während einem das bewegliche Eigentum auf Wunsch wiedergegeben wird, haben die Chinesen das unbewegliche Eigentum vorläufig behalten. Es hat den Anschein, als ob in dieser Frage noch kein definitiver Beschluß gefaßt worden ist. Sehr glänzend sind die Aussichten wohl nicht, denn der Druck der Alliierten in Peking ist natürlich sehr groß und die Geldknappheit in China nach wie vor chronisch.

In Hankou kann man noch immer nicht in die fremden Niederlassungen hinein, es hat sich also wenig verändert. In den Zeitungen wird nicht mehr so gehetzt, doch sind sie immer alles andere als deutsch gerecht. Schlifter und Osenbrück sind in Pingshiang entlassen. In Kuling sind zur Zeit noch: Bergs, Hempel, Bernhards, F. Newel, Tiefenbacher, Scheinhüttes, Gereckes, Pappiers, Beckers, Wilzers, Hemelings, Boltes (aus Chengtu), Hübbes, Bergers, Königs (Ichang), Königs (Hankou) und Frau Pfaff nebst Kindern. Frau Baß und Kinder gehen demnächst nach Hankou zurück.

In Hankou sind noch Mirows, Bechlers, A. Schultze, Jankowski, Frederkings, Kleins, Nöltings, Wolf, Dr. Asmy, Kreß, Ritterbusch aus Chengtu, Nielsen, Bas, Kastlers, Jules Arnold. Amanns sind in Peking. In Changsha sind noch Branmers, Brauer, König (der Bruder vom Ichang König), Dohr (Vetter von G. Dohr) Stange, der Berlowitz's Stelle an der Schule hat und temporär jetzt auch Scheinhütte, ferner alle Liebenzeller Missionare. Berlowitz ist jetzt an der technischen Schule in Wusung. In Lienwantung ist noch Bahr und Scheithauer, in Canton noch Kullmann von der D. A. B., in Schanghai noch Rust, in Tsinanfu noch Koch, beide von der D. A. B., ferner Ensinge's und eine Reihe anderer. Henne noch in Peking.

Das Leben in Kuling geht seinen alten Gang weiter, Newel hat jetzt die deutsche Schule unter sich, die im Hause Nr. 164 (Schwedenhaus) untergebracht ist, 8 Kinder nehmen am Unterricht teil. Der Polizeichef Wen ist noch immer hier.

Ich war vor einiger Zeit in Hankou; der Deutsche Klub und die schwarze Dame existieren noch immer. Der Nr. 1 Barboy leitet die ganze Sache, er hat nur noch einen anderen Boy, der ihm hilft. Im ehemaligen Deutschen Gartenklub ist jetzt ein chinesischer Klub, aber es macht den Eindruck, als ob alles sehr ordentlich gehalten wird. Die meisten deutschen Häuser in unserer früheren Niederlassung sind jetzt von Chinesen bewohnt. Wu ist immer noch Fremdenkommissar. Mirow wohnt noch immer im Bankgebäude; es ist keins der deutschen Häuser verkauft. Schnabel Gaumer & Co im Tachimen und der Diederichsen Hong sind verschiedentlich zum Verkauf ausgeboten worden, aber die Gebote haben das gesetzte „Limit" nicht erreicht. Philipp Möller ist noch immer in Peking."

Elfter Ostasiaten Abend.

Der nächste Ostasiaten-Abend findet am Mittwoch, den 21. Januar abends 8 Uhr, im Muschelsaal des Restaurants Rheingold statt.

Neue Bücher.

Industrie und Technik.

Vom Auslandsverlag G. m. b. H, Berlin SW. 19, ist uns die erste Nummer der von ihm herausgegebenen technischen Auslandzeitschrift: „Industrie und Technik" zugegangen. Die neue Zeitschrift ist äußerst geschmackvoll aufgemacht und enthält eine große Anzahl vorzüglich illustrierter Beiträge, die ein Bild von der Leistungsfähigkeit der deutschen Technik und Industrie geben. Wer wirtschaftlich mit Ostasien zusammenarbeiten will, wird die Zeitschrift nicht entbehren können.

Druckfehlerberichtigung.

Professor Dr. O. Franke schreibt uns: In meinem Aufsatz „Zur Geschichte des englischen Hongkong", in Nr. 15 der „Mitteilungen für China-Deutsche", sind eine Reihe von Druckfehlern enthalten, von denen ich wenigstens die wichtigsten hier richtigstellen möchte:

Seite	Zeile			
Seite 3,	Zeile 13	von unten,	statt	Landgrenze zu lesen Landzunge
„ 3,	„ 4	„	„	feindliche „ „ feierliche
„ 4,	„ 15	„ oben,	„	eines der Mittelpunkte zu lesen einer der Mittelpunkte
„ 4,	„ 13	„ unten,	„	umgehende zu lesen ungeheure
„ 4,	„ 9	„	„	den deutschen zu lesen einen deutschen
„ 4,	„ 8	„	„	die zu lesen der
„ 4,	„ 2	„	„	nie mehr zu lesen niemals
„ 5,	„ 2	„ oben,	„	Gestalten zu lesen Gestatten
„ 5,	„ 3	„	„	fehlt zu lesen fehlte
„ 5,	„ 4	„	„	nach den Worten in englischer Weise einzufügen das Wort „in"

Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbands.

Vorentschädigung.

Der Bund der Auslandsdeutschen, Berlin W. 10, Rauchstr. 23, läßt nunmehr durch seine Ortsgruppen, Abteilungen usw. seinen Mitgliedern die Anmeldeformulare für das Entschädigungsverfahren zugehen.

An die in die Mitgliederliste der Abteilung Ostasien der Ortsgruppe Berlin eingetragenen China-Deutschen werden die Formulare am 16. Januar versandt werden.

Die nicht in Berlin ansässigen China-Deutschen beziehen die Formulare durch die Ortsgruppen des Bundes der Auslandsdeutschen an ihrem Wohnsitze bezw. durch die ihnen zunächst gelegene Ortsgruppe.

Jedem Anmelder steht ein Fragebogen und ein Merkblatt kostenlos zur Verfügung. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen kann ein zweites Exemplar kostenlos ausgehändigt werden.

Als Prüfungskommissar für die Anträge der China-Deutschen ist vom Bunde der Auslandsdeutschen zunächst Herr F. Schaller in Berlin angestellt worden; ein weiterer Prüfungskommissar für die Anträge der China-Deutschen wird in den nächsten Tagen sein Amt antreten.

Nach einer Entscheidung des Ministers für den Wiederaufbau ist jeder Antragsteller, ohne Rücksicht auf seinen gegenwärtigen Wohnsitz im Reiche, berechtigt, seinen Schadenanspruch durch die Bundeszentrale in Berlin prüfen und über denselben die Spruchkommission in Berlin entscheiden zu lassen. Dagegen ist die Anrufung einer Spruchkommission außerhalb Berlins nur für den im Bezirk der betr. Spruchkommission wohnenden Antragsteller zulässig.

Der Bund ist auf Antrag bereit, für das Prüfungsverfahren, auf Kosten des Antragstellers, beglaubigte Abschriften von eingereichten Urkunden anfertigen zu lassen oder der Urkunde beigefügte Abschriften derselben zu beglaubigen. In diesen Fällen können die Urkunden dem Antragsteller unter Nachnahme der entstandenen Unkosten zurückgesandt werden.

Sollte während des Verfahrens die Vorlage einer beglaubigten Übersetzung notwendig werden, so ist der Bund bereit, eine solche ebenfalls auf Kosten des Antragstellers anfertigen zu lassen.

Die Einreichung des ausgefüllten Fragebogens gilt als Antrag auf Auszahlung der vollen, von der Spruchkommission zuzubilligenden Vorentschädigung.

Die ausgefüllten Anträge sind an die Stelle zurückzureichen, die sie ausgegeben hat. Für die in Berlin ansässigen China-Deutschen sind sie dementsprechend zu senden an den Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung Ostasien, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28, II.

Der Bund der Auslandsdeutschen hat in seiner Hauptgeschäftsstelle, Rauchstraße 23, ein Auskunftsbüro eingerichtet, das bereit ist, in Zweifelsfällen bei der Ausfertigung des Fragebogens Rat und Auskunft zu erteilen. Gegebenenfalls ist dazu auch die Abteilung Ostasien (Potsdamerstr. 28, II) bereit. — Die nicht in Berlin ansässigen China-Deutschen werden sich wegen Auskunftserteilung zweckmäßigerweise an die ihnen zunächst gelegene Ortsgruppe wenden.

Dr. Linde.

Beitritt zum Verbande.

Es ist versehentlich in den letzten Listen der neuen Mitglieder des Verbandes der Name des Herrn Ferdinand Heister, Berlin NW. 6, Karlstr. 5a nicht veröffentlicht worden. Wir holen diese Veröffentlichung hiermit nach.

Frau Elsa Scheinemann geb. Heukeroth.

Wer in der Lage ist, irgend etwas über Frau Elsa Scheinemann geb. Heukeroth, die 1914 in China eintraf und in Tsingtau, Tientsin und Peking gelebt hat, mitzuteilen, wird dringend gebeten, Nachrichten an die Geschäftsstelle des Verbandes zu leiten.

Mitteilungen der Schriftleitung.

Die erste Nummer der „OSTASIATISCHEN RUNDSCHAU", zu der die „MITTEILUNGEN FÜR CHINA-DEUTSCHE" ausgebaut werden, wird am 1. Februar 1920 erscheinen.

Am 14. ds. Monats verschied auf tragische Weise in Lauda/Baden mein geliebter Mann

Professor Dr. Ernst Becker

Hauptmann d. L. a. D.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau **Anna Becker**

geb. Hendschel.

HEIDELBERG, Dezember 1919.
Blumenstraße 17.

Städtische Bekanntmachung Nr. 2659.

Eintragung der deutschen und österreich-ungarischen Untertanen (Streichung der Paßbedingungen Nr. 2 und 4).

Es wird hiermit bekanntgegeben, daß die Bedingungen Nr. 2 und 4 der an deutsche und österreich-ungarische Untertanen ausgegebenen Erlaubnisscheine zufolge der Bestimmungen der Städtischen Bekanntmachung Nr. 2466, vom heutigen Tage aufgehoben worden sind. Demgemäß ist es für deutsche und österreich-ungarische Untertanen nicht mehr erforderlich, sich bei den Polizeistationen ihres Bezirks zwecks Prüfung ihrer Erlaubnisscheine zu melden.

I. A.
N. O. LIDDELL.

Stadtbüro.
SCHANGHAI, den 5. November 1919.

Elfter Ostasiaten-Abend

Wir beehren uns hiermit, die Mitglieder und Freunde unseres Verbandes zu einer **zwanglosen Zusammenkunft** (mit Damen) auf

Mittwoch, den 21. Januar 1920, abends 8 Uhr,

in den Muschelsaal des Restaurants „RHEINGOLD“ (Eingang Potsdamerstr.) ergebenst einzuladen.

VERBAND FÜR DEN FERNEN OSTEN E. V.

Die „Mitteilungen für China-Deutsche“ erscheinen vierzehntägig; Mitgliedern des „Deutsch-Chinesischen Verbandes“ werden sie kostenfrei zugesandt. Nichtmitglieder zahlen vierteljährlich M. 6,— im Voraus. Zu beziehen durch den Deutsch-Chinesischen Verband.

Verlag: Deutsch-Chinesischer Verband. — Druck: Max Lichtwitz, Berlin, Neue Grünstr. 30.

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Secker, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 28 III (Deutsch-Chinesischer Verband E. V.), Fernsprecher Nollendorf 2281. — Redaktionsschluß am 9. und 25. jedes Monats.